Freda Utley

KOSTSPIELIGE RACHE

Verlag für
ganzheitliche Forschung und Kultur

Freda Utley

KOSTSPIELIGE RACHE

Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur

Reihe *Besatzungspolitik in Deutschland*
Band 1
Herausgeber der Reihe: Roland Bohlinger

Übersetzt von Egon Heymann

Titel der Originalausgabe:
THE HIGH COST OF VENGEANCE
Verlag: Henry Regnery Company, Chicago

1993
Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur
25884 Viöl/Nordfriesland

Nachdruck der 1951 im Verlag H.H.Nölke erschienenen Ausgabe

Druck: Bäuerliche Druckerei, 25856 Hattstedt

ISBN: 3-927933-34-1

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Alle Nationen wissen mehr über die Untaten, die andere Völker ihrem Vaterlande zugefügt haben, als über die Sünden und Unterlassungen, deren ihr eigenes Land schuldig ist. Sie spüren den Druck ihrer eigenen Wirtschaftsprobleme und vergessen darüber, daß auch andere Völker unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden. Diese beiden Tatsachen gehören zu den Hauptgründen der internationalen Gegensätze, nationalen Feindschaften und Kriege und des tragischen Kreislaufes von Rache und Vergeltung, der Europa an den Rand des Abgrundes gebracht hat.

Die Franzosen denken nur an das vielfache Unrecht, das ihnen von deutscher Seite zugefügt worden ist, und nicht an die Art und Weise, in der sie Vergeltung herausgefordert und die Flamme des intransigenten deutschen Nationalismus genährt haben.

Die Deutschen erinnern sich nur an die harte Behandlung, die sie nach ihren Niederlagen erdulden mußten, an die Verweigerung der Gleichberechtigung und die Versagung wirtschaftlicher Möglichkeiten, und vergessen ihre Mitverantwortung für die Entfesselung von Kriegen, die die Welt in Blut getaucht und unsere gemeinsame christliche Kultur so untergraben und ausgehöhlt haben, daß uns eine neue Barbarei bedroht.

Die Briten denken nicht daran, daß sie niemals die Herren eines Weltreiches geworden wären, über dem die Sonne nicht untergeht, wenn sie nicht die größte und erfolgreichste Eroberernation Europas gewesen wären.

Die Amerikaner, denen man länger als ein Jahrzehnt den schauerlichen Katalog der Naziverbrechen gegen Menschheit und Menschlichkeit in die Ohren getrommelt hat, und die darüber verärgert sind, daß sie zweimal in Kriege verwickelt wurden, um Europa vor der Beherrschung durch Deutschland zu bewahren, haben keine Ahnung davon, was ihre eigene Militärregierung in Deutschland getan hat und was ihre Verbündeten den entwaffneten und hilflosen Deutschen zufügen

durften, die durch ihre bedingungslose Kapitulation den Siegern die ganze Verantwortung für ihr Schicksal aufgebürdet hatten.

Meine deutschen Leser müssen sich darüber im klaren sein, daß dieses Buch geschrieben worden ist, um das amerikanische Volk darüber aufzuklären, was in seinem Namen und meist ohne sein Wissen einer besiegten Nation angetan worden ist, die das Schicksal zum Mündel der Vereinigten Staaten gemacht hat. Da es meine Absicht war, das amerikanische Volk zum Bewußtsein der moralischen und materiellen, der politischen und militärischen Folgen der Rache, die an dem gesamten deutschen Volke genommen wird, zu erwecken, habe ich den Ton auf die Grausamkeiten, Torheiten und Fehlgriffe der Sieger und nicht auf die des Dritten Reiches gelegt. Hätte ich für ein deutsches Publikum geschrieben, so hätte ich den deutschen Untaten gegen Menschheit und Menschlichkeit mehr Raum gewidmet. In Amerika war das nicht nötig, aber viele Deutsche wissen nicht mehr davon als die meisten Amerikaner von dem Unrecht wissen, das den Deutschen als Folge der Morgenthau-inspirierten Richtlinien und der Abkommen von Jalta und Potsdam zugefügt worden ist.

Das deutsche Volk soll aber auch erfahren, daß der ursprüngliche Morgenthauplan für die Zerstückelung und Entindustrialisierung Deutschlands von Harry Dexter White ausgearbeitet worden ist, einem Beamten des Finanzministeriums, der später von einem Kongreßausschuß als Kommunist entlarvt wurde. Es ist eine der Hauptthesen meines Buches, daß die ersten Richtlinien für die Besatzungsarmee, die auf einen karthagischen Frieden abzielten, von kommunistischer Seite inspiriert worden waren. Die Kommunisten hofften, die Westmächte dazu zu bringen, die Deutschen mit mitleidsloser Strenge zu behandeln und ihnen durch Zerstörung und Abbruch der Fabriken die Lebensmöglichkeiten abzuschneiden und sie dadurch zur Verzweiflung und in die Arme Rußlands zu treiben. Nicht die Juden, sondern die Kommunisten — die bereits die Weimarer Republik untergraben hatten — haben die totalitäre Doktrin von der Kollektivschuld des deutschen Volkes erfolgreich propagiert und müssen die Verantwortung für die Richtlinien tragen, nach denen jeder Deutsche Strafe verdient, gleichgültig, ob er selbst ein Verbrechen begangen hat oder schuldlos ist. Die ursprüngliche Einstellung Amerikas zu Deutschland hat sich seit 1947 gewandelt; der Wandel fällt zeitlich mit der Abnahme kommunistischen Einflusses in Amerika zusammen.

Dieses Buch wurde geschrieben, weil ich hoffte, dadurch meinem Adoptivvaterlande das Schicksal zu ersparen, das das tragische Unwissen der Deutschen über Deutschland gebracht hat. Die Mehrzahl der Deutschen wußte nichts von den Untaten und Torheiten, die im deutschen Namen begangen wurden, und wollte nichts davon wissen. Deutschland wurde in den Untergang geführt, weil zu wenige bereit waren, gegen Ungerechtigkeiten zu protestieren, bevor es zu spät war. Obwohl Amerika Pressefreiheit genießt, wurden aber auch die Amerikaner erschreckend falsch informiert. Sie glaubten, Opfer zu bringen, um Frieden, Freiheit und Demokratie in Deutschland und in Europa überhaupt zu erkaufen, und wußten nicht, daß die Politik der Besatzungsmächte statt dessen Naziideen zu neuem Leben brachte, indem sie es den Deutschen schwer machte, Demokratie nicht als Synonym für Ungerechtigkeit anzusehen. Die Amerikaner verführte man zu dem Glauben, der Abbruch der Fabriken bedeute nichts anderes als die Entwaffnung Deutschlands; ihre Zeitungen ließen sie bis vor kurzem in Unkenntnis der Tatsache, daß die Demontage und die Begrenzungen, die man der deutschen Produktion auferlegte, Millionen von Deutschen alle vernünftigen Lebensmöglichkeiten raubten. Kaum jemand sprach den Amerikanern von der Verzweiflung in Deutschland, von der Not und dem Hunger während der ersten Phase der Besetzung.

Ich war mir klar darüber, daß die Veröffentlichung meines Buches mir viel Verunglimpfung eintragen würde, weil Menschen es nicht lieben, unangenehme Wahrheiten über sich selbst anzuhören, und weil wohlorganisierte und machtvolle Kräfte versuchten, der amerikanischen Öffentlichkeit die Wahrheit vorzuenthalten und die vom Krieg entzündeten Flammen des Hasses in Brand zu halten und dadurch unsere Aufmerksamkeit von der Bedrohung abzulenken, die Sowjetrußland und seine kommunistischen Heerscharen in anderen Ländern für uns bedeuten. Glücklicherweise ist Amerika ein freies Land, so daß die Entstellungen, die mein Buch in Kreisen erfahren hat, die den Kommunisten wohlgesinnt sind oder die Befriedigung Sowjetrußlands wünschen, durch die warme Würdigung und vielleicht mehr Lob, als es beanspruchen dürfte, von seiten jener wettgemacht wurde, die Freiheit zu schätzen wissen, Rassenhaß und Rassenvorurteile verwerfen, und wissen, daß nur Wahrheit frei macht und Freiheit bewahren kann.

Ich begrüße das Erscheinen einer deutschen Übersetzung meines Buches, weil ich glaube, daß nichts besser geeignet ist, den Ungeist des

Nazismus zu bannen als die Erkenntnis, daß Demokratie mehr als ein leeres Wort ist, solange Bücher wie dieses in Amerika ungehindert veröffentlicht werden können.

Außerdem erhoffe ich von der Einsicht, daß viele Amerikaner mit den Schwierigkeiten des deutschen Volkes mitfühlen, es nicht für schlechter halten als den Rest der Menschheit, und wünschen, daß Recht geschehe und Sieger und Besiegte gleiches Recht, gleiche Freiheit und gleich günstige Möglichkeiten genießen sollen, eine Erneuerung des Vertrauens zu Amerika und des Glaubens an die Grundsätze, auf denen unsere gemeinsame Kultur aufgebaut ist: Gerechtigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz und Freiheit.

Seit der Veröffentlichung meines Buches in Amerika im Vorjahr hat sich die Einstellung Amerikas zu Deutschland radikal geändert, obwohl eine ausreichende und unvoreingenommene Berichterstattung über Deutschland in der amerikanischen Presse noch immer eine Seltenheit ist. Der angeborene gesunde Menschenverstand des Amerikaners und die Grundanständigkeit des amerikanischen Volkes, die wachsende Einsicht, daß wir keine Zukunft für Freiheit und Kultur erhoffen können, wenn wir nicht bereit sind, vergangenes Leid zu vergeben und zu vergessen, den tragischen Ring von Vergeltung und Rache zu zerbrechen und uns mit unseren ehemaligen Gegnern zur Verteidigung der gemeinsamen Erbschaft zu verbünden, werden, dessen bin ich sicher, bald zur Anerkennung Westdeutschlands als eines freien und gleichberechtigten Mitgliedes der atlantischen Gemeinschaft der freien Völker führen. Wenn mein Buch — sei es auch nur im geringsten Maße — zur Wiederbelebung freundschaftlichen Fühlens, guten Willens und gegenseitigen Verstehens zwischen Siegern und Besiegten beiträgt, so wird es in dem Kampf zur Verteidigung unserer Kultur gegen Kommunismus, Nazismus und Barbarei seine Rolle erfüllt haben.

Washington, am 14. Mai 1950 *Freda Utley*

Zur deutschen Übersetzung

Freda Utley hat sich zum „Anwalt der Stummen" gemacht, als uns Deutschen noch jede Kritik an der Politik der Besatzungsmächte verboten war. „The High Cost of Vengeance" in einer deutschen Ausgabe herauszubringen, war deshalb eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit. Wir haben sie um so freudiger erfüllt, weil „Kostspielige Rache" nicht einer selbstgefälligen Rechtfertigung der Deutschen, sondern mit der Forderung nach „gleichem Maß für alle" einer wirklichen Verständigung unter den freien Nationen der Welt dient, die nur auf Recht und Gerechtigkeit und auf Kenntnis der Tatsachen gegründet sein kann.

Der große englische Philosoph Bertrand Russell hat Freda Utleys Art zu schreiben als eine „Verbindung von scharfem und umfassendem Verstand mit einem tiefen und aufrichtigen Gefühl" charakterisiert. Freda Utley hat in London studiert, als Gattin eines Russen jüdischer Herkunft in Moskau am Institut für Weltwirtschaft und Politik gearbeitet, sie war jahrelang in Japan und China und ist heute in den Vereinigten Staaten eine durch ihre acht Bücher, zahlreiche Artikel und Vorträge bekannte und angesehene Schriftstellerin. Die Zeitschrift Readers Digest und die World Foundation of Foreign Affairs haben ihr den mehrmonatigen Studienaufenthalt in Deutschland ermöglicht, dessen Frucht das vorliegende Buch ist.

Wo in der deutschen Ausgabe Kürzungen vorgenommen wurden, ist in Anmerkungen darauf hingewiesen worden. Weggelassen ist das ganze Kapitel „Tragödie im Siegerland", um den Umfang zu verringern.

Wie jede Übersetzung ist auch diese ein Kompromiß zwischen den Anforderungen des deutschen Stils und der Treue gegenüber dem Autor. Ich hoffe, daß der Versuch gelungen ist, nicht nur korrekt den Inhalt, sondern auch die lebendige Ausdrucksweise Freda Utleys wiederzugeben.

Hamburg, 25. Mai 1950

Egon Heymann

I

DER WEG ZUM KRIEGE

Nach dem ersten Weltkrieg weigerten sich Frankreich und England, jenen Staatsmännern Gehör zu schenken, die sagten, daß man entweder Frieden oder Rache, aber nicht beides zugleich haben kann. Sie brachen das Deutschland beim Waffenstillstand gegebene Versprechen, daß der Friede auf der Grundlage der Vierzehn Punkte Präsident Wilsons und der vom amerikanischen Präsidenten verkündeten „Schlichtungsprinzipien“ geschlossen werden würde.*) Sie setzten die Hungerblockade Deutschlands noch sechs Monate nach dem Waffenstillstand fort, um die deutschen Demokraten, die die Regierung übernommen hatten, zur Unterzeichnung eines Diktatfriedens zu zwingen. Sie hatten einen Frieden ohne Gebietsabtretungen und ohne Kriegsentschädigung versprochen, aber sie raubten deutsches Gebiet und bürdeten der neuerrichteten Weimarer Republik eine erdrückende Reparationslast auf. Sie hatten eine allgemeine Abrüstung versprochen, aber sie entwaffneten nur Deutschland, ohne selbst abzurüsten. Die Sieger lehnten es sogar ab, die Friedensbedingungen mit den Besiegten zu diskutieren, die auf Grund ausdrücklich festgelegter, aber nicht eingehaltener Bedingungen kapituliert hatten. Sie diskreditierten die Demokratie in den Augen der Deutschen, indem sie sie mit gebrochenen Versprechen, nationaler Erniedrigung und wirtschaftlichem Elend verknüpften.

---

*) Maynard Keynes schrieb 1919 in bezug auf den Waffenstillstand in seinem prophetischen Buch „Die wirtschaftlichen Konsequenzen des Friedens“: „Die Natur des Vertrages zwischen Deutschland und den Alliierten ... ist klar und unzweideutig. Die Friedensvertragsbestimmungen müssen mit den Reden des Präsidenten übereinstimmen, und der Zweck der Friedenskonferenz ist ‚die Erörterung der Einzelheiten ihrer Anwendung‘. Die Begleitumstände des Vertrages trugen einen ungewöhnlich feierlichen und bindenden Charakter; denn eine seiner Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen zustimmen solle, die es in einen hilflosen Zustand versetzten ... Die Ehre der Alliierten war (demnach) in besonderer Weise mit der Erfüllung ihres Teiles verknüpft, wozu auch gehörte, daß sie im Falle von Unklarheiten ihre Stellung nicht ausnutzen sollten, daraus Vorteile zu ziehen.“

Die Nazibewegung, die aus der in Versailles gesäten Drachensaat hervorging und infolge der Weltwirtschaftskrise, während der die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sechs Millionen betrug, ungeheuer anwuchs, übernahm die Macht auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise Europas und Amerikas. Es war ganz unvermeidlich, daß der zweite Weltkrieg dem ersten nach einer Zeitspanne von nur 20 Jahren folgte.

Statt zu lernen, daß man Vertrauen und Sicherheit, Demokratie und Wohlstand nicht auf der Grundlage von Haß und Rache aufbauen kann, haben die siegreichen Alliierten diesmal Deutschland auseinander gerissen und jeder Möglichkeit einer Existenz aus eigener Kraft beraubt. Sie waren zwar unfähig, sich untereinander über einen Friedensvertrag zu einigen, aber darin solidarisch, das besiegte Feindesland auf den Stand einer afrikanischen Kolonie hinabzudrücken.

Die Geschichte wiederholt sich — mit Ergebnissen, die wahrscheinlich für Europa noch tragischer sein werden, als die Ereignisse, die zum zweiten Weltkrieg führten. Wiederum machen die siegreichen Alliierten es den Deutschen unmöglich, an Demokratie und Gerechtigkeit zu glauben, sehen sie doch, wie die Besatzungsmächte die Gerechtigkeit verleugnen und die Demokratie verhöhnen. Wiederum sind die deutschen Demokraten in Gefahr, geradewegs den Anhängern des Totalitarismus nachzugeben, da erneut mit legalen Methoden und dem Appell an die Gerechtigkeit eine faire Behandlung des deutschen Volkes nicht zu erreichen ist. Voriges Mal haben wir Hitler hervorgebracht; diesmal mag es uns gelingen, Stalin zur Vorherrschaft über ganz Europa zu verhelfen.

Wenn Frankreich sich nach dem ersten Weltkrieg dazu verstanden hätte, Deutschland so großzügig und klug zu behandeln, wie es selbst nach der Niederlage Napoleons von England behandelt wurde, dann hätte Europa wohl ein weiteres Jahrhundert des Friedens erlebt. Der alte Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich hätte unter Bedingungen enden können, die ebenso vorteilhaft für beide und ersprießlich für den europäischen Frieden gewesen wären wie die englisch-französische Zusammenarbeit nach den Jahrhunderten der

Rivalität und der Kriege zwischen England und Frankreich. Statt dessen suchte Frankreich in der Entwaffnung des teutonischen Riesen eine fiktive Sicherheit und gab ihm dabei doch allen Grund, auf Rache zu sinnen.

Die erdrückende Last der von Deutschland geforderten Reparationen und die Verweigerung einer gesicherten und ehrenhaften Stellung unter den Nationen Europas schwächten die deutsche Demokratie so sehr, daß die Nazis an die Macht kamen und Frankreich durch die Kräfte überwältigt wurde, die es selbst erzeugt hatte.

Vielleicht ist es wahr, daß die einzige Lehre aus der Geschichte die ist, daß die Menschheit nichts aus ihr lernt. Aber das Unvermögen der westlichen Demokratien, die Lehren der jüngsten Vergangenheit zu begreifen, ist doch wohl hauptsächlich mit der Auswirkung der Kriegspropaganda, der Unwissenheit oder mangelnden Redlichkeit der Gestalter der öffentlichen Meinung zu erklären.

Die Feder ist noch immer mächtiger als das Schwert und für größeres menschliches Elend verantwortlich, wenn sie skrupellos in „psychologischer Kriegführung" eingesetzt wird. Es ist schon so, wie Samuel Johnson im 18. Jahrhundert schrieb: „Ich weiß nicht, was mehr zu fürchten ist — Straßen voller Soldaten, die ans Plündern gewöhnt sind, oder Dachkammern voller Schreiberlinge, die ans Lügen gewöhnt sind."

Kriegspropaganda und Geschichtsfälschung, der die Mehrzahl der Journalisten, Schriftsteller, Professoren und Politiker frönte, haben die amerikanische Öffentlichkeit überzeugt, die Deutschen hätten eine ihnen eigentümliche Abneigung gegen Demokratie und seien ein von Natur aus aggressives Volk, das immer wieder versuchen werde, die Welt zu beherrschen, wenn es nicht niedergehalten und ihm nicht in einer langen Unterweisung in einer Besserungsanstalt die Liebe zur Demokratie beigebracht werde.

Nur die Kenner der europäischen Geschichte wissen, daß Deutschland erst dann eine soldatische Nation wurde, als Jahrhunderte französischer Angriffe von den Tagen Richelieus bis zu den Eroberungen Napoleons eine Reaktion hervorgerufen

hatten, die Preußen instandsetzte, aus dem uneinigen und machtlosen Haufen von Königreichen, Fürstentümern und Freien Städten, die vor der französischen Revolution die „Deutschländer" bildeten, den modernen deutschen Staat zu schmieden.

Die Amerikaner, denen jahrelang eingepaukt wurde, Deutschland hätte dreimal in einer Generation Frankreich angegriffen, werden mit Staunen lesen, was die Zeitgenossen des deutsch-französischen Krieges in England und in den Vereinigten Staaten über diesen Krieg sagten. Die Londoner Times schrieb am 16. Juli 1870:

„Das größte nationale Verbrechen, das wir seit den Tagen des ersten französischen Kaiserreiches mit Schmerz in diesen Spalten zu verzeichnen hatten, ist begangen worden. Der Krieg ist erklärt worden — ein ungerechter, aber vorsätzlicher Krieg. Dieses schreckliche Unglück, das Europa in Bestürzung versetzt, ist — das ist jetzt nur allzu klar — das Werk Frankreichs, eines Mannes in Frankreich. Es ist das Ergebnis persönlicher Herrschaft. Es kann keinen Zweifel darüber geben, welche Seite die Sympathien der Welt gewinnen wird. Was für Angriffe auch immer Preußen bei früheren Gelegenheiten unternommen haben mag, diesmal wird es die volle moralische Unterstützung auf seiner Seite haben, die denen nur selten verweigert wird, die die Waffen zur Selbstverteidigung ergreifen."*)

George Bancroft, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, berichtete:

„Die führenden Staatsmänner sind sich mit der öffentlichen Meinung in Amerika einig, daß das Wesen des gegenwärtigen Krieges einen Akt der Selbstverteidigung von seiten Deutschlands darstellt. Sein Ziel ist, Deutschland für dauernd durch bessere Grenzen gegen neue Angriffskriege seiner westlichen Nachbarn zu sichern, deren es in den vergangenen drei Jahrhunderten eine so große Zahl gab."**)

Es ist die Tragödie der modernen Geschichte, daß die

*) Zitiert in Gustav Stolper: Die deutsche Wirklichkeit (German Realities), New York, Reynal & Hitchcock, 1948, S. 218.
**) A. a. O. S. 221.

Deutschen stets herumgestoßen wurden, wenn sie friedfertig gesinnt waren. Das natürliche Ergebnis war, daß immer wieder die Apostel der Gewalt die Führung der Nation gewannen, nachdem es den Demokraten und Antimilitaristen nicht gelungen war, eine anständige Regelung, ein fair deal, für die Deutschen zu erreichen oder sie vor Angriffen zu schützen.

Nachdem die Deutschen schließlich das Koppel umgeschnallt hatten, um sich des französischen Angriffs zu erwehren, und nachdem sie Frankreich zur Aufgabe seines jahrhundertealten Ehrgeizes einer französischen Hegemonie über den Kontinent gezwungen hatten, traten sie im weiteren Verlauf in Frankreichs Fußtapfen, als Bismarcks Einfluß nicht mehr bestand. Trotzdem ist die populäre Auffassung irrig, die Deutschen seien die Ursache aller Kriege der jüngsten Vergangenheit. In dem halben Jahrhundert zwischen dem französisch-preußischen Krieg und dem ersten Weltkrieg lebte Deutschland im Frieden, während England und Frankreich den größten Teil Afrikas eroberten und ihre asiatischen Kolonialreiche ausdehnten, während Rußland mit der Türkei und Japan kämpfte und die Vereinigten Staaten durch die Kriege mit Spanien und Mexiko neue Gebiete erwarben. Ich habe in den zwanziger Jahren, als die Kriegsleidenschaften abgekühlt waren, an der Londoner Universität Geschichte studiert und gelehrt; ich hatte den Vorzug, den hervorragenden englischen Historiker Dr. G. P. Goock zu kennen, der zusammen mit anderen Gelehrten die auf die Ursachen des ersten Weltkrieges bezüglichen Tatsachen feststellte. Daher weiß ich auch, daß Deutschland nicht als alleinschuldig am ersten Akt der Tragödie der abendländischen Kultur betrachtet werden kann. Die von den Bolschewisten veröffentlichten und die aus den Wiener Archiven stammenden diplomatischen Dokumente haben bewiesen, daß die Habsburger und das zaristische Rußland größere Schuld am Ausbruch des Krieges tragen als Deutschland.

So schrieb Gustav Stolper: „Nicht ein international angesehener Historiker, von welcher Nationalität auch immer, hat in den zwanziger und anfangs der dreißiger Jahre die These von der deutschen Alleinschuld aufrechterhalten. Wohl

aber sind verschiedene hervorragende Historiker, besonders Engländer und Amerikaner, in der Feststellung sehr weit gegangen, daß Deutschland verhältnismäßig unschuldig war."*)

Die Propaganda im zweiten Weltkrieg hat die geschichtlichen Tatsachen vernebelt, und heute sind sie vergessen. Aber niemand kann bestreiten, daß nach der Niederlage im ersten Weltkrieg das Pendel eine Zeitlang nach der anderen Seite ausschlug und die Deutschen sich dem Pazifismus und der Demokratie mit dem gleichen Eifer zuwandten, mit dem sie vorher ihren Militaristen gefolgt waren. Die Verfassung der Weimarer Republik garantierte soviele Freiheiten, daß sie auch Kommunisten und Nazis die Freiheit einräumte, die deutsche Republik erst zu untergraben und schließlich zu zerstören.

Vielleicht hätte die Weimarer Republik ihre eigene innere Schwäche überlebt, wäre Frankreich willig gewesen, das Kriegsbeil zu begraben und gegenüber Deutschland eine so aufgeklärte Politik zu verfolgen wie die Engländer, die bald nach Kriegsende begriffen, wie töricht es war, die demokratischen Kräfte in Deutschland an einer restlosen Erfüllung des Versailler Vertrages ersticken zu lassen.

Die Franzosen aber wollten Blut aus einem Stein herauspressen und die ungeheuren Reparationen einstreichen, die die deutsche Republik unmöglich bezahlen konnte, und besetzten deshalb gegen den Rat Englands 1923 die Ruhr. Die Deutschen beantworteten diese anmaßende Aktion mit einem Generalstreik an der Ruhr, der zwar schließlich die Franzosen zum Rückzug zwang, Deutschland aber in den Bankrott stürzte. Er führte zu einer unaufhaltsamen Beschleunigung der Inflation, die den Mittelstand ruinierte und die Grundlage für die Nazibewegung legte. Gleichzeitig trieb das Elend der Arbeiterschaft viele dazu, der sozialdemokratischen Führung den Rücken zu kehren und den Kommunisten zu folgen.

Das Eingreifen Amerikas verschob die Krise um ein Jahrzehnt. Amerikanische Anleihen und Kredite retteten die Weimarer Republik und setzten Deutschland instand, eine

*) A. a. O. S. 221.

herabgesetzte Reparationsrate zu zahlen, und ließen sogar einen Schein von Wohlstand aufkommen. Es blieb zwar ein dauernder Arbeitslosenbestand von rund 2 Millionen, aber die deutsche Industrie war mit Hilfe der amerikanischen Anleihen mit neuen Maschinen ausgestattet und rationalisiert worden.

Deutschland hoffte, seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, was jedoch von einer Ausdehnung des Welthandels und weiteren amerikanischen Krediten abhing. Diese Voraussetzungen entfielen, als die Weltwirtschaftskrise in drastischer Weise die deutsche Ausfuhr herabsetzte, den amerikanischen Krediten ein Ende bereitete und Deutschland die Möglichkeit nahm, Reparationen oder Anleihezinsen zu zahlen.

Das Smoot-Hawley-Zolltarif-Gesetz in den Vereinigten Staaten und die Zollmauer, mit der das britische Weltreich auf der Konferenz von Ottawa 1931 umgeben wurde, vollendeten den Ruin der deutschen Demokratie. Der deutsche Außenhandel schrumpfte auf die Hälfte zusammen; Arbeitslosigkeit, Bankzusammenbrüche und Konkurse riefen auf allen Seiten eine solche Verzweiflung hervor, daß die Rechts- und Linksradikalen die demokratischen Parteien zerschlagen konnten, die sich trotz der riesigen Schwierigkeiten so sehr angestrengt hatten, das deutsche Volk zu einer Abkehr vom Militarismus und zum Vertrauen in eine vernünftige und friedliche Weltordnung zu führen.

Präsident Hoover bemühte sich, der Krise in Deutschland und ganz Europa durch sein internationales Schuldenmoratorium zu begegnen. Präsident Roosevelt aber torpedierte die Londoner Wirtschaftskonferenz und wertete den Dollar ab; damit gab er dem Wirtschaftskrieg, dem Vorspiel zur Tragödie des zweiten Weltkrieges, einen neuen, mächtigen Anstoß.

Es war ein wirtschaftlich hoffnungslos verelendetes, entwaffnetes Deutschland, dem die Gleichberechtigung mit anderen Nationen verweigert wurde, dessen Arbeiterbevölkerung zur Hälfte stempeln ging und das nicht über Kolonialeinnahmen verfügte wie England, Frankreich, Holland und Belgien, um seine arbeitslosen Millionen zu unterstützen, das Hitler unterlag. Der falsche Messias, der „Arbeit und Brot" und ein freies,

starkes Deutschland statt der ohnmächtigen Weimarer Republik versprach, löschte die deutsche Demokratie aus.

Die Nazis zogen aber nicht nur aus dem wirtschaftlichen Elend ihren Vorteil, sie nutzten auch die nationale Empörung und Furcht aus. H. A. L. Fisher, der bedeutende englische Historiker, schreibt in seiner „Geschichte Europas“:

„Die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegte Abrüstung war von dieser soldatischen Nation niemals willig hingenommen worden. Die Deutschen waren auch berechtigt, die eigene Wiederaufrüstung oder die ernsthafte Rüstungsbeschränkung ihrer Nachbarn zu verlangen. Mit einer seltenen Einmütigkeit forderte die deutsche Jugend leidenschaftlich die Gleichberechtigung und protestierte gegen die Fortsetzung eines Systems, das sie schutzlos den Flugzeugen, Panzern und der schweren Artillerie der Polen, Tschechen und Franzosen auslieferte. . . . . . Das langsame Tempo des Völkerbundes untergrub die Autorität der Sozialdemokraten, die zu den Verträgen standen und zu Opfern für den europäischen Frieden bereit gewesen waren. Sieben Jahre hatte Deutschland um Genf gefreit, aber vergebens.“

Einige Jahre lang mußte es den Deutschen scheinen, daß Hitler in hohem Maße recht, die deutschen Demokraten aber gründlich unrecht gehabt hätten: alles, was diesen verweigert worden war, wurde Hitler ohne Kampf zugestanden. Von 1933 bis 1939 wurde die Wahrheit der Maxime, daß „Macht vor Recht geht“ und Gerechtigkeit dem Schwachen stets verweigert wird, immer und immer wieder bewiesen. Der Anschluß Österreichs war den deutschen Demokraten verweigert worden, als er die Wirtschaftskrise, die ihre Stellung unhaltbar machte, hätte erleichtern können; Hitler wurde er gestattet. Das Recht auf Selbstverteidigung, das der Weimarer Republik verweigert worden war, wurde nicht mehr bestritten, als die Nazis es schon längst dahin erweitert hatten, daß es auch ein Recht zum Angriff auf andere bedeute. Nachdem Hitler an die Macht gekommen war, konnten die Deutschen jedes Recht gewinnen, das ihnen als Demokraten verweigert worden war.

Der einfache Deutsche, der müßig an den Straßenecken her-

umgelungert und vergeblich nach Arbeit ausgeschaut, der sich in einer Gesellschaft, die keine Verwendung für seine Arbeitskraft hatte, geächtet gefühlt hatte, hatte nun dauernde Beschäftigung und ein Gefühl der Sicherheit, solange er den Befehlen gehorchte.

Da die Weltmärkte unter der Weimarer Republik der deutschen Ausfuhr verschlossen worden waren, öffnete Dr Schacht dem deutschen Außenhandel die Tore mit Hilfe seiner Tauschabkommen, die unter Umgehung des von London und New York kontrollierten Währungssystems abgeschlossen wurden. Die Deutschen, die große Entbehrungen erlitten hatten, solange sie den Sozialdemokraten Gefolgschaft leisteten, bekamen unter den Nazis gute Arbeitsplätze und behagliche Wohnungen. Der Preis dafür war der Verlust der Freiheit, aber ein Hungriger wird stets sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht hingeben. Hitler ist tot, und das Ende des von den Nazis in Aussicht gestellten Weltreiches ist eine überwältigende Niederlage und ein weltweiter Haß auf das deutsche Volk, das seinen falschen Führern folgte und noch immer für deren Verbrechen als verantwortlich gilt. Von den Nazis und von der Demokratie gleichermaßen enttäuscht, treiben die Deutschen heute ohne Hoffnung dahin. Wenn Demokratie sie mit einer ebenso starken Hoffnung erfüllen könnte, wie sie einst von den falschen Nazipropheten ausging, könnte ganz Europa gerettet werden. Aber wir, die Sieger, behandeln sie als ein Volk von Parias. Wir geben den deutschen Demokraten wenig oder gar keine Unterstützung und demonstrieren damit, daß diese heute wie vor zwei Jahrzehnten unfähig sind, den Deutschen das Recht auf Arbeit zum eigenen Unterhalt und einen gleichberechtigten Status mit anderen europäischen Nationen zu erringen.

Man bedarf nur geringer historischer Kenntnisse, um die populäre Annahme zu widerlegen, die Deutschen seien von Natur aus aggressiver als Franzosen, Engländer oder andere Völker. Jedes dieser Völker ist der Reihe nach je nach seiner Macht, seinen Gelegenheiten und dem Ehrgeiz seiner Herrscher der Angreifer gewesen.

Es ist zwecklos, Vorwürfe auszuteilen, da fast jede Nation zu dieser oder jener Zeit in Europa, Afrika oder Asien der Angreifer war und selbst die Amerikaner Eroberungskriege auf ihrem Kontinent geführt haben. Der Fortbestand der abendländischen Kultur hängt jetzt von unserer Fähigkeit ab, alte Beleidigungen zu vergessen, uns über nationale Vorurteile zu erheben und die Kriegswunden zu heilen. Solange die mörderischen Erbfeindschaften Europas nicht enden und wir nicht anfangen, nach den Prinzipien zu handeln, die wir zu unserem Glaubensbekenntnis erhoben haben, werden die Kommunisten Eroberungen machen. Der erste unechte Frieden brachte Hitler hervor, der zweite beschert uns Stalin.

Nur ein lebendiger Glaube an die Grundsätze, zu denen wir uns in Worten bekennen, und unsere Entschlossenheit, sie in die Tat umzusetzen, kann die westliche Kultur erhalten.

Der heimtückische Einfluß totalitärer Lehren und der Verfall demokratischer Grundsätze spiegelt sich in der Wandlung der amerikanischen Haltung zwischen den beiden Weltkriegen wider.

Während des ersten Weltkrieges bemühte sich Präsident Wilson, der Stimme der Vernunft und Menschlichkeit bei den amerikanischen Verbündeten Gehör zu verschaffen. Er setzte sich für einen Frieden „ohne Annexionen und Reparationen" ein, um „die Welt für Demokratie reif zu machen". Aber während des zweiten Weltkrieges und danach wurde der Präsident der Vereinigten Staaten zum Hauptexponenten der Politik „Alle Beute den Siegern" und ließ die Atlantik-Charter unberücksichtigt, die er selbst entworfen hatte.

Präsident Roosevelt war es, der in Jalta Polen und China verschacherte und Osteuropa dem kommunistischen Terror auslieferte. Präsident Roosevelt war es, der sich mit Stalin darauf einigte, daß „Reparationen in Sachleistungen" durch Einsatz von Deutschen als Sklavenarbeiter erpreßt werden sollten. Und nicht zuletzt war es der demokratische Präsident der Vereinigten Staaten, der dem Morgenthau-Plan des Hungertodes von Millionen Deutschen Pate stand und der Enteignung und Vertreibung von Millionen Deutschen aus Schlesien, Ostpreußen, Sudetenland und dem Balkan zustimmte, die kein anderes Verbrechen

begangen hatten, als daß sie zur deutschen „Rasse" gehörten. Es war Churchill, der Tory-Imperialist, nicht Roosevelt, der amerikanische Demokrat, der gegen Stalin in Jalta aufstand, als der Diktator aller Reußen vorschlug, Tausende von deutschen Offizieren nach dem Siege abzuschlachten.*)

Es war Churchill, nicht Roosevelt oder seine „liberalen" Adjutanten, der Europa vor Herrschaft und Terror der Kommunisten zu retten suchte, indem er eine Strategie befürwortete, die die Russen von Osteuropa hätte fernhalten und hätte verhindern können, daß mit den im Kriege gebrachten Opfern nur die eine totalitäre Tyrannei durch eine andere ersetzt wurde.**)

Präsident Wilson starb als gebrochener Mann, nachdem es ihm nicht gelungen war, von den Verbündeten Amerikas die Zustimmung zu einem gerechten Frieden zu erreichen und die Unterstützung des Kongresses für den Völkerbund zu finden, der, wie er glaubte, die Zugeständnisse wieder ausgleichen würde, die er in Versailles der Gier, den Befürchtungen und den Ansprüchen der Sieger zu machen gezwungen worden war.

Präsident Roosevelt starb, ehe noch die Konsequenzen seiner unmoralischen Behandlung der besiegten Feindnationen und seiner bereitwilligen Aufopferung von Grundsätzen und höheren Interessen, wo es die Förderung seines „Großen Vorhabens" galt, voll sichtbar geworden waren. Aber noch vor seinem Tode muß er gewußt haben, daß Stalin die Versprechen nicht einhalten würde, die er ihm um den Preis des Verrates an Polen und China und der Auslieferung Osteuropas an die kommunistische Herrschaft abgewonnen hatte, und mit deren Hilfe er den Sowjetdiktator in die Lage brachte, ganz Europa zu bedrohen und China einzustecken.

Beide Präsidenten der Demokratischen Partei haben versagt. Aber Wilson hatte für Gerechtigkeit gekämpft, während Roosevelt sie bequemen Aushilfsmitteln aufopferte und die Zukunft der Welt zum Einsatz eines — wie er selbst zugab —

*) Damit ist keine Verteidigung Winston Churchills beabsichtigt, der zu kurzsichtig oder von seiner eigenen Beredsamkeit zu sehr berauscht war, um die katastrophalen Konsequenzen einer unbeschränkten Hilfe für Stalins Rußland zu erfassen. Im Vergleich zu Franklin D. Roosevelt kann Churchill jedoch den Anspruch erheben, ein Staatsmann gewesen zu sein.

**) Nach dem Bericht von Elliot Roosevelt in „Wie er es sah" (As He Saw It. New York, Duell Sloan & Pearce, 1946).

„Spieles“ und des Vertrauens auf seine Fähigkeit machte, den Sowjetdiktator zu bezaubern.

Die Auswirkungen der „Erfolge“ Roosevelts waren verhängnisvoller als Wilsons Fehlschläge. Die Vereinten Nationen erwiesen sich von der Gründung an als ein größerer Versager als Wilsons Völkerbund; tatsächlich ist die UNO auch bereits zu Gunsten des Atlantikpaktes mit den Feinden Sowjetrußlands aufgegeben worden.

In dem Gegensatz zwischen Haltung und Zielen Wilsons und Roosevelts spiegelte sich die veränderte Philosophie der Liberalen. Während des ersten Weltkrieges und später hatten sich die Liberalen für einen gerechten Frieden eingesetzt, sie waren von nationalen und rassischen Vorurteilen abgerückt und hatten sich bemüht, den Einfluß des Nationalismus und des vom Kriege gezüchteten Völkerhasses zu bekämpfen. Aber während des zweiten Weltkrieges und danach stellten sich die sogenannten Liberalen und Fortschrittler an die Spitze jener, die die Kreuzigung des ganzen deutschen Volkes forderten.

Wenn die Kräfte der westlichen Demokratie durch den Einfluß von Anhängern des totalitären Systems geschwächt wurden, die sich „liberal“ tarnten oder die durch den Kommunismus korrumpiert waren, so haben die Kommunisten einen Teil ihrer Stärke verloren, weil sie den Kommunismus seines ursprünglichen, die Menschheit umfassenden Inhalts und seines internationalen Appells entkleideten.

Nur Unwissende, Verblendete und ein paar selbstsüchtige Menschen mit gewaltigem Ehrgeiz und geringem Talent glauben heute noch, daß der Kommunismus der Menschheit eine gerechtere soziale Ordnung oder mehr Gleichheit unter Menschen, Nationen und Rassen bietet.

Der Unterschied in Einstellung und Politik der Kommunisten heute und vor zwanzig Jahren wird am besten durch ihr Verhalten gegenüber Deutschland illustriert. Hier offenbart sich der Gegensatz der einstigen und heutigen Haltung, der vorgetäuschten Ideale und der tatsächlichen Praktiken in besonderer Klarheit.

1917 proklamierte Lenin die Einheit der „Arbeiter in aller

Welt"; er brandmarkte den Krieg als imperialistischen Kampf, verwarf die nationalistischen Kriegsziele der zaristischen und der Kerensky-Regierung und streckte dem deutschen Volk die Freundschaftshand hin. Unter seiner Führung waren die Kommunisten Internationalisten in Theorie und Praxis. Sie empfanden gegenüber dem deutschen Volk ebensowenig Feindseligkeit wie gegenüber irgendeinem anderen, weil sie „die Massen" jedes Landes als Opfer „kapitalistischen Terrors" und „imperialistischen Ehrgeizes" betrachteten.

Ein Vierteljahrhundert später hatte Stalin, der auf den von Lenin gelegten Fundamenten, jedoch mit einer völlig verschiedenen Auffassung des zu errichtenden Gebäudes weiterbaute, Rußland in einen national-sozialistischen Staat verwandelt und wollte am ganzen deutschen Volk fürchterliche Rache üben, weil dieses seinen eigenen nationalsozialistischen Führern und nicht denen Rußlands gefolgt war. Hatte Lenin auf alle territorialen Ansprüche der Zaren verzichtet, so verlangte Stalin alles und noch mehr als jene je in Europa und Asien zu erlangen geträumt hatten.

Die Entartung des Kommunismus und der Demokratie hatte sich auf parallelen Linien vollzogen; so war es auch ganz natürlich, daß die Westmächte und Sowjetrußland sich nur über eine Sache einigen konnten: Rache an ihren besiegten Feinden. Kommunismus war zu einem Synonym für die Interessen der Herrscher Rußlands geworden, die Demokratie war dem heimtückischen Gift des Nationalhasses unterlegen: die Sieger des zweiten Weltkrieges taten sich zusammen, um die Deutschen auszuplündern und zu versklaven.

Haß ist in der Hand der Kommunisten eine mächtige Waffe; die Feinde der Tyrannei aber macht er kraftlos. Uns waren die Hände durch unseren engen Bund mit dem Tyrannen gebunden, dessen einziger Streit mit Hitler war, daß er sich weigerte, mit den russischen Nationalsozialisten gemeinsame Sache zu machen.*)

Der Kommunismus hat das liberale Ingrediens verloren,

*) Der nach dem 20. Juli gehängte Botschafter von Hassell drückte dies einmal mit den Worten aus: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich", als sich während des Krieges ein ähnlicher Umschwung anzubahnen schien wie vom Antikominternpakt zum Moskauer Vertrag. D. Übers.

das ihm einst moralische Stärke verlieh. Aber seine Anziehungskraft ist auch durch seine unmenschlichen Akte und seine Prostitution im Interesse der Diktatur Stalins noch nicht geschwunden. Stalin war klüger als Hitler, der Machiavellis Rat nicht beachtete, ein Tyrann müsse, um Erfolg zu haben, entweder alle seine Gegner umbringen oder seine Feinde versöhnen. Während die Zahl der aus sowjetischen Konzentrationslagern entkommenen Opfer unendlich klein ist, konnten viele Juden und Demokraten, die selbst gefangen waren oder deren Freunde und Verwandte in Hitlers Gefängnissen zu leiden hatten, ins Ausland gehen und der Welt von den Nazigreueln berichten. Daher ist die Kenntnis der Naziverbrechen so weit verbreitet und in den demokratischen Ländern nur so wenig über die Qualen und den Tod von Millionen Opfern der kommunistischen Tyrannei bekannt.

Weil Hitler bei der Ausrottung seiner Feinde nicht ganz so unbarmherzig oder erfolgreich war wie Stalin, sind die von der Sowjetregierung begangenen Grausamkeiten weit weniger bekannt als die Berichte über die Naziverbrechen. Nur aus diesem Grunde spricht der Appell des längst nicht mehr humanitären und internationalen Kommunismus immer noch Idealisten an, die nichts über Stalins Rußland wissen und darüber auch gar nichts wissen wollen. Aber seine Hauptanziehungskraft übt der heutige Kommunismus auf die irrationalsten und zerstörerischsten Kräfte aus, die der menschlichen Natur mitgegeben sind. Indem die Kommunisten sich Haßgefühle und Leidenschaften zunutze machen, nähren und schüren sie Klassen-, Rassen- und nationale Gegensätze und veranlassen sie die Menschen, gegen ihre eigenen Interessen und gegen die Sache der Freiheit zu handeln. Mit Erfolg haben sie seit Kriegsende die Idee propagiert, daß Verzeihen, Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Wohlwollen Kennzeichen „faschistischer" Sympathien seien.

Als ich vor Jahren in die Sowjetunion übersiedelte, offenbarte sich mir zum ersten Mal die kommunistische Einstellung zur Menschlichkeit in den Zeilen, die ich in Sebastopol unter dem Porträt eines russischen Generals las, der die zaristischen

Truppen im Krimkrieg befehligt hatte: „General X. war ein äußerst gefährlicher Feind der Arbeiterklasse; durch eine freundliche Behandlung seiner Soldaten suchte er ihr Klassenbewußtsein einzuschläfern."

Da es das kommunistische Ziel ist, chaotische und Elendsverhältnisse zu verewigen oder zu schaffen, die allein ihnen die Gelegenheit zur Machtergreifung liefern können, ist es natürlich, daß sie sich nicht nur dem Marshallplan widersetzen, sondern auch ihren Einfluß zur Aufstachelung alten Hasses und alten Grolls benützen, die ihre Feinde getrennt halten.

Die besten und klügsten Juden können durch den kommunistischen Appell an ein verständliches, aber unvernünftiges Wunschstreben nicht verführt werden, Wiedergutmachung von allen Deutschen für Mord und Folterung an ihrer Rasse durch die Nazis zu erpressen. Intelligente und liberale Juden befinden sich unter den führenden Widersachern der Kommunisten; sie haben die kommunistischen Begriffe der Kollektivschuld und der gleichen Bestrafung von Schuldigen und Nichtschuldigen verworfen. Aber da sie auch nur Menschen sind, sind viele Juden Wachs in den Händen der Kommunisten, die an ihr Verlangen nach Rache appellieren, um Europa für die sowjetische Eroberung reif zu machen.

Ebenso erfolgreich haben die Kommunisten an den Haß der Polen, Tschechen und anderen appelliert, die unter deutscher Hand litten; sie benützen diese Leidenschaft als Mittel, um die „befreiten" Völker an Stalin auszuliefern. So werden die Tschechen, die die drei Millionen Sudetendeutschen enteigneten und vertrieben, heute selbst im eigenen Land zu Leibeigenen Stalins gemacht.

Beschränkte sich der heutige Einfluß der Kommunisten auf jene, die noch immer glauben, daß die Sowjetunion eine „friedliebende" Demokratie sei, so wäre er ohne Bedeutung; aber die Geschicklichkeit der Kommunisten, ihrer Mitläufer und Opfer, an irrationale und destruktive Triebe zu appellieren, hat die Schwächung der demokratischen Welt zur Folge.

Stalin befindet sich in der beneidenswerten Lage, beide Hände zur Zerstörung der freien Welt gebrauchen zu können.

Als Haupt des russischen Staates bietet er dem deutschen Volk die Gelegenheit, sich durch ein Bündnis mit Sowjetrußland am Westen rächen zu können. In der Hoffnung, den deutschen Nationalismus vor seinen Karren spannen zu können, gibt er früheren Nazis anständige und gut bezahlte Stellungen in der deutschen kommunistischen „Polizei"-Truppe, die in Wirklichkeit eine Armee ist, und an den kommunistischen Universitäten und in der Verwaltung der Sowjetzone. Sowjetrußlands Appell in Deutschland richtet sich heute hauptsächlich an die früheren Nazis, die gern in die Reihen ihrer ideologischen Brüder in der Kommunistischen Partei aufgenommen werden.

Gleichzeitig weist Stalin aber als „Papst" der kommunistischen, für international gehaltenen „Kirche" die Gläubigen in den anderen Ländern an, eine Politik zu betreiben, die die Deutschen zur Parteinahme für Sowjetrußland veranlassen soll aus Verzweiflung darüber, daß ihnen unter der westlichen militärischen Besetzung nicht gestattet wird, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Dieses Doppelspiel wäre allzu durchsichtig, um erfolgreich zu sein, gäbe es nicht jene einflußreichen Schriftsteller, Rundfunkkommentatoren, Professoren und anderen Gestalter der öffentlichen Meinung, die sich von den Kommunisten beeinflussen lassen — aus Dummheit, Ehrgeiz oder dank der Geschicklichkeit der Kommunisten, nationalen und Rassenhaß auszunützen und die durch den letzten Krieg entflammten Leidenschaften lebendigzuhalten. Das amerikanische Volk hätte schon jetzt die selbstzerstörerische Natur der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland begriffen, gäbe es nicht den Einfluß kommunistischer Mitläufer, der sich in mannigfacher und subtiler Weise auf Zeitungen, Zeitschriften und Bücher ausbreitet, oder der durch populäre Vorträge und die Vorlesungen von Universitätsprofessoren verbreitet wird, und der sich auch unter Senatoren, Abgeordneten und Geschäftsleuten findet, die sich vor dem Stigma der „Rotenhetze" fürchten, das jenen aufgedrückt wird, die hinter die kommunistische Definition von „Liberalismus" und „Fortschritt" ein Fragezeichen setzen.

Den Kommunisten und ihren Anhängern ist es gelungen, eine große Zahl von Amerikanern zu überzeugen, daß Gerechtigkeit und Verzeihen „reaktionär" und Sympathie für den Unterlegenen ein Zeichen „faschistischer Neigungen" seien. Fast wäre es ihnen auch gelungen, die Mehrheit der Amerikaner davon zu überzeugen, daß Rache am Besiegten, selbst um den Preis einer erdrückenden Bürde auf den Schultern des amerikanischen Steuerzahlers, den Frieden sichere.

Kommunistischer Einfluß, der in der Roosevelt-Aera so stark war, ist in weitem Umfang für die Art verantwortlich, in der wir Deutschland behandelten und in verstärkter Form die Fehler Frankreichs und Englands nach dem ersten Weltkrieg wiederholten. Dieser Einfluß ist auch keineswegs tot, obwohl sich das amerikanische Volk in wachsendem Maße der damit gegebenen Gefahr bewußt wird.

Der französische Einfluß gesellte sich zu dem der Kommunisten, um das amerikanische Volk zu überzeugen, man solle dabei verharren, Deutschland zu entwaffnen, es der Freiheit zu berauben und ihm nur eine Industriekapazität zu belassen, die ihm eine Existenz nur mit amerikanischen Hilfsgeldern gestattet: eine Politik, der es schließlich gelingen muß, die Deutschen zur Parteinahme für Sowjetrußland zu zwingen.

Wir haben nicht nur wiederum dem deutschen Volk eine erdrückende Reparationslast auferlegt. Diesmal haben wir auch einem bereits übervölkerten Deutschland das Gebiet entrissen, ohne das seine Bevölkerung nicht ernährt werden kann, und ihm die Industrien weggenommen. die Ausfuhrwaren zum Kauf von sonst nicht erhältlichen Lebensmitteln produzieren könnten. Nicht zufrieden damit, daß wir Rußland die direkte Kontrolle über Ostdeutschland zuschanzten, das früher Westdeutschland mit Nahrungsmitteln versorgte, haben wir auch noch der Vertreibung von mehr als 12 Millionen Deutschen zugestimmt: aus Schlesien, das wir Polen gaben, aus Sudetenland, das seit Jahrhunderten von Deutschen bewohnt wurde, und aus Jugoslawien und anderen osteuropäischen Ländern mit Minderheiten deutsch-„rassischer" Abstammung.

Wenn je die Geschichte unserer Zeit von Gelehrten ge-

schrieben wird, die von nationalen Vorurteilen frei sind, dann werden die von den Siegern des zweiten Weltkrieges des 20. Jahrhunderts nach Christi Geburt begangenen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ als den von den Nazis begangenen gleichwertig hervortreten. Denn ein objektiver Beobachter der „Verbrechen, Torheiten und Grausamkeiten der Menschheit“ kann nicht leugnen, daß die Enteignung und Vertreibung von Millionen Menschen aus ihren Heimstätten um des einzigen Verbrechens willen, zur deutschen „Rasse“ zu gehören, eine Grausamkeit war, die mit der Auslöschung der Juden und den Polen- und Russenmassakern der Nazis vergleichbar ist. Die Frauen und Kinder, die auf dem Treck von Schlesien und Sudetenland in das deutsche Restreich vor Hunger und Kälte umkamen, mögen wohl gedacht haben, daß im Vergleich dazu ein schneller Tod in einer Gaskammer barmherzig gewesen wäre.

Jene mythische Persönlichkeit, der Historiker der Zukunft, wird bei der Aufstellung der Bilanz zwischen den Verbrechen der Nazis und denen ihrer Eroberer auch nicht versäumen, den Demokratien den Beschluß anzukreiden, ihren Armeen an der Elbe Halt zu gebieten, damit den Russen erlaubt werde, Berlin zu plündern und zu schänden. Wenn Nachahmung die aufrichtigste Form der Schmeichelei ist, dann hat niemand den Nazis ein höheres Kompliment gezollt als ihre Eroberer.

Statt nach den demokratischen Grundsätzen zu handeln, zu deren Bewahrung wir in den Krieg gezogen waren, zerrissen wir die Atlantik-Charter und kopierten die Nazis in der Verleugnung des Völkerrechts.

Statt unseren Glauben an die christlichen und liberalen Grundsätze darzutun, die Amerika zur stärksten Macht in der Welt gemacht hatten, bekräftigen wir die Nazidoktrin „Macht setzt Recht“. Statt den Deutschen zu zeigen, daß Hitlers Rassentheorien falsch und lächerlich waren, legten wir uns selbst die Rolle des „Herrenvolkes“ bei. Statt die Gesetzesregel durchzusetzen, derzufolge Einzelmenschen nur für Verbrechen bestraft werden, die sie selbst begingen, und auch das nur, nachdem ihre Schuld bewiesen ist, haben wir die ganze deutsche Nation für Hitlers Verbrechen geächtet.

Wir sagten den frierenden und hungernden Deutschen in den durch unsere „Ausradier"-Bombenangriffe verwüsteten Städten, daß sie weder Gerechtigkeit noch Barmherzigkeit zu erwarten hätten, daß wir sie aber, trotz Entzugs des Wahlrechts als Strafe für die Naziverbrechen, die Liebe zur Demokratie lehren würden.

Statt anzuerkennen, daß ihre „bedingungslose Kapitulation" uns die moralische und rechtliche Verpflichtung auferlegte, eine faire Regelung für das deutsche Volk zu sichern, taten wir gerade das Gegenteil. Wir proklamierten in Nürnberg, daß wir uns nicht länger an die Haager und Genfer Konventionen gebunden erachteten, weil Deutschland bedingungslos kapituliert habe, daß wir aber alle Deutschen bestrafen würden, weil sie in ähnlicher Weise das Völkerrecht mißachteten, als sie die Sieger waren.

Die ursprünglichen Weisungen an die amerikanischen Besatzungstruppen befahlen ihnen, nichts zu einer Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zu unternehmen; sie bestritten jede Verantwortung für die Ernährung der Unterworfenen, obwohl wir selbst während des Krieges darauf bestanden hatten, daß Deutschland für die Bevölkerung der von ihm besetzten Länder genug Lebensmittel beschaffen müsse, wie unmöglich dies auch infolge unserer Blockade war. Und in Potsdam wurde vereinbart, daß die Sieger berechtigt seien, Reparationen in der Form von Zwangsarbeit zu erheben, was die Russen voll ausnutzten, die Millionen von Kriegsgefangenen als Sklavenarbeiter zurückhalten und zwangsweise Männer und Frauen in ihrer Zone zur Arbeit in Gefangenentrupps oder Konzentrationslagern ausheben.

Den amerikanischen Soldaten wurde gesagt, daß sie als Eroberer, nicht als Befreier in Deutschland einmarschierten. Die Aufgabe der Besatzungstruppen stellte man sich rein negativ vor: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entzentralisierung und Entindustrialisierung des besiegten Feindeslandes. Nichts sollte getan werden, um den Deutschen den Glauben zu geben, daß der Sieg der Demokratien Freiheit, Hoffnung und Gerechtigkeit biete. Wir gingen im Gegenteil so weit, die Deutschen

zu lehren, daß ihr toter Führer mit seinem Wort Recht gehabt hatte, Deutschland werde zerstört werden, wenn es unterliege. „Wehe den Besiegten" war unser Motto, wie es das Motto Hitlers gewesen war.

Drei Jahre lang nach der bedingungslosen Kapitulation hielten wir die Deutschen auf Rationen, die nicht oder nur wenig größer waren als die in den Nazi-KZs. Man ließ alle Deutschen, selbst wenn sie vorher in Hitlers Gefängnissen gesessen hatten, hungern und demütigte sie.

Unter Androhung von Gefängnisstrafen wurde den Deutschen verboten, die Sowjetunion zu kritisieren oder sich über die unmenschliche Behandlung derjenigen zu beklagen, die wir dem kommunistischen Terror ausgeliefert hatten. Einflußreiche Posten der Militärregierung, Stellungen in der deutschen staatlichen und Gemeindeverwaltung, in Spruchkammern, Zeitungsverlagen und bei Rundfunksendern wurden mit amerikanischen und deutschen Kommunisten und Mitläufern besetzt. Wir taten alles, was wir konnten, um die Deutschen zu überzeugen, daß wir nichts gegen totalitäre Lehren und Praktiken einzuwenden hatten, solange sie den Interessen Sowjetrußlands statt denen des deutschen Nationalismus dienten.

Durch die Macht und den Einfluß, die wir amerikanischen und deutschen Kommunisten einräumten, verhöhnten wir nicht nur unser demokratisches Bekenntnis, wir lehrten damit auch die amerikanische Jugend, den Prinzipien abzuschwören, deren Bewahrung im amerikanischen Volk als Aufgabe des Kampfes hingestellt worden waren.

Beim Einmarsch in Deutschland wurden für die amerikanischen Soldaten Schulungskurse des Hasses abgehalten; man lehrte sie, der bösartigen deutschen „Rasse" gegenüber weder Barmherzigkeit noch Mitleid walten zu lassen: genau so wie die jungen Nazis im Haß und in Abscheu vor den Juden unterwiesen worden waren. Der Morgenthau-Plan, den Präsident Roosevelt in Quebec gebilligt hatte, war die Grundlage des berüchtigten Armeebefehls JCS 1067, der das Schema unserer ursprünglichen Besatzungspolitik aufstellte. Wäre der Morgenthau-Plan zur Umwandlung Deutschlands in ein Weideland

durchgeführt worden, so würde er den größten Akt des Völkermordes dargestellt haben, der je in modernen Zeiten begangen wurde. Die Deutschen wären fast ihrer gesamten Industrie beraubt worden, und mindestens 30 Millionen Menschen wären verhungert, da der Boden nicht mehr als die gegenwärtige bäuerliche Bevölkerung ernähren kann.

Menschliche Skrupel des amerikanischen Volkes verhinderten die Ausführung dieses niederträchtigen Planes. Unglücklicherweise blieb aber der Befehl JSC 1067 bis 1947 die Grundanweisung für die Besatzungstruppen. Diesem an General Eisenhower im April 1945 erteilten Armeebefehl zufolge sollte nichts unternommen werden, was „auf eine wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands gerichtet und zur Aufrechterhaltung oder Stärkung der deutschen Wirtschaft bestimmt" sei. Die Militärregierung wurde ausdrücklich angewiesen, die Produktion einer langen und umfassenden Reihe von Industrien zu „verbieten und zu verhindern". Der Lebensmittelverbrauch des deutschen Volkes sollte auf ein Minimum begrenzt, „Überschüsse" den Besatzungstruppen und den DPs zur Verfügung gestellt werden. Die Tatsache wurde völlig außer Acht gelassen, daß ein seiner Kornfelder im Osten durch die russische Besetzung und durch die polnische Besitzergreifung Schlesiens beraubtes Deutschland keine Möglichkeit hatte, sich selbst zu ernähren, und sei es auch nur knapp an der Grenze des Verhungerns; es wurde angeordnet, daß die Rationen so weit heruntergeschraubt werden sollten, um die Verwendung von „Nettoüberschüssen" zum Unterhalt der Besatzungstruppen und der DPs und zum Export zu gestatten.

Armeebefehl JCS 1067 erklärte ausdrücklich, daß „Deutschland nicht zum Zweck der Befreiung" besetzt werde, sondern als „besiegtes Feindesland". Weiter hieß es, daß Reparationen und Restitutionen eingetrieben und keine politische Betätigung erlaubt werden sollte. „Fraternization" mit dem Feind war streng verboten. Wir waren entschlossen, als Übernazis die Nazis noch durch die Art zu übertreffen, wie wir die Besiegten behandelten.

Amerikanischen Soldaten wurden Strafen angedroht, falls

sie wie echte Amerikaner die Notleidenden und Hilflosen unterstützten. Selbst Freundlichkeit deutschen Kindern gegenüber galt als strafbares Vergehen. Den einfachen Soldaten war es verboten, einen Brocken Speise von ihren Tellern zu nehmen und den Verhungernden zu geben; die Messe-Unteroffiziere waren angewiesen, Speisereste wegzuwerfen und sie nicht irgendeinem Deutschen zu überlassen. Nicht einmal Kaffeesatz durfte den Deutschen geschenkt werden.

Nächstenliebe war verboten, Mitleid wurde als unamerikanisch betrachtet, und nicht nur das, Soldaten und Offiziere wurden, wenn nicht gerade positiv zum Plündern ermuntert, so doch in keiner Weise daran gehindert, die gleichen Ausschreitungen wie Russen und Franzosen zu begehen. Das Wort „befreien“ wurde in der Soldatensprache gleichbedeutend mit „stehlen“.

Da es in jeder Armee einen gewissen Prozentsatz von Gangstern und Verbrechern gibt, werden stets in einem besetzten Feindesland Plünderungen und brutale Mißhandlungen der Zivilbevölkerung vorkommen. Die Anweisungen aber, die Washington der amerikanischen Armee gab, waren ein Anreiz für die zügellose und brutale Minderheit und bestraften die anständige, rechtliche und menschliche Mehrheit.

Es gereicht dem amerikanischen Volk zur Ehre, daß sich trotz der von General Eisenhower ohne Protest in Wirksamkeit gesetzten Roosevelt-Morgenthau-Anweisungen eine große Anzahl von amerikanischen Soldaten nicht von einem ritterlichen und christlichen Benehmen abhalten ließ. Viele standen den hungernden und wehrlosen Deutschen trotz der gegenteiligen Bestimmungen bei. Andere wurden dazu durch jenen Impuls getrieben, der zu allen Zeiten die Schranken zwischen Eroberern und Eroberten durchbrochen hat.

Amerikaner bei den Besatzungstruppen konnten sich des Zustandes von „Himmelssöhnen“ erfreuen, aber wie die Engel schauten sie zu den Töchtern der Erde hernieder und siehe, sie waren schön. Es war unmöglich, die einfachen Soldaten, die weit von der Heimat entfernt waren und den Krieg satt hatten, dahin zu bringen, daß sie das Zusammensein mit schlecht ernährten, aber hübschen deutschen Frauen mieden oder den verhungernden deutschen Kindern nicht Süßigkeiten schenkten,

nur damit die Vergeltungsforderungen erfüllt würden. Weder Armeebefehle noch die Haßpropaganda der amerikanischen Presse konnten die amerikanischen Soldaten davon abhalten, die deutschen Frauen gern zu haben und sich mit ihnen einzulassen, die zwar vom Hunger dazu getrieben wurden, sich hinzugeben, dabei aber einen gewissen angeborenen Anstand bewahrten, auf Freundlichkeit mit Zuneigung und Anhänglichkeit antworteten und oft die Liebe der jungen Amerikaner gewannen, die nur darauf aus gewesen waren, die Vergnügen zu genießen, die der Krieg dem Sieger spendet.

Die natürliche Freundlichkeit der Amerikaner, das Gebot der menschlichen Natur und die Qualität der deutschen Frauen brachten es dahin, daß die unmenschlichen und unrealistischen Anweisungen Washingtons an die amerikanischen Besatzungstruppen von Anfang an mehr durchbrochen als eingehalten wurden. Da es wirkungslos war, den Amerikanern zu sagen, sie sollten sich wie Nazis, Kommunisten oder Roboter benehmen, wurde die Nonfraternization-Verordnung schon sehr bald aufgehoben. Gleichzeitig wurde es auch in Amerika deutlich, wie äußerst absurd der Morgenthau-Plan und wie hoch der Preis der Vergeltung war. Statt daß „Überschüsse" herauskamen, mußte Westdeutschland mit amerikanischen Lebensmitteln versorgt werden, um für die Besatzungstruppe gefährliche „Krankheiten und Unruhen" zu verhindern.

Die Amerikaner waren nicht hinreichend mit totalitären Vorstellungen von kollektiver Bestrafung der Schuldigen und Unschuldigen durchtränkt, um in der Lage zu sein, Millionen Menschen zum Hungertode zu verurteilen, selbst wenn diese Politik nicht Gefahren für die Besatzungstruppe enthalten hätte. Das menschliche Empfinden wurde durch die Gefahren verstärkt, denen die amerikanischen Soldaten ausgesetzt waren. Ansteckende Keime kennen keine Rassenschranken oder Scheidelinien zwischen „guten" und „bösen" Nationen; man begriff auch, daß ein verhungerndes Volk einen schnellen Tod in einem Angriff auf die Eroberer einem langsamen Dahinsiechen vorziehen wird. So wandte man sich an den amerikanischen Steuerzahler, damit er gerade genug Lebensmittel anschaffte,

um die Deutschen am Leben und unterwürfig zu halten und um Epidemien zu verhindern. Nach und nach ließ auch der Einfluß der sogenannten Liberalen und New Dealer nach, die die Theorie verfochten hatten, wir sollten die Kommunisten lieben und alle Deutschen hassen.

Der ursprüngliche Plan der amerikanischen Besatzung war zu einer Zeit aufgestellt worden, in der die Propaganda eine große Zahl von Amerikanern überzeugt hatte, daß Sowjetrußland eine „friedliebende“ Macht und ein Beispiel einer „neuen und besseren“ demokratischen Lebensform sei, und die Mehrheit der Amerikaner zu dem Glauben überredet hatte, man könne auf Stalins Vertragstreue vertrauen.

Nachdem die Sowjetunion es in steigendem Maße deutlich gemacht hatte, daß sie den westlichen Demokratien unwiderruflich feindlich gesinnt ist, und nicht beabsichtigt, die mit uns geschlossenen Verträge anders oder besser zu behandeln als ihre Verträge mit europäischen Nachbarn, waren auch die hitzigsten „Freunde der Sowjetunion“ zum Nachdenken gezwungen. Die Nichtkommunisten unter ihnen mußten zugeben, daß die Annahmen, auf die sich die Politik der Vereinigten Staaten seit 1941 gründete, möglicherweise falsch waren. In dem Maße, in dem die Drohung eines sowjetischen Angriffs immer stärker wurde, schwand die Annahme, daß die Deutschen die Wurzel alles Übels seien. Als es immer deutlicher wurde, daß die Sowjetunion die ganze Welt bedrohte, wurde es klar, daß der Rest Europas gegen Rußland verteidigt werden muß — selbst um den Preis, daß man dem deutschen Volk den Irrtum vergibt, der Naziführung gefolgt zu sein, und daß man es in die Gemeinschaft der freien westlichen Nationen aufnimmt.

Ein Begreifen der schrecklichen gegenwärtigen Gefahr des Kommunismus für die Freiheit überall in der Welt und das Sichklarwerden des amerikanischen Steuerzahlers über den Preis der Vergeltung verbanden sich, um unsere deutsche Politik zu modifizieren. Der Marshallplan, der Deutschland als Empfänger der amerikanischen Unterstützung einschloß, trat an die Stelle des Morgenthau-Planes eines „Deutschland in Ketten“ und eines „Europa in Lumpen“.

Die Notwendigkeit, das ursprünglich unsere Besatzungspolitik inspirierende totalitäre Konzept ganz und gar zu verwerfen, wird aber selbst heute noch nicht anerkannt.

Ich war kaum im August 1948 in Deutschland eingetroffen, als mir klar wurde, daß die in Amerika verbreitete Annahme, der Marshallplan habe den Morgenthau-Plan völlig verdrängt, eine Illusion war. Die amerikanische Politik hat sich geändert und ist, verglichen mit den ersten Besatzungsjahren, menschlich und intelligent geworden. Aber das Grundschema ist das gleiche geblieben. Die Anhänger des Morgenthau-Planes leiteten zwar die Besatzungspolitik der USA nicht mehr, aber sie beeinflußten sie noch, und man fand sie auf wichtigen Posten der Militärregierung. Den Kommunisten und ihren Mitläufern wurde zwar nicht länger gestattet, leitende Stellungen in Deutschland einzunehmen, aber sie konnten noch immer vermittels der sogenannten Liberalen arbeiten, die man überredet hatte, daß ein Eintreten für eine menschliche und konstruktive Politik in Deutschland das Zeichen reaktionärer Sympathien sei.

Was die Kommunisten an Einfluß verloren, ist durch französische Unnachgiebigkeit und den englischen Wunsch ausgeglichen worden, die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten auszuschalten. So werden Demontage und andere Maßnahmen, die Deutschland entkräften und Europa schwächen, die Amerika wachsende Lasten auferlegen und einer kommunistischen Welteroberung den Weg bahnen, noch immer weitergeführt.

Dieses Buch versucht nicht, alle Seiten des deutschen Problems zu behandeln. Sein Ziel ist lediglich, dem amerikanischen Volk zu zeigen, was Vergeltung jetzt und in Zukunft kostet. Dieser Preis kann nicht nur in wirtschaftlichen Begriffen bemessen werden. Die moralischen, politischen und militärischen Konsequenzen einer Politik, die den Deutschen nicht nur die Freiheit verweigert, sondern auch das Recht auf Selbstverteidigung und das Recht, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, kann zu einer Zerstörung der abendländischen Kultur führen, sofern Amerika nicht rechtzeitig die Notwendigkeit zum Bewußtsein gebracht wird, in Europa die Grundsätze durchzuführen, die es selbst groß gemacht haben.

II
DER GEIST BERLINS

Das Berlin der Sommer- und Herbsttage 1948 rief in mir Erinnerungen an das Schanghai von 1938 wach. Wie die Amerikaner, Engländer und Franzosen damals in China sicher und bequem dahinlebten, während die „Eingeborenen“ ihr Leben einsetzten gegen den Feind, der den Angriff auf uns für den günstigsten Zeitpunkt vorbereitete, — so tun sie es heute in Deutschland. Vor zehn Jahren waren die Vereinigten Staaten und England bestrebt, „gute Beziehungen“ zu den japanischen Aggressoren trotz des Blutbades von Nanking und anderer „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu unterhalten, trotz der offenen Mißachtung westlicher Interessen in China seitens Japans, trotz seines beleidigenden Verhaltens und selbst trotz so feindseliger Akte, wie es die Blockade der britischen Konzession in Tientsin und die Beschießung des amerikanischen Kanonenbootes „Panay“ waren. In Deutschland versuchten wir, zu einer Verständigung mit der Sowjetregierung zu gelangen: trotz der Blockade Berlins und trotz der offenen Ansage einer erbitterten Feindschaft Moskaus gegen die „kapitalistisch-imperialistischen“ Westmächte.

In den ersten Jahren des chinesisch-japanischen Krieges, zur Zeit meiner Korrespondententätigkeit in China, behandelten Amerika und England in ihrem Bestreben, ihre Interessen durch Beschwichtigung Japans und Aufopferung Chinas zu schützen, die Japaner mit weit mehr Achtung als die Chinesen, die ihre Schlachten für China, gleichzeitig aber auch für uns schlugen. Im Kalten Krieg in Europa waren wir bemüht, die Russen nicht zu „provozieren“; wir erbettelten von Stalin in Moskau Audienzen für unsere Diplomaten zu Verhandlungen über die Berliner Krise, und setzten uns dabei über die Interessen des deutschen Volkes ebenso hinweg wie damals über die des chine-

sischen Volkes. Genau wie wir seinerzeit dem militaristischen Japan die Freundschaftshand geboten hatten, wenn es nur von dem Angriff auf unsere Interessen in China Abstand nehmen wollte, so versicherten wir jetzt dem Sowjetdiktator, daß wir mit Vergnügen von neuem mit ihm zusammen arbeiten würden, wenn er nur seine Forderungen innerhalb vernünftiger Grenzen halten wollte. Wir hielten immer noch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit verantwortlich für die Verbrechen Hitlers, waren aber gleichzeitig bereit, die Verbrechen Stalins zu verzeihen und zu begünstigen, wenn er nur von einem Angriff auf uns und unsere Freunde Abstand nehmen wollte. Wir tadelten die Deutschen, weil sie sich der Nazidiktatur gebeugt hatten, zeigten uns selbst aber weiterhin bereit, unsere kriegsbedingte Zusammenarbeit mit den russischen „Nationalsozialisten" zu erneuern.

Während wir die Vertreter des Sowjetdiktators mit Ehrerbietung behandeln und mit Stalin verhandeln, um uns zu einigen und ihn umarmen zu dürfen, betrachteten wir die demokratischen Führer der Berliner Bevölkerung nach wie vor als minderwertig und unwürdig, am Verhandlungstisch mit uns unsere gemeinsame Verteidigung als Gleichberechtigte zu beraten. General Clay und sein Stab, die früher keinerlei Skrupel zeigten, die militärischen Vertreter der blutbefleckten Tyrannei Stalins zu bewirten und sich von ihnen bewirten zu lassen, sind mit den gewählten Vertretern der Berliner nie anders zusammengekommen denn als die Herren, die Untergebenen Befehle erteilen. Es ist wahr: man hat dem Oberbürgermeister und den Mitgliedern des Berliner Stadtrates ein wenig mehr Höflichkeit erwiesen, war aber keineswegs geneigt, sie als Freunde zu behandeln.

In Schanghai gab es die Internationale Niederlassung und die Französische Konzession, wo die Weißen, von eigenen Truppen und der Macht ihrer Regierungen beschützt, in Sicherheit das Leben eines Herrenvolkes mit allen seinen Bequemlichkeiten der Bedienung und materieller Vorteile führten, während die große Masse der chinesischen Bevölkerung in der Chinesenstadt kämpfte, arbeitete und hungerte. Die Japaner hatten ihre

eigene Konzession als Basis für ihren Angriff auf China, genau wie die Russen jetzt ihren Berliner Sektor haben, von dem aus sie ihre Operationen ansetzen.

In Berlin gab es keine Eingeborenenstadt; die ganze Stadt war aufgeteilt unter die vier „Herrenvölker", die sich alle besonderer Privilegien erfreuten, vergleichbar den Privilegien der Westmächte und Japans auf Grund der „ungleichen Verträge", die ihnen exterritoriale" Rechte auf chinesischem Boden sicherten. Wir, die Westmächte, haben unsere privilegierte Stellung in China durch Angriffskriege und Drohungen gewonnen; die Deutschen, die wir jetzt wie „minderwertige" asiatische Völker behandeln, kamen in ihre gegenwärtige Lage. weil ihnen der erfolgbringende Angriff mißlang.

Der ganze Zustand in Berlin war dem, den ich in den zwanziger und dreißiger Jahren in Schanghai kennengelernt hatte, so ähnlich, daß ich mich selbst dabei ertappte, von britischen, amerikanischen, französischen und russischen „Konzessionen" zu sprechen. Die Deutschen, von der amerikanischen Militärregierung gewöhnlich als „die eingeborene Bevölkerung" bezeichnet, hausten ebenso elend, sie waren ebenso erbärmlich ernährt und ebenso rechtlos und wehrlos wie die Masse der chinesischen Bevölkerung; und die „Eroberer" schienen ebenso gefühllos für die Leiden der Deutschen, wie es die Weißen gegenüber den „Eingeborenen" in Indien und China in den bösen alten Zeiten der größten Machtentfaltung des westlichen Imperialismus waren. Das Mitgefühl war im Glauben an eigene moralische Überlegenheit beim ständigen Anblick von Armut und Hunger abgestumpft.

Dabei haben die Westler in China während des Krieges dem schlecht gerüsteten chinesischen Widerstandsversuch gegen Japan immer noch mehr Sympathie entgegengebracht als die Mehrzahl der Briten und Amerikaner in Berlin den Deutschen gegenüber, während ein Teil ihres Landes mit unserer Zustimmung bereits vom eisernen Stiefel Sowjetrußlands niedergetrampelt wurde. Damals wie jetzt wollten wir mit den Angreifern „Geschäfte machen", aber wir sympathisierten wenigstens mit den Chinesen und ermunterten sie zum Kampf. Die

Chinesen waren keine „feindliche Nation“, also durfte man sie bedauern und Geld zu ihrer Unterstützung sammeln. Auf der anderen Seite waren die Chinesen keine Weißen, so daß für Washington und London der japanische Angriff auf China bei weitem nicht als so verrucht galt wie der deutsche Angriff in Europa.

Als ich im Jahre 1938 aus China in die Vereinigten Staaten kam, fand ich dort eine unendlich größere Empörung über den Raub der Tschechoslowakei als über die japanische Eroberung eines Teiles von China, die wir durch Lieferung gewaltiger Mengen amerikanischen und englischen Kriegsmaterials unterstützten.

Sun Yat-sen beschrieb das China des neunzehnten und des frühen zwanzigsten Jahrhunderts als eine „Unter-Kolonie“, und meinte damit, daß sein Land noch schlechter gestellt war als eine Kolonie, weil alle Westmächte im Verein mit Rußland und Japan China ausbeuteten und unterdrückten, ohne für seine Verteidigung verantwortlich zu sein. Heute schien mir Deutschland in ganz der gleichen Lage zu sein. Seine Eroberer mochten noch so viel untereinander streiten, in der Niederhaltung Deutschlands waren sie einig. Das aller Mittel der Selbstverteidigung beraubte deutsche Volk hat keinerlei Bürgschaft, daß der Westen es gegen einen sowjetischen Angriff verteidigen werde; es befürchtet, daß Rußland und die Westmächte jederzeit die Abkommen von Jalta und Potsdam zum gegenseitigen eigenen Nutzen wiederaufleben lassen können. Die Deutschen haben in den ersten Jahren der Okkupation reichlich Beweise dafür erhalten, daß die demokratischen Grundsätze für jeden seiner Eroberer von geringer oder überhaupt ohne Bedeutung waren, und daß nur Stalins Gier und offen erklärte Feindschaft gegen Amerika die Kluft zwischen den östlichen und westlichen Siegern verursacht haben.

Die Deutschen in Berlin und in den Westzonen durften ihr Haupt nur deshalb wieder erheben, weil ihre Herren uneinig waren. Sie wußten aber nur zu gut, daß sie, die Unterworfenen, im Falle Stalinscher Konzessionen an die Westmächte von neuem unterdrückt und zum andern Mal von den westlichen

Besatzungsmächten gezwungen werden würden, Kommunisten als Demokraten auszugeben und die deutschen Marionetten Stalins in eine „Koalitionsregierung“ aufzunehmen.

Man hätte annehmen sollen, die Berliner würden sich in ihrer wehrlosen Lage fatalistisch dem Schicksal fügen, was immer auch es für sie noch bereithalten mochte. Statt dessen schöpften sie Kraft aus einem Geist, dessen Vorhandensein während der dreizehn Jahre der Naziherrschaft ausdrücklich bestritten worden war. Sie entfalteten mehr Mut und Tapferkeit im Unglück als in den Tagen von Hitlers Macht und Ruhm. Unter den Völkern Europas ganz auf sich gestellt und in unmittelbarer Nähe der furchtgebietenden Macht Sowjetrußlands, trotzten sie ihr.

Vielleicht bewahrheitet es sich auf Erden wie im Himmel, daß die Letzten die Ersten und die Ersten die Letzten sein sollen. Frankreich, das einst im Kampfe um die Freiheit an der Spitze stand, schien jetzt im Willen und Mut, der Tyrannei zu widerstehen, hinter Deutschland zurückzustehen. Die Franzosen, die vor zehn Jahren gefragt hatten „Warum für Danzig sterben?“ sagten jetzt „Wie, sterben für Berlin?“ Die Berliner aber, bloße Angehörige einer Exfeindnation, wußten es besser: wenn die Westmächte nicht jetzt die Unteilbarkeit Europas, die Notwendigkeit einer Verteidigung ihrer Grundsätze und ihrer Eigeninteressen anerkannten und auf den Ruf der waffenlosen Millionen in Deutschland und Osteuropa hörten, die sich anstrengten, dem kommunistischen Terror zu widerstehen, dann würden alle in Amerika erzeugten Waffen und Atombomben nicht mehr ausreichen, unsere Kultur zu retten.

Die Bevölkerung von Berlin hatte keine Waffen, sie hungerte, war in Lumpen gekleidet und wohnte in den schmutzigen bombenzerstörten Häusern ihrer einst stolzen Stadt. Sie war sich wohl bewußt, daß die Westmächte keinen Zusammenstoß mit den Sowjets riskieren würden, um sie vor „Verhaftung“ oder kommunistischem Menschenraub selbst in den Westsektoren der Stadt zu schützen. Und doch ließ sie sich nicht einschüchtern.

In ihrer Entschlossenheit wurden die Berliner durch General

Clay bestärkt. Er benahm sich zwar gegenüber den Deutschen noch immer als Eroberer, aber er bot Stalin kühn die Stirn, und man schrieb es ihm zu, daß ein Nachgeben des State Department den Sowjets gegenüber bei Beginn der Blockade verhütet wurde.*) Es hieß, daß Clay anfangs einen bewaffneten Geleitzug als Blockadebrecher einsetzen wollte, daß er aber durch Washington, die Engländer und Franzosen davon abgehalten wurde. Obwohl der Oberbürgermeister und die Stadtverordneten von Berlin die Behandlung von oben herab, die ihnen nur zu oft seitens der Militärregierung zuteil wurde, bitter empfanden, erkannten sie doch an, daß General Clay das Hauptverdienst für die Schaffung der Luftbrücke und die Erhaltung eines freien Berlin zukam.

Ich hatte den Eindruck, daß sich im großen und ganzen die amerikanischen Militärs den Deutschen gegenüber besser benahmen und ihnen mehr Sympathie und Achtung entgegenbrachten als die Beamten. Unter diesen gab es in den Wirtschafts-, Finanz- und Informationsabteilungen der Militärregierung noch immer einen kräftigen Einschlag von „Morgenthau-Boys". Es ist ja eine alte Wahrheit, daß der Krieger weniger haßt als der Zivilist, der nie gelernt hat, einen tapferen Feind zu respektieren.

Viele amerikanische Fliegeroffiziere und GI's**) haben offen ihrer Bewunderung für den Mut der Berliner Ausdruck gegeben. Colonel Babcock, der stellvertretende amerikanische Stadtkommandant, erklärte mir im August: „Der Mut dieser Leute ist tatsächlich bewundernswert. Die Stadträte setzen bei jeder Sitzung Leben und Freiheit aufs Spiel, da das Rathaus im russischen Sektor liegt und wir ihnen dort keinen Schutz gewähren können."

Die Wahrheit dieses Ausspruches war mir selbst schon klar geworden, da ich tags zuvor Jeanette Wolff kennengelernt hatte, eine sozialdemokratische Führerin, die auf dem Heimweg von einer Ratssitzung von den Kommunisten mißhandelt

*) Das ist jetzt durch General Clays Buch „Decision on Germany" in dramatischer Weise bestätigt worden. D. Übers.

**) GI = Government Issue = Regierungsdekret, auf Grund dessen die Wehrpflichtigen eingezogen werden. Amerikanische Bezeichnung für den Soldaten. D. Übers.

und von Stalins Raufbolden als „Dreckige Jüdin“ beschimpft worden war. Sie war nur dadurch ernstlichen Verletzungen entgangen, daß ein Polizist aus dem Sowjetsektor, der sie aus ihrer gemeinsam im KZ verbrachten Haftzeit kannte, sich ihrer annahm und sie in Sicherheit brachte.

Bei aller Ermutigung durch die Militärregierung hatten die Berliner aber nicht nur mit der noch immer von den meisten amerikanischen Zeitungen verbreiteten deutschfeindlichen Gesinnung, sondern auch mit dem Einfluß von Beschwichtigungsanwälten, wie Walter Lippmann und Sumner Welles, zu rechnen. Das Ausmaß dieses Einflusses trat in Deutschland übertrieben in Erscheinung, da die New York Herald Tribune als einzige Tageszeitung aus den Staaten eine europäische Ausgabe hatte, und da die deutsche kommunistische Presse sich mit Eifer über Lippmanns und Sumner Welles Leitartikel hermachte und sie als Beweis dafür zitierte, daß die kühne Haltung General Clays in Berlin in den Vereinigten Staaten kaum Unterstützung finde.

Bei einer Zusammenkunft im Amerikahaus in Berlin, an der ich teilnahm, erzählte ein deutscher Journalist einen gerade in Berlin umlaufenden Witz: Eine Berliner Massenversammlung habe ein Telegramm nach Washington aufgegeben: „Nur Mut! Laßt Euch nicht bange machen und gebt den russischen Drohungen nicht nach. Wir stehen hundertprozentig hinter Euch!“

Dieser Scherz enthielt eine handgreifliche Wahrheit. In der Tat waren es der Mut der Berliner Bevölkerung und ihre trotz aller Härten unerschütterliche Unterstützung des Widerstandes gegen Rußland, die den Vereinigten Staaten die erforderliche Rückendeckung zum Durchhalten in Berlin gaben.

Es war interessant, in Berlin die „Bekehrung“ vieler Besucher zu erleben. Wie sehr sie sich auch bei ihrer Ankunft gegen eine solche Vorstellung wehrten, bei der Abfahrt waren viele von ihnen — ganz oder doch zum Teil — davon überzeugt, daß die Hauptstadt von Hitlers berüchtigstem Dritten Reich zum Mittelpunkt des Widerstandes gegen die totale Tyrannei umgeformt worden war. Dieses scheinbare Paradoxon ist nicht nur das Ergebnis des rapiden Tempos der Geschichte unserer

Zeit. Man muß sich auch daran erinnern, daß in dem tragischen Bericht von Hitlers Aufstieg zur Macht in Deutschland Berlin wegen seiner Anti-Nazi-Stimmen auffiel; es unterlag erst, nachdem die Kommunisten mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht hatten, um die deutsche Demokratie zu vernichten.

Im August und September 1948 und viel eindringlicher noch gegen Ende November, als Finsternis und Kälte das Elend der Einwohner vermehrten, kam es mir vor, als sei ein Phönix aus der Asche der zerstörten Stadt emporgestiegen. Ein neuer entschlossener, gehärteter und gereinigter demokratischer Geist beflügelte die waffenlosen Menschen Berlins zum Widerstand gegen die bewaffnete Macht Sowjetrußlands. Dazu gehörte ein Mut, der seinesgleichen in Europa nicht fand. Deutsche Tapferkeit, Disziplin und Zielstrebigkeit richteten sich endlich, von Berlin aus zu urteilen, auf Verteidigung statt auf Zerstörung der westlichen Kultur.

Die Einmütigkeit der Berliner Bevölkerung im Gegensatz zu den Spaltungen, die die demokratischen Kräfte in Frankreich und selbst in England schwächen, ist um so bemerkenswerter, weil die Deutschen weniger Aufmunterung und Hilfe von Amerika bekommen als irgendein anderes europäisches Land. Zwar ist es richtig, daß die Vereinigten Staaten das deutsche Volk vor dem Massenverhungern gerettet haben, aber die Deutschen mußten sich bei der Zuteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen aus Amerika ganz hinten in der Reihe anstellen. Weit wichtiger ist die Tatsache, daß den Deutschen noch die moralische Unterstützung fehlt, die sie haben würden, wenn sie als kämpfende Verbündete in den von Amerika geführten Widerstand gegen die kommunistische Aggression aufgenommen würden. Obwohl sie sich in der vordersten Kampflinie des Weltkampfes gegen die kommunistische Tyrannei befinden, sind die Deutschen noch immer verdächtig, weil sie sich durch die Nazi haben führen lassen. Während sie um die Freiheit kämpfen, schleppen sie die Ketten, die die Demokratien ihnen als Strafe für die Verbrechen Hitlers angelegt haben. Trotz allem aber gaben die Deutschen in Berlin ganz Europa, und besonders dem gespaltenen und geängstigten Frankreich,

ein Beispiel. Sie schlugen ihr Leben für die Freiheit in die Schanze, während andere ihre Hingabe an die Demokratie nur im Munde führten.

Die Deutschen haben offenbar aus bitterer Erfahrung gelernt, daß der Kampf heute nicht um verschiedene Wirtschaftssysteme, um Klassen oder selbst um Nationen geht, sondern um die Grundwerte der westlichen Kultur. Eine Nation, deren beste Geister die eigenen großen Sünden erkennen, hat in Berlin bewiesen, daß sie jetzt größeren Mut im Widerstand gegen das Böse aufbringt als andere, die noch nie in Versuchung geführt wurden und nie erfahren haben, welche Folgen die Unterwerfung unter eine Diktatur mit sich bringt, die alle moralischen Werte verneint.

„Wir wissen jetzt", erklärte mir ein junger Deutscher, „daß die Macht auf die Dauer davon abhängt, in welchem Maße sie sich auf geistige und moralische Werte stützt. Alles, was die Deutschen je durch das Schwert gewonnen haben, ist verloren; von Dauer war nur, was wir durch moralische Kraft erworben haben. Friedrich der Große, Bismarck und Hitler gaben uns nichts, was nicht vergangen wäre, aber der Einfluß von Luther und die Reformation sind geblieben."

Der Mann, der mir dies erklärte, Rainer Hildebrandt, ist kein Pazifist. Er glaubt auch nicht, daß sein Land allein der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" schuldig sei. Für ihn ist die westliche Kultur als Ganzes jetzt auf die Probe gestellt und hat bisher vor den Problemen des Maschinenzeitalters und einer Welt versagt, in der das Elend des einen Volkes alle anderen ansteckt.

„Die Krise in Berlin", sagte er, „ist ein Ausbruch all der bösen Geister, die der vorangegangene Totalitarismus heraufbeschworen hat und die uns jetzt mit der endlosen Nacht kommunistischer Herrschaft bedrohen."

Hildebrandt war einer von mehreren mir bekannt gewordenen Deutschen, deren Vorfahren zum Teil Juden waren. Sie waren von den Nazis als zweit- oder drittklassige Bürger behandelt worden, die an den Früchten von Hitlers Siegen nie teilhatten noch daran teilzuhaben wünschten, die sich aber in

der Stunde der Niederlage und Erniedrigung mit der deutschen Nation identifizierten. Er verband eine treue Liebe zu seinem Geburtsland mit der internationalen und humanitären Weltanschauung, die den meisten idealistischen Juden eigen ist. Mager bis zur Abzehrung, mit klassisch vollkommenen Gesichtszügen und leuchtenden, intelligenten und gütigen Augen hat Rainer Hildebrandt eine über Nationen und Rassen hinausgehende Weltschau; er glüht vor Energie und eifert für die „Rechtfertigung" im biblischen Sinne dieses fast vergessenen Wortes.

Hildebrandt war mit Albrecht Haushofer befreundet, der wegen seiner Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli hingerichtet wurde, und er hat für einen Schweizer Verlag ein Buch über die deutsche Widerstandsbewegung geschrieben. Er erzählte mir, daß auch er vor der Sowjetbesetzung zu den Deutschen gehört hatte, die sich einbildeten, die Russen würden sie befreien. Heute, nachdem er den Kommunisten Auge in Auge gegenübergestanden, nachdem er als Augenzeuge ihre entsetzlichen Grausamkeiten bei der Einnahme Berlins miterlebt und alles über die Konzentrationslager in der Ostzone und in Sowjetrußland erfahren hat, ist er einer der furchtlosesten und aktivsten Antikommunisten in Deutschland. Er steht in dauernder Fühlung mit der Widerstandsbewegung im russisch besetzten Deutschland und hat eine Hilfsaktion für die vernachlässigten Opfer des Kommunismus ins Leben gerufen, die aus den Ländern unter Sowjetherrschaft nach Berlin entkommen. Als ich Hildebrandt zum ersten Mal begegnete, bemühte er sich gerade um die Genehmigung der Militärregierung zur Gründung einer Internationalen Hilfsliga für die Opfer des Kommunismus, und zwar auf den Grundlagen der in der Vorkriegszeit gebildeten Vereinigungen zur Unterstützung der Opfer des Naziterrors. Amerikanische oder britische Unterstützung wurde ihm versagt, vermutlich im Interesse zählebiger Hoffnungen auf ein Einvernehmen mit Stalin. Rainer Hildebrandt gründete daher auf eigene Initiative seine „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit."*)

---

*) Es folgt ein Auszug aus einer Rede Hildebrandts. D. Übers.

Die Wiedererweckung geistiger Werte, der Glaube an die menschliche Seele und die Bereitschaft, für die Freiheit zu sterben, in einem Wort, die Erkenntnis, wie wichtig die unantastbaren, über das Schicksal von Kulturen entscheidenden Werte sind, bildet wohl die beste Erklärung für die Hoffnung, die das belagerte Berlin erfüllte.

Die Lektüre der amerikanischen Presse war ebenso deprimierend wie der Anblick der ausgebombten und ausgebrannten Häuser Berlins, die sich meilenweit in allen Stadtteilen ausdehnen. Man hatte das beklemmende Gefühl, daß die Deutschen und die siegreichen mächtigen Demokratien ihre Rollen vertauscht hätten. Denn nach den meisten amerikanischen und englischen Zeitungsmeldungen und Kommentaren zu urteilen, wurde der Konflikt in Berlin unter den Aspekten reiner Machtpolitik betrachtet; so als ob die Stadt, wo der Westen auf den Osten stößt, eben nur ein Punkt auf der Karte wäre, so viel oder so wenig wert, wie ein Schacherobjekt in einem amerikanisch-russischen Konflikt.

Die Kommentare von Walter Lippmann, Sumner Welles und anderen zu lesen, deren Aufsätze fast täglich in der russischlizenzierten deutschen Presse zitiert wurden, wirkte schon recht ironisch. Die gleichen Herren, die sich für ein Arrangement mit Rußland einsetzten, was zum Erlöschen des in Berlin entzündeten Freiheitslichtes hätte führen müssen, rügten General Clay, daß er Rußland entgegentrete, statt mit allen Kräften „die deutsche Mentalität zu persönlicher Freiheit und Demokratie zu bekehren!“

Wie ist es möglich, so dachte man in Berlin, daß es noch immer Leute gibt, die sich einbilden, die Dinge in Deutschland könnten durch Entnazifizierungskammern, d. h. durch Bestrafung einer Meinung, durch „Entkartellisierung“, durch Bodenreform oder durch bloßes Predigen der Demokratie entschieden werden? Wieso erkannten diese und viele andere Publizisten nicht, daß nur Beispiele, Taten, unsere eigene Haltung angesichts totalitärer Aggression und unsere den kämpfenden Berlinern bewiesene Unterstützung und Förderung allein von ausschlaggebender Bedeutung waren? Daß es nach einem

Rückzug um eines zeitweiligen Waffenstillstandes im Kalten Krieg willen nach Auslieferung der Berliner an sowjetische Übermacht vielleicht nie wieder möglich sein würde, das deutsche Volk für unsere Seite zu gewinnen? Daß damit auch den Widerstandsbewegungen in Polen, der Tschechoslowakei und anderen sowjetischen Satellitenstaaten der Todesstoß versetzt werden würde?

Würden wir noch einmal Rußland beschwichtigen und alle hintergehen, die auf unser Versprechen bauten, Berlin nicht preiszugeben, so müßte die unheilige Allianz von Kommunisten und Nazis — man sieht sie bereits in Berlin, wo ein ehemals prominenter Nazi, der berüchtigte Markgraf, zum Polizeichef im russischen Sektor ernannt wurde — in die Lage kommen, die so unendlich vielversprechende demokratische Bewegung in dieser Trümmerstadt zu zerschlagen. Deutschland könnte dann erneut dazu getrieben werden, die westliche Kultur abzulehnen, statt ein Bollwerk ihrer Verteidigung zu werden.

So hat mit Recht eine Sozialdemokratin während der Verhandlungen in Moskau mir gegenüber erklärt: „Ihr könnt nicht Menschen wie Figuren auf dem Schachbrett behandeln, die man vorschiebt und zum Kampf für die Freiheit gegen die Tyrannei ermutigt, während Amerika und Rußland auf gespanntem Fuß stehen, und die man dann im zweiten Zug opfert, um Rußland zu beschwichtigen. Wenn ihr euch nochmals mit Stalin über unseren Kopf hinweg und auf unsere Rechnung einigt, werdet ihr nie wieder imstande sein, den Geist wachzurufen, der uns jetzt auf eurer Seite hält, obwohl Rußland stärker ist und der Kommunismus Hunger und Terror einsetzt, um uns kleinzukriegen."

Als ob man Hamlet ohne den Prinzen von Dänemark spielen könne, so wurde in den meisten amerikanischen Kommentaren zu Berlin die Rolle der Hauptdarsteller in dem Drama übergangen. Gewiß fiel gelegentlich ein Lob für den Mut und die Standhaftigkeit der Berliner ab, die täglich Freiheit oder Leben riskierten, indem sie den Sowjets im Ostsektor der Stadt Trotz boten. Aber der Folgen, die eine über ihren Kopf hinweg in Moskau, Washington, London oder Paris gefällte Entschei-

dung für sie und alle Deutschen hätte haben können, wurde kaum Erwähnung getan. Die gewählten Vertreter der Berliner, ihre Stadtverordneten, durften nicht einmal als Berater an den — mißlungenen — Währungsverhandlungen teilnehmen, die im September in Berlin begannen. Wir waren immer noch die Eroberer und die Deutschen die Unterworfenen. Während wir vergeblich dem russischen Diktator die Freundschaftshand boten, lehnten wir es ab, selbst jene Deutschen als Verbündete zu behandeln, die Tag für Tag den realen Charakter ihres demokratischen Bekenntnisses unter Beweis stellten.

Das deutsche Volk hat zu viel gelitten, um nicht realistisch geworden zu sein. So sehr viele Deutsche zu Beginn der Besetzung bereit waren, für die Sünden der Nazis zu büßen, so lehnen sie selbstverständlich die These ab, daß andere Nationen straflos Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen dürfen. Sie haben begonnen, über unsere Abkommen mit den Diktatoren und über unsere Versäumnisse, Maßnahmen gegen die Kommunisten zu treffen, Fragen zu stellen.*)

Als ich gegen Ende November nach Berlin zurückkehrte, wurden noch mehr Fragen gestellt. Warum exportierten die Engländer Flugzeuge und Maschinen nach Sowjetrußland und warum reparieren sie sogar Fahrzeuge der Roten Armee im britischen Sektor von Berlin? Warum schaffen die Franzosen heimlich Maschinenanlagen aus Berlin nach Rußland? Warum haben die Vereinten Nationen in Paris die Sowjetblockade Berlins nicht verurteilt, die doch sicher ein offenbares „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" ist? Warum werden noch immer Maschinen demontiert und aus den Westzonen in die Tschechoslowakei und andere sowjetische Satellitenstaaten versandt?

Ich habe nie den Olympischen Spielen eine große Bedeutung beigemessen, aber Deutsche aller Schichten fragten mich in Berlin im August 1948, wie wir den Ausschluß der deutschen Sportler von den in diesem Sommer in England abgehaltenen Spielen rechtfertigten, obwohl die gleichen Leute, darunter Lord Vansittart, die heute alle Deutschen für die Nazigreuel verant-

*) Es folgt ein Zitat aus „Sie" vom 22. August 1948. D. Übers.

wortlich machen, im Jahre 1936 nach Berlin gekommen waren, um als Gäste Hitlers an der Olympiade teilzunehmen.

Den Berlinern war unsere frühere Bereitschaft, mit den Nazis zu „fraternisieren“, gleichbedeutend mit unserer nicht lange zurückliegenden Bereitwilligkeit, die Sowjetunion als „demokratischen“ Staat anzuerkennen und Arm in Arm mit Stalin alle Menschen deutscher Abstammung der Freiheit und des Eigentums zu berauben und ihnen das Streben nach Glück zu verwehren. Warum sollten bloß die Deutschen bestraft werden und andere ungestraft davonkommen?

Trotz aller Fragen und aller Zweifel an Treu und Glauben auf unserer Seite blieben die Berliner standhaft. In der Tat erschien es mir als bedeutungsvollste und bezeichnendste Tatsache, daß weder unsere langandauernde Beschwichtigungspolitik gegenüber Rußland, noch unsere Behandlung der Deutschen als unterworfenes Volk ohne Rechte, oder unsere ursprüngliche Gleichsetzung von Kommunismus und Demokratie allen Glauben an westliche Bekenntnisse und Grundsätze zerstört hatten.

Hier, inmitten von Schutt und Ruinen, inmitten eines großen Volkes, das Krieg, Niederlage und die allgemeine Abscheu vor den Naziverbrechen, die uns alle Deutschen als straffällig behandeln ließ, auf ein asiatisches Existenzniveau heruntergedrückt hatten; hier, wo die Kinder zerlumpt und barfuß gingen, wo sie aus kalten Schulräumen kamen um in finsteren Stuben auf die von der Arbeit heimkehrende Mutter zu warten — nach einer Arbeit gleich der chinesischer Kulis: Ziegel stapeln, schwere Lasten durch die Straßen ziehen und Männerschwerarbeit auf den Flugfeldern verrichten; hier fand man trotz Hunger, Erniedrigung und zermürbender Arbeit keine Verzweiflung, keinen Haß auf Ost und West, keine unnützen Rachegelüste, keinen Nihilismus, zynischen Defaitismus und keine Eigensucht, sondern einen standhaften Glauben an die Werte der westlichen Kultur, die die Nazis verneint und zu deren Wiederbelebung die westlichen Besatzungsmächte so wenig getan hatten.

In der Stadt, in der die Antinazis am härtesten gekämpft hatten, aber nicht hart genug, um Hitlers Machtübernahme zu

verhindern, spürte man aus jedem Wort und jeder Tat, nicht nur des Oberbürgermeisters und des Stadtrates, sondern auch der Masse des Volkes, die Entschlossenheit, es nie wieder geschehen zu lassen.

Ein Student aus Rostock, der mich im September in Berlin besuchte, sagte, daß die Arbeiter dort einen Krieg, selbst wenn er den Tod bedeute, ihrem elenden Leben unter den Kommunisten vorzögen. Er erzählte mir auch, wie bedrückend es sei, täglich am Radio zu hören, daß die Westmächte noch in Moskau verhandeln, obwohl sie ursprünglich erklärten, sie würden nicht vor Aufhebung der Blockade verhandeln. „Wir dürfen keine anderen Zeitungen als die russisch-lizenzierten lesen", sagte er, „und es ist nicht gerade ermutigend, die Schlagzeilen über ‚die große Niederlage Amerikas' zu sehen und dann zu lesen, wie ihr Stalin bettelt, mit euch zu verhandeln und Verträge zu machen."

Ich habe mit vielen anderen Besuchern und Flüchtlingen aus der Sowjetzone gesprochen, mit aus Rußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen und mit manchen Leuten, die aus den Konzentrationslagern Buchenwald und Sachsenhausen in der Sowjetzone geflohen oder von dort entlassen worden waren. Lagern, in denen Hunderttausende Deutsche heute noch schlechter behandelt werden als Hitlers Opfer in den gleichen Lagern. Ich traf andere, die anscheinend frei waren, denen aber das Leben im russisch besetzten Deutschland wie ein Gefängnis vorkam. Sie alle wiederholten den Ausspruch, den ich überall in Berlin vernahm: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende."

Der Satz „Gib mir Freiheit oder Tod" bedeutet für Amerika nur die Erinnerung an Vergangenes; er ist nicht von aktueller Bedeutung für ein Volk, das seine Freiheit als gesichert ansieht. Aber die Freiheiten, für die bei uns vor anderthalb Jahrhunderten Männer kämpften und starben, erscheinen denen wertvoller als das Leben, die in oder nahe der russischen Zone wohnen und die eine Knechtschaft kennengelernt haben, die weit schrecklicher ist als die, die es je in Europa unter seinen Königen gegeben hat.

Das Wort Demokratie ist durch seine Gleichsetzung mit Kommunismus zu arg verfälscht worden, als daß man es in Berlin zu oft ausspräche. Ein älteres und saubereres ist im Munde des Volkes und seiner Führer: Freiheit. Bei der großen Demonstration am 26. 8. 1948, die ich miterlebte und die unter freiem Himmel vor der düsteren Reichstagsruine nach der Vertreibung des Stadtrates aus dem Rathaus durch kommunistische Sturmtrupps und Polizei stattfand, war „Freiheit" das Leitmotiv. Bei diesem Wort brach die hungrige und schäbig gekleidete Menge in stürmischen Beifall aus.

Das Antlitz der Menschen um mich her war von Entbehrungen und Sorgen gezeichnet. Man hätte annehmen müssen, daß alle, von den abgemagerten Kindern bis zu den vor der Zeit gealterten Frauen, mehr auf Versprechungen von Brot und Frieden gegeben hätten. Aber erst als einer der Redner sagte: „Der Kampf geht nicht nur um Berlin, sondern um die Freiheit allenthalben", wurden die müden, traurigen Gesichter lebendig und Beifall brach aus.

„Wir sind waffenlos, aber unser Geist ist stärker als der ihre", sagte Ernst Reuter, der gewählte Oberbürgermeister von Berlin, den die Russen an der Amtsübernahme gehindert hatten. Und der Blick der Menge wandte sich den russischen Soldaten zu, die ganz in der Nähe beim sowjetischen Kriegerdenkmal Posten standen.

Zyniker könnten behaupten, die Berliner seien keine Demokraten und fürchteten bloß den russischen Terror, den jeder von ihnen in der einen oder anderen Form am eigenen Leibe verspürt hat. Gewiß, diese Tragödie hat jeden Deutschen erfaßt, mit dem man in Berlin spricht: die von den Sowjetsoldaten geschändeten Frauen, die Mütter, deren Gatten oder Söhne bei der russischen Plünderung der Stadt niedergemetzelt wurden oder noch als Sklavenarbeiter in sowjetischen Bergwerken und Fabriken zurückgehalten werden; die Familien, deren Heimstätten über ihren Häuptern von den Russen in Brand gesteckt wurden; oder alle die, deren Angehörige in jüngster Zeit von den Kommunisten verhaftet und in die entsetzlichen Konzentrationslager von Buchenwald und Sachsen-

hausen gebracht wurden. Und doch hatte Reuter an jenem Tage die Menge auf seiner Seite, als er sagte: „Wenn das russische Volk frei reden könnte, würde es zusammen mit uns für die Freiheit kämpfen."

Eine andere volkstümliche Rednerin, die liebenswürdige und gütige Frau Annadora Leber, deren elsässischer Mann von den Nazis ermordet wurde, erklärte in einer Versammlung unter freiem Himmel, der ich in Spandau beiwohnte: „Nicht jeder Russe ist für die Verbrechen seiner Herrscher verantwortlich; wir alle wissen, daß so mancher Russe uns Gefälligkeiten erwiesen hat. Die Russen sind Opfer des gleichen Systems, das uns in der Ostzone unterdrückt und jetzt ganz Berlin bedroht. Deutschland muß wieder ein Teil der westlichen Welt werden. Um die Freiheit zu gewinnen, müssen wir den Hunger auf uns nehmen und dem Tod ins Auge sehen."

Und sie fuhr mit den warnenden Worten fort: „In den Krisenjahren sagten viele von euch, ‚es kann nicht mehr schlimmer werden', und später mußtet ihr erkennen, daß es am Ende unter den Nazis weit schlechter wurde. Jetzt aber wissen wir trotz unserer schrecklichen Ernährungsschwierigkeiten — keine Berliner Frau weiß heute, ob sie morgen ihre Familie satt bekommen wird —, daß es noch schlechter werden würde als jetzt, wenn die Russen über uns herrschten. Wir wissen, daß wir in Sklavenarbeitslager verschleppt und nach denselben Methoden regiert würden, die die Nazis anwandten. Die neuen Pg. sind die gleichen wie die alten Pg."

Alle Reden, die ich hörte, und alle Gespräche, die ich mit Deutschen aller Kreise in Berlin führte, überzeugten mich, daß nicht nur die starke und allgegenwärtige Furcht vor Rußland den deutschen Widerstand gegen den Kommunismus bestimmt. Es sind ebensosehr die Erfahrungen unter den Nazis und die Überzeugung, daß der Kommunismus nur ihre Wiederholung bedeutet, die die Deutschen auf unserer Seite des Eisernen Vorhanges festhalten.

Wer das Leben unter einer totalitären Diktatur kennengelernt hat, weiß mehr vom höchsten Wert der Freiheit als wer die Knechtschaft nie kennenlernte. Dies erklärt wohl auch,

warum die Deutschen trotz ihrer ein Jahrhundert zurückreichenden Neigung, sich der Autorität zu beugen, heute für die kommunistische Propaganda weniger empfänglich sind als die Amerikaner, denen die Freiheit in die Wiege gelegt wurde und die sich ein Leben ohne Freiheit nicht einmal vorstellen können.

Die Berliner gewinnen ihre Selbstachtung und die Achtung der ganzen deutschen Nation durch den Mut zurück, mit dem sie der gegen sie selbst und gegen ganz Europa gerichteten kommunistischen Drohung Widerstand leisten. Die früheren Feinde der Demokratie wurden zu ihren ersten Verteidigern.

„Berlin ist nicht Prag" ist mehr als ein patriotisches Schlagwort. Darin spricht sich die deutsche Entschlossenheit aus, dem Westen zu beweisen, daß im heutigen Weltkampf gegen die Totalitarier mehr auf die zu bauen ist, die wir gestern bekämpften, als auf manche frühere Verbündete, auf die wir uns verließen, deren Führer sich jedoch ohne Kampf dem kommunistischen Druck gebeugt haben.

In einer langen Unterredung, die ich mit Ernst Reuter in seinem Berliner Haus hatte, sagte er, die Berliner hätten das Empfinden, daß die Deutschen mit einer bestimmten Haltung wieder zu sich selbst kommen und „es dem Westen unmöglich machen könnten, sie weiterhin als ‚Eingeborene' zu behandeln."

Auf meine Frage, warum denn die Deutschen nach all ihren Erfahrungen unter den Nazis und unter der Westbesatzung nicht samt und sonders zu Nihilisten geworden sind, antwortete Reuter: „Heute haben wir eine Möglichkeit, etwas zu unserer Selbsthilfe zu tun und uns zu verteidigen, auch wenn wir ohne Waffen sind. Das wirksamste Mittel gegen Verzweiflung ist die Tat. Unser Leben hat durch den Kampf gegen den Kommunismus wieder einen Sinn bekommen. Berlin ist heute wieder stolz auf sich. Wir haben unsere Selbstachtung wieder gewonnen und wir sind überzeugt, daß wir am Ende auch eure Achtung gewinnen werden."

Aber seit dem Kriege war erst eine zu kurze Zeit vergangen, als daß die Vereinigten Staaten und England die Deutschen als Verbündete akzeptierten. Mochte auch der Mut der Berliner die amerikanischen Soldaten, vom General bis zu den GI's,

überzeugt haben, daß die Deutschen unsere besten Verbündeten auf dem Kontinent werden können, so schlossen doch die Stimmung in der Heimat, französische Angst und Blindheit und das ursprünglich durch die Besatzungspolitik festgelegte Verhalten eine radikale Änderung unserer Haltung den Deutschen gegenüber aus. Wir hatten eine halbe Schwenkung vollzogen, als uns klar wurde, daß man „mit Stalin keine Geschäfte machen kann"; wir hatten begonnen, Westdeutschland wieder auf die Beine zu helfen und uns gegen weitere Demontagen zu wenden; freundschaftliche Beziehungen zum deutschen Volk wurden jetzt eher gefördert denn gehemmt. Aber wir vermochten noch immer nicht, die Deutschen als Unseresgleichen zu behandeln. Wir waren immer noch von der totalitären Vorstellung besessen, daß es „gute und friedliebende", „aggressive und böse" Nationen gäbe. Wir sträubten uns noch immer gegen die Einsicht, daß Menschen überall Menschen bleiben und daß es unser vordringlichstes Bestreben sein mußte, die wirklich liberalen Kräfte, die man in allen Völkern findet, zu ermutigen und zu fördern.

Im belagerten Berlin fuhren die für alliiertes Personal reservierten amerikanischen und britischen Omnibusse immer noch meist leer durch die Stadt, indes die Deutschen sich zu Fuß fortschleppten oder in langen Schlangen auf die wenigen vollgepfropften Straßenbahnen und Omnibusse warteten, deren Verkehr die russische Blockade gestattete. Wir, „die Eroberer", hatten noch immer die besten Häuser belegt und uns geräumige Wohnungen vorbehalten, indes die Mehrzahl der Berliner in schmutzigen Kellern und bombenbeschädigten Wohnungen hauste. Für uns gab es mehr als genug zu essen und gut zu trinken und sogar auf dem Luftwege importierte dänische Frischmilch, während die Berliner Säuglinge sie entbehren mußten und kein Deutscher, die Schwarzhändler ausgenommen, sich sattessen konnte. Die Demarkationslinie zwischen Besatzungsmächten und „Eingeborenen" schied noch immer selbst die Toiletten in den Büros der Militärregierung in „Nur für Amerikaner" und „Für deutsches Personal". Wir hatten täglich acht Stunden elektrisches Licht, die Deutschen dagegen

Strom nur für zwei Stunden und nur so viel Gas, um täglich einen Kessel Wasser heiß zu machen. In manchen Bezirken der Westsektoren gab es Licht und Gas nur um 1 Uhr nachts, und die abgeplagten Frauen, die den ganzen Tag geschuftet hatten, mußten um Mitternacht zum Kochen und Waschen aufstehen; wir aber konnten noch immer bis 11 Uhr nachts bei elektrischem Licht tanzen. Zur Winterszeit waren unsere Häuser und Wohnungen Tag und Nacht warm, die Deutschen aber hatten keine Kohlen. In den mit Patienten überfüllten deutschen Krankenhäusern herrschte Finsternis, sie litten Mangel an Medikamenten und selbst an Verbandstoff; aber in den fast leeren amerikanischen und britischen Lazaretten brannte das Licht die ganze Nacht hindurch.

Die Lohn- und Gehaltszahlungen an die Kraftwagenfahrer und alle anderen bei der Militärregierung angestellten Deutschen, von den Sekretärinnen bis zu den Sachverständigen, erfolgten erst mit sechs Wochen Rückstand, dank der russischen Kontrolle über die Berliner Banken, die wir ihnen einst im Jahre 1945 überantwortet hatten. Dabei wurde nur ein Viertel der Bezüge in der nach der Währungsreform eingeführten neuen Westmark, der Rest in Ostmark ausgezahlt, die bloß einen Bruchteil der von uns nur widerwillig nach Berlin gebrachten Westmark wert war. Die Beschwichtigungspolitik oder — höflicher ausgedrückt — der Wunsch, die Russen „nicht herauszufordern", veranlaßte uns, alle Berliner, auch wenn sie für uns arbeiteten, durch die Erklärung der Ostmark zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu bestrafen.

Die Währungsreform vom Juni 1948 soll in einem späteren Abschnitt behandelt werden, doch muß schon an dieser Stelle ein Wort über die sonderbare Politik der Finanzabteilung der Militärregierung gesagt werden. Nachdem sie erst durch die Einführung der neuen Westmark den Russen einen Vorwand für die Blockade der Stadt geboten hatte, lehnte sie später die Einfuhr einer für die Zahlung von Löhnen und Gehältern seitens der Stadtverwaltung und der Militärregierung in Deutscher Mark ausreichenden Geldmenge ab. Für die mit enormen Kosten nach Berlin geflogenen Lebensmittel nahmen wir Ost-

mark in Zahlung und stützten damit wirksam den Kurs der von den Russen gedeckten Währung.

Die Kommunisten hatten die Stadtverwaltung in ihrer Gewalt: die Banken lagen ja im russischen Sektor. Sie konnten ihr die für die Lohnzahlungen erforderlichen Gelder vorenthalten. Ebenso konnten sie die Konten jedes Fabrikbesitzers und jedes Geschäftsunternehmers in der Stadt sperren.

Hätten wir andererseits mehr D-Mark auf dem Luftweg nach Berlin gebracht, so wären auch mehr davon den Russen in die Hände gefallen, die sie dann für den Ankauf der von ihnen benötigten Güter aus den Westzonen hätten verwenden können. Wir nahmen zwar Ostmark für die in die Stadt geflogenen Güter in Zahlung, der freie oder Schwarzmarkt aber wurde von den Russen kontrolliert, und für die meisten unrationierten Güter, wie die kleinen Mengen Frischobst, Frischgemüse und Kohle, die in den russischen Sektor gelangten, wurde Zahlung in D-Mark verlangt. Ebenso bekam man Kleidung und Haushaltartikel, die nach der Währungsreform in den Läden auftauchten, nur gegen D-Mark. Der Haken dabei war nur, daß es in der russischen Zone, die von den Russen für den eigenen Bedarf ausgesaugt wurde, wenig oder nichts zu kaufen gab. Die infolge der Blockade nur in geringen Mengen nach Berlin gebrachten Waren oder Rohstoffe, aus denen man sie hätte herstellen können, mußten in D-Mark bezahlt werden. Natürlich wollten die Russen nichts, was ihrer Kontrolle unterstand, gegen ihre eigene Papiermark verkaufen.

Unter diesen Umständen wäre es vernünftiger gewesen, die Lebensmittel-Rationen an alle Arbeiter in den Westsektoren umsonst auszugeben statt gegen Bezahlung in russischer Mark.

An dem Tage, an dem ich Berlin über die Luftbrücke verließ, erlebte ich ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel für die Hemmnisse, die uns unser Verhalten den Deutschen gegenüber im Kalten Krieg in Berlin schafft.

Während ich den deutschen Arbeitern zusah, wie sie das Flugzeug entluden, das mich nach Frankfurt bringen sollte, sagte der neben mir wartende amerikanische Luftwaffenpilot: „Wir werden heute mindestens eine halbe Stunde Verspätung

haben, weil unsere Ladung, wie Sie sehen, aus Flugzeugtrossen besteht und die Deutschen das Zeug nicht schnell anpacken können. Es ist zu schwer, und außerdem hat man ihnen keine Handschuhe gegeben."

Die Vereinigten Staaten gaben allwöchentlich Millionen von Dollars aus, um Berlin zu versorgen. „Operation Vittles"*) ist ein Wunderwerk amerikanischer Organisation, das ich erst richtig begreifen lernte, als ich an den Kopfhörern des Funkers die Anweisungen mithörte, die alle paar Sekunden den großen oder kleinen, in Abständen von 2 bis 3 Minuten aufsteigenden und landenden „Willies" gegeben wurden. Ein Versehen um Sekunden oder ein Berechnungsfehler in Zeit, Höhe oder Position konnte verheerende Folgen haben. Und nun mußten die Manöver verlangsamt werden und die abgespannten amerikanischen Piloten mußten fünfzehn Stunden anstatt der normalen Zwölfstundenschicht arbeiten, nur weil rund hundert Dollar nicht ausgegeben wurden, um die die Flugzeuge be- und entladenden Deutschen mit Handschuhen zu versorgen!

Offenbar war diese Unterlassung nicht auf die Absicht zurückzuführen, geringfügige Ersparnisse zu machen, denn dadurch wurden wohl Cents erspart, aber Dollars hinausgeworfen. Nein, es war die Verhärtung unserer Gefühle infolge des in den drei Jahren der Okkupation eines eroberten Landes gewohnten Anblicks von hungrigen, frierenden, zerlumpten Menschen, die diese kostspielige Geringschätzung der menschlichen Bedürfnisse der Deutschen veranlaßte, die in Berlin mit uns arbeiteten. Es lag nicht daran, daß etwa die GI's, Piloten und amerikanischen Mechaniker, mit denen ich mich auf dem Flugplatz und in der Luft bei meinen verschiedenen Reisen unterhielt, eine „Herrenvolk"-Haltung gegenüber den Deutschen an den Tag gelegt hätten. Ganz im Gegenteil, gerade sie lenkten meine Aufmerksamkeit auf die barfüßigen Frauen, die die Startbahn mit Sand bestreuten: „Haben Sie so was schon mal gesehen! Sind diese deutschen Frauen nicht wunderbar?" Und mein Pilot sagte: „Ich war immer der Mei-

*) „Unternehmen Lebensmittel" (victuals); die amerikanische Bezeichnung für die Luftbrücke. D. Übers.

nung, man könne nur in China Frauen so arbeiten sehen; ich hätte nie gedacht, daß Weiße es könnten. Die haben was los! Ich bewundere sie!"

Ich bewunderte diese Frauen ebenfalls, aber ich fragte mich auch, mit welchen Gefühlen sie wohl des Abends, nach einem vollen Tag schwerer Männerarbeit ihr Heim aufsuchten, um zu kochen, zu waschen und die Kinder zu versorgen. Und ich fragte mich weiter, wie diese in Lumpen gekleideten Frauen in der Winterkälte die Arbeit würden schaffen können.

Die Frauen sind der stumme Chor, die unbesungenen und erschöpften Heldinnen dieses durch die Luftbrücke zum Drama gesteigerten Kampfes. In Berlin kommen mehr als zwei Frauen auf einen Mann, und daher tragen sie die Hauptlast des Kampfes. Viele von ihnen haben ihre Männer verloren oder warten vergebens auf die Rückkehr ihrer Männer aus russischen Gefängnissen. Sie sind die einzige Stütze ihrer Kinder und oft auch einer Mutter, Schwiegermutter und anderer Verwandter, die in den Luftangriffen zu Krüppeln oder Blinden wurden. Tag um Tag müssen sie nicht nur den eigenen Lebensunterhalt verdienen, sondern auch ihre frierenden und hungrigen Kinder versorgen und pflegen, und bekommen doch selbst niemals satt zu essen.

Die Ration beträgt in Berlin jetzt 1800 Kalorien; vor der Blockade, als die Alliierten genügend Lebensmittel hätten schaffen können, war sie sogar noch niedriger. Man staunte in Berlin, wie Menschenleib und Seele dieser Frauen, deren Leben eine Kette von Plackereien war, ohne jede Freude, ja selbst ohne jede Hoffnung auf ein künftiges glückliches Eheleben, der langen Prüfung standhalten konnten. Und doch wußten die Berliner Frauen, daß ihnen etwas verblieben war, das sie noch nicht verloren hatten, und sie wollten bis zum Ende ausharren, um es ihren Kindern zu bewahren: die Freiheit. An den Oktoberwahlen 1946, die den Kommunisten in Berlin eine Niederlage brachten, waren die Frauen verhältnismäßig stärker beteiligt als die Männer, und im Dezember 1948 gaben 86% der Bevölkerung ihre Stimme den demokratischen Parteien. Im glücklichen Westen war die Wahlbeteiligung nie so groß, ob-

wohl wir Straßenbahnen und Untergrundbahnen und Autos und eine Menge Freizeit haben.

Ich besuchte die „Heime“ deutscher Arbeiter und ihrer Familien und erlebte das Wunder, daß die Frauen es doch irgendwie zustandebrachten, einen Keller oder ein bis zwei zusammengeflickte Räume in einem ausgebombten Mietshaus trotz Überfüllung und trotz Mangel an heißem Wasser und ausreichender Seife rein und ordentlich zu halten. Die Kinder, die in den meisten anderen Ländern unter solchen Umständen schmutzig und ungepflegt sein würden, sehen immer noch anständig aus, da die Mütter ihnen dauernd die Kleider stopfen und flicken.

Statt Mitgefühl und Achtung zu wecken, bringt der außerordentliche Fleiß der deutschen Frauen die Amerikaner nur allzuoft auf den Gedanken, die Deutschen seien eigentlich ganz gut dran. So berichtete z. B. Mrs. Roosevelt, nachdem sie wohl gerade einen Tag in Berlin verbracht hatte, sie hätte keine notleidenden und hungrigen Kinder gesehen, und die Deutschen schienen nicht so arm zu sein wie die Franzosen und andere frühere Opfer der Naziangriffe. Sie kann unmöglich die Zeit gehabt haben, um mehr von Berlin zu sehen als Dahlem und Zehlendorf, wo die amerikanischen Besatzungsangehörigen wohnen, beides Vororte ehemals wohlhabender Kreise, die wir nie so intensiv bombardierten wie die Arbeiterviertel von Berlin. Aber selbst wenn sich Mrs. Roosevelt die Zeit genommen hätte, die ärmeren Stadtteile zu besuchen, würde sie ihre Ansicht wohl nicht geändert haben. Um das Mitleid gewisser Menschen zu erwecken, muß man es wohl jenen Bettlern nachmachen, die sich recht gut ihren Lebensunterhalt durch den Appell an die Mildtätigkeit „verdienen“, indem sie zerlumpt und schmutzig auftreten, um Mitgefühl zu wecken.

Ich wünschte, daß alle die selbstgefälligen Besucher aus den Siegerländern sehen könnten, was ich gesehen habe, und daß sie die Vorstellungskraft besäßen, sich selbst einmal in die Lage der Mehrheit der Berliner Frauen und Kinder zu versetzen. Es gibt einige Beamte der Militärregierung, die so emp-

finden wie ich. Elizabeth Holt zum Beispiel, die Gattin eines Beamten des State Department und selbst Gehilfin des Leiters der Educational and Religious Affairs Branch der Militärregierung, war ständig in Kontakt mit deutschen Frauen. Sie rieb sich selbst auf, nicht nur, weil sie überall half und Mut zusprach, sondern auch weil der Gedanke an all das Leiden um sie herum ihr keine Ruhe ließ und ihr die Freude am Leben nahm. Ich danke Mrs. Holt auch meine erste Fühlungnahme mit deutschen Frauen, die in der von allen drei Parteien — SPD, CDU und LDP — unternommenen Sozialarbeit tätig waren.*)

Besonders traurig unter der schwer arbeitenden Berliner Bevölkerung sind die Mütter dran, deren Männer im Kriege fielen oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden. Die Vertriebenen, denen man Heim und Heimat nahm und bei der Austreibung nach Westen nur ließ, was sie selbst mitschleppen konnten, sind freilich in einer noch elenderen Lage.**)

Greuel sind jetzt „abgeleiert". Niemand kümmert sich darum, was unschuldige Deutsche leiden; man ist nur bereit, sie für Nazigrausamkeiten bezahlen zu lassen. Ich glaube freilich, daß die Amerikaner in Amerika nur zu sehen und zu hören brauchten, was die Deutschen durchgemacht haben und noch durchmachen, um den Berlinern sowie den entlassenen oder entflohenen Opfern kommunistischer Grausamkeit und Unterdrückung zu helfen. Mit einem Gefühl ohnmächtigen Mitleids erfuhr ich, daß von zwei Schwestern, die in einem Lager im Ural Schreckliches erlitten hatten, nur eine im amerikanischen Sektor bleiben durfte, während die andere gezwungen wurde, im russischen Sektor zu wohnen, wo sie jederzeit wieder verhaftet werden konnte, da sie früher nicht in Berlin gelebt hatte. Bestimmungsgemäß werden nur solche Personen ins Einwohnermeldeverzeichnis aufgenommen und mit Lebensmittelkarten beliefert, die vor 1945 ansässig waren. Aber nicht nur die Armen und die Opfer des Kommunismus machen in Berlin einen Mitleid erweckenden Eindruck. Die schwer arbeitenden

*) Freda Utley beschreibt den Besuch in einer Klinik, in der es an Medizin und Verbandstoffen fehlte. D. Übers.

**) Es folgt die Schilderung verschiedener Besuche bei schlesischen Flüchtlingen und bei Frauen, die nach der Besetzung Berlins von den Russen nach dem Ural verschleppt worden waren. D. Übers.

Witwen und die Frauen von Kriegsgefangenen waren, wenn sie Kinder hatten, vielleicht sogar weniger unglücklich als die alleinstehenden Mädchen, die zu anständig waren, um sich auf Liebeleien einzulassen, aber keine Gelegenheit hatten, einen Mann kennenzulernen, der sie heiraten würde.*) Es gibt heute hundert Frauen auf sechzig Männer in Deutschland, und so befinden sich viele in der tragischen Lage, nicht auf eine Ehe hoffen zu können. Ich las allerdings auch in einer deutschen Zeitung einen Artikel, dessen Verfasserin die Meinung vertrat, viel deutsche Frauen könnten sich heute eine Ehe gar nicht „leisten". Die deutschen Männer, schrieb sie, erwarteten noch immer, hinten und vorn von ihren Frauen bedient zu werden, als ob sie noch immer die Ernährer seien, selbst wenn die Frauen den Familienunterhalt mit ihrer Arbeit bestreiten. Das heiße, zuviel zu verlangen, und ehe die deutschen Männer nicht ihre Herr-im-Hause-Manieren ablegten, könnten sie nicht erwarten, tüchtige Frauen als Ehepartnerinnen zu finden.

Eine junge, unverheiratete Frau, die Kriegsberichterstatterin gewesen war, aber in den letzten verzweifelten Tagen der Verteidigung Berlins selbst die Flinte in die Hand genommen und gegen die Rote Armee gekämpft hatte, zeigte mir die Beziehungen zwischen Mann und Frau in Deutschland wieder von einem anderen Blickpunkt aus. Die deutschen Männer, sagte sie, könnten nicht nur nicht vergessen, daß sie einst als „strahlende Sieger" dastanden — und das mache sie unfähig, sich jetzt den ihnen gebotenen niedrigen Arbeits- und Lebensverhältnissen anzupassen —, sie schämten sich auch zu sehr ihres Versagens als Verteidiger des Landes und Beschützer ihrer Frauen vor Vergewaltigung und Drangsalierung durch die Russen, als daß sie seelisch zur Liebe fähig seien. Sie haßten die Mädchen, die sich mit Amerikanern einlassen, brächten es aber selbst nicht fertig, Kameradschaft oder die Möglichkeit einer glücklichen Ehe zu bieten. Natürlich haben nicht alle deutschen Männer solche Komplexe entwickelt, die sie in Bitternis und Verein-

*) Als Beispiel schildert Freda Utley das Schicksal der deutschen Haushälterin des amerikanischen Press Camp und, als Gegenstück dazu, die Geschichte einer Journalistin, die allen äußeren Schwierigkeiten und Unbilden zum Trotz, ihr Leben meisterte und auch über die Ehe ihre eigenen Auffassungen hatte. D. Übers.

samung verstricken und so die deutschen Frauen entweder zu Verhältnissen mit den „Eroberern“ oder zum Alleinsein treiben. Aber selbst in den nicht besiegten und wirtschaftlich gut gestellten Ländern finden die Männer nach jahrelangem Soldatenleben nur schwer wieder in ein bürgerliches Leben zurück. In Deutschland ist dieses Problem besonders akut, denn viele Männer haben zehn Jahre den Soldatenrock getragen und die Jüngeren haben nach dem Abgang von der Schule überhaupt nichts anderes gekannt. Die meisten Verdienstmöglichkeiten reichen gerade hin, das Leben zu fristen, und die Zahl der Kranken und Kriegsbeschädigten ist groß.

Die Stärke Deutschlands in seiner Niederlage und in diesen Tagen eines widrigen Geschickes bilden die Standhaftigkeit der deutschen Frauen und ihre Entschlossenheit, ihre Familien nicht untergehen zu lassen. Ich habe sechs Jahre in der Sowjetunion gelebt, wo die Lebensverhältnisse nicht so sehr viel anders waren; ich mußte dort auch als Hausfrau einen dauernden Kampf um Wohnung und ein paar Lebensmittel für meine Familie kämpfen. Häufig hatte ich das Gefühl, eine von den Berlinerinnen zu sein. Ich gehörte jetzt zwar zu den „Privilegierten“ und erfreute mich der gleichen Bequemlichkeiten, Annehmlichkeiten und des Luxus wie die übrigen amerikanischen und englischen Korrespondenten und Angehörigen der Besatzungsmächte. Aber gefühlsmäßig gehörte ich nicht zu ihnen. Die Erinnerung an mein Leben in Moskau, das ich dort wie jede gewöhnliche Russin lebte, war noch zu lebendig.

Die meisten Amerikaner und selbst die Engländer haben keinen wirklichen Begriff von dem, was Hunger bedeutet, und sie finden es ganz in der Ordnung, daß sie gut essen und in Autos umherfahren, während die „Eingeborenen“ hungern und laufen müssen. Nicht, daß ich besser wäre als die anderen oder eine größere Vorstellungskraft besäße; es waren ganz einfach meine früheren Erlebnisse und die gegenwärtige Nähe der Sowjetmacht, die mich wieder so lebhaft daran denken ließen. Sah ich deutsche Frauen schwer bepackt in den Straßen, so fiel mir wieder ein, daß auch mir es einst geringfügig er-

schien, 20 kg Kartoffeln zu schleppen, denn ich war glücklich gewesen, soviel ergattert zu haben. Sah ich die mageren Berliner Kinder mit ihren traurigen Augen, so dachte ich an meinen in Moskau geborenen Sohn. Er hatte zwar nie wirklich Hunger gelitten, aber er hätte nicht anders ausgesehen als diese deutschen Kinder, wäre ich nicht nach der Verhaftung meines Mannes mit ihm aus Rußland entkommen. Sah ich deutsche Wohnungen, die aus einem einzigen baufälligen Raum bestanden, so kam mir die Erinnerung an ähnliche überbelegte und feuchte Behausungen, in denen ich und meine russischen Freunde und Bekannten gelebt hatten. Ich konnte nicht meine Rationen an Zigaretten, Schokolade und Seife im amerikanischen Laden einkaufen, ohne daran zu denken, wieviel mir in jenen lang zurückliegenden Moskauer Tagen ein Geschenk von Kaffee, Seife oder selbst Toilettepapier von Freunden in England bedeutet hatte. Ich schämte mich in Deutschland, es jenen ausländischen Besuchern in Moskau gleichzutun, die sich in den Intourist-Hotels vollstopften, während die Russen hungerten. Wenn ich Deutsche zum Essen in den Presseklub einlud, so erinnerte ich mich, was es einst für mich bedeutet hatte, von einem ausländischen Besucher zu einer guten Mahlzeit in ein Moskauer Hotel eingeladen zu werden. Ich beobachtete die deutschen Kellner in „unseren" Klubs und Hotels und dachte an die Moskauer Kellner von Intourist, die auch für andere leckere Speisen auftrugen, ohne selbst etwas abzubekommen. Trinkgelder waren im kommunistischen Rußland verboten; die Russen gaben zwar, die Ausländer aber nur selten, denn man hatte ihnen ja erzählt, es sei unter der Würde eines Kellners im „Vaterland des Sozialismus", Trinkgelder anzunehmen. Auch in Deutschland war es verboten, Trinkgelder zu geben, (da unser Besatzungsgeld legal von Deutschen nicht verwandt werden konnte), außer in der Form von ein oder zwei Zigaretten, die man auf dem Tisch liegen ließ.

Das Schlimmste aber war das Verhalten der Beamten der Militärregierung gegenüber den Deutschen; es erinnerte mich nur zu gewaltsam an die distanzierte Geringschätzung, mit der die kommunistische Bürokratie das „gemeine Volk" in Rußland

behandelt hatte. Natürlich hatten die Amerikaner noch nicht gelernt, mit der gleichen Arroganz aufzutreten wie die herrschende Kaste Sowjetrußlands. Es war noch manches vorhanden von dem natürlichen amerikanischen Bestreben, gegen jedermann freundlich und großzügig zu sein. Aber man hatte den Amerikanern in Deutschland ja beigebracht, die Deutschen als Minderwertige zu behandeln, und viele von ihnen glaubten, es zeuge von „schlechten Manieren" — „bad form" würden die Engländer sagen —, Mitgefühl oder Freundlichkeit zu zeigen. Ich konnte mich den Deutschen nicht überlegen fühlen, denn auch ich war einmal schuldig geworden. Wenn die Deutschen es verdienten, für alle Zeiten zu leiden, weil sie der falschen und bösen Naziführung gefolgt waren, so mußten auch ich und viele andere Engländer und Amerikaner bestraft werden, weil sie einmal Kommunisten, kommunistische Mitläufer oder Verführte waren. „Hier, doch nur um der Gnade Gottes willen, gehe Ich", war mein ständiger Gedanke in Berlin und in anderen ausgebombten deutschen Städten, in denen ein von der ganzen Welt verfemtes Volk wehrlos, hungrig, ohne Recht und Freiheit nur dank seiner unzerstörbaren Lebenskraft und der von der Religion gebotenen Tröstung weiterlebt. Ich wußte, daß die Impulse und Illusionen, die mich in meiner Jugend zum Kommunismus führten, sich grundsätzlich kaum von denen unterschieden, die viele junge Deutsche zu Anhängern Hitlers machten. Als Engländerin, die sozialistisch erzogen worden war, in einem reichen Land und in der Hauptstadt eines Empire lebte, in dem in jenen Tagen die Sonne nicht unterging, lag mir an der Befreiung nicht meines Vaterlandes, sondern der Menschheit. Ich hatte mich dem Kommunismus in die Arme geworfen, weil er die Gleichheit alles dessen versprach, was Menschenantlitz trägt, ohne Rücksicht auf Nation, Rasse oder Glaube. Das kommunistische Ideal erschien mir als die Erfüllung des uralten Kampfes der Menschheit um Freiheit und Gerechtigkeit. Gewiß, die Nationalsozialisten hatten nicht an die gleichen Impulse der Großmut und Ideale des Internationalismus appelliert wie die Kommunisten. Vielen jungen Deutschen aber muß der Nationalsozialismus ursprünglich auch

als der einzige Weg zur Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes erschienen sein, das in ihren Augen in den „Ketten von Versailles“ lag. Als Hitler ihnen Arbeit und Brot, das Ende der Arbeitslosigkeit und ein stolzes, starkes Deutschland an Stelle der schwachen und wehrlosen Weimarer Republik versprach, wie hätten sie da in ihrer großen Mehrzahl wissen können, daß er sie auf den Weg scheußlicher Grausamkeiten und eines Angriffskrieges führen würde: nicht mehr, als ich gewußt hatte, daß der Kommunismus die Liquidierung von Millionen russischer Bauern, Hunger für die Arbeiter und Sklavenarbeit in einem nie erlebten Umfang bedeutete. In Rußland hatte ich erlebt, wie junge Menschen, Männer und Frauen, durch den Appell an ihren „Idealismus“ verleitet wurden, die Liquidierung der sogenannten Kulaken durchzuführen — ein ebenso großes und schreckliches Verbrechen, wie es die nazistische Liquidierung der Juden war. Denn in meinen Augen ist es genau so abscheulich, Menschen um ihrer „Klasse“ statt um ihrer „Rasse“ willen ins Konzentrationslager zu werfen oder umzubringen. Es ist mir unverständlich, daß genau die gleichen Amerikaner, die Stalins blutige Diktatur zur Zeit des Krieges und nach dem Kriege verherrlichten, jetzt die eifrigsten Verfechter einer endlosen Bestrafung aller Deutschen sind. Will man alle Deutschen als mitschuldig an Hitlers Verbrechen ansehen und jeden, der irgendwann Pg. war, für immer verdammen, dann muß man auch die Kommunisten in allen Ländern und genau so ihre Mitläufer und Mithelfer für die von Stalin begangenen Greueltaten zur Verantwortung ziehen.

Ich war aus Rußland entkommen und hatte als Ausländerin Jahre, bevor ich die Sowjetunion verließ, aus der Kommunistischen Partei austreten können, ohne liquidiert zu werden. Aber ich weiß, daß ich im Falle des Bleibens von der sowjetischen Diktatur hätte gezwungen werden können, auch selbst schreckliche Dinge zu tun, wenn die Tötung meines Mannes oder Sohnes die Strafe für meinen Ungehorsam gewesen wäre. Wer wie ich unter kommunistischer Diktatur gelebt hat und weiß, was Terror bedeutet, der kann den Deutschen keinen Vorwurf daraus machen, daß sie nicht „gegen Hitler

revoltierten", wie andere es tun, die geborgen in Amerika sitzen und ihr Leben lang im Genuß ererbter Freiheiten waren.

Außer meinen russischen Erfahrungen gibt es noch einen anderen Grund, der mich unfähig macht, die Deutschen für bösartiger als andere Völker zu halten, und das ist zweifellos die Tatsache, daß ich geborene Engländerin bin. Ich erkenne an, daß die Deutschen den groben Fehler begingen, in einem Zeitalter in die Fußtapfen Englands, Frankreichs, Hollands und Belgiens treten zu wollen, in dem die Schaffung von Reichen nicht mehr als ehrenhaft galt, Kommunisten ausgenommen. Aber ich kann nicht recht einsehen, warum die Deutschen, die keine asiatischen und afrikanischen Ausbeutungskolonien haben, als von Natur aus aggressiver angesehen werden sollen, als die westeuropäischen Nationen, die aus ihren Kolonialreichen Revenuen beziehen. Meine alte antiimperialistische Einstellung und meine heftige Abneigung gegen den Anblick von Menschen, die anderen die Rechte und Freiheiten verweigern, die sie für sich selbst beanspruchen, haben mich zur Gegnerin ebenso des Kommunismus wie des Nazismus gemacht. Aber ich kann wegen meiner eigenen früheren Fehler und „verlorenen Illusionen"*) nicht das ganze deutsche Volk als mitschuldig an den Naziverbrechen ansehen, ebensowenig wie ich mich selbst für die einstigen Sünden der englischen Imperialisten oder für die früheren und jetzigen Greueltaten als verantwortlich ansehe, die von Stalin und seinen Anhängern begangen werden. Meine Strafe für meine frühere Torheit, wenn es nichts Schlimmeres war, ist der Verlust meines Mannes in Rußland gewesen. Aber ich habe meinen Sohn gerettet und bin mit ihm in die freie westliche Welt entkommen. Die Deutschen, ob schuldig oder nichtschuldig, hatten vernichtende Bombenangriffe, Aushungerung, die Marter ihrer Männer, Söhne und Brüder in russischen Gefängnissen und den Schimpf der ganzen Welt erlitten. Ich konnte mich des Gefühls nicht erwehren, daß meine Strafe in gar keinem Verhältnis zu der ihren stand.

*) „Lost Illusion" ist der Titel des Rußlandbuches von Freda Utley (Allen & Unwin, London 1949). D. Übers.

Nur mit Beschämung hörte ich den Fahrer des mir in Berlin zur Verfügung gestellten Autos sagen: „Ich habe nun drei Jahre für die Amerikaner gearbeitet und Sie sind die erste, die zu mir wie zu einem menschlichen Wesen spricht." Ich hatte ihn gefragt, wieviel er verdiene, wie viele Stunden er zu tun habe, ob er verheiratet sei und Kinder habe, ob sie genug zu essen bekämen und wie er nachts nach Hause käme, wenn er mich zu meinem Hotel gebracht hatte. Nicht daß ich einiges Interesse für seine persönliche Lage äußerte, auch nicht die kleinen Geschenke von Schokolade, Seife und Zigaretten, oder daß ich mein reichliches Frühstück mit ihm teilte, haben, glaube ich, schließlich die Schranke niedergebrochen, die er durch sein korrektes Verhalten eines Bediensteten, eines der Unterworfenen gegenüber dem neuen Herrenvolk zwischen uns errichtet hatte. Erst als ich ihm gegenüber eines Tages die Bemerkung machte, wir behandelten die Deutschen wie ein Kolonialvolk, wurde er gesprächig und aufgeschlossen. Diese Beobachtung war durch den Anblick der halbnackten, barfüßigen deutschen Balljungen auf den Tennisplätzen des Presseklubs veranlaßt worden; mir schien, sie hätten selbst Tennis spielen sollen, statt wie kleine Sklaven herumzusausen. Von diesem Fahrer bekam ich, sozusagen vom anderen Ende der Leitung, einen Eindruck, wie unsere ursprüngliche Besatzungspolitik nach dem Motto „Faßt die Deutschen hart an!" sich auf die Masse des deutschen Volkes auswirkte. „Ich nehme an", sagte er, „daß die Ungebildetheit und Rücksichtslosigkeit der Amerikaner mit der Größe ihres Landes zusammenhängt. Wahrscheinlich gehen viele Amerikaner nie zur Schule, noch lernen sie gute Manieren, und deshalb sind sie so roh und taktlos." Ich wies ihn auf seinen Irrtum hin und versuchte, ihm zu erklären, daß die Amerikaner nicht wirklich ungebildet oder herzlos sind, sondern daß Haß auf Nazi-Brutalität und die daraus abgeleitete Meinung, alle Deutschen verdienten Strafe und rohe Behandlung, ursprünglich unsere Besatzungspolitik inspiriert hätten. Er aber blieb unüberzeugt. Ich sollte ihm doch die freundschaftliche und rücksichtsvolle Haltung der

Amerikaner gegenüber den Russen erklären, bat er, wenn die Grausamkeiten Nazideutschlands die amerikanische Unmenschlichkeit gegenüber den unterworfenen Deutschen bestimmt hätten.

„Unmenschlichkeit“ und „Menschlichkeit“ sind die Worte, die ich am häufigsten aus deutschem Munde hörte. „Menschlichkeit“ ist schwer zu übersetzen, weil soviel darin liegt: ein menschenwürdiges Benehmen, Anstand, Freundlichkeit, Rücksicht auf andere, Achtung vor dem Individuum gleichgültig welcher Nationalität, Klasse, Religion oder persönlichen Macht, kurz alles, was einen freien Menschen von einem Rohling, einem Sklaven oder Roboter unterscheidet.

Die Einsicht, daß die Menschenrechte im guten altmodischen Sinne des 18. Jahrhunderts, der die französische und die amerikanische Revolution prägte, das Primäre sind, und daß kein Wirtschafts- und Sozialsystem erträglich ist, das sie verleugnet: diese Einsicht hatte Sozialisten, Liberale und Christliche Demokraten in Berlin angesichts der kommunistischen Bedrohung ihrer Freiheit geeint. Hier an der Front des Kampfes zwischen westlicher Demokratie und sowjetisch-totalitärer Tyrannei wurde der Glaube an die Ideale der Renaissance, der Reformation und Gegenreformation wiedergeboren. Hier bestand eine Einigkeit wie nirgends sonst in Europa zwischen Areligiösen und Christen, Protestanten und Katholiken, Sozialisten, Liberalen und Konservativen; denn ihnen allen war zum Bewußtsein gekommen, daß der Kampf um die Welt in erster Linie ein Kampf zwischen Individuum und der Staatsmaschine ist, die jeden zum Sklaven zu degradieren sucht, ein Kampf gegen die „Totalitären“, die uns alle auf die Stufe von Tieren hinabdrücken möchten, indem sie die Verantwortlichkeit des einzelnen, Gewissen und Menschlichkeit leugnen, ein Kampf gegen jene, die versichern, „Sicherheit“ könne nur durch Unterwerfung unter die Tyrannei gewonnen werden. Vielleicht, so dachte ich, ist es der neue Inhalt des Sozialismus, wie er sich in Berlin zeigt, wo die Sozialdemokraten die größte Partei und die Führer im Widerstand gegen die Kommunisten sind, der noch am meisten Hoffnung für die westliche Kultur enthält.

„Die Wandlung des inneren Gehaltes des deutschen Sozialismus ist die bedeutsamste Entwicklung im heutigen Europa", sagte erläuternd Frau Dr. Ulich-Beil zu mir, die Vorsitzende des Berliner Staatsbürgerinnen-Verbandes. Sie ist eine weißhaarige alte Dame, deren erster Mann Philosophieprofessor an der Harvard University war, und deren Sohn ihr wie durch ein Wunder nach einer verwegenen Flucht aus einem russischen Gefangenenlager wiedergeschenkt wurde; ihre Hauptarbeit gilt dem Hilfswerk für die obdachlosen, zerlumpten und verhungerten deutschen Ostflüchtlinge, von denen viele in der russischen Besatzungszone leben. In ihrem kleinen Zimmer eines Mietshauses in einem früher stark jüdischen Viertel sagte sie zu mir: „Ich konnte mich früher den Sozialisten aus Furcht vor Reglementierung und wegen ihrer Gegnerschaft zur Religion nicht anschließen. Nicht, daß ich je eine eifrige Kirchgängerin war, aber ich habe immer Ehrfurcht vor dem Geheimnis der Schöpfung gehabt und konnte nicht alles auf materialistische Begriffe zurückführen. Nun aber, nach allem, was ich in den letzten fünfzehn Jahren an Angst und Sorge und Elend in Berlin gesehen und erlebt habe, bin ich der Kirche viel nähergekommen. Das Leben des Menschen ist zu kurz, und er selbst allein zu schwach, um ohne eine Stätte für die großen Wahrheiten des Christentums auskommen zu können. Menschen sind zu schwach, um die Wahrheit allein zu bewahren. Sie müssen dazu eine Tradition haben: die Kirche. Viele deutsche Sozialisten verstehen das heute. Es geht ihnen heute mehr um die Bewahrung der Werte, von denen die Menschen leben, als um Wirtschaftstheorien. Alle aber, die nicht glauben, daß Freiheit und Menschenrechte das Hauptanliegen bilden, sind zur SED übergegangen."

Der junge Otto Stolz, der wegen seiner antikommunistischen Betätigung von der Berliner Universität relegiert worden war, sich aber bereits einen Namen als Schriftsteller gemacht hatte, sagte, er und viele andere deutsche Sozialisten glaubten nicht mehr, daß die „Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Verteilung" die Probleme der menschlichen Gesellschaft lösen

würde. „Jetzt wissen wir, daß das Ende des Kapitalismus nur wie in Rußland zur Tyrannei führen würde.“ In einem Artikel zum Jahrstag der Revolution von 1848, der es in Deutschland nicht gelang, die in Westeuropa errungenen liberalen Prinzipien und demokratischen Rechte durchzusetzen, erinnerte Otto Stolz trotz seiner Zugehörigkeit zur SPD seine Landsleute daran, daß der Kampf damals und heute nicht um eine „Wirtschaftstheorie der Produktion und Verteilung“, sondern um die Menschenrechte ging und geht: um die Gleichheit vor dem Gesetz, Verantwortung des einzelnen, um Freiheit, Sicherung der persönlichen Rechte, Regierung mit Zustimmung der Mehrheit, Rede- und Meinungsfreiheit, die Sicherheit vor willkürlicher Verhaftung und Freiheitsberaubung ohne Verfahren vor einem ordentlichen Gericht. Von solchen Grundlagen ausgehend entwickelte er die These, daß es im 20. Jahrhundert in den Ländern, in denen eine parlamentarische Regierung und Redefreiheit bereits gesichert sind, keiner gewaltsamen Revolution bedarf, um größere soziale Gerechtigkeit und ein besseres Wirtschaftssystem zu schaffen. Statt fortschrittlich zu sein, führe heute Revolution nur zur Errichtung autoritärer Regierungen und „Volksdiktaturen“. So seien in demokratisch regierten Ländern Revolutionen in Wirklichkeit Gegenrevolutionen, die von Reaktionären geführt würden, die sich selbst Fortschrittler nennten, in Wirklichkeit aber die Welt zur vordemokratischen Epoche zurückführen wollten, in der autokratische Monarchien die Freiheit des einzelnen und die Menschenrechte verneinten, wie sie heute von Nazis und Kommunisten verneint werden. „Die wirkliche Revolution unserer Zeit“, schrieb Otto Stolz, „ist geistiger, nicht wirtschaftlicher oder sozialer Natur, und hier in Europa muß sie sich auf die Erreichung einer europäischen Völkerfamilie richten, in der alle in einem demokratischen Bund gleiche Rechte haben.“

Die Einigkeit von Sozialisten, Christlichen Demokraten und Liberalen Demokraten im Widerstand gegen den kommunistischen Angriff wurde nur durch die Erkenntnis der Mitglieder aller drei Parteien ermöglicht, daß keine im Alleinbesitz der

Wahrheit ist, daß vielmehr Toleranz, Redlichkeit und Menschlichkeit die Grunderfordernisse einer freien Gesellschaft sind.*)

Die Berliner Studenten, die, wie die meisten deutschen Studenten, heute zu den ärmsten der Armen gehören und beständig Hunger haben, zeigten eine außerordentliche Reife des Denkens. Am stärksten beeindruckte mich die Tatsache, daß Krieg und Niederlage, Hunger und die allgegenwärtige Gefahr, eines Tages in einem sowjetischen KZ zu landen, ihren Geist nicht gebrochen, ihre Energien nicht untergraben haben. Mir schien es erstaunlich, daß unsere ursprüngliche Besatzungspolitik nicht dazu geführt hatte, die deutsche Jugend in Zyniker, Opportunisten oder rücksichtslose Egoisten zu verwandeln. In den ersten zwei Jahren der Besatzung hatten wir ja unsere demokratischen Grundsätze und Ideale zum Gespött gemacht, nicht nur, indem wir alle Deutschen, einschließlich der Opfer Hitlerischer Gefängnisse, als Parias behandelten, sondern auch, indem wir die sowjetischen Grausamkeiten entschuldigten und die Kommunisten als Demokraten behandelten. Wir hatten ja sogar nachdrücklich verlangt, daß Kommunisten in die Verwaltung der Länder und Gemeinden aufgenommen wurden und hatten Kommunisten bei den Spruchkammern eingesetzt.

Nehmen wir Berlin als Beispiel: Obwohl die Oktoberwahlen 1946 den Sozialisten, Liberalen und Christlichen Demokraten 80 Prozent der Stimmen erbracht hatten, lehnte die alliierte Kommandantura eine Mehrheitsregierung ab und bestand stattdessen auf Beteiligung der Kommunisten an einer „Koalition", obwohl die SED nur 19 Prozent der Gesamtstimmen bekommen hatte. Und selbst heute gestatten die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden, wie man mir sagte, den Deutschen nicht, die Kommunisten hinauszutun, die noch immer einige Stellungen in den Wirtschafts-, Arbeits- und Gesundheitsämtern der Westsektoren innehaben, es sei denn, daß ihre

*) Es folgen, teilweise in wörtlichem Zitat, ähnliche Ausführungen von Angehörigen der anderen Parteien in Berlin. Einen besonderen Tribut zollt Freda Utley Frau Jeanette Wolff, deren Bekanntschaft ihr durch die Verlobte eines bei der Militärregierung tätigen früheren Gewerkschaftlers aus Philadelphia vermittelt worden war. „Die Berliner", sagte Jeanette Wolff, „tragen keine Scheuklappen. Sie wissen, worum und gegen wen es geht. Für den Fortbestand der westlichen Kultur ist es lebenswichtig, daß dieses politische Zentrum des Widerstandes gegen totalitäre Tyrannei erhalten bleibt." D. Übers.

Unfähigkeit nachgewiesen wird, oder daß sie „offen“ Berichte an die Russen geben! „Und doch habt Ihr noch Vertrauen zu uns?“, fragte ich. „Ja“, erwiderte ein hübsches Mädel mit roten Haaren und einem verschmitzten Lächeln; „wir wissen ja, daß wir Geduld haben und warten müssen, bis die Amerikaner aus dem Stadium politischer Wickelkinder heraus sind.“ „Einerlei“, sagte ein junger Student der slawischen Sprachen, „es ist schon komisch, Euch Amerikaner jetzt die gleichen Dinge über die Sowjetunion reden zu hören, die zu sagen uns verboten wurde, und die man bei uns als Beweis für eine Pro-Nazi-Gesinnung betrachtete.“

Ich bin mir natürlich darüber klar, daß Berlin, ebensowenig wie es nicht Prag ist, auch nicht das ganze Deutschland ist. Das Wesentliche in Berlin aber schien mir zu sein, daß es hier eine Bewegung gibt, die Deutschland zu einer wirklichen Demokratie machen und auch durch ihr Beispiel die zersplitterten und zerfahrenen antitotalitären Kräfte in Europa und Amerika neu beleben und einigen könnte.

Es gab aber auch eine düstere Kehrseite dieses hoffnungsvollen Bildes von Berlin. Einige verstockte Nazis hatten mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht, und es bestand die Gefahr des Wiederaufbrechens eines aggressiven deutschen Nationalismus unter einer roten statt einer schwarzen Flagge Frühere nationalsozialistische Theoretiker bekleiden heute an den unter russischer Kontrolle stehenden Universitäten in Berlin und anderen Städten führende Posten. Der Vorsitzende des Disziplinarhofes der Berliner Universität, Fritz Möglich, der für alle Berliner Studenten obligatorische Vorlesungen über die soziale und politische Lage hält, war früher ein führender nazistischer antisemitischer und antikatholischer Schriftsteller. In einem bekannten Buch über Ludendorff war er einst für einen Bund des deutschen und russischen Nationalbolschewismus gegen den Westen eingetreten. Es ließen sich auch noch mehr Beispiele anführen. Wichtiger ist aber vielleicht die Tatsache, daß die Russen die ganze Gewalt wirtschaftlichen Druckes benützen, um die demokratische Opposition zu unterdrücken. Nur „verläßliche“ Studenten bekommen die Immatrikulations-

erlaubnis, und Stipendien in Geld und anderer Form werden nur denjenigen gewährt, die die kommunistische Diktatur unterstützen. Allen Deutschen, die für Rußland von Nutzen sein können oder wollen, bietet man „Stalin-Pakete“ mit Lebensmitteln sowie Brennmaterial. Vielleicht können die Russen nicht auf diejenigen zählen, die der SED um materieller Vorteile willen beitreten; ihre verläßlichsten Verbündeten und zugleich die Gefährlichsten für uns sind die früheren Nazis, die hoffen, durch ihre heutige Unterwerfung unter die Sowjets und durch Zusammenarbeit mit ihnen gegen den Westen endlich doch Hitlers „Tausendjähriges Reich“ aufrichten zu können.

Die in Berlin offensichtliche politische Schwäche der Kommunisten beweist, daß es dort vorläufig zu wenige Nazis und andere „Kollaborateure“ der Kommunisten gibt, um ihre Diktatur zu verteidigen. Trotzdem wäre es aber ein Irrtum anzunehmen, daß die Deutschen zwangsläufig auf unserer Seite bleiben müssen, selbst wenn wir ihnen auch weiterhin die Rechte freier Menschen verweigern.

III
DIE MATERIELLEN KOSTEN DER RACHE

Als ich Berlin Anfang September 1948 in einem Flugzeug der Luftbrücke verließ und in der amerikanischen Zone ankam, hatte ich das Gefühl, eher einen Zeitraum als eine Strecke durchflogen zu haben. In Berlin standen wir trotz der zwischen den Deutschen und uns sehr ungleich verteilten Opfer, Entbehrungen und Gefahren Schulter an Schulter in der Abwehr des sowjetischen Angriffs. In der Doppelzone dagegen schienen wir noch immer mitten im Krieg miteinander zu sein. Hier handelten wir, als bedrohe heute Deutschland und nicht Sowjetrußland die Freiheit Europas und den Frieden der Welt. Noch immer demontierten wir deutsche Fabriken und erfüllten nach wie vor die Abkommen von Jalta und Potsdam, als ob Rußland sie niemals gebrochen hätte, und zwar taten wir es mit einer geradezu totalen Mißachtung des Marshallplanes und der Trumandoktrin, von der die Amerikaner drüben annahmen, daß sie jetzt die Grundlage der amerikanischen Politik bildeten.

Große Transporte von „Reparations- und Restitutionsgütern" gingen nach wie vor nicht etwa nur aus der englischen und französischen, sondern auch aus der amerikanischen Zone nach Rußland, der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und anderen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang.

Anstatt daß derartige Lieferungen aus der Doppelzone und der französischen Zone in die Länder hinter dem Eisernen Vorhang nach Beginn der sowjetrussischen Blockade Berlins im Juni eingestellt worden wären, hatte sich ihr Umfang verdoppelt. Der größte Teil der Lieferungen für die Sowjetunion im Juli 1948 und in den folgenden Monaten kam aus der englischen Zone, während die amerikanische Zone wenigstens die Lieferungen nach Rußland eingestellt hatte. Aber die Vereinigten

Staaten brachten den Kommunisten weiter Hilfe und Erleichterung, indem sie allein im Juli an Tschechen, Polen und Jugoslawen deutsche Maschinen und andere technische Einrichtungen im Gewicht von 5790 Tonnen lieferten. Ende Oktober, als schlechtes Wetter das Leben amerikanischer Piloten der Luftbrücke gefährdete, und die Berliner Bevölkerung schon vor Kälte in ihren ungeheizten Wohnungen klapperte, hatten sich die gesamten Reparations- und Restitutionslieferungen an die Länder hinter dem Eisernen Vorhang aus der Doppelzone und der französischen Zone von den 6500 Tonnen, die vor Beginn der Stalin-Blockade Berlins verschickt worden waren, auf rund 9000 Tonnen erhöht.

Zum Schaden der gesamten europäischen Wirtschaft und unter zynischer Mißachtung der Bedürfnisse des deutschen Volkes und der Gefahr, Westdeutschland an die Kommunisten zu verlieren, wurden in Westdeutschland Fabriken demontiert — gleichzeitig mit unserem Versuch, Berlin vor den Kommunisten zu retten.

Offensichtlich waren sich nicht nur unsere westlichen Verbündeten, sondern auch die für die deutsche Politik verantwortlichen amerikanischen Stellen nicht darüber im klaren, daß die Unterstützung eines verarmten Deutschland und eines der Erzeugnisse der deutschen Industrie beraubten Europa zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers ging.

Obwohl die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Europas unter dem Marshallplan verkündet worden war, richteten sich die Vereinigten Staaten und England streng nach dem „Revidierten Industrieplan" von 1947, der Deutschlands Produktionsvermögen in den meisten Hauptindustrien scharf begrenzt und keine Bestimmungen für eine deutsche Ausfuhr von Stahl, Maschinen und anderen für den europäischen Wiederaufbau dringend benötigten Gütern enthält.

Vom englischen Standpunkt aus hat die Demontage einen Sinn, da sie hilft, Deutschlands Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu verringern. Ursprünglich hatten sich die englischen Behörden für ein höheres Industrieniveau eingesetzt, als die Vereinigten Staaten zuzugestehen gewillt waren. Sie waren vernünftig ge-

nug einzusehen. daß Westdeutschland sich nicht selbst erhalten kann, wenn das Reparationsprogramm durchgeführt wird. Solange die Engländer finanziell für die Ernährung der werktätigen Bevölkerung ihrer Zone verantwortlich waren, verfolgten sie eine einsichtigere Politik als die Vereinigten Staaten. Seit aber die englische und die amerikanische Zone vereinigt worden waren und die Vereinigten Staaten sich verpflichtet hatten, die Fehlbeträge der Doppelzone auszugleichen, gaben die Engländer dem Konkurrenzmotiv freien Lauf, und sie widersetzen sich heute einer Revision des Demontageprogramms. Im Zuge ihrer heftigen Anstrengungen, sich selbst aus der Abhängigkeit von Dollarsubsidien zu befreien, haben die Engländer die Politik der Weisheit und Mäßigung gegenüber besiegten Feinden aufgegeben, die einst England groß und stark gemacht hatte. Heute opfern die Engländer selbst ihre Interessen auf lange Sicht, indem sie Flugzeuge und Kapitalgüter nach Sowjetrußland ausführen. Das gleiche gilt von der Versendung großer Mengen demontierter deutscher Maschinen in Stalins Reich, mit der sie sich die Deutschen entfremden und Kontinentaleuropa schwächen. Ein Kommuniqué der englischen Militärregierung, das am 6. Februar 1949 in der Zürcher Tat veröffentlicht wurde, gibt folgende Ziffern an: Insgesamt wurden 598 000 Tonnen Maschinen und anderes Material aus deutschen Werken abgebaut; davon wurden 163 896 Tonnen an Rußland, 18 618 Tonnen an die Tschechoslowakei, 1 789 Tonnen an Albanien und 45 135 Tonnen an Jugoslawien geliefert. Die Engländer scheuten sich nicht einmal, Rüstungswerke an Rußland auszuliefern. So berichtete die Londoner Times am 20. Dezember 1948, daß sich das Borbecker Rüstungswerk von Krupp auf dem Wege nach der Sowjetunion befand.

In der französischen Zone hätte man kaum auf den Gedanken kommen können, *daß* es so etwas wie eine kommunistische Gefahr, einen Marshallplan oder Fragen wie die der Verteidigung Westeuropas gibt. Zu schildern, wie blind die Franzosen sind, wie besessen von einer Gefahr der Vergangenheit, wie wenig sie sich anscheinend der brennend nahen Gefahr eines sowjetischen Angriffs bewußt sind, wie sie ihre eigene Zone

auspressen, um ihre eigene Mißwirtschaft zu sanieren, wie sie eitel mit den Atrappen einer nicht vorhandenen militärischen Macht vor der eingeschüchterten, im geheimen aber sich mokierenden deutschen Bevölkerung paradieren, erheischt ein besonderes Kapitel. Hier werde ich mich mit Bizonien beschäftigen, wie die teilweise verschmolzenen Zonen Amerikas und Englands genannt werden.

Man kann die Behandlung der Deutschen durch Engländer und Franzosen leicht verstehen, wenn auch nicht gutheißen: die amerikanische Politik aber ist unbegreiflich. Amerika hat durch die Demontage nichts zu gewinnen, aber es kann dadurch wirtschaftlich, politisch und militärisch alles verlieren. Trotzdem haben die Vereinigten Staaten keinen starken Druck ausgeübt, um sie in der englischen und französischen Zone zu Ende zu bringen, ja, sie haben sogar in ihrer eigenen Zone weiter demontiert.

In Amerika wiegt man sich in dem Glauben, der Marshallplan sei an die Stelle des Morgenthau-Planes getreten. Das ist, wie mir sehr bald klar wurde, eine Illusion. Morgenthaus Geist beherrscht zwar unsere deutsche Politik nicht mehr, aber er inspiriert sie nach wie vor. Daß es heute einen Marshallplan gibt, der die Eingliederung eines wieder gesundeten demokratischen Deutschland in ein wieder aufgebautes und sich selbst erhaltendes Europa zum Ziel hat, bedeutet nur, daß wir eifrig mit unserer rechten Hand den Schaden wiedergutmachen, den unsere Linke anrichtet. Es ist so, als ob eine amerikanische Arbeitsgruppe eine ausgebombte Wohnung wieder aufbaut, während eine andere die Fundamente des Hauses zerstört.

Wäre es nicht so tragisch, so könnte man den endlosen Kampf zwischen den Amerikanern, die zum Wiederaufbau von Industrie und Handel nach Deutschland entsandt waren, und den anderen, deren Befehl auf Zerstörung der deutschen Wirtschaft lautet, mit Humor verfolgen. Der Konflikt zwischen beiden Gruppen war sogar noch größer und erbitterter als der Streit zwischen konkurrierenden Washingtoner Ministerien.

Ich mußte lächeln, wenn ich in Frankfurt, Essen und Stuttgart beobachtete, wie amerikanische Kohle-, Stahl- und Eisen-

bahnfachleute sich fast wie Verschwörer dafür einsetzten, daß die Demontage der Fabriken eingestellt würde, die Ausrüstung, Zubehör usw. für Bergwerke und Eisenbahn herstellen, ohne die die Kohleförderung nicht gesteigert, die Eisenbahn nicht wiederhergestellt werden kann. Ich habe aufschlußreiche Gespräche zwischen amerikanischen und deutschen Behördenvertretern mit angehört, in denen die Amerikaner die Deutschen warnend darüber aufklärten, welche Amerikaner auf der konstruktiven, welche auf der destruktiven Seite stehen.

Wenn es eine Art Zusammenarbeit zwischen den Deutschen und jenen Amerikanern gab, die sich mit der Wiederherstellung der deutschen Industrie und Förderung des Marshallplanes befassen, so bestand natürlich eine viel engere Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen „Zerstörern" und der englischen Militärregierung. Die amerikanischen Fachleute, die sich um die Erhöhung der Kohle- und Stahlproduktion und den Wiederaufbau des Verkehrswesens bemühten, waren von den Engländern abhängig, da sich nicht nur die Gruben, Eisen- und Stahlwerke in der englischen Zone befinden, sondern auch die meisten Zulieferungsindustrien für Bergbau und Eisenbahn. Man versteht die mißliche Lage der amerikanischen Experten, wenn man bedenkt, daß die Demontageliste 47 Fabriken für Bergbaugerät und 32 Spezialwerke für Eisenbahnzubehör umfaßt.

Glücklicherweise gab es auch einige gescheite englische Beamte, die bestrebt waren, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, so daß der Kampf zwischen der Aufbau- und der Zerstörungsgruppe nicht so ungleich war, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Der mit der Leitung des Bizonal Iron and Steel Office in Düsseldorf beauftragte Engländer z. B. arbeitete einträchtig mit seinem amerikanischen Kollegen zusammen, und beiden gelang 1948 eine erstaunliche Steigerung der Stahlproduktion. Andererseits bestanden die Engländer aber auf Fortsetzung der Demontage der deutschen Fabriken, die das Bergbaugerät an Stelle des von ECA vorgesehenen amerikanischen Gerätes im Werte von 24 Mill. Dollar hätten liefern können. So bauten sie u. a. die Werke ab, die 90 Prozent der Preßluftwerkzeuge in den Westzonen herstellten.

Zweifellos hätten die Engländer in Anbetracht ihrer Abhängigkeit von amerikanischer Unterstützung zu einem Demontagestopp derjenigen deutschen Fabriken veranlaßt werden können, deren ausfallende Produktion durch ECA-Zuteilungen ersetzt werden mußte. Das scheiterte aber daran, daß einige Herren der amerikanischen Militärregierung und in Washington noch immer eine getarnte Morgenthau-Politik betrieben.

Es ist schwer zu sagen, ob die widerspruchsvolle, ihre eigenen Zwecke zunichte machende amerikanische Betätigung in Deutschland mehr persönlicher Einstellung einzelner oder einem Wunsch Washingtons zuzuschreiben war, durch Liebedienerei nach allen Seiten Wählerstimmen zu gewinnen. Sicher aber ist, daß sowohl die amerikanischen „Zerstörer" der deutschen Wirtschaft wie die „Aufbauer" behaupten konnten, sie täten nur ihre Pflicht. Beide führten empfangene Befehle aus.

Die Lage wurde mir gegenüber von einem amerikanischen Beamten treffend in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Wir sind zwischen widerstreitenden politischen Richtungen eingeklemmt und können uns nicht vorwärtsbewegen. Die aus Kriegshysterie geborenen und vom Morgenthau-Plan in Bewegung gesetzten Kräfte der Zerstörung sind noch immer am Werk, während die konstruktiven Kräfte, die der Marshallplan freizusetzen beabsichtigt, mangels neuer Direktiven Washingtons nicht zum Zuge kommen können."

„Das amerikanische Volk", so fuhr er fort, „merkt erst jetzt daß bedingungslose Kapitulation und totaler Sieg es zwingen, die gleiche Verantwortung in Deutschland auf sich zu nehmen wie der Erbe eines großen Besitzes. Obwohl Rechnungen am laufenden Band eingehen und Amerika sie zu bezahlen hat, fehlt uns noch immer das volle Verständnis dafür, daß wir der Zerstörung deutscher Werte ein Ende setzen müssen, wenn die Vereinigten Staaten nicht bankrott machen sollen. Gegenwärtig ist die alte destruktive Politik von der neuen konstruktiven nur überdeckt."

Einige amerikanische Beamte befinden sich in der peinlichen Lage, von Amts wegen gleichzeitig im Lager der Zerstörer und im Lager des Aufbaues zu stehen. Major Holbrook

z. B., den ich in Stuttgart kennenlernte, war sowohl Reparationsoffizier für Württemberg wie Gouverneur La Follette's Chef für Industrie und Handel. Während er die ihm von der Reparationsabteilung der Militärregierung in Berlin zugehenden Demontagebefehle auszuführen hatte, sollte er sich gleichzeitig um eine Produktionserhöhung in Württemberg bemühen. Er entledigte sich dieser beiden Aufgaben mit beträchtlicher Geschicklichkeit.

In der amerikanischen Zone gelten Maschinen bereits dann als „demontiert", wenn die Verankerungsschrauben gelöst und sie auf Holzblöcke gestellt sind. Major Holbrook gestattete den Deutschen, sie in diesem Zustand weiterzubenutzen. Damit hat er nicht nur die Last des amerikanischen Steuerzahlers erleichtert, indem er mehr Deutsche in die Lage versetzte, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, als es sonst möglich gewesen wäre, er hat auch die „demontierten" Maschinen in gutem, arbeitsfähigem Zustand zur Benutzung in anderen Ländern erhalten, wenn die Zeit ihres Abtransportes kam. An anderen Stellen, besonders in der englischen Zone, habe ich Berge von verrostetem, vor langer Zeit demontiertem Material gesehen, das immer unbrauchbarer wurde, da es im Freien oder in ungeheizten, feuchten Schuppen lag. Nach englischer Praxis werden Maschinen nämlich auch dann demontiert, wenn keines der zu Reparationen berechtigten Länder sie haben will. Daher die riesige Vergeudung, die mit dem Revidierten Industrieplan verknüpft ist: er verfolgt in erster Linie den Zweck, die deutsche Produktionskapazität zu schmälern und erst in zweiter Linie eine Unterstützung anderer Länder beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft durch deutsche Reparationen. Wäre letzteres das wirkliche Ziel, so könnten diesen Ländern neue und bessere Maschinen in viel kürzerer Zeit geliefert werden, wenn man die Demontage einstellen und die Deutschen Reparationsgüter herstellen lassen würde.

Major Holbrook hat auch die Produktion in vielen Fabriken wieder in Gang gesetzt, denen Reparationen entnommen waren, indem er Württemberg nach unbenutzten Maschinen durchstöberte. Sie hätte man an erster Stelle nehmen können, hätten

die Berliner Militärregierungsstellen es nicht vorgezogen, die Produktion zu unterbrechen und deutsche Arbeit zu vergeuden, indem Reparationen den in Betrieb befindlichen statt den stillgelegten Fabriken entnommen wurden.

Bevor ich Ende Oktober nach Stuttgart kam, hatte ich auf Grund verschiedener Erklärungen General Marshalls und anderer Vertreter des State Department in Washington sowie General Clays und seiner Untergebenen in Deutschland geglaubt, die Demontage in der amerikanischen Zone sei abgeschlossen oder eingestellt. Ich war ebenso bestürzt wie die Deutschen, als ich merkte, daß die erwartete Ankunft des fachkundigen Humphrey-Komitees der Marshallplanverwaltung — es war gemäß dem Gesetz über Auslandshilfe von 1948 nach Deutschland entsandt worden, um festzustellen, welche Werke der Demontageliste durch ein Verbleiben in Deutschland mehr zum Wiederaufbau Europas beitragen können — nicht etwa den Reparationslieferungen ein Ende setzte, sondern ganz im Gegenteil zu einer Beschleunigung des Abtransportes von Maschinen aus der amerikanischen Zone führte. Offensichtlich waren nicht nur Engländer und Franzosen bestrebt, das Komitee Paul Hoffmans vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Reparationsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Berlin hatte Befehle erlassen, unverzüglich die Maschinen zu verpacken und abzutransportieren, die bisher wegen des großen Materialbedarfs in Deutschland oder für Ausfuhrzwecke hatten in ihrem „demontierten" Zustand weiter benutzt werden dürfen.

Man hatte den Deutschen Hoffnung gemacht, daß die Ankunft des ECA-Revisionskomitees ein Anhalten der Reparationslieferungen bedeutete. Dem Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden war durch einen Brief des Chefs der Handels- und Industrieabteilung des Bipartite Control Office in Frankfurt vom 11. Oktober mitgeteilt worden, daß der Abtransport der Maschinen von fünf Werken dieses Gebietes bis zur Beendigung der ECA-Untersuchung in Schwebe gehalten werden würde. Ein oder zwei Wochen später erging jedoch der Befehl, eben diese Maschinen zu verpacken und in Rekordzeit

aus Deutschland abzutransportieren. Man hat mir erzählt, daß der amerikanische Beamte in Berlin, der diesen Befehl gab, am Telefon sagte, ERP (das europäische Wiederaufbauprogramm) möge gut sein oder nicht, ihn gehe es jedenfalls nichts an. Auch die gegenteiligen Weisungen der amerikanischen Handels- und Industriebehörde in Frankfurt „interessierten ihn nicht".

Zu der ohnmächtigen Empörung der Deutschen über diesen Raub an den Mitteln ihres Lebenserwerbs kam zwangsläufig das Mißtrauen zur Demokratie hinzu, die doch nach unseren Reden eine so gute und gerechte Sache war. Wie sollte man ihr trauen, wenn offizielle Versprechungen der einen amerikanischen Dienststelle von der anderen nicht eingehalten wurden?

Eine der Fabriken, die unter den Hammer kam, weil die Reparationsabteilung der Berliner Militärregierung der Marshallplanverwaltung zuvorkommen wollte, waren die Kiefer-Werke in Stuttgart. Ich habe dieses Werk besucht. Es stellt Entlüftungs- und Heizanlagen für Fabriken und Krankenhäuser her und ist die einzige Fabrik in der Doppelzone, die Klimaanlagen für Krankenhäuser anfertigt. Trotzdem sollte sie nach Griechenland abtransportiert werden. Dabei hatte die griechische Mission nach Besuch des Werkes den Deutschen erklärt, Griechenland habe weder einen Markt für diese Erzeugnisse, noch die Rohstoffe oder das technische Personal für den Betrieb eines solchen Werkes. Die Maschinen werden ohne Zweifel auf dem Schrotthaufen enden, aber sie standen „auf der Liste". Die wichtigsten Maschinen sind auch abtransportiert worden, und die Deutschen versuchten, die Produktion fortzusetzen, indem sie die Bleche mit der Hand schnitten und nieteten, statt sie zu schweißen.

Ich habe auch die Zaiser-Werke in Stuttgart gesehen, die inzwischen die Produktion von Aufzügen und elektrischen Kränen haben einstellen müssen, obwohl die Demontage der Flohr-Werke in Berlin und Wien durch die Russen die Zahl derartiger Werke in Deutschland auf fünf verringert hatte, von denen eines auch demontiert wurde, und obwohl die Demontage zahlreicher Kräne an der Ruhr durch die Engländer zu einer

großen Nachfrage nach neuen Kränen geführt hatte, die nicht befriedigt werden konnte. Für die Zaiser-Werke bestand auch keine Hoffnung, neue Maschinen erwerben zu können: die meisten, die sie benötigen, werden nur in der russischen Zone hergestellt. Ich habe noch verschiedene andere Fabriken in Stuttgart besucht, von denen keine als potentieller Rüstungsbetrieb oder, gemessen am Bedarf der Doppelzone, als „überzähliger" Betrieb klassifiziert werden konnte. Aus allen aber waren die Maschinen weggeschleppt worden, vermutlich, um zu verhindern, daß sie durch die ECA-Prüfungskommission wieder freigegeben wurden.

Überall in der amerikanischen Zone passierte das gleiche. Ich erwähne die Frank-Werke in Birkenau (Hessen), die Glasaugen für Blinde, Meßinstrumente für die Textilindustrie und optische Präzisionsgeräte herstellen. Sie hätten eigentlich niemals auf die Demontageliste kommen dürfen. Die Eigentümer waren bei der Militärregierung vorstellig geworden, worauf ihnen mitgeteilt wurde, daß die Demontage bis zur Überprüfung durch das Humphrey-Komitee aufgeschoben würde. Aber in der zweiten Oktoberwoche kam aus Berlin der Befehl, sofort mit der Verpackung und Verschickung der Maschinen zu beginnen. Am 22. Oktober 1948, bevor die ECA-Experten eintreffen konnten, war das ganze Werk ausgeräumt und abtransportiert.

Ein weiterer Fall betrifft die Gendorf-Werke in Bayern, die Chlornatrium herstellten. Es wird für die Kunstfaserindustrie benötigt, die, so hatte man die Deutschen angewiesen, zu einer der Hauptexportindustrien ausgebaut werden soll. Der andere größere Produzent von Chlornatrium in Westdeutschland, eine Fabrik in Rheinfelden in der französischen Zone, hatte schon seit längerer Zeit den Betrieb einstellen müssen. Im September befahl die amerikanische Militärregierung die Demontage der Gendorf-Werke und ihre Überführung in die Tschechoslowakei.

Ein besonders drastisches Beispiel der Entschlossenheit eines Irgendwer-Irgendwo, den Marshallplan zu sabotieren und die

Kommunisten zu stärken, ist der am 4. Oktober erteilte Befehl, die Kraftanlage der Norddeutschen Hütte in Bremen zu demontieren und nach der Tschechoslowakei zu schaffen.

Bremen ist der einzige große Hafen Amerikas in Deutschland, über den alle amerikanischen Heeres- und ERP-Lieferungen eingeführt werden. Der überstürzte Abtransport seiner Hauptkraftanlage in einen sowjetischen Satellitenstaat während der Berliner Blockade und nach der Ankündigung, daß die Überführung von Reparationen aus den Westzonen bis zur Überprüfung der Demontageliste aufgehalten werden solle, kann wohl nur mit dem Einfluß von „Morgenthau-Boys" in Berlin oder Washington erklärt werden.

Die Demontage des Bremer Kraftwerkes verursachte alsbald eine scharfe Kürzung in der Stromversorgung von Stadt und Hafen. Einer der ECA-Experten teilte mir mit, daß es notwendig werden könne, den Fehlbetrag von Einheiten der amerikanischen Kriegsmarine, die vor der Küste operierten, liefern zu lassen. Während die amerikanische Luftwaffe eingesetzt werden mußte, um das blockierte Berlin zu versorgen, hätte also die amerikanische Marine herbeigerufen werden müssen, um unsere freiwillig zum Nutzen des kommunistischen Europa durchgeführte Beschneidung der Bremer Stromversorgung wieder wettzumachen.

Unter einer Militärregierung ist es stets schwierig, die Verantwortlichkeit festzulegen. Es ist deshalb unmöglich zu sagen, ob Washington oder die Wirtschaftsberater General Clays für den befremdlichen Beschluß verantwortlich waren, aus der amerikanischen Zone soviel Maschinen wie möglich abzutransportieren, bevor ECA eingreifen konnte. Den Deutschen mußte es als unmöglich erscheinen, amerikanischen Versprechungen zu trauen. Die durch verschiedene offizielle Erklärungen über eine Revision des Demontageprogramms und den Schwebezustand der Abtransporte während der ECA-Untersuchung geweckten Hoffnungen wurden zunichte gemacht. Die Deutschen konnten nicht länger an die gegebenen Zusicherungen glauben, daß auch sie am Marshallplan für den Wiederaufbau Europas

teilnehmen sollen, nachdem die Militärregierung befohlen hatte, selbst die für den Mindestbedarf der Wirtschaft Bizoniens als lebenswichtig anerkannten Maschinen so schnell wie möglich abzutransportieren.

Als die deutsche Verwaltung für Wirtschaft zu protestieren wagte, wurde ihr von der englischen und amerikanischen Militärregierung verboten, sich direkt mit den ECA-Behörden in Verbindung zu setzen. In einem gemeinsam von Mr. Wilkinson, dem Wirtschaftsberater General Clays, und Sir Cecil Weir, der die gleiche Stellung in der britischen Militärregierung bekleidet, unterzeichneten Brief vom 22. September 1948 an Oberdirektor Dr. Pünder heißt es:

„Es ist unstatthaft, daß Sie unmittelbar mit der Marshallplanverwaltung verkehren. Als höchste Behörde sind die Militärgouverneure für die Beziehungen der Doppelzone zur Marshallplanverwaltung verantwortlich."

Die ECA-Vertreter in Deutschland ließen es aber niemals zu, daß ihnen jeder direkte Kontakt mit den Deutschen verwehrt würde. Unglücklicherweise verbrachte jedoch Paul Hoffman bei seinem Flugbesuch in Deutschland im November nur 20 Minuten mit den Vertretern der deutschen Wirtschaftsverwaltung, die gekommen waren, um ihn in Frankfurt zu treffen. Sie konnten ihm zwar einen gedruckten Bericht über „Die Auswirkungen der geplanten Demontage auf Deutschlands Wirtschaftslage und ihre Rolle beim europäischen Wiederaufbau" überreichen, man gab ihnen aber keine Gelegenheit, ihr Anliegen im einzelnen vorzutragen. Hoffman verbrachte ganze Wochen in Paris, aber entweder hatte er keine Zeit für ein Studium der deutschen Situation, oder er hatte keine Lust, durch eine Konferenz mit deutschen Vertretern der Doppelzone oder mit deutschen Industriellen und Arbeiterführern den Unwillen der Militärregierung zu erregen, die ausschließliche Vollmachten beansprucht.

Die Deutschen hassen Vergeudung. Diese sparsamen, schwer arbeitenden und praktisch veranlagten Menschen können einfach nicht begreifen, warum in der englischen Zone ungeheure

Mengen abgebauter Maschinen im Freien oder in ungeheizten Lagerhäusern herumliegen müssen und rosten, warum so viele nicht anderen Ländern zugeteilte Maschinen demontiert und in Schrott verwandelt werden, warum sie zu Bettlern gemacht werden, die durch amerikanische Almosen unterstützt werden, statt daß man ihnen gestattet, durch Arbeit den von den Nazis angerichteten Schaden wiedergutzumachen.

„Wir können die Gerechtigkeit der Forderung verstehen, daß wir die vom deutschen Angriff betroffenen Länder zu entschädigen haben", wurde mir immer und immer wieder in der englischen Zone von deutschen Beamten, Arbeitern, Betriebsleitern und Fabrikbesitzern gesagt. „Wir können aber nicht verstehen, daß Fabrikanlagen von Friedensindustrien zerstört werden. Das ist keine Wiedergutmachung, sondern einfach Vergeudung."

Natürlich wandert nicht alles, was den Fabriken in der englischen Zone entnommen wird, auf den Schrotthaufen. Aber selbst wenn die Maschinen ins Ausland übergeführt werden, kann man an der gewaltigen Spanne zwischen ihrem wirtschaftlichen Wert in Deutschland und dem auf Reparationskonto nach der Demontage gutgeschriebenen „Restwert" die durch die Demontage verursachte Vergeudung ermessen. Rechnet man noch die Arbeitskosten des Abbaues und Wiederaufbaues hinzu, tritt die Lächerlichkeit des ganzen Reparationsprogrammes deutlich hervor. Die weitreichenden Folgen der Demontage für die deutsche Wirtschaft werden durch die bei der Bewertung der Maschinen angewandten Methoden vertuscht. Diese Bewertung erfolgt, indem zunächst der Wert von 1938 festgestellt und dann nicht nur Kriegsschäden, sondern auch eine feste jährliche Abschreibungsrate abgesetzt werden, die weder Reparaturen noch Modernisierungen berücksichtigt. Das ergibt dann häufig einen Wert gleich Null, obwohl die Maschinen vor dem Abbau voll in Betrieb waren. Vom deutschen Standpunkt aus erscheint es als ausgesprochen ungerecht, daß ein großer Teil der demontierten Maschinen nicht einmal auf Reparationskonto gutgeschrieben wird.

Man kann deshalb die auf diese Weise festgelegten Werte nicht zugrunde legen, wenn man den der deutschen Wirtschaft durch die Demontage zugefügten Schaden bestimmen will. Bei einem fairen Vorgehen muß man die Wiederbeschaffungskosten der Maschinen oder ihren „wirtschaftlichen Wert", berechnet durch Kapitalisierung des vor der Demontage erzielten Nettogewinnes, einsetzen.

Nach den von der amerikanischen Militärregierung im Oktober 1948 angegebenen Ziffern betrug der Wert der bereits demontierten Fabrikanlagen unter Zugrundelegung des Reichsmarkwertes im Jahre 1938:

Amerikanische Zone	187 Fabriken	212 Millionen RM
Britische Zone	496 Fabriken	600/700 Millionen RM
Französische Zone*)	84 Fabriken	150/200 Millionen RM

Das ergibt zusammen nur rund 1 Mrd. Vorkriegs-RM oder 400 Mill. Dollar. Nach deutschen Berechnungen dagegen betrug der Vorkriegswert der bereits demontierten Anlagen in den Westzonen rund 1,8 Mrd. Dollar, während die heutigen Wiederbeschaffungskosten noch weit höher sind.

Senator Harmssen (Bremen) schätzt den Wert der bereits aus Rumpfdeutschland abtransportierten Maschinen und Anlagen nach dem Stand von 1938 wie folgt:

Russische Zone	1,6 Mrd. RM
Französische Zone	1,2 Mrd. RM
Doppelzone	3,5 Mrd. RM
Berlin	1,5 Mrd. RM

Diese Schätzung der von den Deutschen erlittenen Verluste mag übertrieben sein, sie kommt aber trotzdem der Wahrheit näher als die „Restwert"-Ziffern der Militärregierung, die die Auswirkungen der Demontage auf die deutsche Wirtschaft vertuschen.

Der Wert der in den Westzonen**) noch zu demontierenden 335 Werke beläuft sich nach deutschen Schätzungen auf rund

*) Ohne die von den Franzosen zu eigenem Gebrauch unter Umgehung der Interalliierten Reparationsagentur entnommenen Maschinen.
**) Nach dem Stand vom Frühjahr 1949. D. Übers.

2 Mrd. Dollar, erscheint aber auf Reparationskonto als Restwert nur mit einem Bruchteil dieser Summe. Die Wiederbeschaffungskosten der demontierten Maschinen werden von den Deutschen auf das Zehnfache des Restwertes veranschlagt.

Da korrekte Gesamtangaben nicht erhältlich sind, ist die beste Methode zur Feststellung der Verluste der europäischen Wirtschaft durch Demontage das Herausgreifen von Einzelfällen, für die präzise Einzelangaben vorliegen. Ich besuchte die Anlagen der Gutehoffnungshütte, Abteilung Düsseldorf, nach Durchführung der Demontage. Hier betrugen allein die Kosten des Abbaues der Maschinen und der Verschickung an die elf Nationen, denen sie zugeteilt worden waren, zwischen 800 und 1000 DM je Tonne. Die Herstellungs- und Montagekosten für neue Maschinen, die als Reparationsgüter hätten geliefert werden können, würden dagegen nur 400 DM betragen haben. Die Gutehoffnungshütte hätte „sich selbst reproduzieren“ können, d. h. sie hätte neue Maschinen in kürzerer Zeit als Reparationsgut herstellen können, als für die Demontage erforderlich war.

Das Werk arbeitete in großem Umfange für Export, aber diese Produktion wird auf Jahre hinaus, vielleicht für immer verloren sein, da die verschiedenen Nationen, an die die Anlagen übergeführt wurden, kaum je in der Lage sein werden, die empfangenen „Bruchstücke“ zu gebrauchen.

Nirgends wurde die Vergeudung durch Demontage besser illustriert als hier. Jugoslawien erhielt den Löwenanteil, d. h. das Preß- und Hammerwerk und andere Maschinen für Schiffbaumaterial. Die Jugoslawen bestanden sogar darauf, daß die Ziegelsteine, Träger und Holme mitgeschickt wurden. Die Griechen bekamen das Kesselhaus samt dem 1871 gebauten Dach. Australien wurde eine 5000-Tonnen-Presse für Stahlbarren zugeteilt. Da man dort jedoch keine Unterbringungsmöglichkeit für diese Presse hat, liegt sie auf irgendeinem Nebengleis. England bekam einen alten Güterwagen und einige Kokillen als Schrott. Pakistan erhielt einen Kran mit einer Hebekraft von 125 Tonnen, für den es wahrscheinlich überhaupt keine Ver-

wendungsmöglichkeit hat, Indien das zu diesem Kran gehörende Zubehör. Eine Presse, eine Pumpe und ein Akkumulator, die einer Betriebsabteilung des Werkes entnommen worden waren, wurden in verschiedene Länder verschickt.

Vor der Demontage hatte die Gutehoffnungshütte Exportaufträge in Höhe von 1 Mill. DM vorliegen. In Deutschland glaubt man deshalb, daß die Demontage von den Engländern nur deshalb durchgeführt worden ist, um einen Konkurrenten der weniger leistungsfähigen englischen Fabriken auszuschalten.

Im Falle des Dortmund-Hoerder Hüttenvereins wurden die Demontagekosten der 5-Meter-Grobblechstraße auf 1 Mill. DM veranschlagt. Die Mindestkosten eines Ersatzes einschließlich der Gebäude, Fundamente und der als Zulieferer benötigten Hochöfen belaufen sich auf 13 Mill. DM. Aber auf Reparationskonto erscheint nur ein Restwert von 2,2 Mill. DM.

Im Falle der berühmten Thyssenhütte in Hamborn wurden die Demontagekosten auf 65 Mill. DM geschätzt, während der Restwert nur 40 Mill. DM erreichte. Die Kosten einer Wiederzusammensetzung der willkürlich an verschiedene Länder verteilten Bruchstücke werden auf 263 Mill. DM geschätzt. Hätten die Deutschen das Werk behalten dürfen, so hätten sie also leicht neue Maschinen in weniger Zeit und zu einem viel höheren Wert als dem der abtransportierten Anlagen liefern können.

Schutt und Schrott bilden das Endergebnis der Demontage von Hochöfen und Siemens-Martin-Öfen. Die gewaltigen Walzstraßen und Pressen können nicht abtransportiert werden, weil ihr Gewicht oder ihr Umfang für Brücken und Tunnel zu groß sind. Wasser-, Dampf- und elektrische Leitungen, automatische Kontrollapparate und verschiedene andere Einrichtungsstücke können nicht wirtschaftlich demontiert werden und gehen vollständig verloren.

Das State Department erklärte im November 1947, die Lohn- und Materialkosten der Demontagen seien „relativ geringfügig“. Fachleute der ECA, mit denen ich in Deutschland sprach,

erklärten jedoch, daß die Demontagen die Arbeitsleistung von etwa 90 000 Mann während eines ganzen Jahres erfordern, und daß mindestens die gleiche Arbeitsleistung zur Remontage und zur Inbetriebsetzung der Maschinen in den Empfängerländern nötig sein würden. Alles in allem war auch nach ihrer Ansicht die Demontage eine Vergeudung, praktisch wertlos, und eine Verschwendung. Sie sagten, daß die hohen Kosten des Abtransportes der Betriebsanlagen, der Zeitverlust und der durch die Entfernung wertvoller Maschinen entstehende Produktionsausfall wie auch die Wiederbeschaffungskosten für die demontierten Betriebseinrichtungen so hoch sind, daß der für die europäische Wirtschaft in den Empfängerländern wirklich erzielte Gewinn nur sehr geringfügig ist, wenn man diesen Werten die Kosten für den europäischen Wiederaufbau oder die den Vereinigten Staaten durch den Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz entstehenden Ausgaben gegenüberstellt.

Wie hoch auch immer die genauen Kosten sein mögen, es spricht für sich, was die New York Times in einem redaktionellen Artikel am 13. November 1947 ausführte:

„Nachdem die Vereinigten Staaten an Stelle der von Deutschland nicht gezahlten Reparationen Milliarden zur Unterstützung Europas ausgegeben haben, sind sie wohl zu der Forderung berechtigt, daß diese Milliarden gegen die deutschen Reparationen aufgerechnet werden, damit wenigstens eine weitere Erhöhung der amerikanischen Ausgaben durch die Strangulierung und Zerstörung der deutschen Wirtschaft vermieden wird. Laßt die Fabriken stehen und arbeiten. Amerika hat schon mehr als genug für sie bezahlt."

Obwohl jeder amerikanische Steuerzahler an der Last der Versorgung des verarmten Deutschland mit Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern mitträgt, wird die Verquickung unserer Deutschlandpolitik mit der hohen Besteuerung nur von wenigen erkannt. Die meisten Politiker und Journalisten lieben es nicht, sich mit den Kosten der in den ersten Besatzungsjahren an Deutschland verübten Rache zu befassen. Trotzdem ist es wesentlich, sich über diese Dinge klar

zu werden, wenn der Amerikaner nicht auch in Zukunft für den Morgenthau-Plan so schwer zu bluten haben soll wie bisher. Denn Morgenthau-Vorstellungen, nach denen unsere ursprüngliche Besatzungspolitik geformt war, geben ihr allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz auch heute noch das Kolorit.

Daß in der amerikanischen Öffentlichkeit so gut wie nichts über die ungeheure Vergeudung durch Demontage bekannt ist, muß auf eine ganze Reihe von Gründen zurückgeführt werden. An erster Stelle steht, daß die Deutschen weder eine Regierung noch eine freie Presse und auch keine Repräsentanten im Ausland haben, die ihre Sache vertreten. Zum anderen beziehen die meisten amerikanischen Journalisten, Kongreßmitglieder und Senatskomitees ihre Informationen ausschließlich von der Militärregierung. An dritter Stelle steht die Tatsache, daß alle Berichte, die im Auftrage des Kriegsministeriums, des Außenministeriums und der ECA verfaßt wurden, unterdrückt worden sind. Der Wolf-Bericht, der Kennan-Bericht und in jüngster Zeit der Bericht des ECA-Humphrey-Komitees sind alle geheimgehalten worden. Sie sind sogar der Presse und den meisten Kongreßmitgliedern vorenthalten worden. (Der Bericht des Humphrey-Komitees wurde erst im April 1949 veröffentlicht, nachdem der Kongreß bereits die verlangten Marshallplan-Zuteilungen bewilligt hatte, ohne daß ihm bekannt war, in welchem Umfang die Demontage für die hohe Besteuerung in Amerika verantwortlich ist.)

Da die Vereinigten Staaten ja eine Demokratie sind, hatten die Deutschen sich vorgestellt, daß alle diese Besuche und Untersuchungen zu einer Unterrichtung des amerikanischen Wählers über die tatsächliche Lage führen würden. Immer und immer wieder wurde ich nach der amerikanischen Reaktion auf die Berichte offizieller Experten befragt, die die Situation so sorgfältig untersucht hatten. Und immer wieder mußte ich antworten, daß niemand den Inhalt dieser Berichte oder ihre Empfehlungen kenne.

Ich hatte in Deutschland meine eigene Methode, um den Din-

gen auf den Grund zu gehen. Zuerst informierte ich mich bei den deutschen Behörden und untersuchte dann an Ort und Stelle, ob deren Angaben auch der Wirklichkeit entsprachen. Dann ersuchte ich die Militärregierung um eine Stellungnahme zu den deutschen Behauptungen und um eine Erklärung für das, was ich gesehen hatte. Diese Methode war anscheinend etwas völlig Neues, und man betrachtete mich wenn nicht mit Argwohn, so doch mindestens als unorthodox in meiner Untersuchungsmethode. Bisher hatten nämlich Journalisten nicht die Gepflogenheit, sich zunächst das anzuhören, was die Deutschen zu sagen hatten — wenn sie es sich überhaupt anhörten. Immerhin fand ich eine große Anzahl von amerikanischen Beamten, denen ebensosehr wie mir daran gelegen war, daß der amerikanischen Öffentlichkeit in bezug auf die Auswirkungen der Demontage die wirklichen Tatsachen vorgelegt werden. Das gilt besonders von den ECA-Behörden, deren Tür, wie die Herren mir sagten, jedem Deutschen offenstand, der ihnen Tatsachen mitzuteilen oder Vorschläge für das europäische Wiederaufbauprogramm zu machen hatte. So wußte ich also, daß ich nicht allein dastand mit meinem Wunsch, der „Zerstörung auf unsere Kosten", wie der frühere Präsident Hoover es genannt hat, ein Ende zu bereiten, wenn ich den Deutschen in der englischen, amerikanischen und französischen Zone den Rat gab, die Vertreter von ECA in Frankfurt aufzusuchen und vor ihnen die Tatsachen auszubreiten, die sich auf unsere Verzögerung des europäischen Wiederaufbaues durch die Demontagen beziehen.

Der Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens, Herr Nölting, erzählte mir, daß die Deutschen den Engländern bei der Aushändigung der Demontageliste im Oktober 1947 gesagt hatten: „Sie können alle verlangten Maschinen haben. Wir bitten Sie nur darum, uns die Entscheidung zu überlassen, von wo die Maschinen herzuholen sind. Wenn Sie uns dies gestatten, können eine Unterbrechung der Produktion und eine Auflösung der ganzen Wirtschaft vermieden werden. Wenn Sie uns die Lieferung der verlangten Fabrikeinrichtungen überlassen,

werden wir auch dafür sorgen können, daß die Last der Reparationen gleichmäßig verteilt wird. Sie werden sicher einsehen, daß es ungerecht wäre, einige Unternehmer und Belegschaften zu ruinieren, während andere unbehelligt davon kommen."

Die Engländer lehnten ab. Dabei hätte die Erfüllung des deutschen Ansuchens viel Zeit und Arbeit gespart und Vertrauen zur demokratischen Gerechtigkeit geschaffen.

Die Engländer bestanden darauf, daß Werke mit einer spezialisierten Produktion demontiert wurden, die nicht von anderen Werken übernommen werden konnten, statt Mehrzweck-Maschinen zu entnehmen. Das hat den Eindruck verstärkt, daß nicht Wiedergutmachung, sondern Ausschaltung der deutschen Konkurrenz ihr Ziel war.

Nachdem die Verkündung des Marshallplans die Deutschen auf ein Ende der Zerstörung der deutschen Industriekapazität hatte hoffen lassen, fand im September 1948 eine Unterredung zwischen Nölting und Brigadegeneral Noel statt, dem Chef der englischen Reparationskommission an der Ruhr. Der deutsche Minister hatte Noel mitgeteilt, daß er das deutsche Ansuchen an Mr. Hoffman weitergeleitet habe, nachdem sich alle Vorstellungen bei den Engländern wegen einer Änderung des Demontageplans als nutzlos erwiesen hatten. General Noel war sehr aufgebracht darüber und erklärte: „Mr. Hoffman ist nur ein Privatmann, soweit es sich um Angelegenheiten der Regierung Sr. Majestät handelt, und das englische Außenministerium wird keine Vorschläge in Erwägung ziehen, die von Privatpersonen vorgelegt werden." Brigadier Noel gab Nölting noch den Rat, sich nicht auf eine „Einmischung" Mr. Hoffmans zu verlassen.

Wie ich von einem Referenten des Ministers erfuhr, wurde Nölting wenige Tage später nach London zitiert. Dort drang man auf ihn ein, keinen allgemeinen Demontagestopp zu verlangen, denn dies würde nicht nur die englische Labourregierung in Verlegenheit bringen, sondern auch einen solchen Sturm der Entrüstung in Frankreich hervorrufen, daß de Gaulle an die Macht kommen könne. Man gab ihm aber die Zusicherung, daß die Engländer mit den deutschen Stellen die Streichung ge-

wisser Werke von der Demontageliste „diskutieren“ würden, falls er mit den Engländern zusammenarbeite.

Diese etwas versöhnlichere Haltung der Engländer führte mein Gewährsmann auf den Druck der ECA zurück. Außerdem hätten die Engländer gewünscht, einen direkten Kontakt zwischen den Deutschen und den amerikanischen ECA-Behörden zu verhindern.

In einem der folgenden Kapitel werde ich noch eingehender schildern, wie die Engländer stets die Tendenz der deutschen Sozialdemokraten ausgenutzt haben, die englische Arbeiterpartei als einen Verbündeten zu betrachten und ihr mehr zu vertrauen als dem „kapitalistischen“ Amerika. Das geradezu rührende Vertrauen der deutschen Sozialisten zur englischen Labourregierung wurde jedoch dadurch auf eine schwere Probe gestellt, daß die Engländer im Sommer und Herbst 1948 die Demontage forcierten, um die amerikanische ECA-Kommission vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Ebenso wie Nölting waren auch andere sozialdemokratische Minister von Nordrhein-Westfalen noch nicht bereit, Journalisten das Geheimnis ihrer Verhandlungen mit der englischen Labourregierung zu enthüllen; einige nachgeordnete Beamte aber waren über den Gegensatz zwischen Erklärungen und Taten der englischen Arbeiterpartei zu sehr empört, als daß sie hätten schweigen können.*)

Es wäre ungerecht, wollte man die Engländer als die Hauptverantwortlichen des Demontageprogramms hinstellen, obwohl sie sich heute ebenso wie die Franzosen der Einstellung der Demontagen widersetzen. Ursprünglich waren es die Vereinigten Staaten, die auf Anweisung Roosevelts den Russen zur Durchführung des Morgenthau-Planes die Hand reichten, der Deutschland in eine „Ziegenweide“ verwandeln sollte. England war 1945 und 1946 die einzige alliierte Macht, die diesem Plan

*) Der Oktoberbericht 1948 der englischen Kontrollkommission für Deutschland beschreibt den „weiteren Fortschritt“ in der Demontage: in diesem Monat wurden 25 Werke vollständig abgebaut. Das ergab für das ganze Jahr eine Gesamtzahl von 216 Werken, während weitere 208 im Abbau begriffen waren. Die Gesamtmenge der bereits aus deutschen Fabriken herausgerissenen Maschinen wurde mit 528 000 Tonnen angegeben, von denen nur 270 000 Tonnen an die Empfängerländer verschickt worden waren.

widersprach. Damals begriffen die Engländer, daß die Zerstörung der deutschen Industrie, Massenarbeitslosigkeit und bittere Not einer „Demokratisierung“ des deutschen Volkes kaum förderlich sein würden, und daß dieses Programm auch gar nicht durchführbar wäre, sobald einmal dem englischen und amerikanischen Volk die daraus folgende Massenhungersnot zum Bewußtsein kommen würde.

Selbst wenn das ganze besetzte Deutschland als Wirtschaftseinheit verwaltet worden wäre, wie es die Sowjetregierung in Potsdam versprochen hatte, wären nach den ursprünglichen Besatzungsanweisungen Millionen Deutsche zum Hungertode verurteilt gewesen. Denn die Wegnahme der deutschen Kornkammer östlich der Oder und Neiße durch Polen und Russen beraubte Deutschland nicht nur eines Viertels seines Ackerlandes, sondern trieb auch die Millionen Deutsche, die jahrhundertelang in diesen Gebieten gelebt hatten, in das verstümmelte Reich.

Auch wenn die Sowjetregierung nicht sofort die Lebensmittellieferungen aus der Sowjetzone in die Westzonen unterbunden hätte, so hätte trotzdem für die Westdeutschen keine Möglichkeit bestanden, genug Lebensmittel zu bekommen, um unter dem Morgenthau-Plan am Leben zu bleiben, der übrigens auch die Abtrennung der Saar, der Ruhr und einiger Gebietsstreifen an der holländischen und belgischen Grenze vorsah. Man kann daher ohne Übertreibung sagen, daß im Vergleich zum Morgenthau-Plan selbst die Nazis als verhältnismäßig humane Eroberer dagestanden hätten. Die Empfehlungen des Morgenthau-Planes, daß die Deutschen auf ihrem bereits übervölkertem Boden als sich selbst versorgende Bauern leben sollten, sind ein getarntes Völkermordprogramm, wie sich aus der Tatsache ergibt, daß der Hektarertrag in Westdeutschland bereits 50 Prozent höher ist als in den Vereinigten Staaten. Es ist ganz klar, daß für eine größere als die jetzige Landbevölkerung in Deutschland kein Raum vorhanden ist.

Die amerikanischen Soldaten waren zu menschlich, um zusehen zu können, wie das besiegte Feindesvolk in Massen vor

ihren Augen verhungerte. Abgesehen davon, erkannte man sogar in Washington, daß Gesundheit und Sicherheit der Amerikaner durch weit verbreitete „Seuchen und Unruhen" gefährdet werden würden. So schafften die Vereinigten Staaten fast von Anfang an Lebensmittel nach Deutschland, um Mindestrationen sicherzustellen, die gerade ausreichten, das Leben zu erhalten und zu verhindern, daß die Menschen auf der Straße vor Hunger tot umfielen.

Trotz dieser Verhältnisse wurde 1946 zusammen mit den Russen ein Industrieplan ausgearbeitet, dessen Durchführung den Deutschen jede Möglichkeit genommen haben würde, genug zu ihrem Unterhalt zu erzeugen; Millionen wären zu Bettlern geworden.

Dies wurde denn auch von General Draper und seinen Sachverständigen bei der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung erkannt. Im Potsdamer Abkommen mit Sowjetrußland war festgelegt worden, daß der deutsche Lebensstandard nicht höher sein solle, als der Durchschnittsstandard anderer europäischer Länder mit Ausnahme von England und der Sowjetunion. In der von Draper verfaßten Denkschrift wird festgestellt, daß „nach den vorhandenen Unterlagen der deutsche Lebensstandard 1932 etwa dem Durchschnittsstandard des übrigen Europa 1930/38 entsprach". Aus diesem Grunde könnten die Ziffern für den Verbrauch in Deutschland 1932 an zweiter Stelle zum Vergleich und als Anhalt herangezogen werden.

Nun war aber 1932 das schlimmste Krisenjahr in Deutschland: damals zählte man sechs Millionen Arbeitslose. Es war also im Jahre 1946 das erklärte Ziel der Vereinigten Staaten, in Deutschland die gleichen Bedingungen wiederherzustellen, die Hitler zur Macht gebracht hatten. Da der damals entworfene Industrieplan in Wirklichkeit aber Millionen Deutsche in eine weit größere Not versetzt haben würde, als sie 1932 bestand, war logischerweise als Ergebnis nur ein künftiger größerer und schlimmerer Hitler zu erwarten — mit einem Wort: ein deutscher Stalin.

Man braucht auf die Einzelheiten dieses Planes nicht einzugehen, da er auf der fiktiven Annahme beruhte, daß die vier Zonen Deutschlands als Wirtschaftseinheit verwaltet werden würden, und da das darin vorgesehene Programm einer riesigen Zerstörung und des Abtransportes deutscher Industrieanlagen abgeändert wurde, nachdem sich herausstellte, daß die Russen ihre Zone als rein russisches Reservat behandelten.

1947 wurde von den englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden ein Revidierter Industrieplan ausgearbeitet, der davon ausging, daß Westdeutschland ohne die Lieferungen der Ostzone und der früheren deutschen Gebiete östlich der Oder existieren müsse. Auf der Grundlage dieses Planes wurde eine Liste derjenigen Fabriken aufgestellt und im Oktober 1947 veröffentlicht, die man als „überzählig" zur Bedarfsdeckung im Rahmen der den Deutschen von ihren Eroberern gestatteten Lebensführung betrachtete.

Schon eine flüchtige Prüfung des Revidierten Planes zeigt eindeutig, daß die darin zugestandene Produktionskapazität keinesfalls ausreicht, um Westdeutschland wieder auf die Füße kommen zu lassen, selbst wenn die deutschen Rationen auf unbegrenzte Zeit beibehalten würden, die der führende ECA-Vertreter in Deutschland als „unternormal in Kalorien und Eiweiß" bezeichnete.

Westdeutschland hat mit 45 Millionen Einwohnern mehr als die Hälfte der Bevölkerung des früheren Reichsgebietes, aber weniger als die Hälfte des Ackerbodens; die Steinkohlenförderung erreicht drei Viertel, die Braunkohlenförderung etwa ein Drittel des alten Reiches.

Nach der Aussage, die Mr. N. H. Collisson, der stellvertretende Chef der ECA-Kommission in der Doppelzone, im Februar 1949 vor dem amerikanischen Kongreß abgab, kann Westdeutschland niemals mehr als 50 Prozent der Lebensmittel erzeugen, die es zu einer ausreichenden Ernährung der nichtbäuerlichen Bevölkerung benötigt. Die andere Hälfte muß deshalb eingeführt werden, und dies wiederum ist nur möglich, wenn Deutschland „seine Industrie so wieder aufbaut, daß sie

billig und leistungsfähig produzieren und auf dem Weltmarkt konkurrieren kann."*)

Mr. Collisson betonte, daß die Erzeugung je Hektar in Deutschland bereits 50 Prozent höher ist als in den Vereinigten Staaten, so daß keine oder nur eine geringe Möglichkeit zu einer Ertragssteigerung besteht. Er wies weiter darauf hin, daß selbst die reiche Ernte von 1948 die Tagesrationen der nichtbäuerlichen Bevölkerung nur auf 2400 Kalorien erhöhte.

Mr. Collisson erklärte weiter, daß selbst unter Beibehaltung der „unternormalen" Rationen in Westdeutschland und erzwungenem Verzicht auf die „verzweifelt benötigten Gebrauchsgüter" und angemessene Wohnungen Westdeutschland Lebensmittel und Rohstoffe im Werte von 2,8 Mrd. Dollar einführen und Fertigwaren und Kohle im entsprechenden Wert ausführen müsse.

Im Gegensatz zu diesen ECA-Schätzungen sieht der Revidierte Industrieplan von 1947 lediglich Exporte im Betrage von 2 Mrd. DM zur Bezahlung der unentbehrlichen Einfuhr von Lebensmitteln, Kunstdünger und Rohstoffen vor. Selbst diese Ziffer aber, die, wie gesagt unter den ECA-Schätzungen liegt, erfordert eine 15prozentige Steigerung des Exportes von 1936.

Die Verfasser des Revidierten Industrieplanes haben selbst anerkannt, daß diese Schätzung wahrscheinlich zu niedrig ist, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, irgendwo in der Welt derartige Mengen von Konsumgütern abzusetzen. Sie bezeichneten eine Einfuhr in Höhe von 2 Mrd. Dollar als „Mindesterfordernis" und fügten hinzu: „Da der Handel zwischen der Doppelzone und dem übrigen Deutschland sehr viel unsicherer ist als der frühere deutsche Binnenhandel, wird sich ein noch größerer Außenhandel als notwendig erweisen."

Mit anderen Worten, die amerikanischen Behörden haben

---

*) In einer Broschüre „Gibt es noch eine Chance für Deutschland?" (Is there still a chance for Germany? Hinsdale, Ill., Henry Regnery Company, 1948) erklärt Karl Brandt, Professor für Agrarwissenschaft (Food Research Institute Stanford University) und eine international anerkannte Autorität auf diesem Gebiet, daß „ein Zweifel gerechtfertigt ist, ob Westdeutschland in seiner gegenwärtigen Gestalt jemals den Grad von Produktivität erreichen kann, der ihm die Bezahlung seiner Lebensmitteleinfuhren gestattet" (S. 14). Brandt steht mit dieser Meinung nicht allein da; sie wird von anderen kompetenten Sachverständigen geteilt. Sie wird aber in der gesamten öffentlichen Diskussion, sei sie amtlicher oder nichtamtlicher Natur, geflissentlich übergangen, weil damit, d. h. wenn die These richtig ist, sämtlichen politischen Maßnahmen der Alliierten seit Potsdam der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

noch 1947 bei der Entscheidung über den Umfang des der deutschen Wirtschaft zu entreißenden Maschinenparks nicht die Tatsache, daß die Sowjetzone vom übrigen Deutschland völlig abgeschnitten ist, zur Grundlage ihrer Berechnungen gemacht.

Selbst wenn man annimmt, daß der zur Mindestbedarfsdekkung Westdeutschlands erforderliche Außenhandelsumfang mit 2 Milliarden Dollar richtig geschätzt ist, so macht der Revidierte Industrieplan auch einen solchen Export einfach unmöglich, denn er begrenzt die deutsche Stahlproduktion in drastischer Weise. Es ist also ausgeschlossen, daß Westdeutschland in großem Umfang Maschinen und Baustähle ausführt, die auf dem Weltmarkt so dringend gesucht werden, und die den größten Posten der deutschen Vorkriegsausfuhr darstellten. Statt dessen stellt man sich ein Deutschland vor, das unbegrenzte Ausfuhrmöglichkeiten für Textilien, Keramik und andere Erzeugnisse der Leichtindustrie habe. Die Schwierigkeit, Märkte für die geplante außerordentlich zu erhöhende Verbrauchsgüterausfuhr zu finden, werden zwar erkannt, aber nicht berücksichtigt. So heißt es in der Einleitung zum Revidierten Industrieplan:

„Vor dem Kriege machten Erzeugnisse der Schwerindustrie, Maschinen und Chemikalien zwei Drittel des Gesamtexportes aus. Die Erzeugung von Textilien, Keramik und Verbrauchsgütern kann erhöht werden: es ist aber schwierig, im voraus den Umfang zu bestimmen, in dem zusätzliche Mengen dieser Güter über den Vorkriegsexport hinaus auf den Weltmärkten abzusetzen sein werden. Die Ausfuhr der Erzeugnisse der nichtbeschränkten deutschen Industrien müßte um ungefähr 90 Prozent gesteigert werden, wenn die erforderliche Ausfuhrerhöhung gänzlich von diesen Industrien bestritten werden soll, was offenbar undurchführbar ist. Deshalb muß auch die Ausfuhr von Erzeugnissen der beschränkten Industrien größer sein als vor dem Kriege.“

Damit haben die Verfasser des Planes sich selbst den Boden unter den Füßen weggezogen, was sie aber nicht hindert, im Folgenden die Kürzungen der Produktionskapazität der deutschen Stahl-, Maschinenbau-, Elektro- und chemischen Industrie

sowie anderer lebenswichtiger Zweige einer modernen Wirtschaft anzugeben. Es wird auch ausdrücklich erklärt, daß der Plan keine Vorkehrungen für eine Rückzahlung der von den Besatzungsmächten gewährten Vorschüsse für die Einfuhr von Lebensmitteln, Saatgut und Kunstdünger enthält. Den Reparationen wird also ein Vorrang vor Deutschlands Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten eingeräumt.

Der Revidierte Industrieplan setzte die westdeutsche Stahlproduktion auf 10,7 Mill. Tonnen im Jahr fest; 1936 betrug die Produktion 17,5 Mill. Tonnen, und bei Kriegsende hatte die Stahlkapazität nach amerikanischen Schätzungen 19,2 Mill. Tonnen erreicht. Von deutscher Seite wird geltend gemacht, daß letztere Zahl die Bombenschäden nicht genügend berücksichtigt, und daß daher nach Abbau einer Kapazität von 6,5 Mill. Tonnen die 10,7-Mill.-Tonnen-Grenze des Planes in Wirklichkeit nicht erreicht werden würde.

Welche Ziffer man auch als richtig ansieht, soviel steht fest, daß die vorgesehenen Demontagen Westdeutschland jeder Möglichkeit einer Selbstversorgung berauben. Nach diesem Plan soll Deutschland viel weniger produzieren als vor dem Kriege, aber mehr exportieren. Ein Wiederaufbau der bombenzerstörten Städte und Brücken, die Wiederherstellung der Eisenbahn und ihres rollenden Materials, der Ersatz der von Russen, Polen und Franzosen „erbeuteten" Lokomotiven und Güterwagen bleiben völlig außer Ansatz. Ebensowenig ist berücksichtigt, daß Millionen von Ostvertriebenen Wohnungen bekommen müssen, daß unzählige Schwerbeschädigte — Männer, Frauen und Kinder — unterstützt werden und viele Kriegsgefangene in Krankenhäusern untergebracht werden müssen. die aus Rußland, Frankreich und Jugoslawien erst in die Heimat entlassen worden waren, nachdem sie zu krank und schwach geworden waren, um länger als Sklavenarbeiter ausgenutzt werden zu können.

Ebenso wie der alte sieht auch der Revidierte Industrieplan selbst theoretisch nur ein deutsches Volkseinkommen entsprechend dem Tiefstand der Krisenjahre mit ihren sechs Millionen Arbeitslosen vor. Es wird ausdrücklich erklärt, daß die

Produktionskapazität je Kopf der Bevölkerung auf 75 Prozent des Standes von 1936 herabgesetzt werden soll, was genau dem Stand von 1932 entspricht. Praktisch würde damit sogar das Einkommen je Kopf noch tiefer herabgedrückt werden, denn der Plan unterschätzt den gegenwärtigen und den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs in den Westzonen ganz beträchtlich. Aus Schlesien, dem Sudetenland und anderen Teilen Osteuropas sind ungefähr 12 Millionen Deutsche vertrieben worden. Schätzungsweise sind etwa 3 Millionen verhungert oder den Anstrengungen erlegen; einige sind auch in der Sowjetzone. Diese Verringerung in der Zahl derjenigen, die in Westdeutschland versorgt werden müssen, wird aber durch den beständigen und steigenden Zustrom von Flüchtlingen aus der Ostzone und den Ländern unter kommunistischer Diktatur ausgeglichen. Diese Flüchtlinge gehören vielen Nationalitäten an; es sind sogar Russen darunter. In der Mehrzahl werden sie aber nicht in die DP-Lager aufgenommen, sondern müssen von der deutschen Wirtschaft mitversorgt werden. (Siehe Kapitel VII.)

Wenn man alle diese Faktoren in Betracht zieht, so ergibt sich nach dem Revidierten Industrieplan eine Verschlechterung des Lebensstandards Westdeutschlands auf etwa 50 Prozent des Vorkriegsniveaus. Ohne amerikanische Hilfe muß der Lebensstandard sogar noch unzureichender sein, als er es jetzt ist.

Da der Revidierte Industrieplan nur auf einen deutschen Mindestbedarf zugeschnitten wurde, ist er auch mit dem Marshall-Plan unvereinbar, der einen Beitrag der deutschen Industrie und Tüchtigkeit zum Wiederaufbau Europas in Rechnung stellt. Allein die Begrenzung der deutschen Stahlproduktion macht jeden solchen Beitrag zur Wiederherstellung und Verteidigung Westeuropas unmöglich.

Der Londoner Economist hat in seiner Nummer vom 6. August 1946 ausgeführt, daß Deutschland vor dem Kriege allein 5 Millionen Tonnen Stahl zur Herstellung von Friedensbedarfsartikeln, wie Nägeln, Blechen, Messern, Scheren usw., Öfen, Röhren, Werkzeugen und Haushaltgeräten, verbrauchte. Selbst im letzten Kriegsjahr wurden 40 Prozent der Stahlerzeugung

Großdeutschlands (8—9 Mill. Tonnen von 22—24 Mill. Tonnen nach den Ziffern des Economist) für derartige Zwecke verwandt.

Deutsche Wirtschaftler schätzen, daß Westdeutschland in den nächsten fünf Jahren selbst bei einem sehr niedrigen Lebensstandard nicht nur 10,7, sondern mindestens 14 Mill. Tonnen Rohstahl im Jahre zur Deckung des Inlandsbedarfs benötigt. Niemand, der die Kriegszerstörungen in allen Westzonen gesehen hat, wird diese Angaben bestreiten. Fast jede Stadt, ob groß oder klein, liegt in Trümmern. Da Engländer und Franzosen gewaltige Mengen von Bauholz aus den deutschen Wäldern weggeschleppt haben, ist beim Wiederaufbau der Bedarf an Metall als Ersatz für Holz noch größer. Und doch wird Deutschlands Baustahlproduktion um 40 Prozent verringert.

Die Stahlzuteilungen zum Unterhalt der Straßen und zur Reparatur der Rheinbrücken allein erreichten im ersten Halbjahr 1948 8000 Tonnen. Der künftige Bedarf wird für die nächsten 7 Jahre auf jährlich 40 000 Tonnen veranschlagt. Die Wiederherstellung des Eisenbahnunterbaues erfordert auf Jahre hinaus jährlich 150 000 Tonnen.

Für jeden, den Rachegelüste nicht blind gemacht haben, ist es klar, daß Westdeutschland sich niemals selbst erhalten kann, wenn ihm nicht gestattet wird, für seinen eigenen Bedarf und für einen vergrößerten Maschinenexport mindestens so viel Stahl zu erzeugen wie vor dem Kriege. Das hat Mr. Collisson ganz klar vor dem amerikanischen Kongreß ausgesprochen:

„Die Industrie Westdeutschlands braucht Stahl für die Herstellung von Maschinen, Apparaten und Präzisionsinstrumenten, die den Kern seines Außenhandels bilden. In diesen Fertigwaren stecken die Erfahrung und das handwerkliche Können, die ihren eigentlichen Wert ausmachen.“

Deutschland verfügt, abgesehen von der Kohle, praktisch über keine Rohstoffe. Sein „Reichtum“ liegt in der Geschicklichkeit und dem Fleiß seiner Arbeiter. Solange es ihm verwehrt ist, beides zum eigenen und zum Nutzen Europas zu verwerten, kann es seine Bevölkerung nicht erhalten. Gleichzeitig braucht Europa aber mehr als dringend deutsche Maschinen.

Macht nichts — 94 Eisen- und Stahlwerke standen auf der Demontageliste, die den Deutschen im Oktober 1947 ausgehändigt wurde. Darunter befanden sich die modernsten und leistungsfähigsten Betriebe.

Jeder amerikanische Stahlfachmann wird bestätigen, daß man einen Hochofen, einen Siemens-Martin-Ofen oder einen Glühofen nicht verpflanzen kann; man kann sie nur zerstören. Ein „demontiertes" Eisen- und Stahlwerk ergibt also einen Reparationswert von höchstens 20—25 Prozent seiner früheren Produktionsmöglichkeit. Deutschlands Einbuße an Stahlkapazität stellt für die europäische Wirtschaft einen bleibenden Verlust dar.

Man hat der amerikanischen Öffentlichkeit nicht gestattet, den Wolf-Bericht über die deutsche Eisen- und Stahlindustrie kennenzulernen. Es blieb allerdings kein Geheimnis, daß Mr. Wolf darin ausführt, auch die vom Revidierten Industrieplan zugelassenen 10,7 Mill. Tonnen Rohstahl seien wertlos, wenn nicht die notwendigen Walzwerke zur Weiterverarbeitung unter niedrigen Arbeits- und Materialkosten in Deutschland verblieben, was durch ihre vorgesehene Demontage unmöglich gemacht werde.

Etwa 80 Prozent der deutschen Stahlproduktion besteht aus Walzwerkserzeugnissen. Wird die Demontage der Walzwerke durchgeführt, so wird nach Angaben der deutschen Verwaltung für Wirtschaft die Produktionskapazität weit unter der genehmigten 10.7-Mill.-Tonnen-Grenze und nahe bei der 6-Mill.-Tonnen-Grenze liegen, auf der die Russen 1946 bestanden.

Nicht einmal die Vereinigten Staaten sind in der Lage, den Inlandsbedarf an Blechen und Bandeisen zu decken; woher soll dann Europa dieses unentbehrliche Halbzeug beziehen, wenn die Engländer an der Durchführung der vorgesehenen Demontagen im Ruhrgebiet festhalten? Auch Mr. Collisson hat in seiner Aussage vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß erklärt, daß „der kritische Stahlmangel in der Welt von heute die größtmögliche Ausnützung der in Deutschland verbleibenden Kapazität verlangt."

Das Herter-Komitee hat in seinem Bericht dargelegt, daß

die Vereinigten Staaten bis 1951 nicht in der Lage sein werden, den Bedarf des Inlands, Europas und des Nahen Ostens an gewalzten Röhren großen Durchmessers zu befriedigen. Trotzdem baut man in Deutschland 46 Prozent der für die Herstellung geschweißter Röhren vorhandenen Kapazität ab, und die Produktionsanlagen für Röhren großen Durchmessers sind völlig zerstört worden. Zehn Prozent der deutschen Walzwerkserzeugnisse bestehen aus Stahldraht. Man hätte also eine Produktionskapazität von 800 000 Tonnen bestehen lassen müssen, der vorgesehene Abbau verringert sie aber auf nur 530 000 Tonnen.

Bei meinem Aufenthalt im Ruhrgebiet lernte ich auch verstehen, daß die Art und Weise der Demontage Deutschlands Produktionskosten, den Kohleverbrauch und die Transportspesen erheblich steigert. Da die Engländer hauptsächlich darauf bedacht sind, die deutsche Konkurrenz zu treffen, verstümmeln sie eine große Zahl von Werken, statt einige wenige vollständig abzubauen. Auf diese Weise erhöhen sie die deutschen Produktionskosten über die Wettbewerbsfähigkeit hinaus, während sie gleichzeitig den Anschein erwecken, als seien die Reparationsentnahmen verhältnismäßig gering.

In einem modernen Werk vollzieht sich der gesamte Prozeß der Erzverhüttung im Hochofen, der Stahlgewinnung aus Eisen oder Schrott im Konverter und der Verarbeitung des rotglühenden Stahls zu Barren, Platten, Draht oder Röhren in einem geschlossenen Arbeitsvorgang. Damit werden Brennstoff, Strom und Transport gespart. Die Engländer im Ruhrgebiet zerreißen diesen Prozeß, indem sie einzelne Teile der Werksanlagen entfernen: aus dem einen Werk die Walzstraße, aus dem anderen die Schmiedepresse, und in einem dritten zerstören sie die Öfen. So kann in dem einen Hüttenwerk der benötigte Stahl nicht mehr auf dem Werksgelände hergestellt werden, im anderen kann er nicht gewalzt oder gepreßt, sondern muß zur Weiterverarbeitung abtransportiert werden.

Ich habe mit eigenen Augen gesehen, daß z. B. beim Dortmund-Hoerder Hüttenverein die gewaltige 5,0-m-Grobblechstraße, die die einzige Anlage ihrer Art in Europa ist und eine

jährliche Produktionskapazität von 200 000 Tonnen Walzstahl hat, auf englischen Befehl stillgelegt war. Sie hatte etwa 7000 Tonnen monatlich produziert, bevor die Engländer im Herbst 1948 den Abbau befahlen. Früher wurde in diesem Hüttenwerk der Stahl sofort weiterverarbeitet, heute muß man den größten Teil abkühlen lassen, um ihn transportieren und an anderer Stelle verarbeiten zu können, wodurch Kohleverbrauch und Transportkosten beträchtlich steigen. Besonders die Transportkosten waren hoch, da keine Wasserstraßen zur Verfügung stehen und sich keine anderen Walzwerke in der Nähe befinden.

Aber es hat damit nicht sein Bewenden, daß das Hoerder Hüttenwerk nicht mehr rentabel arbeiten kann. Holländer, Schweden und Norweger hatten im Ruhrgebiet 200 000 Tonnen Schiffsbleche in Auftrag gegeben, die England und Frankreich nicht liefern konnten: der Abbau der Hoerder 5,0-m-Grobblechstraße verhinderte Deutschland an der Übernahme der Aufträge. Und es gibt kein anderes Walzwerk in Europa, das so große Platten herstellt. Es bestehen zwar noch zwei deutsche Werke, die 3,5 m und 4,0 m breite Grobbleche walzen, aber ihre Kapazität reicht nicht aus, um die ausländischen Schiffbaumaterialaufträge auszuführen und daneben ihren inländischen Lieferungsverpflichtungen nachzukommen, da in Deutschland selbst der Bedarf an breiten Grobblechen sehr groß ist. Das Hoerder Hüttenwerk hatte z.B. die Bleche für die Wiederherstellung der im Herbst 1948 wieder dem Verkehr übergebenen Kölner Rheinbrücke hergestellt, und es gab noch viele andere zerstörte Brücken in Deutschland, die auf Wiederaufbau warteten.

Im Februar 1949 wurde im Anschluß an die Washingtoner Besprechungen des norwegischen Außenministers über den Beitritt seines Landes zum Atlantikpakt in der Presse berichtet, daß die Vereinigten Staaten die Lieferung von Stahlplatten zum Wiederaufbau der norwegischen Handelsmarine versprochen hatten — wahrscheinlich an Stelle der deutschen, deren Bezug man den Norwegern verwehrt hatte.

Die Deutschen hatten sich erboten, an Stelle des Hoerder Walzwerkes ein neues zu liefern. Die einzelnen Teile waren

bereits halb fertig und hätten in neun Monaten ganz fertig sein können, während drei Jahre nötig sind, um das alte Walzwerk abzubauen, zu verpacken und zu transportieren, falls sich dies überhaupt durchführen läßt, was angesichts des riesigen Umfanges und Gewichts sehr unwahrscheinlich ist. Trotzdem hat das englische Reparationsbüro in Düsseldorf das Anerbieten zurückgewiesen.

Gerade während meines Besuches im Hoerder Werk war es den Arbeitern gelungen, die Demontage durch Aufstellen einer Postenkette zu verhindern; sie ließen die Demontagearbeiter nicht auf das Werksgelände. Das gigantische Walzwerk stand still, denn sein Betrieb war ja verboten, und niemand wußte, ob die Engländer Soldaten gegen die Arbeiter aufmarschieren und DPs zur Zerstörung des Walzwerkes einsetzen würden, falls deutsche Arbeiter einen solchen Auftrag ablehnten.

Die Arbeiter hatten Plakate angeschlagen, auf denen stand: „Hände weg! Ihr nehmt 8000 Arbeitern und ihren Familien den Lebensunterhalt." — „Marshallplan: Wiederaufbau oder Zerstörung?" — „Laßt uns arbeiten! Wir wollen beim Wiederaufbau Europas mithelfen."

Ich verbrachte mehrere Stunden im Werk. Ausgemergelte, unterernährte deutsche Arbeiter ließen ihre mühsame Arbeit am Schmelzofen für einen Moment stehen, um mich zu fragen, ob es denn keine Hoffnung gebe, daß Amerika eingreife, um die Zerstörung ihres Lebensunterhaltes zu verhindern. Ich sprach ihnen Mut zu, so gut ich es vermochte, und sagte ihnen, sicher werde das amerikanische Volk mit der Zeit der sinnlosen und grausamen Zerstörung der industriellen Kapazität Deutschlands Einhalt gebieten. Aber ich wollte ihnen auch keine falschen Hoffnungen machen und fügte deshalb hinzu, daß Amerikas Erwachen wohl kaum rechtzeitig genug erfolgen werde, um ihnen ihre Arbeitsplätze zu retten.

Als ich Anfang 1949 dieses Buch schrieb, erhielt ich einen Brief von Herrn Wilms, dem leitenden Ingenieur der 5,0-m-Walzstraße. Er wollte mir mitteilen, daß die Engländer nach Einstellung der Demontage gemäß ihren der ECA gegebenen Versprechungen die Drehvorrichtung und die Schleifmühle ab-

gebaut und nach England verfrachtet hatten, ohne die das Walzwerk nicht arbeiten kann. Er fügte hinzu:

„Zur Feier des Besuches am 11. November 1948 von Mr. King (Beauftragter der Wolf-Kommission) war die erste Bearbeitungsmaschine in ihrer ganzen großen Länge von dem Fundament gerissen worden. Jetzt, zur Feier des Weihnachtsfestes sind am Tage vor Heiligabend beide Maschinen von Hamburg nach England versandt. Dazu will in England keiner die Maschinen so richtig haben. Einer, Brit. Thomson Housten in Rugby, hat sie ganz abgelehnt und Francis Shaw in Manchester nimmt sie nur auf gutes Zureden.

Hier im Lande ist die Ansicht, daß die Einsicht der Amerikaner in Sachen Europa-Aufbau und Anti-Demontage sich durchsetzen würde, stark im Schwinden begriffen. Ich selbst hoffe das Beste, rechne aber mit dem Schlimmsten. Wissen Sie keinen guten Rat? Jetzt, wo die ratio der Männer durch dies und das gehandicapt ist, kommt vielleicht das, was das Gefühl einer Frau rät, noch besser zur Geltung.“ (Originaltext.)

Zum Unglück für die Hoerder Arbeiter hat die ECA-Kommission den Engländern nachgegeben, die wahrscheinlich den Wiederaufbau der holländischen und norwegischen Handelsmarine zu behindern wünschen. Und so wird das riesige Walzwerk jetzt abgerissen.

In Dortmund habe ich auch die Werksanlagen der Dortmunder Union besucht, die nach der „Entflechtung“ von ihren Zechen, Zulieferern und Abnehmern abgeschnitten ist. Auch hier ergab sich, daß nicht das ganze Werk demontiert wurde, daß aber Vorkehrungen getroffen waren, damit ja nicht der Gußstahl auf dem Werksgelände in warmem Zustand weiterverarbeitet werden konnte. Eine gewaltige Presse, die für einen Abtransport viel zu groß war, aber trotzdem auf der Demontageliste stand, wurde gerade zerstört. Die dazu gehörigen Öfen waren bereits abgerissen; von der Presse wird wohl nichts anderes übrig bleiben als Schrott. Sie war hier an Ort und Stelle errichtet worden und war die größte in Europa. Zwei weitere Pressen und vier Dampfhämmer waren bereits abgebaut und 29 Öfen zerstört worden. Ein Kran mit einer

Tragfähigkeit von 250 Tonnen war ebenfalls bereits abgerissen und fünf kleinere Kräne hatte man fortgeschafft.

Das Werk hatte früher in der jetzt zur Demontage gekommenen Betriebsabteilung Schmiedestücke, wie z. B. Kurbelwellen und andere größere Stücke, bis zu den größten Abmessungen für den Bergbau, Schiffbau und den Maschinenbau sowie für die Elektroindustrie hergestellt, deren Anfertigung ohne die zerstörten oder abgebauten Pressen unmöglich ist.

Der Wert der Jahresproduktion in dieser Abteilung belief sich vor der Demontage auf etwa 25 Mill. Mark. Der Restwert, wie er auf dem Demontagekonto erscheint, ist nur ein geringer Bruchteil dieser Summe. Im übrigen kann die große Presse nur unter Aufwendung ganz besonderer Kosten und unter den größten Schwierigkeiten wieder ersetzt werden, weil die gesamten Anlagen der Firma Wagner & Co., die mit der Dortmunder Union verbunden ist und s. Z. die große Presse hergestellt hat, schon seit langem demontiert und nach Indien verschickt wurden.

Die Deutschen hatten statt dessen die Lieferung neuer Maschinen an Indien angeboten, und die Inder hätten auch nach ihren Angaben gebaute Maschinen vorgezogen; aber die Engländer bestanden auf der Demontage der Wagner-Werke. Man kann nur annehmen, daß es vom englischen Standpunkt aus gesehen besser ist, daß die Inder Maschinen erhalten, mit denen sie nichts anfangen können, statt solche, mit denen sie der englischen Industrie Konkurrenz machen können. So wurden mit der Demontage gleichzeitig die deutsche Konkurrenz ausgeschaltet und das Aufkommen neuer, leistungsfähiger Konkurrenten verhindert.

Nach der Demontage der Wagner-Werke hatte die Firma mit den Engländern ein Abkommen über den Einsatz ihrer Belegschaft bei anderen Demontagevorhaben geschlossen. Angesichts der steigenden deutschen Empörung über die Zerstörung der deutschen Aktiva und des Widerstrebens der deutschen Arbeiter, Maschinen abzubauen, von denen der Lebensunterhalt ihrer Gewerkschaftskameraden abhing, hatte die Geschäftsleitung der Wagner-Werke im Oktober 1948 eine Erneuerung des Vertrages verweigert, an dem die Schmach

haftete, die alle Deutschen trifft, die den Engländern bei der Zerstörung der deutschen Produktionskapazität helfen. Bei dieser Gelegenheit gaben die Engländer — zur Zeit meines Besuches in Dortmund — bekannt, daß auch die leeren Hallen der Wagner-Werke abgerissen werden sollten, die bisher verschont geblieben und als Lagerraum für die aus anderen Fabriken in der Stadt herausgerissenen Maschinen gedient hatten.

Die sogenannten Industriekapitäne, mit denen ich in Dortmund zusammenkam, beurteilten den Revidierten Industrieplan mit seiner Begrenzung der künftigen deutschen Produktion noch negativer als selbst die Demontage, so kostspielig diese auch war. Der gleichen Meinung waren die Gewerkschaftsvertreter, mit denen ich im Ruhrgebiet sprach. Betriebsführer und Arbeiter waren zwar alle erbittert über die Fortführung der sinnlosen Zerstörung von Maschinen, aber sie vertrauten auf die deutsche Fähigkeit, den Schaden wiedergutzumachen, wenn ihnen nur zu arbeiten gestattet würde. Das war ja gerade das besonders Schreckliche an der alliierten Besatzungspolitik, daß sie dem Eifer, der Erfindungsgabe und dem Arbeitswillen des Menschen Schranken setzte.

Die deutsche Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie war früher am stärksten und wirtschaftlichsten in ganz Europa miteinander verbunden. Die Konzerne verwandten die an Ort und Stelle geförderte Kohle, um Stahl herzustellen, der — noch rotglühend — sofort zu Blechen oder Bändern ausgewalzt oder durch die Pressen geformt wurde. Vielfach wurde die gesamte Produktion vom Hochofen bis zum Endprodukt, z. B. Röhren und Draht, auf dem gleichen Werksgelände durchgeführt, was Bearbeitungs- und Transportkosten auf ein Minimum herabsetzte.

Demontage im Verein mit der sogenannten Entflechtung beseitigt diese Wirtschaftlichkeit und führt den deutschen Bergbau und die Schwerindustrie auf den Leistungsstand des 19. Jahrhunderts zurück.

Die „Entflechtung“ war den Amerikanern im Anfang unter falschen Angaben plausibel gemacht worden. Man hatte die Dinge so dargestellt, als handele es sich um eine Methode zur

Beseitigung der „Monopole“ und der Hindernisse eines freien Unternehmertums. Tatsächlich aber wurde die Entflechtung unter dem Einfluß der kommunistischen Mitläufer, die in Schlüsselstellungen der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung saßen, ein Instrument zur Untergrabung des kapitalistischen Systems. „Operation Severance“ (Auflösung), wie man zuerst sagte, begrenzte zunächst die Zahl der Betriebsangehörigen eines deutschen Werkes auf höchstens 1000. Später wurde die Zahl auf 10 000 erhöht, aber auch damit wurde der wirtschaftliche und leistungsfähige vertikale Aufbau der deutschen Montanindustrie zerstört.

Kommunistische Parteianhänger und Morgenthau-Jünger erfreuen sich nicht mehr ihres früheren beherrschenden Einflusses innerhalb der amerikanischen Militärregierung. Viele von ihnen wurden nach Hause geschickt, und wer blieb, tarnte sorgfältig seine wirklichen Absichten. Keinesfalls sind sie alle ausgeschaltet; sie üben vielmehr unter der Decke noch immer einen beträchtlichen Einfluß aus. Sie brauchen ja nur die Briten für sich arbeiten zu lassen. Zwar haben sich die Engländer nie die wahnwitzigen Ideen des Morgenthau-Planes zu eigen gemacht oder ihre Politik von kommunistischen Parteigängern leiten lassen. Aber sie bedienten sich des Entflechtungsprogrammes, um die deutsche Produktionskapazität herabzusetzen und ihre Gestehungskosten zum Vorteil der englischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu erhöhen.

Ein hervorragendes Beispiel für die Demontage eines Ruhr-Musterbetriebes ist die August-Thyssen-Hütte. Dieses Werk war die leistungsfähigste Hütte ganz Europas. Sie erzeugte früher 1 250 000 Tonnen Rohstahl, die an Ort und Stelle zu hochwertigen Stählen für Dynamos, Transformatoren und Brücken sowie zu hitze- und säurebeständigem Stahl verarbeitet wurden.*)

Am Wasser gelegen, verfügte die Hütte über eigene Kais zum Abtransport von Kohle und Erz und Abtransport der

*) Diese Angaben sind nicht ganz exakt. Die August-Thyssen-Hütte erzeugte im Jahr 2,2 Mill. Tonnen Rohstahl und erreichte 1938 mit 2 332 000 Tonnen den Höchststand. Davon ist aber nur ein kleiner, wenn auch volkswirtschaftlich bedeutsamer Teil — ca. 16 000 Tonnen — zu Transformatorenblechen verarbeitet worden, wie dem Übers. freundlicherweise von der August-Thyssen-Hütte mitgeteilt wurde.

Fertigware. Die Thyssen-Hütte stellte früher die Hälfte aller in Deutschland erzeugten und heute so dringend benötigten Elektrobleche her. Sofort bei Kriegsende haben die Engländer den Betrieb der Hütte verboten, und sie wird jetzt demontiert.*)

Wiederholt ist in Aussagen vor Kongreßausschüssen und durch Erklärungen von Sprechern der ECA und der amerikanischen Militärregierung die Tatsache bestätigt worden, daß eine unzureichende Energieversorgung den Hauptengpaß des deutschen Wiederaufbauprogramms bildet. Sie ist durch unsere Luftangriffe, durch versäumte Reparaturen, Demontage der Kraftwerke und Kohleknappheit verursacht. Ohne neue Lieferungen von Elektroblechen für Transformatoren und Dynamos kann der Energieknappheit nicht abgeholfen werden. 50 Prozent der Produktionskapazität der Doppelzone für diese Elektrobleche lag aber, wie erwähnt, bei der August-Thyssen-Hütte.

In einer Denkschrift vom 1. März 1948 hat das State Department versichert, daß „in der englischen Zone keine Anlagen zur Herstellung von Material für Kraftwerke zur Demontage vorgesehen sind."

Wie ist diese Feststellung zu erklären? Verstehen die Sachverständigen des State Department weniger von Technologie und den Bedürfnissen der modernen Industrie als ich? Oder ist irgend jemand daran interessiert, den Außenminister, den Kongreß und die amerikanische Öffentlichkeit irrezuführen? Oder ist die Wahrung des Rufes derjenigen, die in der Vergangenheit die Fehler begingen, rund 1 Milliarde Dollar wert?

Der technische Fortschritt führt in allen Ländern zu steigender Verwendung von Edel- und Elektrostählen, und der Industrieplan verlangt auch, daß Deutschland mehr und nicht weniger hochwertige Werkzeugmaschinen und optische und elektrotechnische Präzisionsinstrumente herstellt, für die man derartige Stähle braucht. Aber Deutschlands Kapazität zur Herstellung von Elektrostahl ist auf bloße 300 000 Tonnen im

---

*) Auf Grund des Petersberg-Abkommens vom November 1949 ist die Demontage eingestellt worden, nachdem aber bereits wesentliche Teile abgebaut worden waren. D. Übers.

Jahr reduziert worden. Von insgesamt 209 Elektroöfen sollen 118 demontiert werden.

Auf der einen Seite versprachen wir den Deutschen, daß ihnen gestattet werden solle, Produktion und Export von Werkzeugmaschinen und optischen Instrumenten zu steigern, gleichzeitig aber sind wir eifrig dabei, sie der Kapazität zur Versorgung dieser Industrien mit den erforderlichen Spezialstählen zu berauben.

Diese Verkrüppelung der deutschen Produktionskapazität für die auf dem Weltmarkt gesuchten Edelstähle ist von ganz besonderer Bedeutung für den amerikanischen Steuerzahler, da sie in drastischer Weise Deutschlands Fähigkeit, Qualitätswerkzeuge zu exportieren, verringert und die ungünstige Handelsbilanz verewigt, die jetzt durch amerikanische Lebensmittellieferungen ausgeglichen wird. Damit wird auch die chemische Industrie verkrüppelt, weil Deutschland fortan nicht in der Lage sein wird, ausreichende Mengen von einwandfrei hitze- und säurebeständigem Stahl zu erzeugen.

Im Revidierten Industrieplan war versprochen worden, daß die Werkzeug-, feinmechanische und optische Industrie nicht betroffen werden würden. Aber auch in diesen Zweigen sind in der amerikanischen Zone Fabriken demontiert worden, wobei man sich gelegentlich damit herausredete, daß sie für Kriegszwecke „wesentlich verändert" worden seien. Es sind auch Fabriken demontiert worden, die besonders für die zugelassenen Exportindustrien unentbehrliche Präzisionswerkzeuge herstellen.

Weiter hat man erklärt, daß die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren in der englischen Zone nicht ausreiche und daß dementsprechend keine Reparationsentnahmen erfolgen sollten. Aber auch hier ist ein den Deutschen gegebenes Versprechen gebrochen worden. 1948 wurde der Teil von Krupp, der landwirtschaftliche Maschinen herstellt, trotz heftiger Proteste der dort beschäftigten Arbeiter demontiert.

Obwohl die Notwendigkeit einer Steigerung des deutschen Maschinenexportes anerkannt war, sah der Industrieplan von

1947 folgende Kürzungen der Produktionskapazität vor: 35 Prozent der Produktionseinrichtungen der Schwerindustrie-Maschinenbauanstalten, 23 Prozent der Kapazität der Leichtmaschinenindustrie, 35 Prozent der bestehenden Produktionskapazität der Werkzeugmaschinenindustrie. Dagegen sollten „nur“ drei Kraftwerke abgebaut werden, weil „der Vorkriegsbedarf der Doppelzone zum großen Teil von Berliner Werken gedeckt wurde, die fast völlig demontiert worden sind.“

In bezug auf Personenkraftwagen und Lastkraftwagen setzt der Plan die Westdeutschland zu belassende Produktionskapazität auf 160 000 Pkw. und 61 500 gewerbliche Fahrzeuge fest. Die Vorkriegserzeugung lag wesentlich höher. Es sei auch angemerkt, daß bis 1948 praktisch sämtliche Volkswagen und Lastkraftwagen von den englischen und französischen Besatzungsbehörden für eigenen Gebrauch oder zum Verkauf für ihre Rechnung übernommen wurden. Außerdem war ja eine große Anzahl von deutschen Personen- und Lastkraftwagen zu Beginn der Besetzung konfisziert worden. Die aufgestaute Nachfrage war dementsprechend außerordentlich hoch.

Was die chemische Industrie angeht, so waren 40—50 Prozent der vorhandenen Kapazität abgebaut oder zerstört worden. Sämtliche Fabriken von Explosivstoffen sollen abgebaut oder zerstört werden. Ein Viertel der Kapazität der Kunststoffindustrie ist für Reparationen verfügbar gemacht worden. Auf dem Gebiet der Farbenherstellung soll weniger als die Vorkriegskapazität erhalten bleiben. Die Herstellung von Atebrin soll durch Abbau pharmazeutischer Werke unter den Vorkriegsstand gedrückt werden. 15 Prozent der Kapazität der Gruppe „Verschiedene Chemikalien“ und 17 Prozent der Kapazität der Industrie für organische und anorganische chemische Grundstoffe sollen abgebaut werden.

Die Liste der verbotenen Industrien umfaßt noch immer den Schiffbau sowie die Herstellung von Aluminium, Beryllium, Vanadium, Magnesium, Kugellagern, synthetischem Ammoniak, synthetischem Kautschuk, synthetischem Benzin und Öl.

Auf eine bestimmte Zeit, nämlich solange, bis der eigene Export die Einfuhr zu bezahlen ermöglicht, ist Deutschland die

Herstellung einer gewissen Menge von Kugellagern gestattet worden. Engländer und Amerikaner sind jetzt beide der Meinung, daß dies undurchführbar ist, aber in der Zwischenzeit wurde die Hälfte der Anlagen der großen Kugellagerfabrik in Schweinfurt in die Sowjetunion abtransportiert.

Die Engländer haben bisher auch die Aufhebung des Schiffbauverbotes — mit der Ausnahme des Baues kleiner und langsamer Fahrzeuge — verweigert, offenbar, weil sie keinen deutschen Wettbewerb auf diesem Gebiet wünschen.

Bei der Aufstellung des Industrieplanes haben die Engländer die Leichtmetallindustrie in die Kategorie der Leichtmaschinenindustrie eingereiht, bei der ein 23prozentiger Abbau der Produktionskapazität vorgesehen ist. Trotz deutscher Proteste haben die Engländer Fabriken demontiert, die Kaffeekannen, Pfannen, Kessel und anderes Haushaltgerät aus Blech herstellen. Einige vierzig Fabriken derartiger Friedensbedarfsartikel wurden auf die englische Demontageliste gesetzt.

Das State Department hat behauptet, daß die Auswahl der zu demontierenden Fabriken mit großer Sorgfalt vorgenommen worden sei, daß für keine eine Verwendungsmöglichkeit im Falle ihres Verbleibens in Deutschland bestanden hätte, und daß ihr Abbau den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Empfängerländer erleichtere.

Diese Erklärung kann nur auf unzureichenden Informationen beruhen. Denn nichts ist klarer in Deutschland als die Tatsache, daß vielfach gerade diejenigen Werke demontiert wurden, deren Kapazität voll ausgenützt wurde und die bei der Zuteilung von Kohle und Rohstoffen obenan standen, weil eben ihre Erzeugnisse für das Funktionieren einer Friedenswirtschaft unentbehrlich sind. Den Deutschen erzählen zu wollen, daß die abgebauten Maschinen für ihre Bedarfsdeckung „überzählig" seien, ist ein herzloser Scherz.

Die Behauptung des State Department, daß nur Fabriken demontiert wurden, für die in Deutschland keine weitere Verwendungsmöglichkeit bestanden habe, steht im Widerspruch zu den von der Militärregierung gegebenen Informationen und den von den Deutschen vorgelegten Beweisen. Mir ist von Be-

amten der Militärregierung in Berlin im November 1948 gesagt worden, daß die in der amerikanischen Zone demontierten Fabriken jetzt wieder halb soviel produzierten wie vor der Demontage. Sie waren wieder in Gang gesetzt worden, indem man Maschinen für sie beschaffte, die vorher in nicht demontierten Fabriken nicht benutzt wurden. Mit anderen Worten: die Reparationen waren nicht der „überzähligen" Kapazität stilliegender Betriebe, sondern vollbeschäftigten Werken entnommen worden.

Mit der Behauptung, die deutschen Reparationen hätten die *wirtschaftliche* Erholung *nicht* behindert, weil die Fabriken nicht voll ausgenützt worden seien, wird jedenfalls nur dem wahren Sachverhalt ausgewichen. Statt dessen sollte man lieber fragen, warum vorhandene Kapazitäten trotz des europäischen Bedarfs nicht voll ausgenützt wurden. Die Antwort darauf deckt den verhängnisvollen Kreislauf auf, für den die zerstörerische Politik der Alliierten in Deutschland verantwortlich ist.

Die unzureichende Ernährung der deutschen Bergleute und ihrer Familien und ihre elenden Wohnverhältnisse haben zusammen mit der Demontage der Fabriken für Bergbaugerät die Kohlenförderung niedergehalten.

Die für den deutschen Verbrauch verfügbare Kohle ist weiter durch die Verpflichtung, 20 Prozent der Ruhrkohlenförderung auszuführen — (hauptsächlich nach Frankreich) —, durch den Verlust der Saar und der mitteldeutschen Braunkohle drastisch beschnitten worden.

Dies wiederum beschränkt die Stahlproduktion und hat dazu geführt, daß einige Hüttenwerke als „überzählig" hingestellt wurden; sie konnten aber doch nur als „überzählig" erscheinen, weil es Deutschland nicht gestattet ist, soviel Kohle und Eisenerz zu bekommen, wie zu einem größeren Beitrag zum Wiederaufbau Europas erforderlich ist.

Der wirkliche Grund für die Demontage ergibt sich aus den Worten des Chefs des Steel Production Board in Düsseldorf, der im August 1948 zu Mrs. John Crane, der Vertreterin von Senator George W. Malone, sagte: „Es ist nicht beabsichtigt,

Deutschland eine Stahlproduktionskapazität zu belassen, die es je wieder in die Lage versetzen würde, Stahl oder Stahlerzeugnisse in nennenswerten Mengen auszuführen."

Der Revidierte Industrieplan wäre im Hinblick auf die Notwendigkeit einer deutschen Exportsteigerung auch dann unrealistisch, wenn er auf korrekten Schätzungen der vorhandenen Kapazitäten beruhte. Es liegen aber Beweise dafür vor, daß die Liste der zu demontierenden Werke ohne eine gründliche Übersicht über die Deutschland verbleibenden Anlagen aufgestellt wurde.

Die Deutschen behaupten, daß die Grundlage für die amerikanisch-englischen Schätzungen der Produktionskapazität die zeitweilig während des Krieges erreichte und nicht aufrechtzuerhaltende Höchstproduktion war. Die normale Ausnutzung der Kapazitäten liegt bei 80 bis 90 Prozent; die jahrelang unterbliebenen Reparaturen haben aber die Kapazität stärker herabgesetzt, als es bei normaler Abnutzung der Fall wäre. Auch diese Tatsache wurde nicht berücksichtigt. Die Deutschen behaupten weiter, daß die Einsetzung von Bruttokapazitäten in den alliierten Berechnungen zu überhöhten Angaben der Produktionsmöglichkeiten führen, da verschiedene Zulieferer doppelt eingesetzt wurden.

Zum anderen, so sagen die Deutschen, ist die tatsächliche Verringerung der Produktionskapazität weit größer, als die Gesamtziffern der Demontagen angeben, da die leistungsfähigsten Betriebe für die Demontage ausgewählt wurden, und da die Zerstörung eines Zweiges einer Industrie anderen das von diesen gebrauchte Material wegnimmt. Unüberwindliche Engpässe ergeben sich aus den Reparationslieferungen, die die gesamte deutsche Wirtschaft und in einigen Fällen ganz Europa berühren, da verschiedene Werke in anderen Ländern überhaupt nicht wieder aufgebaut werden können, und andere, bei denen dies möglich ist, Monate und Jahre erfordern, bevor sie wieder produzieren können.

Drittens war die Grundlage, auf der die deutsche Produktionskapazität berechnet wurde, nicht, wie das State Department behauptet, eine „sorgfältige" Untersuchung der vor-

handenen Kapazitäten. Die Grundlage waren allem Anschein nach die sogenannten „Mecit"-Berichte vom Winter 1945/46, als die deutschen Unternehmer angewiesen wurden, Fragebogen über die Produktionskapazität ihrer Betriebe auszufüllen. Die damit verbundene Absicht war damals nicht angegeben worden, und die Deutschen dachten, die Formulare sollten als Grundlage für die Zuteilung von Kohle und Rohstoffen dienen. Wie es nun einmal der menschlichen Natur entspricht, haben sie fast alle ihre Produktionskapazität zu einer Zeit höher angegeben, in der nur Zuteilungen im Umfang eines Bruchteiles des wirklichen Bedarfs erwartet werden konnten. Sicher war es die Schuld der Deutschen, daß dementsprechend die Produktionskapazität zu hoch angesetzt wurde, aber deswegen bleibt es doch eine Tatsache, daß diese Mecit-Berichte nicht zuverlässig sind und daß man sie nicht der Errechnung von „überzähligen" Betrieben im Sinne des Revidierten Industrieplanes hätte zugrunde legen dürfen.

Es gibt zahlreiche eindeutige Fälle, in denen die Angaben über die Betriebe so ungenau waren, daß sie nicht einmal unter der richtigen Industriegruppe eingetragen wurden.

Aber selbst wenn man die anglo-amerikanischen Schätzungen der deutschen Produktionskapazität als korrekt annimmt, so haben die englischen „multilateral deliveries", die französischen „prélèvements" und die „Restitutionen" aus allen drei Zonen sie ungültig gemacht. Niemand, nicht einmal die Deutschen wissen genau, was von der deutschen Produktionskapazität übrig geblieben ist.

„Multilateral deliveries" ist die englische Bezeichnung für den Abtransport besonders wertvoller und — häufig unersetzlicher — Spezialmaschinen aus deutschen Fabriken nach England. „prélèvements" ist der französische Begriff für die Wegnahme ganzer Fabriken oder einzelner Maschinen in der französischen Zone ohne Rechenschaftslegung gegenüber der Interalliierten Reparationsbehörde (IARA) in Brüssel. Beide Bezeichnungen sind nur „legalisierte" Ausdrücke für ein Vorgehen, das als Plünderung bezeichnet werden würde, wenn es sich um ein Feindland handelte.

Der Vorgang spielte sich so ab, daß in der englischen Zone eine Kommission in einer nicht auf der Demontageliste aufgeführten Fabrik erschien, verschiedene Maschinen herausgriff und ihren Abbau „zur Deckung englischen Bedarfs“ befahl. Obwohl General Robertson am 18. Oktober 1947 offiziell das Versprechen abgab, es würden keine weiteren „multilateral deliveries“ mehr verlangt werden, wurden sie im Herbst 1948 an verschiedenen Orten wieder aufgenommen. So verlangten die Engländer, um ein Beispiel anzuführen, im September 1948 in Düsseldorf 72 Maschinen. Zwar handelte es sich dabei um eine zur Demontage vorgesehene Fabrik, der springende Punkt war aber, daß diese Maschinen früher geliefert werden mußten, als im allgemeinen Demontageprogramm vorgesehen war. Die Deutschen waren überzeugt, daß die Engländer hofften, auf diese Weise den Empfehlungen der ECA-Kommission zuvorzukommen.

Die unter dem Kennzeichen „multilateral deliveries“ entnommenen Maschinen waren für britischen Gebrauch bestimmt, da sie ja nicht durch die IARA in Brüssel zugeteilt wurden. Einige der in dieser Form den deutschen Fabriken weggenommenen und bei der Aufstellung des Revidierten Industrieplanes nicht berücksichtigten Maschinen sind, wie erwähnt, unersetzlich, denn sie werden nur in der russischen Zone hergestellt. So sind viele Fabriken für immer verkrüppelt, obgleich sie nicht auf der Demontageliste standen.

Die „Restitutionen“ haben dann zusätzlich die ursprünglichen Schätzungen der deutschen produktiven Anlagen entwertet. Im Anfang wurde der Begriff „Restitution“ nur auf die Rückgabe des von den Deutschen in den besetzten Ländern gestohlenen oder „unter Zwang“ an Deutsche übertragenen Eigentums angewandt. In diesem Sinne sind Restitutionen moralisch und wirtschaftlich vollauf gerechtfertigt. Im Juli 1948 gab die amerikanische Militärregierung dem Begriff „Restitutionen“ aber eine Deutung, die ungesetzlich und unbillig ist. Die Verfügung General Clays von 1946, derzufolge der „Zwang“ bei der Eigentumsübertragung bewiesen werden mußte, wurde aufgehoben, und es wurde angeordnet, daß überhaupt keine

Eigentumsübertragung in der Zeit der deutschen Besetzung als „normale geschäftliche Transaktion“ zu betrachten sei. Auf Grund dieser neuen Regelung mußten Maschinen und andere Güter, die von deutschen Kaufleuten oder Industriellen gekauft und bezahlt worden waren, dem Ursprungsland als „Restitutionen“ zurückgegeben werden, ohne daß es des Nachweises eines Verkaufs unter Zwang bedurfte.

Selbst wenn der deutsche Käufer den dokumentarischen Nachweis liefern kann, daß der Verkäufer den gezahlten Preis als angemessen betrachtet und keinen Rückerstattungsanspruch erhebt, muß er die Ware ohne Entschädigung herausgeben, denn „Restitutionsforderungen sind Regierungsforderungen und keine private Angelegenheit“. Das Ergebnis dieser Anordnung der amerikanischen Militärregierung ist, daß restitutionspflichtige Waren nicht denjenigen zurückerstattet werden, die sie einmal an Deutsche verkauften, sondern ausländischen Regierungen. Die meisten ausländischen Regierungen, die auf diese Weise Restitutionsgüter erhielten, sind heute Sowjet-Satelliten. Oft genug verkaufen sie dieses „zurückerstattete“ Eigentum für Dollars an fremde Länder. In zahlreichen Fällen haben sie sogar den enteigneten Deutschen den Rückkauf — gegen ausländische Währung — angeboten, die ihnen wahrscheinlich zur Stärkung gegen die „Bedrohung durch den amerikanischen Kapitalismus“ dienen soll.

Es gibt eine einzige Ausnahme von den amerikanischen Restitutionsbestimmungen: wenn ein Deutscher mit „Zahlen und Daten“ beweisen kann, daß er die gleiche Art von Maschinen oder anderen Waren auch vor dem Kriege in der gleichen Menge gekauft hat, wird ihm — vielleicht — erlaubt, sein Eigentum zu behalten.

Der Handel Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, der Niederlande, der Tschechoslowakei und anderer osteuropäischer Länder, der immer sehr umfangreich war, nahm natürlich im Kriege und unter der alliierten Blockade beträchtlich zu, besonders seit die Nazis die Produktion wegen unserer Luftangriffe auf Deutschland so weit wie möglich nach der Tschechoslowakei und Frankreich verlagerten. Zu verlangen,

daß alle während des Krieges an Deutschland gelieferten Waren, auch wenn sie bezahlt wurden, dem Ursprungsland zurückgegeben werden sollen, heißt, uferlosen Forderungen an die Wirtschaft der Doppelzone Tür und Tor öffnen. Ein Land wie die Tschechoslowakei, die wahrscheinlich mehr Maschinen von Deutschland erhielt, als sie an Deutschland verkaufte, befindet sich unter der amerikanischen Auslegung des Restitutionsbegriffes in einer besonders günstigen Lage. (Dabei sei allerdings angemerkt, daß die Vereinigten Staaten im Falle der Tschechoslowakei nur solche Restitutionsforderungen anerkennen, die sich auf die nach dem 5. 1. 1943 verkauften Waren beziehen, d. h. auf die Zeit nach der Londoner Erklärung der Alliierten, daß alle Zwangsübertragungen von Eigentum in den besetzten Ländern als ungültig betrachtet werden würden.) Die Tschechoslowakei also, die so gut wie nicht bombardiert und kaum zum Kriegsschauplatz wurde, und deren Industrielle gut an ihrer Arbeit für deutsche Rechnung verdienten, ist mit ihren „Restitutions"-Ansprüchen in einer weit besseren Lage als Polen, das so viel mehr unter der deutschen Besetzung zu leiden hatte und niemals zu einem Nazi-Arsenal wurde. Die Zerstörung Warschaus hat viele der Unterlagen vernichtet, die für die Ansprüche auf eine Restitution der ohne Entschädigung von den Deutschen weggenommenen Maschinen erforderlich sind, während Tschechen und Franzosen ohne viel Mühe die Maschinen genau bezeichnen, ausfindig machen und anfordern können, die sie an die Deutschen verkauften.

Vielleicht kommt es im Endeffekt auf eins heraus, da Polen und die Tschechoslowakei heute beide unter Stalins Herrschaft stehen. Aber ich hatte doch ein gewisses Mitgefühl mit dem polnischen Offizier, dem Vertreter seines Landes beim amerikanischen Restitutionsbüro in Karlsruhe, als er mir erzählte, wie sehr die Polen dadurch behindert würden, daß sie ohne Ermächtigung durch die amerikanischen Behörden deutsche Fabriken nicht betreten dürfen, und daß sie genau angeben müssen, was für polnische Maschinen sie zu finden erwarten und wann die Deutschen sie weggenommen hatten. Polen war eindeutig benachteiligt im Vergleich zur Tschechoslowakei und

Frankreich, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten und wußten, wem sie ihre Ware verkauft hatten, benachteiligt auch im Vergleich zu Deutschlands früheren Verbündeten Italien, Ungarn und Rumänien, deren Vertreter in der amerikanischen Zone ohne Mühe Restitutionsansprüche anmeldeten.

Die Engländer, sagte mir mein polnischer Gewährsmann, waren den Polen mehr behilflich, die von den Deutschen gestohlenen Maschinen zurückzubekommen als die Amerikaner. In der englischen Zone konnten die Polen nach Belieben deutsche Fabriken inspizieren, und Hunderte von Waggons voller Restitutionsgüter waren nach Polen abgegangen.

Als ich in Karlsruhe, dem Sitz der Restitutionsabteilung der amerikanischen Militärregierung ankam, stieß ich zuerst auf eine Gruppe jugoslawischer Offiziere, die ich auf den ersten Blick für Russen hielt, da ihre Uniformen mit den scharlachrot-goldenen Achselstücken den russischen so ähnlich sind. Dann traf ich Polen, Tschechen, Ungarn, Italiener und Rumänen und erfuhr auf diese Weise, daß fast sämtliche Nationen in Europa, Deutschlands frühere Verbündete eingeschlossen, eifrig dieses und jenes von Deutschland verlangen — auf unsere Kosten.

Über diese „Restitutionen" wird überhaupt nicht Buch geführt; es gibt also auch keinen Nachweis über ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Der Chef des amerikanischen Restitutionsbüros, ein Amerikaner deutschen Ursprungs, der seinen Namen aus von Kaiserlinck in de Kaiserlinck geändert hatte, sagte mir, daß er „nicht die geringste Vorstellung von Menge und Umfang der aus Deutschland unter dem Titel Restitutionen weggenommenen Maschinen habe und auch gar nicht daran interessiert sei." Er konnte mir lediglich Ziffern des Gesamtwertes der Restitutionslieferungen geben, die sich auf 287 Mill. RM (Maschinenwert von 1938) beliefen.

Ich sagte Herrn von oder Monsieur de Kaiserlinck, daß mein Hauptinteresse zwar der wirtschaftlichen Auswirkung der Restitutionen gelte, daß ich aber auch an der Feststellung der juristischen Begründung für die von seinem Büro dem Begriff „Restitutionen" gegebene umfassende Auslegung interessiert

sei. Wir könnten ja, fügte ich hinzu, in der Zukunft ebenso wie die Deutschen der „Kriegsverbrechen“ bezichtigt werden, wenn wir die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung über Feindeigentum mißachteten. Über diese Erklärung war er zunächst grenzenlos empört. Nach einer Weile beruhigte er sich aber und sagte, ich würde mein Urteil über die Haltung des amerikanischen Restitutionsbüros schon ändern, wenn ich die polnischen, französischen und anderen alliierten Vertreter in Karlsruhe aufsuchte. Nachdem ich mit den Polen gesprochen hatte, verstand ich, was er meinte. Trotzdem blieben aber meine Zweifel an der Legalität der vom Restitutionsbüro der Vereinigten Staaten erlassenen Befehle bestehen.

Wie weitherzig der Begriff „Restitutionen“ ausgelegt werden kann, wird durch die französische Forderung vom Sommer 1948 auf Rückgabe gewisser deutscher Vollblutpferde illustriert. Keines dieser Pferde war älter als drei oder vier Jahre, konnte also gar nicht während der deutschen Besetzung Frankreichs „gestohlen“ worden sein. Die Franzosen behaupteten aber einfach, daß diese Pferde von französischen Hengsten abstammten. Es wurde offenbar angenommen, daß ein braver patriotischer französischer Hengst gegenüber einer deutschen Stute nur „unter Zwang“ seine Pflicht getan haben kann.

Es gibt aber noch andere und weniger humoristische Beispiele für die Ausweitung des Restitutionsbegriffes:

Ein Schneider namens Hans Schweighofer in Regen, der ausgebombt worden war, kaufte eine gebrauchte tschechische Nähmaschine und ließ sie wieder instand setzen. Er wurde gezwungen, diese Nähmaschine der Tschechoslowakei zurückzuerstatten und verlor damit seine und seiner siebenköpfigen Familie Existenzgrundlage.

Frau Leni Kraus, deren Mann im Kriege gefallen war, und die bei einem Bombenangriff in Berlin ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatte, kaufte in Mülhausen im Elsaß einige gebrauchte Möbel und nahm sie mit, als sie nach Bayern evakuiert wurde. Jetzt verlangen die Franzosen die Rückgabe des Bettes, das sie mit ihrem Sohne teilt.

Die Liste solcher Fälle ließe sich beliebig verlängern.

Die Franzosen legen den Begriff Restitutionen sogar so weit aus, daß sie französische Personenkraftwagen konfiszieren, die bereits vor dem Kriege gekauft worden waren.

Die Amerikaner beschlagnahmen zur Zeit Autos, die sie in den ersten Besatzungsjahren aus konfiszierten Wehrmachtsbeständen an Deutsche verkauften. Mehrere tausend Kraftwagen, von Deutschen gekauft und bezahlt, werden jetzt in der Doppelzone ohne Entschädigung weggenommen und den Franzosen und anderen „zurückerstattet", die sie einst an die Deutschen verkauften. Die amerikanische und die englische Militärregierung haben also zunächst aus dem Verkauf beschlagnahmter Wehrmachtsbestände an die Deutschen einen Gewinn gezogen, um jetzt die Kaufverträge zu annullieren und die Wagen nun ohne Aufwand für die Militärregierung den ursprünglichen Verkäufern zurückzugeben.

Die Engländer mit ihrer Achtung vor dem Gesetz — falls es nicht gerade mit ihren lebenswichtigen Interessen kollidiert — ließen zunächst Restitutionsforderungen nur zu, wenn ein Zwang beim Eigentumsübergang nachgewiesen werden konnte. Aus der englischen Zone wurden nur solche Gegenstände zurückerstattet, die in gesetzwidriger Weise in den besetzten Gebieten erworben worden waren. Vom September 1948 ab haben aber auch die Engländer die „umfassendere" amerikanische Auslegung angenommen und erklärt, daß selbst auf rechtlich einwandfrei erworbenes und nach Deutschland verbrachtes Eigentum von den Ursprungsländern Rückgabeforderungen geltend gemacht werden können.

Die vom englischen Außenministerium am 18. August 1948 erlassene vertrauliche Anweisung REF. Nr. 45 Basic (Saving), von der ein Exemplar in deutsche Hände geriet, lautet:

„Ich glaube, daß es ebenfalls im Interesse der Wirtschaft und Sicherheit Europas liegt, daß einige der überzähligen deutschen Industrieanlagen abtransportiert und an anderer Stelle produktiv verwandt werden. Eine großzügige Restitutionspolitik würde diesem Ziel entsprechen."

Es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß die Änderung der britischen Praxis im Herbst 1948 mit der Erwartung zusammen-

hing, daß die Demontage der als Reparationen vorgesehen deutschen Fabriken eingestellt werden würde. Als ich aus Deutschland abreiste, bestand bereits die Gefahr, daß Restitutionen aus der englischen und amerikanischen Zone die Rolle der Reparationen übernehmen würden: Mittel zur Verringerung der deutschen industriellen Kapazität und damit zur Steigerung des Bedarfs an amerikanischerMarshallhilfe zu sein.

Dr. Kutscher von der Verwaltung für Wirtschaft schrieb mir am 28. Februar 1949, daß sich seit meiner Abreise „die Verhältnisse auf dem Gebiet der Restitutionen, besonders in der englischen Zone, immer mehr verschlechtert" hatten. Nach den von ihm beigebrachten Unterlagen erreichen die unter dem Titel „Restitutionen" der westdeutschen Wirtschaft entnommenen produktiven Aktiva fast die Höhe der Reparationen und übersteigen sie in der amerikanischen Zone.

In der offiziellen Statistik der amerikanischen Militärregierung wird der Wert der aus der amerikanischen Zone bis September 1948 vorgenommenen Restitutionen mit 287.075.915,— Mark angegeben, der Restwert der zu Reparationszwecken demontierten Fabriken dagegen auf 235 Mill. In Hamburg berechnen die alliierten Missionen die bereits erfolgten Restitutionen auf 36 Mill. Mark, das sind 4 Mill. Mark mehr als der angegebene Restwert der demontierten Fabriken.

Dr. Kutscher erwähnte in seinem Brief auch den der deutschen Wirtschaft zugefügten neuen Schlag: die Entscheidung über die Ablieferung von fünf der wenigen von der deutschen Fischereiflotte übrig gebliebenen modernen Fischkutter, wodurch der an sich schon geringe deutsche Fischfang um 30 Prozent verringert wurde. Und das geschieht zur gleichen Zeit, in der die Vereinigten Staaten die Zuteilung von ECA-Geldern zur Vergrößerung der deutschen Fischereiflotte erwägen, um Deutschlands Abhängigkeit von amerikanischen Lebensmittelzufuhren zu verkleinern.

Die Niederlande verlangen auch die „Rückerstattung" von 19 Tankern; wird der Forderung stattgegeben, so bedeutet dies, daß die Zufuhr von Rohöl nach Westdeutschland mit Tankern erfolgen muß, die von Amerika gestellt werden. Daß Holland

die ihm zur Verfügung stehenden Mittel benützt, um den Indonesiern die gleiche Abhängigkeit aufzuzwingen, unter der sie selbst in der Besatzungszeit litten, läßt derartige Restitutionen auf Kosten Amerikas nicht nur als absurd, sondern als skandalös erscheinen.

Die Restitutionen gefährden neuerdings auch die Belieferung der Ruhrzechen mit unentbehrlichem Material. Eine Reihe von Bergwerken ist von vollständiger oder teilweiser Schließung bedroht, weil die benötigten Ausrüstungsgegenstände infolge der Restitutionen nicht geliefert werden können.

Auf Betreiben des Anglo-American Bipartite Steel Production Office ist eine Aufstellung über die Restitutionsansprüche an die Eisen- und Stahlindustrie gemacht worden: sie belaufen sich — nach dem Wert von 1938 — insgesamt auf mehr als 40 Mill. Mark. Die Verluste, die durch Unterbrechung der Produktion als Folge der Wegnahme von Schlüsselmaschinen als „Restitutionsgüter" entstehen müssen, werden auf eine noch wesentlich höhere Summe geschätzt.

Die Deutschen hatten angenommen und annehmen dürfen, der Marshallplan bedeute das Ende der Zerstörung ihrer Wirtschaft. Jetzt erkennen sie immer mehr, daß dies eine Illusion war, nachdem der Restitutionsbegriff auch auf legal erworbene und voll bezahlte Maschinen ausgedehnt wird, nachdem diese Restitutionen an die Stelle der Reparationen treten und mit ihrer Hilfe die deutsche Existenzgrundlage beschnitten wird.

Sie sehen kein Ende der verschiedenen Methoden ab, mit denen ihre Eroberer sie auf den Zustand von Bettlern hinunterdrücken. Sie können auch dem Revidierten Industrieplan von 1947 kein Vertrauen mehr entgegenbringen, der ihnen bei allen seinen Härten und seinem Mangel an Realismus doch wenigstens die Beibehaltung der äußersten Produktionskapazität in gewissen, ausschließlich dem Friedensbedarf dienenden Industrien versprach. Zu den Fabriken, die bereits demontiert wurden oder jetzt demontiert werden, gehören auch viele, die im Revidierten Industrieplan nicht zur Reparations-Demontage vorgesehen waren.

Fabriken, die Seife, Spielwaren, Möbel, Haushaltgerät, op-

tische Instrumente, Landwirtschaftsmaschinen, Krankenhausbedarf und viele andere ganz und gar unkriegerische Dinge für Inlandsmarkt und Export herstellen, sind nicht nur in der englischen und französischen, sondern auch in der amerikanischen Zone demontiert worden. Es gab recht böse Beispiele in der amerikanischen Zone; die vom englischen Bestreben, den Konkurrenten auszuschalten, verursachte Ungerechtigkeit schien aber ohne Grenzen zu sein, ebenso wie die heuchlerischen Vorwände, mit denen die Engländer deutsche Aktiva an sich brachten, um ihr eigenes Dollardefizit zu verringern.

Da gibt es z. B. den Fall der Diana-Spielwarenfabrik in der französischen Zone, die Luftgewehre herstellt: die Engländer veranlaßten die Franzosen, diese Fabrik als „Rüstungsbetrieb" zu klassifizieren, um die Maschinen für sich zu bekommen.

Als ich Deutschland im Dezember 1948 verließ, lernte ich im Abteil des Zuges nach Ostende einen englischen Spielwarenfabrikanten kennen, der gerade aus Nürnberg kam. Er zeigte mir Muster von Spielzeugautos mit drei Gängen und andere Beispiele deutschen Erfindungsreichtums. Mit den Deutschen könne kein anderer Spielwarenfabrikant konkurrieren, meinte er. Dann erzählte er mir, daß ihm und anderen englischen Industriellen unmittelbar nach Kriegsende vom Board of Trade gesagt worden war, sie sollten passende Heeres- oder Marineuniformen bekommen, um als „Reparationsbeamte" nach Deutschland zu gehen und sich dort alle Maschinen herauszusuchen, die sie wünschten oder verwenden zu können glaubten. Er selbst war den Deutschen freundschaftlich gesinnt und trug kein Verlangen, sich am Raub ihres Lebensunterhaltes zu beteiligen; so hatte er das Angebot abgelehnt. Er führe jedenfalls besser, wenn er deutsche Spielwaren kaufe, statt sie in England anzufertigen. Die englischen Arbeiter seien nicht so leistungsfähig und weigerten sich, so hart zu arbeiten wie die deutschen; deshalb war es billiger, deutsches Spielzeug einzuführen, als deutsche Maschinen wegzunehmen und damit einen Wettbewerb aufzuziehen.

Ein besonders ins Auge fallendes Beispiel für die verfehlte Politik, die den Deutschen nicht einmal jene Industrien beläßt,

von denen man annehmen sollte, daß sie nicht auf der Demontageliste stehen, ist die Uhrenindustrie. Sie ist hauptsächlich im Schwarzwald gelegen und besteht zum größten Teil aus ganz kleinen Unternehmen. Sie ist eine der ältesten deutschen Industrien und hat mit Rüstungsindustrie nicht das geringste zu tun. Aber schon zu Beginn der Besetzung fingen die Franzosen mit ihrer Zerstörung an und schafften ihre Maschinen nach Frankreich. Die Engländer waren ebenfalls an einer Einstellung der deutschen Uhrenanfertigung interessiert. Dank den Bemühungen einiger großherzig gesinnter Engländer und Gegner der Demontage wurde der folgende Auszug aus der Zeitschrift British Jeweller and Metal Worker im Jahre 1948 weithin bekannt.

„Mr. Barrett, der Vorsitzende der Exportgruppe, hat in den vergangenen drei Jahren langwierige Verhandlungen und Besprechungen geführt, damit die künftige Produktion der deutschen Uhrenindustrie unter den 72 Prozent der Produktion von 1938 festgesetzt werden sollte, auf die sich die Alliierte Kontrollkommission geeinigt hatte. Es ist erfreulich, berichten zu können, daß als Ergebnis die Zustimmung zu einer Reduktion der deutschen Industrie auf 50 Prozent von 1938 erreicht wurde. Genau das war unser Ziel. Die Deutschen werden zwar zweifellos ihre Uhrenindustrie mit ihrer festen Grundlage schließlich wieder auf den alten Stand bringen; unter den jetzigen Verhältnissen hat aber die englische Industrie eine gewisse Atempause und kann sich auf einer gesunden Grundlage organisieren. Der Verband hat bereits Mr. Barrett seinen Dank für seine geduldigen und unermüdlichen Bemühungen um dieses Ergebnis übermittelt. Auf Grund dieses Resultates wird eine Anzahl deutscher Fabriken für Reparationszwecke aufgelassen werden, und Mr. W. Cope hat diese Fabriken und auch verschiedene andere England zur Verfügung gestellte Maschinen inspiziert."

Diese offene Darlegung des Händlermotivs, das die Demontage inspiriert, rief in England einen Skandal hervor und veranlaßte das Foreign Office, eine Kommission unter Führung des früher sowjetfreundlichen Labour-Abgeordneten Crossman zu ernennen, die die Vorgänge in der deutschen Uhrenindustrie

untersuchen sollte. In Frankfurt traf ich zufällig die Gattin meines alten englischen Freundes H. N. Brailsford, der zur kleinen Gruppe der Liberalen gehört, die stets mannhaft für Gerechtigkeit eingetreten sind. Mrs. Brailsford hatte Crossman auf seiner Fahrt durch die französische Zone begleitet und war entsetzt über das, was sie gesehen hatte. Sie war voller Mitgefühl für die durch die Demontage ihres Lebensunterhaltes beraubten deutschen Arbeiter; aber, so sagte sie zu mir, „letzten Endes ist an allem Amerika schuld."

Ich verstand nicht recht, worauf sie hinaus wollte. Amerikas Sünden sind gewiß groß und seine Torheit vielleicht noch größer, aber wieso sollten die Vereinigten Staaten dafür verantwortlich gemacht werden, daß Frankreich und England die deutsche Uhrenindustrie zerstören?

Mrs. Brailsford klärte mich auf: „Begreifen Sie denn nicht, daß alles nur daher kommt, daß Amerika Franzosen und Engländern nicht genug Dollars gibt? So sind sie zu dieser niedrigen Handlungsweise gezwungen, um zu Dollars zu kommen."

Diese Bemerkungen von Mrs. Brailsford müssen jedem Amerikaner nicht nur undankbar, sondern absurd erscheinen; trotzdem decken sie das Grundproblem auf, das kein Marshallplan lösen kann. Man mag glauben oder nicht glauben, der Handelsneid sei die Wurzel beider Weltkriege gewesen, die Tatsache bleibt bestehen, daß unter den europäischen Ländern für Deutschland und England die Losung lauten muß: „Export oder Tod!" Das entsprach schon damals der Wahrheit, als Amerikas Kriegspräsident seine Zustimmung dazu gab, daß Rußland den größten Teil Osteuropas mit seinen landwirtschaftlichen Möglichkeiten einsteckte; heute gilt es in noch viel höherem Maße. Mithin sieht es jetzt so aus, als bliebe Amerika nur die Wahl zwischen Subsidien an ein durch englisch-französische Zerstörung seiner Aktiva der Möglichkeit der Selbsterhaltung beraubtes Westdeutschland oder fortgesetzten Dollargaben an England unter einem nie endenden Europäischen Wiederaufbauprogramm (ERP).

Die New York Herald Tribune veröffentlichte am 27. Februar 1949 folgenden Bericht aus dem Ruhrgebiet:

„Die Engländer hier bestreiten nicht, daß Westdeutschland mit seiner vermehrten Bevölkerung und seinen erheblich verringerten Hilfsquellen gute Argumente dafür hat, daß seine Produktion selbst über den Vorkriegsstand hinaus gesteigert werden muß. Sie sehen aber voraus, daß eine Produktionssteigerung mit dem Ziel, der hauptsächlich von den Vereinigten Staaten getragenen jährlichen Unterstützung in Höhe von einer Milliarde Dollar ein Ende zu machen, wahrscheinlich einen erbitterten Kampf um die Weltmärkte auslösen wird."

Soll Amerika auf seiten des besiegten Feindeslandes stehen, das sein Schützling wurde, oder auf seiten des englischen Verbündeten? Für die Engländer ist es natürlich ganz klar, wohin sich die amerikanische Politik zu orientieren hat. „Die englische Auffassung lautet in der Darstellung eines höheren englischen Beamten in Düsseldorf wie folgt", heißt es weiter in dem Bericht von Marguerite Higgins in der New York Herald Tribune:

„Es ist wahr, daß die Losung ‚Export oder Tod' sowohl für England wie für Deutschland gilt. Wenn aber jemand in dem bevorstehenden Kampf um die Weltmärkte auf der Strecke bleiben muß, dann nach unserer Meinung die Deutschen. Wir fühlen uns dazu berechtigt, die Früchte des Sieges zu verlangen. England wird einen ausreichenden Vorrang auf den Weltmärkten fordern, um sich den Erfolg in seiner großen Schlacht um eine wirtschaftliche Existenz aus eigener Kraft zu sichern."

Marguerite Higgins berichtet weiter, daß nach englischer Auffassung eine Erhöhung der deutschen Produktion zugestanden werden muß, die aber nicht so weit gehen dürfe, daß sie die englisch-französischen Anstrengungen durchkreuze, genug zu exportieren, um die zum Leben benötigten Importe zu bezahlen.

Ich will mir kein Richteramt anmaßen, aber es scheint hohe Zeit zu sein, daß Amerika seine jetzige Aufgabe begreift: zweimal hat es ohne eigenen Gewinn aus seiner Hilfe in Europas „nie endende Kriege" eingegriffen, um eine durch Waffengewalt erzwungene Lösung des deutsch-englischen Konfliktes um industrielle und politische Vorherrschaft zu verhindern. Jetzt aber können die Vereinigten Staaten einen Schiedsspruch

nicht ablehnen, soll Europa nicht infolge seiner inneren Streitigkeiten Sowjetrußland unterliegen.

Die Engländer haben einen großen Teil ihres Kolonialreiches und ihrer Auslandsguthaben verloren und befinden sich in einer Lage, die der Deutschlands zwischen den beiden Weltkriegen ähnelt. Die Deutschen aber, die den Krieg und große Gebiete verloren, befinden sich in einer weit schlimmeren Situation. Die alte Handelsrivalität zwischen England und Deutschland führt deshalb unvermeidlich zu einer halsabschneiderischen Konkurrenz. England ist dabei als Sieger im Vorteil; dieser Vorteil wird ausgeglichen durch Deutschlands größere Fähigkeit zu harter Arbeit und durch Amerikas Interesse zu verhindern, daß es ein Klotz am Bein des amerikanischen Steuerzahlers bleibt.

Aber ist heute nicht überhaupt der erbitterte Wettkampf unter den europäischen Nationen um die Weltmärkte widersinnig, da doch die ganze Welt Mangel an den Waren leidet, die sie liefern können? Und weiter: Wie schwer auch ein Ausgleich zwischen Deutschland und England sein mag, beide haben das gleiche Interesse daran, eine weitere Wegnahme europäischen Gebietes durch Sowjetrußland zu verhindern. Es muß irgendein Ausweg gefunden werden, den mörderischen Kampf zu beenden, wenn Westeuropas und Amerikas Kultur gerettet werden soll. Dieses Problem und die verzweifelte Dringlichkeit seiner Lösung wird durch den leidenschaftlichen Appell an Haßgefühle und den Wunsch, an Deutschland als der Angreifernation Rache zu üben, nur verdunkelt.

Als ich Ende November nach Berlin zurückkehrte, bemühte ich mich, nicht nur die Ursache unserer selbstzerstörerischen Reparationspolitik festzustellen, ich ging auch dem Widerspruch nach, der zwischen den amtlichen Erklärungen der Militärregierung über die Demontage und den von mir mit eigenen Augen wahrgenommenen Tatsachen besteht.

Aus Gesprächen mit verschiedenen Beamten der Militärregierung gewann ich den Eindruck, daß beide Phänomene teils politisch, teils mit Unwissenheit zu erklären sind. Unter dem — getarnten — Einfluß der zurückgebliebenen Morgenthau-Jünger, von denen sich immer noch einige in der Wirtschafts- und

Finanzabteilung der amerikanischen Militärregierung verborgen halten, war, so schien mir, den obersten Stellen eine unvollständige, wenn nicht geradezu falsche Darstellung der ganzen Demontage gegeben worden.

Ich *stellte* fest, daß die obersten Stellen der amerikanischen Militärregierung in Berlin es ablehnten, die Demontage als eine dringliche und wichtige Angelegenheit anzusehen, sei es, weil sie mit dem Kalten Krieg in Berlin alle Hände voll zu tun hatten und sich deshalb ohne Nachprüfung auf die wirtschaftlichen Informationen ihrer zivilen Untergebenen verließen, sei es wegen der Stimmung in Amerika und der Washingtoner Anweisungen, oder weil Engländer und Franzosen den Vereinigten Staaten nur zögernd gegen die Sowjetunion den Rücken deckten.

General Hays, der Stellvertreter General Clays, der alles andere als ein Racheapostel ist, war eindeutig über Kosten und Wirkungen der Demontage falsch informiert. Er bezifferte den Wert der 215 zur Demontage vorgesehenen deutschen Fabriken der amerikanischen Zone auf nur 60 oder 80 Mill. Dollar. Und diese Summe betrachtete er als unbedeutend, gemessen an der Notwendigkeit, mit den Franzosen über die Ruhrfrage und die Bildung eines westdeutschen Staates zu einem Übereinkommen zu gelangen.

General Hays akzeptierte nicht nur die fiktive, d. h. zu niedrige Wertfestsetzung der als Reparationen abgelieferten Maschinen, wie so viele andere Amerikaner dachte er auch in amerikanischen Begriffen großer natürlicher Hilfsmittel und einer großen industriellen Kapazität und meinte deshalb, daß die deutschen Demontageverluste leicht durch Marshallhilfe wettgemacht werden könnten. Als ich im Sommer mit General Clay sprach, fand ich ihn in ähnlicher Weise *geneigt*, die deutschen Beschwerden abzutun und Deutschlands Demontageverluste als unbedeutend und leicht ausgleichbar anzusehen.

Die Annahme, daß ein paar zusätzliche Dollarmillionen aus dem ECA-Topf die Verluste gutmachen könnten, übersieht die sozialen und politischen Auswirkungen der Demontage. Carlo Schmid, der SPD-Führer der französischen Zone, sagte mir in Bonn:

„Die Menschen verlieren Hoffnung und Unternehmungsgeist. Wenn ihnen das Recht auf Arbeit und eine Unabhängigkeit von der westlichen Besatzungspolitik verweigert wird, so fangen sie an, sich die Ausländer daraufhin anzusehen, ob sie etwas von ihnen bekommen können oder nicht. Durch eure Demontage und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen zerstört ihr Moral und Selbstachtung und macht uns zu Bettlern. Wer aber nur auf Wohltätigkeit hofft, wird niemals in der Lage sein, dem Kommunismus zu widerstehen."

Wo die Hindernisse für ein klares Urteil lagen, das verstand ich erst richtig, nachdem Mr. Wilkinson, General Clays Hauptwirtschaftsberater, mir seine Ansicht dargelegt hatte.

Mr. Wilkinson, der vom Beginn der Besetzung an zur Militärregierung gehörte und ernannt worden war, als Mr. Morgenthau und seine Freunde das Schatzamt leiteten, erklärte mir, er wisse nicht, was ihm „mehr wurscht sei", als die Meinung der Deutschen über die Demontage. Er erinnere sich nur allzu genau, sagte er, an das, was die Deutschen als Eroberer in den besetzten Ländern getan hätten. Er „könne keinen Deutschen leiden, noch traue er einem von ihnen."

Nachdem er so offen ausgesprochen hatte, daß für ihn die ganze deutsche Nation in Acht und Bann gehöre, fuhr er fort, mir auseinanderzusetzen, daß die Deutschen nach seiner Meinung „keinerlei Rücksicht" von seiten der Eroberer verdienten. Immerhin war er intelligent genug, um einzusehen, daß Europa nicht wieder auf die Beine kommen kann, solange nicht den Deutschen zu arbeiten erlaubt und sie dazu angespornt werden. „Gerade so wie man ein Pferd nicht zum Arbeiten bekommt, wenn man ihm nicht genug zu fressen gibt", sagte Mr. Wilkinson zu mir in seinem Berliner Büro, „so muß auch das deutsche Volk sattgemacht werden, damit es genug arbeitet."

Diese „Nazi-Einstellung", die General Clays Hauptwirtschaftsberater vor mir zum Ausdruck brachte, erklärt weitgehend die sonst unbegreifliche Politik, wie ich sie in der amerikanischen Zone am Werk gesehen hatte. Rassische Antipathien und blindwütiges Vergeltungsstreben gegenüber dem besiegten Volk schließen ein weises staatsmännisches Vorgehen aus. Die

Kommunisten brauchen nur derartige Gefühle auszunützen, und sie können uns dazu bringen, eine für unsere eigenen Interessen verhängnisvolle Politik zu befolgen. Ich war deshalb nicht weiter überrascht, als Mr. Wilkinson mir die letzte Nummer der Zeitschrift der „Gesellschaft zur Verhinderung des dritten Weltkrieges" in die Hand drückte und mir empfahl, den darin veröffentlichten Artikel über Demontage und Reparationen zu lesen. Er war sich offenbar überhaupt nicht darüber klar, wie sehr die Haß- und Rachepropaganda dieser berüchtigten Gesellschaft den Kommunisten hilft.

Nach meiner Unterredung mit Mr. Wilkinson in Berlin konnte ich besser verstehen, wieso aus der amerikanischen Zone noch immer demontierte Maschinen und Anlagen in die kommunistischen Länder Osteuropas verschickt werden — z. B. die noch im Februar 1949 nach der Tschechoslowakei und Jugoslawien verschickten 305 Tonnen Maschinen der Firma Martin Beilhack in Rosenheim. Auch eine horizontale Schmiedepresse mit einem Druck von 900 Tonnen soll, wie mir in einem Brief aus Deutschland mitgeteilt wurde, den tschechischen Kommunisten übergeben werden. Die Tatsache, daß die Firma Beilhack mit auf der Liste derjenigen Firmen steht, die über ERP neue Maschinen für die Herstellung von Güterwagen bekommen sollen, zeigt, was Amerika sich die Demontage zum Nutzen Sowjetrußlands und seiner Satelliten kosten läßt.

Sir Cecil Weir, der englische Reparationschef, den ich einen Tag nach Mr. Wilkinson interviewte, konnte nicht wie sein amerikanischer Kollege des Deutschenhasses beschuldigt werden. Er ist ein freundlicher kleiner Herr, voll menschlicher und anständiger Empfindungen und weit davon entfernt, die Deutschen wie Arbeitspferde zu behandeln. Unglücklicherweise hatte er aber offenkundig keine Ahnung von den Vorgängen im Ruhrgebiet. Er versicherte mir immer und immer wieder, daß keine Maschinen als Reparationen abgebaut würden, die nicht wirklich, an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gemessen, „überzählig" seien. Ich war durchaus überzeugt, daß er selbst an seine Versicherungen glaubte, es würden keine Reparationen aus Fabriken entnommen, die dem Lebensbedarf

einer deutschen Friedenswirtschaft dienten, und daß „niemals ein Sieger eine besiegte Nation so gut behandelte“, wie die Westmächte die Deutschen behandelten. Es war zwecklos, ihm zu sagen, daß er falsch informiert war. Er wollte es einfach nicht glauben, daß ich mit meinen Augen demontierte Maschinen gesehen hatte, die alles andere als „überzählig“ waren und von denen viele auf dem Schrotthaufen endeten.

Mr. Wilkinson hatte mich durch seinen eiskalten Haß auf das deutsche Volk entsetzt. Nach dem Gespräch mit Sir Cecil Weir frage ich mich, ob nicht die Unwissenheit hochgestellter Angehöriger der Militärregierung der demokratischen Sache in Europa noch mehr schadet, als der Rassenhaß der Morgenthau-Jünger. Ich wüßte gern, ob Sir Cecil Weir erfahren hat, daß seine Untergebenen das Borbecker Rüstungswerk von Krupp in die Sowjetunion abtransportieren lassen. Das hat zwar am 20. Dezember 1948 in der Londoner Times gestanden; aber es ist ja möglich, daß Sir Cecil Weir es nicht erfuhr.

Mein Gespräch mit dem Chef der Reparationsabteilung der amerikanischen Militärregierung, Mr. McJunkins, einem Untergebenen von Mr. Wilkinson, war weit weniger aufschlußreich. Nach seiner Darstellung hatte die amerikanische Militärregierung gar keine andere Wahl, als die der Tschechoslowakei, Jugoslawien und anderen kommunistischen Ländern versprochenen Reparationen auch wirklich zu liefern. Er war einer jener Musterbeamten, die ihre Befehle ausführen, ohne sich durch Sympathie oder Antipathie beeinflussen zu lassen. Ich konnte mir kein Urteil bilden, wie weit er selbst für die Demontagebefehle und den Abtransport von Maschinen aus der amerikanischen Zone verantwortlich war, die sonst zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas hätten beitragen können. Er ließ nicht ein einziges Mal seine persönliche Einstellung erkennen, wie Mr. Wilkinson es getan hatte. Man hält ihn allerdings für den Hauptschuldigen der von örtlichen amerikanischen Dienststellen in der amerikanischen Zone betriebenen Sabotage des ECA-Programms.

Ich habe im November in Berlin aber auch eine Sache erfahren, die für die Zukunft auf eine intelligente Politik der

Vereinigten Staaten hoffen läßt. Die amerikanische Militärregierung hatte angefangen, den Revidierten Industrieplan nicht als ein Mittel zur dauernden Niederhaltung der deutschen Wirtschaft auf dem darin vorgeschriebenen niedrigen Stand zu betrachten, sondern nur als einen Anhaltspunkt für die Feststellung, wie viele Maschinen als Reparationen weggeschafft werden könnten. Praktisch sah das so aus, daß in der amerikanischen Zone den Deutschen kein Hindernis in den Weg gelegt wurde, neue Maschinen an Stelle der demontierten aufzustellen, wenn die deutschen Unternehmer dazu in der Lage waren. Engländer und Franzosen haben jedoch diesen Standpunkt nicht akzeptiert, der, wie gesagt, auch nicht der ursprünglichen amerikanischen Haltung entsprach. Die amerikanischen Behörden haben sich wohl eher der veränderten internationalen Lage angepaßt, ohne zuzugeben, daß der Revidierte Industrieplan von Anfang an ein Fehler war. Sie haben Demontage und Reparationslieferungen nicht eingestellt, zu denen sie sich durch frühere Abmachungen verpflichtet fühlen, aber sie sehen die Notwendigkeit ein, die Deutschen produzieren zu lassen, soviel sie nur können, wenn Europa der kommunistischen Bedrohung widerstehen und Amerika von den ständigen jährlichen Milliardenzahlungen an Europa entlastet werden soll.

Die 10,7 Mill. Tonnen Stahlkapazität, wie der Plan sie vorsieht, werden aber noch immer von den Vereinigten Staaten als bleibende Höchstgrenze betrachtet, obwohl Europa einen ungeheuren Stahlbedarf hat und es eine große Anspannung der amerikanischen Wirtschaft bedeutet, dem europäischen Mangel auch nur zum Teil abzuhelfen. Das Herter-Komitee hat ausgerechnet, daß das Stahldefizit in Amerika von 1,5 auf 5 Mill. Tonnen steigen wird, wenn Amerika auch nur den dringendsten Anforderungen der sechzehn Marshallplanländer nachkommen will. Die ganze Wertlosigkeit, die Torheit und die Kosten des Demontageprogramms werden am besten durch den Long-Term-Bericht der Vertreter der Doppelzone in der OEEC vom Oktober 1948 illustriert. Darin wird eine zehnprozentige Steigerung der deutschen Produktionskapazität über den Stand von 1936 empfohlen, die mit Marshall-Hilfe bis 1952 verwirk-

licht werden soll. Die Washingtoner ECA-Behörden sind sogar der Meinung, daß die Steigerung nicht 10, sondern 15 oder 20 Prozent betragen müsse, wenn Westdeutschland in der Lage sein soll, sich selbst zu erhalten.

Während also die Vereinigten Staaten eifrig dabei sind, durch Demontagen die westdeutsche Produktionskapazität auf 75 Prozent von 1936 herabzusetzen, planen sie gleichzeitig eine Steigerung auf 110 oder 115 Prozent mit Hilfe der vom amerikanischen Steuerzahler aufgebrachten Gelder.

Es wird heute auch gar nicht mehr behauptet, daß durch die Demontage nur „überzählige" Anlagen abgebaut werden. Der Revidierte Industrieplan von 1947 ist jetzt widersinnig geworden, nachdem wir eine Ersetzung der aus den deutschen Fabriken abgebauten Maschinen planen. So haben die ECA-Vertreter in Deutschland erklärt: „In Westdeutschland besteht heute die paradoxe Situation, daß von außen her Hilfe für Wiederaufbau kommt, andererseits aber das erlaubte Ausmaß dieses Wiederaufbaues beschränkt wird. Nach dem geltenden Demontageprogramm wird ein bestimmter Prozentsatz der Industrie abgebaut oder verschrottet."

Die These des State Department, daß Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen die Ausnützung der bestehenden deutschen Produktionskapazität verhindere und daß daher Reparationslieferungen sowohl wirtschaftlich wie moralisch gerechtfertigt seien, hat keine Gültigkeit mehr. Denn die OEEC rechnet Deutschland zu den Ländern, in denen es künftig auch dann Arbeitslosigkeit geben wird, wenn der Marshallplan in seiner heutigen Form durchgeführt wird. Was die Rohstoffknappheit angeht, so ist es gerade eines der Hauptziele der ECA, die europäischen Länder in die Lage zu versetzen, alle Rohstoffe zu bekommen, die erforderlich sind, damit sie sich selbst erhalten und nicht von amerikanischen Spenden leben.

Den Boden auszuschachten und die Arbeitslosen zu bezahlen, damit sie die Löcher wieder zuschütten, wie es in Amerika während der Krisenjahre geschah, war im Vergleich zur gegenwärtigen amerikanischen Politik geradezu ein ökonomisches Vorgehen.

Der Preis der Vergeltung ist aber noch höher als die Kosten der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Ob das State Department nun recht hatte oder nicht, wenn es noch am 2. Februar 1948 erklärte, „die Verpflichtung des Angreifers, die mit den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten zu vereinbarenden Maximalreparationen zu leisten, ist unbestreitbar", entscheidend ist, daß die wirtschaftlichen und politischen Realitäten der Weltlage eine Beendigung der Demontage und den Wiederaufbau Deutschlands als integralen Teiles eines sich selbst erhaltenden Europas erheischen, eines Europas, das kommunistischer Propaganda und sowjetischer Aggression zu widerstehen vermag, ohne unerfüllbare Ansprüche an die amerikanischen Hilfsmittel zu stellen.

In der gegenwärtigen Weltlage sollte unser Bemühen nicht dahin gehen, restriktive Pläne, noch dazu auf der Grundlage unvollständiger Unterlagen zu entwerfen, sondern zur höchstmöglichen Produktion anzuspornen. Nur indem das Gewinnstreben wieder belebt, Initiative, Selbsthilfe und harte Arbeit ermutigt werden, können Deutschland und Europa dazu gebracht werden, sich selbst zu erhalten und aufzuhören, ein Mühlstein um den Hals des amerikanischen Volkes zu sein.

1949/50 hat der amerikanische Steuerzahler fast eine Milliarde Dollar (987 Mill.) für Deutschland aufgebracht, die sich aus 573.400.000 Dollar Armeezuteilungen zur „Verhinderung von Seuchen und Unruhen" und 414 Mill. ERP-Hilfe, hauptsächlich Rohstofflieferungen, zusammensetzen. Die ERP-Gesamtsumme für 1949/50 ist auf 881,6 Mill. Dollar veranschlagt, aber nach Auffassung der ECA-Behörden ist die darin eingeschlossene Summe für Kapitalinvestitionen zu klein, um wesentlich zu einer zur Selbsterhaltung ausreichenden Gesundung beizutragen.

Die Belastung, die sich für die amerikanische Wirtschaft aus dem europäischen Wiederaufbauprogramm insgesamt ergibt, könnte beträchtlich vermindert werden, wenn die Demontage eingestellt, der Revidierte Industrieplan in den Papierkorb geworfen und Deutschland erlaubt würde, die westeuropäischen Länder mit Stahl, Maschinen und anderen Fertigwaren zu beliefern, die ihnen jetzt Amerika geben muß.

Ich zitiere noch einmal Mr. Collisson:

„Es ist meine feste Überzeugung, daß eine Gesundung Westeuropas ohne den bedeutsamen Beitrag, den Westdeutschland dazu leisten kann und leisten muß, unmöglich ist. Alle ausländischen Handelsvertragsdelegationen, die nach Westdeutschland kamen, setzten sich für erhöhte deutsche Lieferungen der früheren Art ein, und zwar in einem Umfang, der Deutschlands gegenwärtige Produktionsfähigkeit weit übersteigt. Um diesen Erfordernissen einer friedlichen Wiederherstellung Europas zu genügen, muß der Wiederaufbau Westdeutschlands zustandegebracht werden. In diesem Sinne haben wir unsere Empfehlungen ausgearbeitet. Sie entsprechen dem, was nicht nur für Deutschland allein, sondern für Europa als Ganzes am besten ist."

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Nachkriegspolitik, die der Londoner Economist als eine Politik definierte, „Deutschland in Ketten und Europa in Lumpen zu halten", vollständig aufgegeben und nicht nur wie gegenwärtig durch amerikanische Hilfsgelder korrigiert worden wäre, wenn man der amerikanischen Öffentlichkeit die Tatsachen der gegenwärtigen Lage zum Bewußtsein gebracht hätte.

Unglücklicherweise haben die meisten Amerikaner aber keine Vorstellung von dem Maß, in dem ECA und State Department dem englischen Wunsch auf Ausschaltung der deutschen Konkurrenz und der blinden Furcht Frankreichs nachgegeben haben. Als das State Department am 13. April 1949 bekannt gab, daß die amerikanische, englische und französische Regierung ein Übereinkommen über die Demontage erreicht hätten, hat auch nicht eine amerikanische Zeitung darauf hingewiesen, daß die „Zerstörung auf unsere Kosten" fortgesetzt wurde.

Der Humphrey-Ausschuß, dessen Bericht zur gleichen Zeit veröffentlicht wurde, hatte 381 der ursprünglich mehr als 900 Fabriken der Demontageliste von 1947 untersucht, aber vorgeschlagen, nur 148 ganz und weitere 19 teilweise in Deutschland zu belassen. Und das State Department gab dann auch noch Frankreichs und Englands Wünschen in bezug auf die wichtigsten dieser von der ECA zur Belassung empfohlenen

Werke nach — z. B. hinsichtlich der August-Thyssen-Hütte, der Bochumer Eisen- und Stahlwerke und der Kunstdüngerfabrik in Oppau (s. Kapitel 10). Der ECA-Ausschuß hatte vorgeschlagen, daß nur 21 der von ihm inspizierten 84 Stahlwerke bestehen bleiben, 47 vollständig und weitere 16 teilweise als Reparationen zugeteilt werden sollten. Das State Department ging aber darüber hinaus und erklärte sich damit einverstanden, daß 5 der größten und leistungsfähigsten Stahlwerke geopfert wurden, die ECA erhalten wissen wollte. Trotz der ernsten Energieknappheit in Deutschland, die schon jetzt den weiteren Gesundungsprozeß behindert, stimmte das State Department der Niederreißung von zwei Kraftwerken zu. Ähnliches gilt für die chemische Industrie: 43 Betriebe werden für Reparationen „freigegeben“ und nur 32 der insgesamt überprüften 75 Werke sollen bestehen bleiben. So hat auch dieses Demontageabkommen das ursprüngliche Programm nur geringfügig abgeändert. Das in diesem Kapitel gezeichnete Bild wird also nicht wesentlich verändert.

IV
DIE DEUTSCHE DEMOKRATIE ZWISCHEN SCYLLA UND CHARYBDIS

Der Marshallplan beruht auf der Annahme, daß ein armes und verzweifeltes Volk die Demokratie verwirft und den Kommunisten folgt. Um die westliche Welt vor einer totalitären Tyrannei zu bewahren, müsse also Amerika den europäischen Staaten diesseits des Eisernen Vorhangs genug Dollars geben, damit sie ihre Wirtschaft wiederaufbauen und ihrer Bevölkerung die Gelegenheit verschaffen, ein angemessenes Auskommen zu verdienen.

Diese Theorie wird jedoch auf Deutschland nicht angewandt. Wir weigern uns zuzugeben, daß Armut, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung die Nazis an die Macht brachten, und so kann es geschehen, daß wir das deutsche Volk erneut dahin treiben, daß es die politische Konzeption und die moralischen Werte des Westens ablehnt. Wir wollen in den Deutschen ein von Natur aus aggressives Volk sehen, das eine Vorliebe für ein autoritäres Regime habe, und behandeln sie so, als seien sie von einem Teufel besessen, der ihnen mit der Zuchtrute ausgetrieben werden müsse.

Man hat heute vergessen, daß die Nazis nicht durch ein Eintreten für den Krieg an die Macht kamen. Sie appellierten vielmehr in erster Linie an die Sehnsucht des deutschen Volkes, von unerträglicher Unordnung und wirtschaftlichem Chaos befreit zu werden. Das Hauptschlagwort der Nationalsozialisten war „Arbeit und Brot". Hitler hat erst dann von einer auch gewaltsamen Erringung des „Lebensraumes" gesprochen, als er bereits an der Macht war, und als viele Deutsche der Partei beitraten, weil diese antikommunistisch war, und andere sie unterstützten, weil die demokratischen Parteien bei der Lösung des

Arbeitslosenproblems versagt hatten und es ihnen nicht möglich gewesen war, die westlichen Demokratien zu den für die Existenz des deutschen Volkes notwendigen Zugeständnissen zu veranlassen.

Auf der ersten Sitzung des nationalsozialistischen Reichstages am 17. Mai 1933 hat Hitler ausdrücklich gelobt, den Krieg zu vermeiden:

„Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen. Im Gegenteil, weder politische noch wirtschaftliche Nöte können durch die Anwendung irgendwelcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst der ausschlaggebende Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als endliches Ergebnis nur eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts herbeiführen.

Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheiten und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen. Ein kommunistisches Chaos in Europa würde eine Krise der Welt heraufführen von nicht abzuschätzender Dauer. Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung in ihrer aufrichtigen und tätigen Mitarbeit zu verhindern. Dies ist auch der Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung.

Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, entsprechen in jeder Weise auch den Interessen der anderen Völker:

1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufruhrs und Aufbau eines einigenden Volksstaates.

2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionen-Armee der Arbeitslosen in eine nationale Produktion.

3. Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, die getragen wird von dem Willen der Nation, dieses

große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig zu machen.*)

Viele Ausländer haben Hitlers Lügen geglaubt; ist es da überraschend, daß auch so viele Deutsche ihm glaubten? Sie alle für mitschuldig an den Verbrechen Hitlers zu erklären, nachdem es für sie zu spät war, seiner Tyrannei zu entkommen, heißt, die Natur eines totalitären Regimes zu verkennen. Man darf daran zweifeln, ob irgendeine andere Nation, wäre sie an der Stelle Deutschlands gewesen, den Verlockungen der nationalsozialistischen Propaganda widerstanden hätte. Nach dem zweiten Weltkrieg hätte es unser Ziel sein müssen, das deutsche Volk zu überzeugen, daß Hitler scheiterte, weil er Unrecht hatte, und daß Demokratie Leben und Hoffnung bietet.

Statt dessen ist zum zweiten Male in dreißig Jahren für die Deutschen Demokratie gleichbedeutend geworden mit der Auferlegung untragbarer Bedingungen und der Verweigerung der Freiheit, Sicherheit und Selbstachtung für das deutsche Volk.

Es gehört zu den paradoxen Erscheinungen der Gegenwart, daß in einer Zeit, in der schon den Schulkindern Psychologie beigebracht wird und „psychologische Kriegführung" zu einem besonderen Zweig der Militärwissenschaft geworden ist, unsere Außenpolitik weniger Verständnis für andere Völker aufbringt als die unserer Vorfahren, deren Kenntnisse sich auf Geschichte und Philosophie beschränkten.

Anscheinend nimmt man an, daß die Lehren der Psychologie für die Deutschen keine Geltung haben. Man hat zwar den meisten Amerikanern die Idee plausibel gemacht, daß verbrecherische Neigungen auf die Umwelt zurückzuführen sind, und daß jugendliche Verbrecher durch eine psychologische Behandlung auf den rechten Weg gebracht werden können; aber trotzdem glauben sie, die Deutschen könnten nur gebessert werden, wenn man sie als hartgesottene Verbrecher behandelt und sie samt und sonders bestraft — selbst die Kinder, die noch nicht geboren waren, als Hitler an die Macht kam.

„Wenn man ein Kind dauernd einen Dieb nennt", sagte ein

*) Originaltext nach dem Abdruck der Rede im „Hamburger Fremdenblatt", Nr. 135 vom 17. Mai 1933.

Deutscher zu mir, „so wird es schließlich zu einem Dieb. Genau so ist es, wenn man alle Deutschen als Naziverbrecher behandelt. Damit hat man mehr zu Nazis gemacht, als Hitler es jemals fertigbrachte.“

Man kann ein Volk nicht in Bußfertigkeit hineinprügeln. Die Menschen müssen ihre Selbstachtung behalten haben, wenn sie ihre Schuld zugeben sollen. Vielen Deutschen ist niemals klar geworden, was sie unter der Naziherrschaft getan oder begünstigt haben. Die Enthüllungen über die Nazigrausamkeiten in den besetzten Gebieten nach der Niederlage Deutschlands hätten ihnen aber ein Anstoß zur Reue werden können, wären sie nicht selbst das Opfer ähnlicher „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geworden. Alles, was wir getan haben, muß sie überzeugen, daß die einen wie die anderen, daß alle böse und grausam sind.

Wie können wir erwarten, die Deutschen zum Bewußtsein ihrer „Schuld“ zu bringen, wenn wir selbst und unsere Verbündeten sie nicht anders behandeln, als die Nazis die Besiegten behandelten? Weit von Reue entfernt betrachten die Deutschen sich heute als das am meisten unterdrückte Volk und sehen keinen Unterschied zwischen der Herrschaft der Nazis und der Herrschaft der westlichen Militärregierungen.

Dr. Helmuth Becker, der Sohn des international bekannten Pädagogen und preußischen Erziehungsministers vor 1933, sagte mir in Nürnberg: „Wenn die Auffassung der Militärregierung von Demokratie noch lange beibehalten wird, dann wird es in den nächsten hundert Jahren keine Chance für eine Demokratie in Deutschland geben.“

„Nur wenigen Amerikanern“, fuhr er fort, „ist es zum Bewußtsein gekommen, daß Deutschland nur deswegen Hitler folgte, weil die demokratischen Parteien bankrott waren. Sie sehen auch nicht die große Ähnlichkeit zwischen einer Militärregierung und der Naziherrschaft. Die Nazis und die Militärregierung hätten sehr gut zusammengepaßt. Beide haben den gleichen Glauben an ein autoritäres Regime, und beide werden von den Deutschen gleich angesehen. Wir glauben heute genau so wenig an Eure Propaganda, wie wir der nazistischen Propa-

ganda nach den ersten zwei oder drei Jahren des Hitlerregimes glaubten. Wir beurteilen Euch nach Euren Taten, nicht nach Euren Worten, und Eure Taten unterscheiden sich nur wenig von dem, was die Nazis getan haben."

Zwischen Demokratie und Militärregierung besteht nun einmal ein unausweichlicher Widerspruch. Die eine bedeutet Regierung mit Zustimmung der Regierten, die andere beruht auf Gewalt und der Macht der Eroberer, den Besiegten ihren Willen aufzuzwingen. Dieser Widerspruch wird durch das den Besatzungstruppen in Deutschland vorgeschriebene Benehmen und ihr Verhalten noch verschärft. Dieser Gegensatz reicht aber auch allein schon aus, um die Entwicklung einer kräftigen demokratischen Bewegung in Deutschland zu verhindern.

Es ist ganz unvermeidlich, daß die deutschen Demokraten in den Westzonen ihren Landsleuten als „Quislinge" erscheinen, die die Befehle der Sieger ausführen. Da diese Befehle den Deutschen verboten, ihre ausgebombten Städte wiederaufzubauen, sie vielmehr in den Trümmerresten hungern ließen, da sie den Arbeitern durch Demontage ihre Existenzgrundlage wegnahmen und die ganze Bevölkerung der Freiheit beraubten, ist Demokratie erneut zu einem Synonym für Niederlage, Elend, Ungerechtigkeit und Sklaverei geworden.

Wieder wie in den Tagen der Weimarer Republik, ja in noch höherem Grade verweigern wir den deutschen Demokraten jede Möglichkeit, ihren Landsleuten zu beweisen, daß Gerechtigkeit, das Recht auf Arbeit, auskömmlicher Lohn und die Gleichberechtigung unter den Nationen auch ohne Anwendung von Gewaltmitteln erreicht werden können.

Die mißliche Lage der deutschen Sozialdemokraten außerhalb Berlins illustriert die traurigen Folgen unserer undemokratischen Haltung gegenüber den Deutschen.

Wenn ich mit deutschen Arbeiterführern im Ruhrgebiet sprach, so fühlte ich mich in die Tage der Weimarer Republik zurückversetzt, in denen ich Deutschland oft besucht hatte. Die alten Sozialisten, die nazistische Verfolgung und den Krieg überlebt hatten, standen wieder da, wo sie vor zwanzig Jahren gestanden hatten, nur daß es für sie heute noch sehr viel

schwieriger war, dem deutschen Volk den demokratischen Gedanken nahezubringen. Aber noch immer vertrauten sie auf friedliche Methoden und vernünftige Argumente. Sie vermieden die „direkte Aktion" oder revolutionäre Methoden, um ihre gerechtfertigten Forderungen durchzusetzen. Sie glaubten noch immer an eine Möglichkeit, die „Werktätigen der ganzen Welt" zu vereinen, und sie brachten noch immer englischen und französischen Sozialisten Vertrauen entgegen. Sie halten sich unter der englischen Militärregierung an die Gesetze, wie sie es früher unter einer deutschen Regierung getan haben. Es fehlt ihnen nicht an Mut, aber es scheint, daß sie zu einer kühnen und entschlossenen Aktion in einer Krisenzeit nicht fähig sind.

Sie befinden sich in einer tragischen Lage: sie können nicht aus den Lehren der Vergangenheit lernen, denn dies *zu tun, würde eine Verleugnung der demokratischen Grundlage ihrer* Auffassungen sein. Da aber die Lage, der sie sich heute gegenübersehen, der gleicht, vor die sie sich nach dem ersten Weltkriege gestellt sahen, so befinden sie sich erneut in Gefahr, die Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft zu verlieren und den Demagogen und Aposteln der Gewalt und Tyrannei Platz machen zu müssen, mag es sich nun um die radikalen Nationalisten der Rechten oder die Kommunisten handeln, die beide schon einmal die deutsche Demokratie zerstört haben.

Die Deutschen wollen immer alles besonders „gründlich" machen. Sie sind entweder radikal-nationalistisch und aggressiv oder sie gehen auch in Pazifismus, Rationalismus und Internationalismus weiter als Sozialisten und Liberale in anderen Ländern.

Ein junger deutscher Gewerkschaftssekretär in Düsseldorf hat mir das einmal so erklärt: „Das Schicksal hat uns in die Mitte Europas gestellt, und so strömen von allen Seiten Einflüsse nach Deutschland herein und stoßen hier heftiger aufeinander als anderswo. Die Probleme haben bei uns schärfere Konturen als in irgendeinem anderen Land. Der Deutsche neigt dazu, aus jeder Frage ein Weltanschauungsproblem zu machen. Die Religionskriege haben sich in Deutschland verheerender ausgewirkt als irgendwo sonst, weil unser Glaube

immer ein ‚Entweder-Oder' ist. Für uns sind Kompromisse immer ‚faul'. So wenden wir uns auch in der Politik heute den gleichen Extremen zu: äußerster Nationalismus auf der einen, Verleugnung jedes Nationalgefühls auf der anderen Seite. Wir betreiben auch die Politik mit einer Art religiöser Überzeugung und betrachten den als ‚Feind', der anders denkt als wir. Vergleichbar der elektrischen Kraft, die von einem ‚positiven' und einem ‚negativen' Strom erzeugt wird, sind im deutschen Charakter die Anlagen für das Gute und für das Böse gleich stark entwickelt."

Ist der Nationalismus im Aufstieg, so gehören die Deutschen zu den gewalttätigsten und skrupellosesten Völkern; wenden sie sich dem Pazifismus und Internationalismus zu, dann ertragen sie Provokationen, Ungerechtigkeit und Leiden mit einer Geduld wie kaum ein anderes Volk. Diese Tendenz zu den Extremen und zur Kompromißfeindschaft ist auch für den heftigen Parteienkampf mitverantwortlich, der zur Zerstörung der Weimarer Republik beitrug. Ganz anders als die Engländer, die instinktiv Parteiinteressen den Nationalinteressen unterordnen, treiben die Deutschen die innerpolitischen Gegensätze so weit, daß innere Konflikte zu einer Art „kaltem Bürgerkrieg" führen, wenn nicht gerade ein Krieg oder ein autoritäres Regime sie eint.

Nun ist dies freilich keine ausschließlich deutsche Eigenart. Auch die Franzosen zeigen sich als ähnlich unfähig zu einer funktionierenden Demokratie, und die Engländer haben auch früher ihre Bürgerkriege geführt. Weil der deutsche Staat vergleichsweise noch jung ist, schlägt hier das Pendel so weit aus: vom Nationalismus zu einem ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen geführten brudermörderischen Kampf und wieder zurück zum extremen Nationalismus.

Die Absage der deutschen Sozialdemokraten an nationalistisches Empfinden und nationalistische Ziele kommt sowohl den radikalen Nationalisten wie den Kommunisten zugute, die den deutschen Nationalismus zugunsten russischer Ziele ausnutzen. Viele deutsche Sozialisten in den Westzonen verstärken den Eindruck, sie seien nur Marionetten, indem sie sich an-

scheinend zum Echo der Stimme der Sieger machen, die von den Deutschen verlangen, sie dürften, anders als andere Völker, kein nationales Empfinden haben.

Patriotismus ihrer eigenen Völker wird von den Siegern als eine Tugend betrachtet, bei den Deutschen aber als Zeichen perverser Tendenzen. Jede Andeutung eines „Wiederauflebens des deutschen Nationalismus“ wird als Ausrede benützt, um neue Unterdrückungsmaßnahmen zu begründen. Wir behandeln die Deutschen wie Sittlichkeitsverbrecher, die entweder kastriert oder eingesperrt und vom normalen Geschlechtsverkehr ferngehalten werden müssen, während es ihren Kerkermeistern erlaubt ist, ihre natürlichen menschlichen Triebe voll auszuleben.

Gestern waren es die Nazis, heute sind es ihre früheren Verbündeten und Geistesverwandten, die Kommunisten, die den Vorteil von der Behandlung Deutschlands durch die Alliierten und von der Schwäche der deutschen Demokratie haben. Die Kommunisten appellieren an die gleichen Leidenschaften, Haßgefühle und aggressiven nationalistischen Impulse wie die Nazis. Sie stellen sich an die Spitze des Kampfes gegen Demontage und die sogenannte Internationalisierung der Ruhr. Sie sind die ersten, wenn es gilt, die Unfähigkeit der deutschen Demokraten darzutun, eine elementare Gerechtigkeit für das deutsche Volk zu erreichen und zu zeigen, daß die demokratischen Mächte nicht bereit sind, sie zu gewähren.

Die Deutschen haben den kommunistischen Terror in der Sowjetzone und in Berlin erlebt, und die Wehrmachtsangehörigen haben als Soldaten und Kriegsgefangene Sowjetrußland aus eigener Anschauung kennengelernt. Das hat bisher das Aufkommen einer starken kommunistischen Bewegung verhindert. Aber es gibt im Ruhrgebiet eine starke kommunistische Gruppe, und sie wird nur von den Sozialisten und den Christlichen Demokraten in Schach gehalten, die noch immer hoffen, daß die Westmächte angesichts der sowjetischen Gefahr zur Vernunft kommen und dem deutschen Volk zu leben und zu arbeiten erlauben werden.

Etwa ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

der Ruhr-Schwerindustrie sollen kommunistische Parteimitglieder sein oder unter kommunistischer Führung stehen. Diese ernst zu nehmende Minderheit muß wachsen, wenn es so aussieht, als seien die Kommunisten die einzigen, die gegen die Demontage ankämpfen. Sie muß auch wachsen, wenn die Besatzungsbehörden, die zwar ein freies Unternehmertum in Deutschland wiederherzustellen wünschen, sich aber trotzdem weigern, der deutschen Wirtschaft die Reparationslasten und die Fesseln abzunehmen, die ihr im Interesse der englischen und französischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt angelegt wurden, und wenn sie dem Mangel und der Inflation Vorschub leisten, die dem deutschen Arbeiter nicht einmal das zum Leben Notwendige belassen.

Wenn die deutschen Sozialisten, die in den Gewerkschaften des Ruhrgebietes die führende Rolle spielen, es nicht einsehen, daß sie als „collaborators" der Engländer niemals eine faire Regelung erreichen, wenn sie ihre Gefolgschaft weiter von organisierten Streiks gegen die Demontage zurückhalten, wenn sie es daran fehlen lassen, die deutschen Arbeiter auf jede nur denkbare Weise zu unterstützen, die ihre Weigerung, englische Befehle zur Zerstörung ihrer Existenzgrundlage auszuführen, mit Gefängnis büßen, dann kann es nicht ausbleiben, daß die Kommunisten trotz der deutschen Furcht vor der Sowjetunion und dem Haß auf die Sowjets die Führung der deutschen Arbeiterschaft an sich reißen.

Die Engländer haben bisher von der vertrauensseligen Haltung der deutschen Arbeiterführer gegenüber der englischen Labour-Regierung einen gewaltigen Vorteil gehabt. Auf lange Sicht gesehen, wird aber wahrscheinlich dieser Vorteil in einen Nutzen für die Kommunisten umschlagen. Es ist ganz ähnlich wie beim englischen Rußlandhandel: auf eine gewisse Zeit bringt es Profit, an Sowjetrußland und seine Satelliten Waffen und Flugzeuge oder Maschinen für Rüstungsbetriebe zu verkaufen; aber es kann einmal der Tag kommen, an dem die Engländer es bitter bereuen, nur an die Anhäufung von Dollars und nicht an ihre Verteidigungsinteressen gedacht zu haben. Genau so werden sie vielleicht auch einmal den Tag verfluchen,

an dem sie kommerziellen Gründen den guten Willen derjenigen aufopferten, die ihnen vertrauten und ihre stärksten Verbündeten hätten werden können.

Mein Besuch im Ruhrgebiet im Herbst 1948 brachte mir nicht nur die Übereinstimmung in der Behandlung der deutschen Demokratie durch die Sieger von 1918 und die Sieger von 1945 zum Bewußtsein, er lehrte mich auch die Schwäche der deutschen Sozialdemokratie verstehen.

Bevor Hitler an die Macht kam und die deutsche Sozialdemokratie noch immer auf die Anhänglichkeit der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft und der freien Berufe zählen konnte, hatten die deutschen Demokraten geglaubt, die westlichen Demokratien könnten doch nicht ihren Untergang zulassen, indem sie die Zugeständnisse verweigerten, die dem deutschen Volk eine friedfertige Führung erhalten hätten. 1948 konnte ich im Ruhrgebiet feststellen, daß ein Teil der deutschen Gewerkschaftsführer überzeugt war, eine englische Arbeiterregierung würde niemals das Demontageprogramm wirklich durchführen, das die Deutschen erneut in eine Feindseligkeit gegen die Demokratie hineintreiben mußte.

Ein anderer Teil war offenbar durch ein englisches Versprechen dafür gewonnen worden, die Demontage hinzunehmen, das Versprechen nämlich, eine Sozialisierung der Gruben und Hütten gegen die privatwirtschaftlich eingestellten Amerikaner zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die Gewerkschaftsführer mit der englischen Militärregierung zusammenarbeiteten oder wenigstens keinen Widerstand gegen den Abtransport der Maschinen aus deutschen Fabriken organisierten. Anscheinend war es darauf zurückzuführen, daß Hans Böckler und andere alte deutsche Gewerkschaftsführer der Forderung der Gewerkschaften auf einen Generalstreik gegen die Demontage nicht nachgeben wollten. Wie Samson hatte sich die deutsche Arbeiterschaft ihre Kraft abscheren lassen, und die Verführerin hieß sozialistische Idee. In der Hoffnung, den Sozialismus durch Zusammenarbeit mit den englischen Eroberern durchzuführen, hatten die alten deutschen Gewerkschaftsführer die deutsche Arbeiterklasse wehrlos gemacht.

Aber ob nun ein solcher Kuhhandel zwischen englischen und deutschen Sozialisten wirklich erfolgt ist oder nicht, in meinen Gesprächen mit den Arbeiterführern im Ruhrgebiet wurde mir jedenfalls soviel klar, daß sie vor allem besorgt waren, der englischen Labour-Regierung ja keine Ungelegenheiten zu bereiten oder sie zu verstimmen.

Auf der anderen Seite wurde mir aber auch klar, daß den deutschen Gewerkschaftsführern kaum eine andere Wahl blieb, als mit den Engländern zusammenzuarbeiten. Die Abhängigkeit der Deutschen von den Lebensmittellieferungen der Eroberer gab der englischen und amerikanischen Militärregierung eine fürchterliche Waffe in die Hand, und sie wurde ohne viel Skrupel angewandt. Niemand konnte vergessen, daß die Westmächte 1947 für den Fall eines Streiks mit einer Einstellung der Lebensmittellieferungen gedroht hatten.

Als Außenstehende kann ich nicht beurteilen, ob Zuckerbrot oder Peitsche die größere Rolle dabei spielten, daß die deutschen Gewerkschaftsführer zur Zusammenarbeit mit der englischen Militärregierung veranlaßt werden. Die Peitsche, nämlich der Hunger, wird wahrscheinlich mächtiger sein als der sozialistische Köder. Der Hunger als Zwangsmittel wird von den englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden unauffälliger angewandt als von den Sowjets, aber kaum weniger wirksam. Diese Abhängigkeit Westdeutschlands von Lebensmitteleinfuhren hat den Boden unter den Füßen der deutschen Demokraten so arg beschnitten, daß die deutsche Arbeiterschaft in eine noch schwächere Position versetzt wurde als selbst unter der Nazityrannei.

Für die nationalsozialistische Regierung war es wesentlich, der deutschen Arbeiterschaft einen Anreiz für eine Arbeit bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zu bieten, da mit Zwang allein keine Höchstproduktion zu erreichen ist. Die englische Militärregierung hat kein solches Interesse. Für die Engländer war es, um ihren Lieblingsausdruck zu gebrauchen, „völlig wurscht“, ob die deutschen Arbeiter lieber streikten oder hungerten. Eine Unterbrechung der Produktion der deutschen Fabriken konnte den englischen Eroberern eher willkommen

sein, da sie ja zugleich Deutschlands Konkurrenten sind. Das Ergebnis war also, daß den deutschen Arbeitern im Ruhrgebiet die einzige Waffe gegen die Zerstörung ihrer Existenzmittel aus der Hand geschlagen war.

Da jede deutsche Arbeiterfamilie dauernd am Rande der Not lebt und selbst für ihre unzureichende Ernährung auf den guten Willen der Eroberer angewiesen ist, kann sich kein deutscher Arbeiterführer leichten Herzens auf einen Kampf mit den Besatzungsbehörden einlassen. „Eine Woche ohne Arbeit und Lohn“, sagte einer von ihnen zu mir, „bedeutet so und soviel mehr Fälle von Kindertuberkulose, so und soviel mehr Arbeitsunfähige. Wir sind so unterernährt und so schwach, daß wir uns kaum am Leben erhalten können; wir haben keine Kraftreserven und keine Lebensmittelvorräte. Der geringste Anstoß kann zum Zusammenbruch führen. Wie können wir uns der organisierten Macht der Sieger entgegenstellen, in deren Hand unser Leben liegt, und die uns alle als Verbrecher oder bestenfalls als ‚Gefangene auf Ehrenwort‘ behandeln?“

Trotz allem fiel es mir schwer, die Haltung eines Mannes wie Hans Böckler zu begreifen, der für die deutsche Arbeiterschaft ist, was William Green, der Vorsitzende der American Federation of Labor, den amerikanischen Arbeitern bedeutet. Er war vor kurzem aus London zurückgekommen, wo er eine Unterredung mit Ernest Bevin gehabt hatte. Als ich ihn fragte, was denn Bevin auf seine begründeten Einwände gegen die Demontage geantwortet habe, suchte Böckler den englischen Außenminister auch noch zu entschuldigen. „Bevin“, sagte er, „ist mit anderen Sorgen so überlastet, er geht so völlig in den außenpolitischen Schwierigkeiten — Palästina, Rußland usw. — auf, daß er einfach keine Zeit hat, sich auch noch um das deutsche Problem zu kümmern.“

Nach diesem Gespräch hat es mich nicht besonders überrascht, daß einer der Minister von Nordrhein-Westfalen, selbst Sozialdemokrat, mir sagte, Böckler sei „zu sehr nach England orientiert.“ Die mittlere Gewerkschaftsführung, sagte der Minister weiter, sei sich völlig darüber klar, daß die deutschen Arbeiter den Engländern gegenüber die Dummen seien, und die Arbeiter

selbst wollten den Streik gegen die Demontage. Böckler aber, der zugleich Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft und Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, habe es zu verhindern gewußt, daß eine wirksame Aktion unternommen wurde.

Die gleichen probritischen Auffassungen vertritt Arnold Schmidt, der Führer der deutschen Bergarbeiter. Als ich ihn in seinem Hause in der Nähe von Bochum interviewte, hatte ich ihn bereits zu Mitgliedern der englischen und amerikanischen Militärregierung auf einer Versammlung in Essen am 2. Oktober sprechen hören, und ich hatte vergeblich darauf gewartet, daß er gegen die Demontage protestieren sollte. Ich war also nicht sonderlich erstaunt, als er mir erzählte, die deutschen Arbeiter seien voller Bewunderung für die sozialistischen Ergebnisse der englischen Labour-Regierung. Er äußerte — entweder aus Zurückhaltung oder aus Überzeugung — kein Wort der Kritik an der englischen Politik.

Ebensosehr wie ich die Gewerkschaftsführer alten Stils achte, die ich im Ruhrgebiet kennenlernte, erregt es mich, Zeuge ihres rührenden Glaubens an die englische Arbeiterregierung zu sein. Trotz der Haltung von oben herab, die von den Beamten der englischen Militärregierung auch ihnen wie allen Deutschen gegenüber beobachtet wurde, trotz der im Übermaß vorhandenen Beweise britischer Entschlossenheit, den deutschen Wettbewerb durch rücksichtslose Demontage auszuschalten, wollten sie einfach nicht glauben, daß eine englische Arbeiterregierung etwas anderes als ihr Freund sein könne. Anstatt sich also an die Spitze der Streiks und Demonstrationen zu stellen, die von den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern gefordert wurden, redeten sie ihnen weiter gut zu: wenn die Deutschen nur geduldig und unterwürfig seien, dann würden Engländer und Franzosen schließlich doch zur Vernunft kommen und den deutschen Arbeitern nicht mehr das Brot vom Munde wegreißen.

Trotz ihrer schwachen Stellung fehlt es der SPD aber nicht an Führern, die einen kühneren Kurs steuern wollen, als Böckler und Schmidt ihn eingeschlagen haben. Es gibt eine kämpfe-

rische Opposition innerhalb der Partei, die eine wirksame direkte Aktion gegen Demontage und Umwandlung der Ruhr in eine englisch-französische Kolonie für möglich erklärt und den Standpunkt vertritt, daß die Kommunisten an die Spitze kommen werden, wenn die Sozialisten im Kampf um die Rechte der deutschen Arbeiterschaft versagen. Dieser kämpferische Flügel der Partei und der Gewerkschaften setzt sich für Streiks und Massendemonstrationen gegen die Demontage ein; denn nach seiner Meinung werden es die Engländer im gegenwärtigen Stadium nicht wagen, mit nackter Gewalt gegen die deutsche Arbeiterklasse vorzugehen, würden doch, wie sie selbst sehen, nur die Kommunisten die Nutznießer eines solchen Vorgehens sein.

Anfang 1949 sah es so aus, als ob diese militanten Elemente im Ruhrgebiet die Führung übernehmen würden. Der Grund dafür lag ohne Zweifel darin, daß die Kommunisten angefangen hatten, sich an die Spitze der Opposition gegen die Demontage zu stellen, und daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der Doppelzone — ohne die Massen der in den Lagern lebenden arbeitslosen Ostvertriebenen — auf 1 Million angestiegen war.

In Dortmund besuchte ich eine hervorragende Persönlichkeit aus dem Kreis der kämpferischen Gewerkschaftsführer, Herrn Meyer. Er lag gerade im Krankenhaus, weil er einige Tage zuvor bei einem Straßenunfall seine rechte Hand eingebüßt hatte. Herr Meyer hatte seine Laufbahn als Bergmann begonnen, war dann in der Gewerkschaftsbewegung tätig, bevor Hitler an die Macht kam, und hatte nach 1933 seinen Lebensunterhalt mit ganz verschiedenen Beschäftigungen — als Reklameagent einer Filmgesellschaft, Reisender in elektrischen Birnen und Hotelgeschäftsführer — verdienen müssen; während des Krieges war er sowohl Soldat wie Dienstverpflichteter in einer Glasfabrik gewesen. Dabei sah er aus wie Beethoven. Sein mächtiger Rumpf, das bleiche Gesicht, die Adlernase, der volle Mund und die hohe Stirn, in die das schwarze, von grauen Strähnen durchzogene Haar fiel, und vor allem seine brennenden Augen sind unvergeßlich. Was mir aber einen noch größeren Eindruck machte, waren seine furchtlose Haltung und seine Art, kein

Blatt vor den Mund zu nehmen; es war ein großer Gegensatz zwischen seinen Auffassungen und dem engen sozialistischen Sektierertum einiger anderer.

Meyer erzählte mir, daß er in den letzten Verzweiflungswochen des Krieges trotz seines Alters noch eingezogen worden war und in amerikanische Gefangenschaft geriet. Dabei hatte er aber das Glück, von einem früheren Gewerkschaftskollegen verhört zu werden, der in die Vereinigten Staaten emigriert und amerikanischer Staatsbürger geworden war. Dieser Freund aus den Tagen der Weimarer Republik hatte seine sofortige Entlassung verfügt, und so hatte Meyer sich zusammen mit seinem alten Gewerkschaftsvorsitzenden Böckler an den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung gemacht.

Mit der jetzigen Taktik Böcklers war aber Meyer ganz und gar nicht einverstanden. Als im Sommer 1948 in der englischen Zone die Demontage großen Stils begann, hatte er vorgeschlagen, die deutschen Gewerkschaften, Handels- und Handwerkskammern, Fabrikbesitzer und Betriebsführer, protestantische und katholische Geistliche sollten zusammen und gleichzeitig in Streik treten und jede Zusammenarbeit mit der englischen Militärregierung verweigern.

Dieser Vorschlag, erzählte Meyer weiter, war von den nächsten Mitarbeitern Böcklers torpediert worden, die erklärten, Böckler wünsche keine Störungen oder Drohungen, die eine Gefährdung der guten Ergebnisse bilden könnten, die er von seinen Verhandlungen in London und Paris erwartete. Vielleicht war Böckler aber auch ein Gegner jeder Aktion, die eine Einheitsfront mit den „Kapitalisten" und den Kirchen voraussetzte.

Fritz Henssler, der sozialistische Oberbürgermeister von Dortmund, den ich am gleichen Tage interviewte, war, obwohl nicht mehr jung, auch ein kämpferischer Mann von großzügigen Auffassungen. Wie der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter vertritt er die Interessen der gesamten Einwohnerschaft; für ihn waren die menschlichen Bedürfnisse, Freiheit und Gerechtigkeit wichtiger als das „Staatseigentum an den Produktionsmitteln und am Verteilungsapparat". Er teilte keine der

Illusionen der Böckler und Schmidt, die wie zwei Rip van Winkles*) in einer veränderten Welt nicht von dem Glauben lassen wollen, daß die Sozialisten anderer Länder ebenso international eingestellt seien, wie sie selbst.

Henssler sagte mir, daß die deutschen Gewerkschaftsführer sich anfänglich geweigert hatten, daran zu glauben, daß eine englische Arbeiter-Regierung jemals deutschen Arbeitern ihre Existenzmittel wegnehmen würde und daß mit ihnen die Mehrheit der deutschen Arbeiter sich überhaupt nicht hatte vorstellen können, daß eine Demontage großen Stils jemals wirklich durchgeführt werden würde. Sie hatten die lauten Proteste der Arbeitgeber und Betriebsführer nur einer bloßen kapitalistischen oder nationalistischen Reaktion auf die Abrüstungsmaßnahmen zugeschrieben. So hatten die Gewerkschaften im Ruhrgebiet es unterlassen, der englischen Besatzung Schwierigkeiten zu bereiten und beschlossen, ihre Tätigkeit auf rein gewerkschaftliche Dinge zu beschränken. Als dann später die vollen Auswirkungen des Demontageplans deutlich wurden, hätten die deutschen Arbeiter auf den Marshallplan vertraut. Der würde schon die Demontage abstoppen, und Deutschland würde ein höheres Industrieniveau gestattet werden. Erst hätten sie vergeblich auf die englische Labour-Regierung vertraut, jetzt erhofften sie Gerechtigkeit vom kapitalistischen Amerika.

Henssler und ein paar andere hatten von Anfang an begriffen, daß die Demontage eine ernstgemeinte Drohung war, und sie hatten wenig Hoffnung, daß Amerika ihr ein Ende setzen würde. Nach Hensslers Meinung entsprach eine Demontage großen Stils einem gemeinsamen Plan der Vereinigten Staaten und England, die damit ein Abkommen mit Frankreich zustandebringen wollten. Er glaubte, daß beide Mächte 1948 versprochen hatten, die Demontage durchzuführen, was immer sie auch kosten und wie katastrophal die Wirkungen auch für die deutschen Arbeiter und die deutsche Demokratie sein würden.

*) Titelheld einer Erzählung von W. Irving, der verzaubert zwanzig Jahre in einer Höhle schläft und sich nach dem Erwachen nicht mehr zurechtfindet. D. Übers.

Henssler erzählte mir auch, daß der englische Militärgouverneur, General Robertson, bei ihrem ersten Gespräch über die finanziellen Auswirkungen der Demontage viel Mitgefühl gezeigt habe; jetzt aber sei er „eiskalt". Darin sah er den Beweis für ein festes englisch-französisch-amerikanisches Abkommen über die Stahlindustrie: Deutschlands Produktionskapazität solle zerstört, die französische und belgische Produktion verdoppelt werden.

„Da antidemokratisch und zerstörerisch gleichbedeutend ist", sagte Henssler, „ist das klare Ergebnis des Fabrikabbaues die ‚Demontage der Demokratie'. Jede wirtschaftliche Schwierigkeit wirkt sich auf die Demokratie aus und wird sowohl von den Nazis und anderen radikalnationalistischen Elementen wie von den Kommunisten begrüßt."

Im Ruhrgebiet liegt der Schwerpunkt des kommunistischen Einflusses in Deutschland, und die Kommunisten nützen die Demontageschäden in ihrer Propaganda weidlich aus. Sie bedienen sich des nationalistischen Empfindens fast ebenso geschickt wie früher die Nationalsozialisten: sie verkünden, daß die Demontage und das englisch-amerikanisch-französische Ruhrabkommen nur dazu ersonnen sind, um Deutschland zum Profit der angelsächsischen und französischen Imperialisten in eine Kolonie von Sklavenarbeitern zu verwandeln. Diese Propaganda enthält genug Wahrheit, um wirksam zu sein. Der deutsche Arbeiter, der sieht, wie seine sozialdemokratischen Führer beim Schutz seines Lebensunterhaltes und der grundlegenden Interessen Deutschlands versagen, würde natürlich den Kommunisten folgen, hätte er nicht den russischen Terror aus erster Hand kennengelernt.

Als ich Henssler fragte, wieso überhaupt ein deutscher Arbeiter auf die kommunistische Propaganda hereinfallen könne, da doch alle die fürchterliche Behandlung der Deutschen in Rußland und in der Ostzone kennten oder davon gehört hätten, gab er lächelnd zur Antwort: „Sie unterschätzen die Dummheit der Massen. Wenn selbst Roosevelt und Churchill von Stalin getäuscht werden konnten, warum dann nicht auch das deutsche Volk?"

Henssler erzählte mir weiter, daß einige deutsche Nationalisten heute glaubten, sie könnten Deutschland mit Hilfe der Sowjets wiederaufrüsten. „Sie sind bereit, heute Rußland Söldnerdienste zu leisten, um in der Zukunft, wie sie hoffen, ein unabhängiges Deutschland schaffen zu können." Als Beispiel verwies Henssler auf den Grafen Einsiedel, den Enkel Bismarcks, der heute eine bedeutende Rolle in der russisch-dirigierten Bewegung „Freies Deutschland" spielt, weil er die Freundschaftspolitik seines Großvaters gegenüber Rußland wiederaufnehmen will.

Ich fragte Henssler, ob nach seiner Meinung diese deutschen Nationalisten wirklich daran glaubten, Deutschland könne seine Unabhängigkeit durch eine Zusammenarbeit mit Rußland gegen den Westen gewinnen, oder ob sie vorhätten, die Russen bei günstiger Gelegenheit zu verraten. Er antwortete: „Menschen auf der negativen Seite können sich immer eher einigen als Fortschrittler."

Ich fragte Henssler weiter, ob nach seiner Meinung heute viele ehemalige Nationalsozialisten bei den Kommunisten mitmachten; er antwortete: „Sehr wenige mit der Idee, Deutschland für die Russen zu gewinnen, aber sehr viele, die von dem Gedanken ausgehen, daß man die Hilfe Rußlands gewinnen müsse, um Deutschland wieder aufzubauen und es von der Beherrschung durch den Westen zu befreien." Er betonte, daß es ja nur einer Minderheit bedürfe, wie die Nazis ja auch nur eine Minderheit gewesen seien, um in einem Land einen politischen Umschwung herbeizuführen. „Die früheren hohen Nazifunktionäre und viele frühere Wehrmachtsoffiziere", fuhr er fort, „werden sich niemals mit geringen Stellungen zufriedengeben. Sie sehnen sich vor allem nach einem System, in dem sie erneut an die Macht kommen können."

Ministerpräsident Arnold, mit dem ich in Düsseldorf eine Unterredung hatte, wies mich besonders auf die in der Presse wiedergegebene Erklärung Bevins gegenüber General Marshall hin*), daß die Demontage im Ruhrgebiet „aus Sicherheits-

*) Newsweek, amerikanische Wochenschrift, New York/Paris, 27. September 1948, S. 11.

gründen" fortgesetzt werden müsse, weil sonst die Fabriken unbeschädigt in die Hand der Sowjets fallen und von ihnen für ihre Zwecke benützt werden könnten. Diese Erklärung sei Wasser auf die Mühle der deutschen Kommunisten gewesen. Wenn man von der Erwartung ausgeht, sagte Arnold, daß ein wehrloses Deutschland im Falle eines Krieges nicht verteidigt, sondern einfach den Russen ausgeliefert werden soll, dann sei es ganz natürlich, daß viele Deutsche gar keine andere Wahl zu haben glaubten, als sich schon vorher mit den Kommunisten gutzustellen.

„Die antikommunistische Einstellung der Deutschen", sagte er, „ist gut und stark." Wenn nur England und Amerika den Deutschen in einem Besatzungsstatut Freiheit, Selbstregierung und eigene Verantwortung geben wollten, dann würde eine feste Grundlage für eine demokratische Entwicklung geschaffen sein. „Dann könnten wir auch der Ostzone gegenüber fester auftreten." Von einer Erklärung, die Demontage solle sofort aufhören, würde eine elektrisierende Wirkung auf die Deutschen ausgehen. „Wir Deutschen sind so bereit, beim europäischen Wiederaufbau mitzuarbeiten, daß dann in unseren Herzen ein ‚Europa über alles' an Stelle des ‚Deutschland über alles' treten würde."

Man kann solche Erklärungen natürlich leicht als unglaubwürdig abtun und dagegen vorbringen, daß die Deutschen jetzt ein gutes Europäertum nur vorschützen, um später den Kontinent zu beherrschen. Ein solches Mißtrauen verkennt jedoch die „Alles-oder-nichts"-Natur des deutschen Charakters. Die Deutschen neigen nun einmal dazu, eine einmal eingeschlagene Politik bis zur letzten logischen Konsequenz zu treiben. Gibt man ihnen Gelegenheit, in friedlicher Weise ihre Intelligenz, Geschicklichkeit und Arbeitsamkeit zu gebrauchen, so spricht alles dafür, daß sie eher zu guten Europäern werden als andere, weniger zielstrebige Nationen.

Die Kriegspropaganda hat — ich habe schon früher darauf hingewiesen — die wirklichen geschichtlichen Tatsachen verdunkelt. Sonst würden sich auch die Amerikaner darüber klar sein, daß die deutschen Annalen nicht mehr Aggressivität ver-

zeichnen, wenn überhaupt soviel, wie die Geschichtsbücher der Franzosen, Engländer und Holländer, die in Asien und Afrika gewaltige Kolonialreiche eroberten, während die Deutschen zu Hause saßen, Musikwerke schufen, Philosophie studierten und ihren Dichtern lauschten. Es ist in der Tat noch nicht so lange her, daß Deutschland zu den friedlichsten Nationen der Welt gehörte; es kann auch wieder eine solche „friedliebende" Nation werden, wenn es nämlich eine Welt gibt, in der man in Frieden leben kann.

So sehr Männer wie Böckler sich irren mögen, wenn sie glauben, auf dem Wege der Verhandlungen mit den Westmächten Zugeständnisse zu erringen, ihre Haltung beweist jedenfalls die Bereitwilligkeit vieler Deutscher, ihre Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen.

Leider sind die Aussichten, auf diese Weise zum Ziele zu kommen, sehr gering. Wieder wie vor 1933 sitzen die Sozialdemokraten zwischen zwei Feuern. Vor zwanzig Jahren mußten sie nach rechts gegen die Nationalsozialisten und nach links gegen die Kommunisten kämpfen; heute wird ihre Kraft im Kampf gegen die Kommunisten durch die englische und amerikanische Militärregierung geschwächt.

„Wir sind gezwungen, im Ruhrgebiet leise aufzutreten", sagte man mir, „denn unter den deutschen Arbeitern gibt es starke kommunistische Gruppen, die jede unserer Aktionen gegen die Demontage als eine Opposition gegen die westlichen Demokratien auslegen."

Die Tragweite dieser Bemerkung hatte sich mir schon beim Lesen der russisch-lizenzierten Presse in Berlin aufgedrängt, die über die Demontage im Ruhrgebiet — natürlich nicht über die Demontage in der russischen Zone — und über die Behandlung Deutschlands als „Kolonie" der Westmächte herzog. Mir schien aber für die deutschen Sozialdemokraten keine Hoffnung zu bestehen, die Führung der Arbeiterschaft und anderer deutscher Kreise aufrechterhalten zu können, wenn sie solche Angst hatten, den Anschein gemeinsamer Sache mit den Kommunisten zu erwecken, daß sie in der Führung des deutschen Kampfes für nationale Freiheit und das Recht auf Arbeit ver-

sagten. Das wurde besonders deutlich, als Engländer, Franzosen und Amerikaner sich Anfang 1949 auf die sogenannte Internationalisierung der Ruhr einigten. Dieses Abkommen sieht eine dauernde, mindestens langfristige Kontrolle der Ruhrindustrie durch die Eroberer vor, während die deutschen Stellen bei der Verfügung über die Erzeugnisse deutschen Fleißes in der Minderheit sind. Ohne Frage versetzt das Ruhrstatut tatsächlich das Ruhrgebiet in den Stand einer englischen Kronkolonie, nur daß es unter einer Dreistaatenherrschaft steht. Die deutschen Arbeiterführer im Ruhrgebiet schienen aber mehr daran interessiert, daß die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten zu Treuhändern der Zechen, Eisen- und Stahlwerke des Ruhrgebietes ernannt würden, als an einer Opposition gegen die praktisch vollzogene Herauslösung der Ruhr aus der deutschen Wirtschaft.

Die Kommunisten ließen sich natürlich im Januar 1949 die ihnen gebotene wunderbare Gelegenheit nicht entgehen, sich als Vorkämpfer des besiegten und unterdrückten deutschen Volkes aufzuspielen. Der Kommunistenführer Max Reimann führte einen mächtigen Schlag für die kommunistische Sache, als er in einer öffentlichen Rede erklärte:

„Die deutschen Politiker, die heute unter dem Internationalen Ruhrstatut mit den Besatzungsmächten zusammenarbeiten, sollen sich nicht wundern, wenn sie vom deutschen Volk als Quislinge angesehen werden. Eines Tages werden sie für ihr Tun zu bezahlen haben."

Die Engländer haben ihren sozialdemokratischen Freunden kaum einen Dienst erwiesen, als sie Reimann wegen dieser Erklärung verhafteten und ihn so zu einem Helden der deutschen Widerstandsbewegung machten. Die Kommunisten machten aus seinem Prozeß eine Massendemonstration gegen die Umwandlung der Ruhr in eine englisch-französisch-amerikanische Kolonie.

Die von den Kommunisten zusammengetrommelte Menge sang während der Verhandlung gegen Reimann so laut die „Internationale", daß die Sitzung vertagt werden mußte und der englische Sicherheitsoffizier Oberst Pollock gezwungen

war, den kommunistischen Führer zu bitten, die Menge zu beruhigen und zum Nachhausegehen aufzufordern. Max Reimann, so wird berichtet, „lachte übers ganze Gesicht“ und antwortete: „Ich habe sie nicht hergerufen.“

Schließlich trieb die deutsche Polizei die Menge auseinander. Aber als Reimann aus dem Gerichtsgebäude herauskam, wurde er kilometerweit von der begeisterten Menge auf den Schultern getragen. Ein hoher englischer Beamter machte damals das klägliche Eingeständnis: „Es sieht so aus, als ob dieser Prozeß ein Bumerang war. Er hat die Kommunisten zu Vorkämpfern aller Deutschen gemacht, die gegen die Vollmachten der Internationalen Ruhrbehörde über Kohle, Koks und Stahl opponieren.“*)

Trotzdem wurde Reimann vom englischen Gericht zu Gefängnis verurteilt, weil er ein Gesetz der Militärregierung gegen „Behinderung von Personen, die den Besatzungsmächten Hilfe und Unterstützung gewähren“, d. h. von Personen, die mit den Eroberern zusammenarbeiten, verletzt habe. Nichts hätte den Kommunisten besser passen können. Nun konnte ihr Führer erst richtig als Vorkämpfer der unterdrückten deutschen Nation auftreten. Antikommunistische deutsche Politiker sahen sich gezwungen, Reimann zu verteidigen. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD, stellte fest, daß eine Anwendung des Grundsatzes des „Gehorsams“ gegenüber der Militärregierung zum Schutze deutscher Politiker nur der kommunistischen Sache helfe; Heinrich Hellwege, der Vorsitzende der rechtsgerichteten Deutschen Partei, erklärte, daß Reimanns Verurteilung die kommunistische Anschuldigung zu bestätigen scheine, daß nichtkommunistische deutsche Politiker „Ausführungsorgane des Willens der Besatzungsmächte“ seien, und daß jede offene Kritik der Maßnahmen der Westmächte der Bestrafung unterliege.

Die Folge war, wie Militärregierungsbeamte privat berichten, daß sie erneut Schwierigkeiten hatten, Deutsche zur Übernahme verantwortlicher Verwaltungsposten zu veranlassen.**)

---

*) New York Herald Tribune, 19. Januar 1949.
**) New York Times, 4. Februar 1949.

Zum Unglück für die demokratische Sache fanden die deutschen Arbeiter, die von den Engländern verhaftet worden waren, weil sie eine Demontage der Bochumer Eisen- uud Stahlwerke nicht zulassen wollten und Demontagearbeiten verweigerten, nicht eine so mächtige Unterstützung der Öffentlichkeit, wie die Kommunisten sie für ihren Führer organisiert hatten. Sie wurden sang- und klanglos hinter Schloß und Riegel gebracht. Ebensowenig haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer etwas Wirksames unternommen, um den Einsatz von englischen Soldaten zu verhindern, die die Bochumer Arbeiter zum Nachgeben zwingen sollten, nachdem die Engländer am 5. Januar 1949 bekanntgegeben hatten, daß „genügend englische Truppen zur Sicherung der Demontage bereitstehen und daß sie zu Gegenmaßnahmen schreiten würden, falls die Arbeiter des Bochumer Vereins sich diesmal einmischen würden.“

Ein Jahr zuvor, im Januar 1948, waren die sozialdemokratischen Führer in der englischen Zone durch die doppelte Drohung mit Hunger und englischen Tanks soweit eingeschüchtert worden, daß sie den von der Gefolgschaft geforderten Generalstreik verhinderten. Die Ruhrarbeiter hatten in jenem Winter 1947/48 buchstäblich hungern müssen, denn eine längere Zeit hindurch waren die Tagesrationen auf 8/900 Kalorien herabgesetzt und lagen damit unter den Rationen der KZ-Insassen in Nazitagen. Schließlich wurden die Gewerkschaftsführer vom Ernährungsminister für Nordrhein-Westfalen zu einer Konferenz einberufen, auf der ihnen mitgeteilt wurde, daß im Ruhrgebiet nur noch ganze 3000 Tonnen Fett vorhanden seien. Die Frage war, ob man zwei Monate hindurch jedem Arbeiter eine Monatsration von 50 g Fett zuteilen sollte, oder ob man dieses Fett in einem Monat allein an die Bergarbeiter ausgeben sollte, von deren Arbeit die ganze übrige Industrie abhing.

Die Gewerkschaftsführer hatten sich geweigert, diese heikle Frage zu entscheiden. Darauf schob das Ernährungsministerium die Entscheidung dem Wirtschaftsrat in Frankfurt zu und bekam die Antwort, daß nicht einmal diese 3000 Tonnen wirklich

vorhanden waren, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen bloße 460 Tonnen, die knapp für eine Wochenration an die Bergarbeiter ausreichten, wenn gleichzeitig alle übrigen Deutschen leer ausgingen.

In dieser verzweifelten Lage wandte man sich mit einem Hilferuf an Bayern, das ihm auch stattgab und etwas Fett schickte.

„Wenn wir den Generalstreik zugelassen hätten, den ein Drittel der Ruhrarbeiter forderte", sagte ein Gewerkschaftsfunktionär zu mir, „so wäre die letzte Möglichkeit, Fett zu bekommen, durch Einstellung des Verkehrs zerstört worden. Wir haben den Arbeitern die Wahrheit gesagt und sie aufgefordert, auch ohne Fettration weiterzuarbeiten. Wir verhinderten Straßenunruhen, weil wir der Meinung waren, die Engländer würden in solchen Fällen Tanks einsetzen, und daß dann eine wirkliche Gefahr bestehe, die Russen würden kommen, um uns von der anglo-amerikanischen Tyrannei zu ‚befreien'. Das aber ist das letzte, was wir wollen."

Man konnte sich im Ruhrgebiet nur schwer der Schlußfolgerung entziehen, daß die deutschen Sozialdemokraten sich durch ihre gesetzesfromme Natur und ihren Pazifismus, durch die Mischung von Respekt, Vertrauen und Furcht, mit der sie die englische Labour-Regierung betrachteten, selbst in einen „Quisling"-Geruch gebracht hatten. Wie schon Ende der zwanziger Jahre verloren sie an Anhang und bauten selbst an der Straße, die abwärts führt.

Hatte es so den Anschein, als ob die Führer der SPD und der Gewerkschaften im Ruhrgebiet ebensowenig aus der tragischen Geschichte der letzten Jahre gelernt hatten wie die Besatzungsmächte, so galt dies aber nicht von anderen sozialistischen Führern in Deutschland. Ich habe schon von den klarblickenden und mutigen Berliner Sozialisten gesprochen; die Auffassungen von Carlo Schmid, dem SPD-Führer in der französischen Zone, boten einen ähnlichen Gegensatz.

Carlo Schmid ist eine ungewöhnliche Persönlichkeit. Seine Mutter war Französin, sein Vater Deutscher, und so verbindet er teutonische Stärke und Entschlossenheit mit gallischem Esprit

und Feuer, Freude am Leben und allem Schönen. Carlo Schmid ist ein Dichter, ein Philosoph, ist Professor für Völkerrecht und ein glänzender Redner; er ist in der europäischen literarischen Welt zu bekannt und zu einflußreich, als daß die Franzosen es wagen konnten, ihn einzusperren. „Helden der deutschen Widerstandsbewegung" gegen französische Tyrannei werden von der Sûreté sehr summarisch erledigt. Aber Carlo Schmid, der während der deutschen Besetzung eine französische Provinz verwaltete und einen beneidenswerten Ruf für Gerechtigkeit und faire Behandlung der Franzosen erlangte, die er mutig gegen die Gestapo in Schutz nahm, kann weder verunglimpft noch leicht zum Schweigen gebracht werden.

Ich lernte Carlo Schmid zuerst im Oktober 1948 in Bonn kennen, wo er als Delegierter des Parlamentarischen Rates an den Verfassungsberatungen für Westdeutschland teilnahm Ende November traf ich ihn erneut in Berlin, wohin er gekommen war, um seinen sozialdemokratischen Kollegen im Wahlkampf zu helfen. Beide Male machte er auf mich einen großen Eindruck, und zwar nicht nur durch seine Intelligenz und sein Verständnis für die Probleme unserer Zeit, sondern auch durch seine Menschlichkeit, die völlig von allen Klassen-, Rassen- und nationalen Vorurteilen frei ist. Ebenso wie Oberbürgermeister Ernst Reuter und ganz anders als die meisten Sozialisten, die ich im Ruhrgebiet kennenlernte, repräsentiert Carlo Schmid eine neue, undoktrinäre sozialistische Bewegung, die eher liberal als sozialistisch ist, und der es mehr um den Schutz der Freiheit und der Grundwerte der abendländischen Kultur als um ökonomische Theorien zu tun ist.

„Wenn die Alliierten uns leben lassen", sagte Carlo Schmid in Bonn zu mir, „so müssen sie vernünftig sein und uns auch die Mittel lassen, mit denen wir unser Brot verdienen können. Im anderen Fall sollen sie es offen aussprechen, daß sie die Absicht haben, uns Hungers sterben zu lassen, wobei es nur anständig wäre, wenn sie es auf dem schmerzlosen Wege der Gaskammern besorgen würden."

Das geringste Unheil, sagte er, wird von den Amerikanern angerichtet, die mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten rechnen.

Die Engländer aber seien entschlossen, die deutsche Konkurrenz zu beseitigen, ganz gleich, wie hoch politisch und moralisch der Preis dafür sei, während in der französischen Zone die Zerstörung schon so weit durchgeführt sei, daß der Export der Hauptindustrien bereits abgedrosselt sei und keine Möglichkeit mehr für Selbsterhaltung bestünde.

Carlo Schmid hält die Annahme für irrig, daß die kommunistische Propaganda in Deutschland heute nur auf taube Ohren stoße. „Wenn die Deutschen zur Verzweiflung getrieben werden“, sagte er auf französisch zu mir, „so werden sie den Kommunisten folgen, und sei es auch nur in der Hoffnung, daß auch die anderen wie Hunde verrecken.“

In einer Fabrik in der französischen Zone hat man mir später einmal erzählt, daß die Arbeiter zueinander sagten: „Laßt die Russen nur kommen. Sollen sie mit uns machen, was sie wollen, jedenfalls werden wir dann erstmal den Franzosen den Hals umdrehen können.“

Ich habe keinen Grund, Carlo Schmids Warnung anzuzweifeln, daß man eines Tages die Kontrolle über die Massen verlieren könnte. Wie andere deutsche Demokraten sagte auch er mir, daß die Westalliierten am Tage nach dem Siege alles hätten mit den Deutschen machen können:

„Amerika war damals fast so allmächtig wie Gott. Hätte es gewußt, was es wollte und dies auch proklamiert, es hätte ein Deutschland und Europa nach seinem Willen schaffen können. Heute ist das nicht mehr der Fall, nicht nur Rußlands wegen, sondern auch, weil die Deutschen durch die tiefe Kluft zwischen demokratischer Theorie und Praxis und durch das Schwanken, die Schwäche und die Widersprüche der amerikanischen Politik ernüchtert sind.“

Als ich im Verlaufe des Gesprächs auf den Kontrast zwischen dem Heroismus der Berliner Sozialdemokraten im Auftreten gegenüber der englisch-amerikanischen Militärregierung und der Schwäche ihrer Kollegen im Westen hinwies, meinte Schmid, das sei nicht auf Feigheit der letzteren zurückzuführen, sondern auf ihre bitteren Erfahrungen. In Berlin konnten die Deutschen auf amerikanische Hilfe rechnen. Im Westen standen sie allein

und wehrlos da. Außerdem wurde ihre Position dadurch aufs äußerste erschwert, daß, wie sie wußten, jede offene und scharfe Kritik an der Militärregierung den Kommunisten zugute kam. In Berlin hatten die Deutschen die westlichen Demokratien auf ihrer Seite; in den Westzonen hatten sie keine Unterstützung, da sie eine kommunistische Bundesgenossenschaft ablehnten und Rußland nicht gegen den Westen ausspielen wollten.

Die deutschen Demokraten in den Westzonen konnten auch nicht darauf rechnen, daß Mißstände und Ungerechtigkeiten durch ein Eintreten der Öffentlichkeit oder durch einen Appell an den amerikanischen Kongreß und das englische Parlament beseitigt würden. Die Deutschen hatten damals ja noch keine Regierung, die für sie ihre Stimme erheben konnte. Sie waren rechtlos und lebten gleichsam in einem riesigen Internierungslager. Nur wenige Deutsche erhielten die Genehmigung zu Auslandsreisen; Auslandszeitungen und ausländische Bücher waren praktisch nicht zu haben. Ein Kontakt mit Ausländern, abgesehen von der Militärregierung, bestand kaum. Ja, die Deutschen wurden nicht einmal über die Deutschland-Debatten im Kongreß unterrichtet, und ebensowenig wurde ihnen der amtliche Text solcher Dokumente zugänglich gemacht, die sich ganz eingehend gerade mit Deutschland befassen, wie z. B. alles, was sich auf die ECA bezieht.

Nach fünfzehn Jahren einer Teilisolierung unter Hitler sind die Deutschen unter der westlichen Militärregierung noch immer von der freien Welt außerhalb ihrer Grenzen abgeschnitten.

Als ich am 2. Oktober 1948 in Essen der Konferenz der Generale Clay und Robertson mit deutschen Industriellen, Beamten und Gewerkschaftsführern beiwohnte, war ich erstaunt, daß weder Hans Böckler noch Arnold Schmidt sich kräftig gegen die Demontage wandten. Hier auf dieser Versammlung, an der die Vertreter der Weltpresse teilnahmen, bot sich nun einmal eine der seltenen Gelegenheiten für die Deutschen, laut und vernehmlich ihre Klagen zu äußern. Aber nur Herr Kost, der Vertreter der Grubenbesitzer, sprach mehr als höfliche Plattheiten. Als ich einige Tage später in Düssel-

dorf den Funktionär der Metallarbeitergewerkschaft um eine Erklärung bat, sagte er:

„Böckler und die anderen haben so lange nur mit der Militärregierung zu tun gehabt, daß ihnen die günstige Gelegenheit, jetzt auch zur Welt draußen zu sprechen, überhaupt nicht zum Bewußtsein kam. Es geht uns ähnlich, wie dem Gefangenen, der plötzlich aus der dunklen Zelle ins Sonnenlicht geführt wird: wir blinzeln und können es nicht glauben, frei zu sein."

Und sie sind ja auch nicht frei. Gewiß, den Deutschen ist heute eine weit größere Redefreiheit eingeräumt als in den ersten Besatzungsjahren, aber die Presse wird noch immer kontrolliert, und jeder Schriftleiter, der in Aufsätzen oder Kommentaren die wirkliche Meinung der Deutschen wiedergibt, kann eins auf die Finger bekommen, weil er „zum Nationalismus aufreize". Selbst Amerikaner machen davon keine Ausnahme, wie sich im Falle Kendall Foss zeigte. Foss, der frühere Korrespondent der New York Post, war 1948 zum Chefredakteur der „Amerikanischen Zeitung für die deutsche Bevölkerung", der Münchener „Neuen Zeitung" ernannt worden; im Januar 1949 erhielt er einen ernsten Verweis und wurde der Aufsicht von drei Vertretern der Information Services Division unterstellt. Oberst Textor, der Urheber dieser Maßnahme, wollte damit Sicherheit „für die Kontrolle der redaktionellen Gestaltung des Blattes durch eine starke amerikanische Redaktion" schaffen.

Mr. Foss, der zur seltenen Spezies der wirklichen Liberalen gehört, hatte den Fehler begangen, die Pressefreiheit so aufzufassen, daß eine Zeitung „eine Tribüne für die Darlegung deutscher Meinungen" sein solle. Später als die meisten Deutschen mußte er begreifen, daß die von der amerikanischen Militärregierung erlaubte „Freiheit" nur eine Freiheit zur Darlegung der ihr genehmen Meinungen bedeutete. Die Neue Zeitung wird bei der Papierzuteilung, im Nachrichtenwesen und Transport besonders begünstigt und hat*) deshalb eine viel höhere Auflage als die anderen Zeitungen in Deutschland Deshalb war die Beschneidung der Meinungsfreiheit besonders

*) 1950: „hatte". D. Übers.

schädlich, und die deutschen Redakteure des Blattes legten aus Protest ihre Ämter nieder.

Es wäre wirklich anständiger und würde demokratischen Grundsätzen mehr entsprechen, wenn man offen sagte, daß in Deutschland eine Rede- und Meinungsfreiheit nicht besteht, statt das Gegenteil zu behaupten. Ein Deutscher sagte mir einmal: „Wir würden mehr Achtung vor Amerika haben, wenn es endlich aufhörte, etwas zu predigen, was es nicht selbst befolgt; denn wie es heute steht, haben wir nicht mehr viel Hoffnung, daß aus den Worten auch einmal Taten werden."

Wenn es den Deutschen heute ein wenig besser geht als in den ersten Besatzungsjahren, so nur, weil ihre Eroberer sich entzweit haben. Während die russisch-lizenzierte Presse die Amerikaner angreift, greifen wir die Russen an, und englisch-französisch-amerikanische Gegensätze ermöglichen es den englisch-lizenzierten deutschen Zeitungen die amerikanische Militärregierung, den amerikanisch-lizenzierten die englische und den Blättern in der französischen Zone beide zu kritisieren.

Wenn der Streit unter ihren Herren es den Deutschen gestattet hat, den Kopf wieder etwas höher zu tragen, so ist dieses Recht aber keineswegs unbestritten. Jedesmal, wenn die Deutschen es wagen, gegen ihre unerträgliche Lage zu protestieren und die Rechte freier Menschen zu beanspruchen, ergießt sich eine Flut von Artikeln der amerikanischen Presse über diese gefährlichen Äußerungen des „Nationalismus".

Der von der ausgezeichneten und freimütigen Stuttgarter Deutschen Wirtschaftszeitung am 29. 1. 1949 zum Thema der alliierten Beschwerden über die deutsche „Arroganz" veröffentlichte Artikel trifft genau ins Schwarze:

„Solange die Deutschen Handwägelchen hinter sich herzogen und keinen anderen Gedanken hatten, als aufs Land zu fahren, um den Rucksack voll Kartoffeln zu ‚organisieren', waren sie in gewisser Hinsicht bequemer. Sie waren zu sehr in die Not verstrickt, waren körperlich vom Hunger zu sehr gezeichnet, von der Gewalt der durchlebten Katastrophe noch zu sehr betäubt, zu beeindruckt vor allem auch, man darf soviel immerhin sagen, von den enthüllten Greueltaten des verflossenen Re-

gimes, um aufzustehen und wenigstens in unzweideutigen Worten ihre Sache zu vertreten. Sie waren dazu zu entmutigt, zu apathisch, um überhaupt viel Interesse für die künftige Ordnung ihres Lebens aufzubringen. Sie taten, wenn auch mürrisch, was man ihnen sagte.

Seitdem es ihnen besser geht, sind sie munter geworden, vielleicht auch einmal aufsässig, und vor allem emsig und fleißig und voller Tatendrang und voll von dem, was man etwas pathetisch und schief Aufbauwillen nennt. Es waren die alliierten Besatzungsmächte, die zugelassen haben, daß es ihnen besser geht, ja, die mit Hilfe von Einfuhren auf Kredit und mit der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan dafür gesorgt haben, daß es besser geht. Und nun sieht man gar keine Dankbarkeit für die Besserung? Nun ist schon das Bessere nicht gut genug, man verlangt mehr, vor allem mehr Spielraum für die Entfaltung der eigenen Kräfte, man wird übermütig?

Man könnte, wenn man mit gleicher Überspitzung antworten wollte, wie sie das Wort vom Übermut enthält, meinen: mit apathischer Willenslosigkeit verglichen, scheint die kleinste Lebensregung schon wie Übermut."

Nun werden aber nicht nur die deutschen Redaktionen unter dem Militärregierungssystem in der Zwangsjacke gehalten, die Deutschen haben auch keinen direkten Verkehr mit dem Ausland, keine Auslandskorrespondenten und hängen für die Publizierung ihrer Beschwerden völlig von den amerikanischen, englischen und französischen Korrespondenten ab. Die Folge ist, daß diese Klagen nur selten den Siegervölkern zur Kenntnis gebracht werden.

Amtlich haben die Deutschen überhaupt keine Verbindung mit irgendeiner ausländischen Regierung oder Behörde außer über die Militärregierung, die ihre einzige Kontaktstelle ist.

Ich erinnere mich der Äußerung eines deutschen Sozialdemokraten: „Das amerikanische Volk ist weit weg, aber General Clay ist sehr nahe. Wir haben wenig Zutrauen, daß die Grundsätze und der gute Wille des amerikanischen Volkes gegenüber der Macht General Clays sehr wirksam sind. Da aber General Clay schlecht beraten wird, besonders in wirtschaftlichen

Fragen, haben wir mehr Grund, ihn zu fürchten, als auf den guten Willen des amerikanischen Volkes zu vertrauen."

Auf einer Länderkonferenz der deutschen Ministerpräsidenten wurde einmal der kühne Vorschlag gemacht, in der Demontagefrage einen direkten Appell an den amerikanischen Kongreß zu richten und ihn um Hilfe zu bitten. Der Vorschlag wurde von der Mehrheit abgelehnt; denn, so wurde gesagt, das Ergebnis sei ungewiß und man verärgere damit nur die amerikanischen Besatzungsbehörden.

„Hoffman", sagte Carlo Schmid, „existiert nicht für uns. Die ECA-Vertreter müssen schon zu uns kommen, denn uns ist es verboten, mit ihnen in Verbindung zu treten."

Es hat sehr viel Erbitterung hervorgerufen, daß die Militärregierung die Lage der Berliner als Druckmittel gegen die Demokraten in Westdeutschland ausnützte: den Deutschen ist mehr als einmal gesagt worden, daß Proteste gegen die Demontage eine Hungersnot in Berlin zur Folge haben könnte. Diese Drohung wurde natürlich nicht ganz so kraß ausgesprochen. Man sagte den deutschen Behörden in den Westzonen, daß ein aktiver Widerstand gegen die Demontage die Gegnerschaft der Bevölkerung Amerikas, Englands und Frankreichs herausfordere, die es dann der Militärregierung unmöglich machen könnte, die Mittel zur Versorgung und Verteidigung Berlins zu bekommen.

Das erscheint den Deutschen nicht nur als eine Verleugnung der Interessengemeinschaft der Westmächte und der deutschen Demokraten gegenüber sowjetischer Aggression und gegenüber den kommunistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit; es erinnert sie auch an die ersten Tage der Besetzung, als die Amerikaner keine Skrupel hatten, sich einzelne Deutsche mit der Drohung gefügig zu machen, sie russischer „Güte und Gnade" auszuliefern. Schon die bloße Andeutung, man würde in Berlin vor dem kommunistischen Terror kapitulieren, falls die Deutschen in den Westzonen den Verlust ihrer Existenzmittel durch die Demontage nicht ruhig hinnehmen wollten, war unehrenhaft und eine politische Dummheit.

Während meines Aufenthaltes in Deutschland mußte ich oft

an die Anekdote denken, die ein südamerikanischer Diplomat einmal auf einer New Yorker Gesellschaft erzählte. Ich will mich nicht dafür verbürgen, daß es eine wahre Geschichte ist, aber ich erzähle sie, weil sie erläutert, was ich meine:

Der Außenminister von San Marino kam nach Washington, um über eine Anleihe zu verhandeln. Die erste Frage, die man im State Department an ihn richtete, lautete: „Wieviel Kommunisten gibt es bei Ihnen?" Der Außenminister erwiderte, San Marino sei nur ein ganz kleines und dazu ein sehr glückliches Land; Kommunisten gäbe es da nicht. „Dann tut es uns sehr leid", sagte das State Department. „In diesem Falle können wir Ihnen keine Anleihe geben."

So fuhr der Außenminister San Marinos weiter nach Paris. Er ging zum französischen Außenminister und sagte: „Frankreich und San Marino sind immer gute Freunde gewesen. Würden Sie vielleicht so freundlich sein und uns ein paar Kommunisten leihen, damit wir eine amerikanische Anleihe bekommen können?" „Mein verehrter Kollege", erwiderte der französische Außenminister, „ich bedaure ganz außerordentlich. Ich wäre entzückt, der vortrefflichen Bevölkerung von San Marino einen Dienst erweisen zu können. Leider können wir aber nicht einen einzigen unserer Kommunisten entbehren. Wir brauchen sie nämlich alle für den gleichen Zweck."

Die Moral dieser Geschichte ergibt sich aus dem, was nun wirklich passiert ist: Heute hat San Marino eine von Kommunisten beherrschte Regierung.

Hätte es in Deutschland eine so starke kommunistische Bewegung gegeben wie in Italien, so wären die Deutschen sicher von uns viel besser behandelt worden. Die große Mehrheit der Deutschen aber ist antikommunistisch: die einen haben den Kommunismus in Rußland aus nächster Nähe kennengelernt, die anderen haben nach der Niederlage Deutschlands unter ihm gelitten oder sie haben Verwandte in sowjetischen KZs, haben die Gefangenen als wandelnde Skelette aus Rußland zurückkehren sehen oder sie sind durch ihre Erfahrungen unter Hitlers ähnlichem Regime gegen kommunistische Verlockungen immun. Das hat die englischen, französischen und amerikanischen Be-

hörden zu der Annahme gebracht, daß die Deutschen immer zu uns halten würden, wie schlecht man sie auch behandelte. Anscheinend verfahren wir nach der Theorie, daß man diejenigen „bestechen" soll, von denen zu befürchten ist, daß sie unsere Feinde werden, während man ohne Schaden diejenigen mißhandeln könne, deren Parteinahme für uns sicher sei.

Als Folge dieser Annahme, daß sie sich niemals unseren kommunistischen Feinden anschließen würden, wie hart sie auch von uns behandelt werden, haben die Deutschen heute zu leiden, die im Guten und Bösen ein konsequentes und offenes Volk sind.

Während wir mit endlosen Unterstützungen die schwächliche französische Demokratie aufrechtzuerhalten suchen, beleidigen wir die deutschen Demokraten und schüchtern sie ein. Wir ziehen ihnen den Boden unter den Füßen weg, indem wir Frankreich alles zu Gefallen tun, wie wir es früher den Russen gegenüber taten. Kann man sich da wundern, daß der kommunistische Einfluß in den Westzonen alles andere als belanglos ist? Wohl haben nur sehr wenige Deutsche irgendwelche Illusionen über den Kommunismus, aber immer mehr kommen auf den Gedanken, es könnte ihnen auch unter den Russen „nicht schlimmer" ergehen und, vielleicht, auf lange Sicht sogar besser. Ein noch stärkerer Impuls zu einer Verständigung mit der Sowjetregierung ist die Weigerung des Westens, die Verteidigung Deutschlands zu garantieren, oder ihm die Selbstverteidigung zu gestatten. Ein früherer hoher deutscher Beamter, der bei der Militärregierung arbeitete, sagte mir in München: „Wenn die Deutschen dauernd hören müssen, daß die Vereinigten Staaten sich ausschließlich mit der Verteidigung Frankreichs, Englands und Hollands befassen und daß ihnen das Schicksal Deutschlands völlig gleichgültig ist, so kann Westdeutschland eines Tages zu einem Bündnis mit Sowjetrußland gezwungen werden."

Ein junger deutscher Angestellter der Militärregierung in München erzählte mir, daß immer mehr Bayern zu dem Schluß kämen: „Die Vereinigten Staaten haben uns entwaffnet und nun wollen sie uns im Falle eines Krieges auch noch im Stich

lassen. Da wäre es wirklich besser gewesen, Rußland nicht gegen uns aufzubringen." Der gleiche junge Mann berichtete auch, daß man ihm schon von allen Seiten, auch von stets antinazistisch eingestellten Leuten, Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit bei der Militärregierung mache: so vollständig ist die Enttäuschung über Amerika auch in den Kreisen der Liberalen, die uns im Anfang als Befreier begrüßten.

Und nicht nur das; man betrachtet heute, sagte der junge Mann weiter, eine Anstellung bei der Militärregierung als sehr gefährlich, da diese Angestellten, „wenn die Russen kommen", sicherlich liquidiert werden würden. „Alle sind sie heute auf der Suche nach einem kommunistischen Freund und Beschützer; alle wollen sie den Russen sagen können: ‚Ich habe nie mit den Amerikanern zusammengearbeitet.' Fabrikbesitzer, die alle Parteibeiträge verweigern, geben aber der KPD Geld als eine Art Versicherungsprämie."

Dr. Mauritz, der bei der Public Opinion Section angestellt war, äußerte sich ganz ähnlich. Die Unberechenbarkeit der amerikanischen Politik und die Angst, einem russischen Angriff schutzlos preisgegeben zu werden, kämen den Kommunisten sehr zugute. Der amerikanische militärische Nachrichtendienst aber scheint diese Gefahr überhaupt nicht zu sehen. Für ihn genügte offenbar der Wahlausgang als Beweis für die geringe Zahl der Kommunistenfreunde. Er ignoriert die Angst und die verzweifelte Suche nach Sicherheit, die Menschen dazu bringen, „gute Beziehungen" zu den Kommunisten zu suchen.

„Menschen, die den Naziterror und den kommunistischen Terror miterlebt haben und nach Verlust ihrer gesamten Habe hierher gekommen sind", sagte Dr. Mauritz, „sind jetzt in einer Todesangst, daß die Russen kommen, und suchen nach irgendeiner Sicherheit." Einige glauben, fuhr er fort, daß man nur mit der Kommunistischen Partei, nicht gegen sie gewinnen könne. Andere, denen die Besatzungstruppen Wohnungen und Möbel weggenommen haben und die durch die Währungsreform verarmt sind, sagen: „Die Amerikaner haben uns alles genommen, was uns gehörte. Was kann uns da noch viel passieren, wenn die Russen kommen?"

Eine derartige Einstellung findet sich aber nicht nur bei dem jetzt verarmten früheren Mittelstand, sie begegnete mir auch bei vielen Arbeitern. Als der Zug, mit dem ich aus der Schweiz nach Deutschland zurückfuhr, in Lindau am Bodensee eine Stunde Aufenthalt hatte, sprach ich mit einigen Eisenbahnarbeitern und fragte sie, was sie über Rußland dächten. Da zuckte einer mit den Achseln und meinte: „Was können sie mir schon antun? Ich habe nichts mehr zu verlieren."

Dieses Gefühl, daß von beiden Seiten nichts zu hoffen ist, läßt auch wieder den Glauben aufkommen: „Uns kann nur ein starker Mann retten." Bei Kriegsende hatten die Nazis völlig abgewirtschaftet; heute denken viele Deutsche, daß Hitler schließlich doch Recht gehabt habe. Mit welchem Erfolg die Militärregierung Deutsche zum Nationalsozialismus „bekehrt", kommt auch in folgendem Witz zum Ausdruck: Ein Deutscher geht zur Spruchkammer, um sich als Nazi eintragen zu lassen. „Warum, zum Teufel, sind Sie denn nicht vor drei Jahren gekommen?", fragt man ihn, und er antwortet: „Weil ich damals noch kein Nazi war."

Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Bayern konnte ich die eigentliche Kraft einer Rede von Carlo Schmid auf einer SPD-Versammlung in Berlin, der ich am 27. November 1948 beiwohnte, erst richtig würdigen. Er hatte gesagt, daß in Bayern Tausende von Mark für die Kommunistische Partei von Leuten aufgebracht würden, die sich „einen Persil-Vorrat für die nächste Säuberung" anlegten. Leute, die für jede Möglichkeit vorzusorgen suchten, bemühten sich auf diese Weise um eine „Versicherung" für den Fall eines kommunistischen Sieges, während sie bei den Wahlen der „Reaktion", d. h. der CDU, ihre Stimme geben. „Ich möchte etwas von der Kraft Berlins nach dem Westen mitnehmen können", sagte Carlo Schmid. „In den Westzonen, wo wir im Vergleich zur Ostzone eine gewisse Freiheit und Frieden genießen, herrscht Defätismus. Die Zukunft scheint für uns nur neues Leid bereitzuhalten, und alle Hoffnung ist fast erstorben. Aber hier in Berlin, da zeigt sich, daß wir Deutsche nicht nur leiden, sondern auch noch immer Geschichte machen können: hier in Berlin ist ein neues ruhm-

reiches Kapitel der Geschichte des menschlichen Kampfes um Freiheit geschrieben worden. Die Berliner zeigen der Welt, wie ein tapferes Volk sich trotz Niederlage und fremder Besatzung verhalten kann. Der deutsche Name", fuhr Schmid fort, „ist in Berlin wieder zu Ehren gebracht worden. Nur Berlin haben wir es zu danken, wenn es heute wieder etwas Sympathie für das deutsche Volk gibt."

„Wir in den Westzonen schicken euch ein paar Kalorien, aber wir bekommen von euch etwas, was unendlich wertvoller ist: wir beziehen unsere moralischen Kalorien aus Berlin. Wir danken es euch, daß Deutschland seine Selbstachtung zurückgewonnen hat, und daß wir wieder hoffen dürfen, uns auch einmal wieder in unserem eigenen Land wie zu Hause fühlen zu können."

Der Versammlungsraum war eisig kalt, die „Heizung" bestand nur in der Körperwärme der hier versammelten Tausende Carlo Schmid hatte sie in Feuer versetzt. Ernst Reuter, der nach ihm sprach, weckte eine so warme Zuneigung, wie es nur wenigen demokratischen Führern in der Welt heute gegeben ist. In seinem Mantel und mit einem Schal um den Hals sah er wie ein trauriger Seelöwe aus; er war heiser und müde und stark erkältet. Nun sprach er zur Menge und sprach mehr als ihr gewählter Oberbürgermeister und nicht als ein SPD-Führer. Schmid hatte sich auch gegen die CDU in den Westzonen gewandt, obwohl er sorgfältig einen Unterschied gemacht hatte zwischen den Berliner Christlichen Demokraten, die mit der SPD zusammen für die Freiheit kämpften, und den bayrischen CSU-Führern; er nannte sie „Männer mit harten Gesichtern, die Geld meinen, wenn sie Gott sagen."

In Reuters Rede aber war der einzige Satz, den man als sozialistische Parteipolitik auffassen konnte, zugleich ein Werben um Einigkeit. „Adenauer", sagte er, „ist ein Fremder für Berlin, das er nicht besucht. Er lebt am schönen Rhein, aber er sollte nicht vergessen, daß auch Berlin deutsch ist, und daß der Rhein auch uns gehört."

„Die Kommunisten", fuhr Reuter fort, „werden nie an die

Macht kommen, wenn die Deutschen gegen sie einig bleiben." Carlo Schmid hatte die Berliner aufgefordert, „uns Sozialdemokraten im Westen zu befreien", und zwar von der Vorherrschaft der Reaktionäre, die nicht zulassen wollten, daß die Massen auch ein Subjekt, statt nur ein Objekt im Wirtschaftsprozeß bildeten. Das Volk könne keinen Wert in einer Demokratie sehen, in der es „in den Fabriken sechs Tage in der Woche einen Despotismus ertragen müsse und nur einmal alle vier Jahre zum freien Menschen werde, wenn der Wahlzettel in die Urne geworfen wird."

Reuter dagegen sprach auch auf dieser sozialistischen Versammlung ganz in der gleichen Weise, wie ich ihn zu den Hunderttausenden aus allen Parteien im September vor dem Reichstag hatte sprechen hören.

„Wir sind das einzige Volk in Europa", sagte Reuter, „das noch immer gezwungen ist, unter Kriegsverhältnissen zu leben. Wir können unsere besetzten Städte nicht wieder aufbauen. Noch immer leben wir in Furcht, und man nimmt uns die Möglichkeit zu arbeiten und unsere zerstörten Häuser wieder herzurichten." Und wieder, wie immer, wenn ich ihn sprechen hörte, betonte Reuter: „Wir sind keine Feinde des russischen Volkes, wir kämpfen gegen die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht. Wir können es freilich nicht ändern, daß unsere Frauen nie vergessen werden, was russische Soldaten ihnen angetan haben. Aber wir hassen kein Volk, keine Rasse, keine Nation."

Beide Redner betonten ausdrücklich, daß Berlin die Hauptstadt Deutschlands ist, und Schmid gab den Berlinern die Zusicherung, daß man darauf bestehen werde, daß auch Berlin im westdeutschen Parlament vertreten sei. Ich konnte Kurt Schumacher, den Vorsitzenden der SPD, nicht aufsuchen, weil er während meines Deutschland-Aufenthaltes wegen einer Beinamputation im Krankenhaus war. So sind Ernst Reuter und Carlo Schmid die beiden einzigen hervorragenden sozialdemokratischen Führer, die ich kennenlernte. Ich kann nicht sagen, wer von beiden der größere ist, da ihre Erlebnisse und die Probleme, mit denen sie heute zu tun haben, so verschieden von-

einander sind. Reuter verbrachte die Kriegsjahre als Emigrant in der Türkei, Schmid war Offizier der deutschen Wehrmacht, aber natürlich auch kein Nazi. Reuter führte mit einer gewissen angelsächsischen Unterstützung den deutschen Widerstand in Berlin gegen den Kommunismus, Schmid muß an zwei Fronten kämpfen: gegen den Kommunismus und gegen die Militärregierungen, die die Deutschen noch immer so behandeln, als wären sie der Menschenrechte unwürdig.

Beide sind tapfere, aufrechte Männer und unerschütterliche Verteidiger der Demokratie. Beide sind auch physisch starke und dynamische Persönlichkeiten. Reuter, der Friese und langjährige Professor, und Schmid, der Dichter-Soldat, gleichen einander in der Ablehnung des engstirnigen doktrinären Sozialismus der Vergangenheit. Was sie im Grunde anstreben und worauf sie Wert legen, ist in erster Linie liberal. Sie haben beide aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gelernt und verstehen weit besser als die meisten Führer der Arbeiter und des Sozialismus in den westlichen Ländern, daß die wirtschaftlichen Gesellschaftsformen weniger wichtig sind als die Bewahrung der Grundfreiheiten, der Gerechtigkeit, der Achtung der Menschenwürde, der Ehre, Wahrhaftigkeit und Fairneß im Verkehr der Menschen, der Gruppen, der Nationen. Reuter und Schmid sind auch realistisch genug, um nicht Worte für Taten gelten zu lassen, und sie wissen, daß alle schönen Proklamationen der UNO nichts bedeuten, wenn sie durch Taten verleugnet werden, die zu den von den Demokratien verkündeten Grundsätzen im Widerspruch stehen.

Ich saß während Reuters Rede neben seiner Frau und spürte, wie sie ihn liebt, stolz auf ihn ist und doch zugleich Angst um ihn hat. Es gibt nur wenige, die wie er den sowjetischen Terror gleichsam zum Nahkampf herausgefordert haben und dem Tode entgangen sind. Frau Reuter lebt in beständiger Furcht, daß die Russen ihren tapferen Mann ermorden, verschleppen oder hinrichten. Sie hat auch allen Grund, für seine Gesundheit zu fürchten, denn er schont sich überhaupt nicht und arbeitet Tag und Nacht ohne ausreichende Ernährung; denn im Gegensatz zu den Sowjets geben die westlichen Besatzungsmächte denen,

die unsere Schlachten schlagen, nicht einmal eine materielle Unterstützung.

Drei Monate zuvor hatte ich mit dem Ehepaar Reuter im kleinen Garten ihres Zehlendorfer Hauses gesessen, wo Reuter in seiner „Freizeit“ wie andere Berliner sein Gemüse baut und noch glücklich ist, daß er ein kleines Stück Land hat, um die unzureichenden Rationen durch ein paar eigene Lebensmittel zu strecken.

Wir sprachen damals über die Aussichten einer weiteren amerikanischen Unterstützung der deutschen Demokratie, und ich hatte meinen Abscheu und mein Entsetzen über die „Sieger-zu-Besiegten“-Haltung der Engländer und Amerikaner in Berlin zum Ausdruck gebracht, die mich an das Verhalten der „Weißen“ gegenüber den Völkern Asiens und Afrikas erinnerte. Reuter entgegnete, das sei „unsere Angelegenheit“, nicht seine. Er gab mir zu verstehen, ohne es direkt auszusprechen, daß auch wir im Westen in gleicher Weise vor den Schranken der Geschichte für die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ einzustehen haben würden, die unsere Regierungen im besiegten Deutschland begangen hatten, wo alle Deutschen unter den Konsequenzen der Naziverbrechen zu leiden hatten. Das war unsere Sache, nicht seine. Er hatte es mit Deutschlands gegenwärtigem Freiheitskampf gegen die totalitäre kommunistische Tyrannei zu tun, die an Stelle der Hitlerischen zu treten drohte.

Reuter erwähnte, daß er das Schlagwort „Berlin ist nicht Prag“ geprägt hatte. Er sprach von der Erwartung der Berliner, daß sie, blieben sie nur trotz Hunger und Kälte und kommunistischem Terror fest, schließlich doch die Freiheit gewinnen und „es dem Westen unmöglich machen würden, die Deutschen weiter wie Eingeborene zu behandeln.“

Die Welt hatte mit angesehen, wie die Tschechoslowakei ohne Kampf gefallen war; aber sie hatte nur zugeschaut und gesagt: „Wer wird das nächste Opfer des kommunistischen Angriffs sein?“ Berlin aber hatte gezeigt, daß selbst ein Volk ohne Waffen, wenn es nur Widerstandswillen und Mut besitzt, einem kommunistischen Sturmangriff widerstehen kann.

Reuter war nicht erbittert über die Engländer, sondern

höchstens amüsiert. Nicht daß seine Bemerkungen über die amerikanischen Besatzungsbehörden gerade schmeichelhaft gewesen wären, aber, sagte er, die Amerikaner sind doch weniger selbstbewußt, sind mehr bemüht und etwas menschlicher in ihrem Verkehr mit den Deutschen als die Engländer, die das „wahre Herrenvolk" sind. Mit den Amerikanern in Berlin könne man immerhin reden. Er und die anderen Deutschen würden zwar noch immer als Untergebene behandelt, aber sie könnten doch mit den Amerikanern die durch die Blockade entstandene Notlage diskutieren. Die Engländer jedoch blieben „steif". Die Engländer verstanden ihr Geschäft und machten weniger Fehler als die Amerikaner, aber diese benehmen sich wenigstens wie menschliche Wesen. Das Auftreten der englischen Offiziere dagegen war dem hochnäsiger deutscher Beamter ähnlich, die nur Gewalt respektieren.

Eines Tages, so erzählte Reuter, hätte er eine richtige Wut auf die Engländer bekommen und ihnen gesagt, er würde ihren Befehlen nicht länger gehorchen, wenn sie ihre Haltung nicht änderten. „Sagen Sie ihrem General", hatte er erklärt, „daß er sich auf ein völliges Auseinanderfallen der Verwaltungsmaschinerie gefaßt machen kann." Das Ergebnis dieser Kampfansage war ein Anruf, er solle den Kommandierenden englischen General aufsuchen.

„Ist es wahr", wurde Reuter gefragt, „daß Sie gesagt haben, Sie wollten uns nicht länger gehorchen?"

„Wenn die Lage so bleibt wie jetzt, kann ich nicht gehorchen", hatte Reuter erwidert.

Der englische General lächelte, und die Unterredung war beendet. Er hatte Reuter klarmachen wollen, daß die Deutschen unter allen Umständen zu gehorchen hätten. Als er auf glatte Ablehnung stieß, war er von seinem Thron herabgestiegen.

Die kommunistische Drohung hatte die Westmächte gezwungen, eine etwas höflichere Behandlung der Deutschen einzuleiten. Nachdem die sowjetische Blockade angefangen hatte, waren die amerikanischen und englischen Vertreter in der alliierten Kommandantura tatsächlich vom Stuhl aufgestanden, wenn die deutschen Vertreter hereinkamen.

Reuter war überzeugt, daß der Sieg der SPD in Berlin durch

das Vertrauen gewonnen worden war, das ihr Verhalten einflößte. Schließlich würde dieses Vertrauen sie auch zur führenden Partei in ganz Deutschland machen und sie so in die Lage versetzen, ihr Wirtschafts- und Sozialprogramm durchzuführen. „Aber", sagte er, „wir werden niemals versuchen, eine sozialistische Wirtschaft mit Gewalt einzuführen. Wir werden uns alle Mühe geben, Deutschland zum Sozialismus hinzuleiten, aber wir werden ihn unserem Volk nicht aufzwingen. Wir denken nicht mehr in den alten Begriffen über Wirtschaftsprobleme. So vieles, was man früher für unmöglich hielt, hat sich doch als möglich erwiesen, und so manche einfache Lösung war, wie sich herausstellte, verfehlt. Wir sind keine doktrinären Sozialisten mehr, denn nach der Theorie müssten wir alle schon längst tot sein. Wir wissen aus unseren schrecklichen Erfahrungen, daß es zum Ruin führen kann, wenn man sich auf absolute Theorien verläßt. Wir müssen Versuche machen und durch Erprobung und Irrtum zu einem Urteil gelangen, welches die beste Form wirtschaftlicher Organisation ist, aber dabei immer eingedenk bleiben, daß Achtung vor den Rechten des Einzelmenschen, Gerechtigkeit, Menschenwürde und Freiheit die Kriterien des Fortschritts sind."

Es war warm und friedlich in diesem Zehlendorfer Garten. Reuters Ruhe und sein gläubiges Vertrauen, daß am Ende doch Recht und Anstand und Vernunft triumphieren würden, hatten meine Furcht beschwichtigt, daß die abendländische Kultur zum Untergang verurteilt sei. Als ich später in den Westzonen weilte, war es sehr viel schwerer, an den Sieg der Demokratie zu glauben als in Berlin. Dort hörte man nicht mehr das Motorengeräusch der amerikanischen Flugzeuge, die eine Stadt zur Verteidigung der Demokratie versorgten, sondern man sah, wie Fabriken niedergerissen wurden, um die Demokratie zu diskreditieren.

Wie lange werden sich die Deutschen durch ihre Furcht vor dem kommunistischen Terror hindern lassen, zu einer Verständigung mit Rußland zu kommen, wenn wir ihnen weiterhin zeigen, daß für ein Deutschland auf unserer Seite keine Hoffnung besteht?

In Berlin wird niemand so leicht Mord, Vergewaltigungen und

Plünderungen der Russen vergessen, die begangen wurden, als sie die ganze Stadt besetzt hatten, und jeder weiß, was sich heute in der Ostzone abspielt. In den Westzonen aber sind die Menschen vor allem mit ihren eigenen Mißständen unter der westlichen Besatzung beschäftigt.

Ich zitiere die Äußerung eines der deutschen Verteidiger aus Nürnberg, der mit einer Französin verheiratet ist und in der französischen Besatzungszone am Bodensee wohnt: „Rußland könnte in wenigen Wochen in Deutschland eine mächtige prorussische Bewegung schaffen, wenn es auch nur den kleinsten praktisch greifbaren Beweis guten Willens gäbe. Es brauchte nur die Rückgabe unserer verlorenen Gebiete anzubieten und uns eine nationale Regierung zu geben. Die Russen haben die Möglichkeit, den deutschen Patriotismus für sich auszunützen, die die Amerikaner nicht haben. Ja, die Amerikaner möchten am liebsten, daß wir überhaupt kein Nationalgefühl hätten. Obwohl fast alle Deutschen Antikommunisten sind und mit Schrecken an das denken, was die Kommunisten ihnen antun könnten, so würden die Russen doch wunderbare Erfolge haben, wenn sie mit patriotischen Parolen daherkämen und aufhörten, die deutschen Kommunisten zu benützen. Die meisten Deutschen würden es sich zweimal überlegen, ob sie für Amerika kämpfen wollen. So wie man uns behandelt hat, ist nicht mehr viel Glaube an die amerikanischen Redensarten übriggeblieben. Aber nicht nur das. Gerade daß wir anerkennen, daß die Amerikaner noch immer menschlicher und gesitteter sind als die Russen, kommt den Russen zugute. Da das Zutrauen nicht groß ist, daß die Amerikaner Deutschland verteidigen oder den Krieg schnell gewinnen werden, erscheint es noch immer sicherer, mit den Russen zusammenzugehen, die bei einer Besetzung Deutschlands jeden umbringen, der sich ihnen in den Weg stellt. Denn wir wissen ja, daß diejenigen, die für Rußland gekämpft haben, auch nach einem amerikanischen Sieg nicht umgebracht werden würden. Da der Westen uns nichts bietet, wofür zu kämpfen sich lohnt, und da wir keine Illusionen mehr über Menschen oder politische Glaubensbekenntnisse haben, soll man von uns nicht erwarten, daß wir heute an etwas anderes als an unsere persönliche Sicherheit denken. Wir sind

nazifiziert und entnazifiziert worden und beides mit der gleichen Mißachtung von Gerechtigkeit und Anstand. Wir haben gesehen, wie wohlwollend Amerika gegenüber den Kommunisten war, solange es in seinen Kram paßte. Wir haben keine Neigung mehr, an irgend etwas zu glauben oder für irgend jemand unsere Knochen zu Markte zu tragen."

Dieser junge — antikommunistische — deutsche Rechtsanwalt hatte eine große Zuneigung zum russischen Volk und eine große Achtung vor ihm bekommen, als er in der ersten Zeit des Rußlandfeldzuges an der russischen Front war. Er war zu Fuß von Polen zum Asowschen Meer marschiert und war sehr gerührt und beeindruckt von der Freundlichkeit der Russen und der Tugend der russischen Frauen. Wenn die deutschen Soldaten mit wundgelaufenen Füßen hungrig und erschöpft von einem langen Tagesmarsch in ein Dorf kamen, so hatten ihnen die Bauern Milch gebracht und versucht, es ihnen bequem zu machen.

„Weil sie selbst ihr Leben lang zu leiden hatten, fühlten sie das Bestreben, anderen Leidenden zu helfen. Dabei waren die Frauen, die uns pflegten, außerordentlich anständig. Sie waren freundlich, aber sie lehnten einen intimen Verkehr ab. Sie waren menschliche Wesen, die anderen menschlichen Wesen halfen, unbekümmert um Haß und Leidenschaften der Nationen."

„Ich kam aus Nazideutschland, wo alles Aktivität war, und es hat auf mich einen ungeheuren Eindruck gemacht, nun ein Rußland zu erleben, wo das Leiden nie aufhört und mit Duldermut ertragen wird. Viele von uns Soldaten in Rußland hatten das Gefühl, daß wir mehr von Rußland als vom Westen zu lernen haben. Durch unsere Aktivität und harte Arbeit haben wir Deutsche die ganze Welt unglücklich gemacht. Nichts haben wir so notwendig wie eine Entwicklung unserer kontemplativen Fähigkeiten, und dabei können wir viel vom russischen Volk lernen. Wir Deutsche sind immer anderen Völkern gegenüber entweder zu freundlich oder zu feindselig, während die Russen andere Völker in ihren Einzelwesen betrachten und wissen, daß Prinzipien nicht mehr als Prinzipien sind, während doch nur das menschliche Verhalten zählt. Wir fragen ‚Was hat er getan?', aber die Russen fragen ‚Was für ein Mensch ist er?'"

Das ist eine romantische Auffassung. Aber zweifellos empfinden viele Deutsche Sympathien für das russische Volk, das so elend, unterdrückt und arm ist wie sie selbst.

Ein paar von den heimgekehrten Kriegsgefangenen, mit denen ich in Deutschland sprach, hatten auch ohne philosophische Ideen, wie ich sie eben wiedergegeben habe, freundschaftliche Gefühle für die Russen, die ebensoviel oder vielleicht noch mehr erduldet hatten wie sie selbst. Und in München, wo ich eine Gruppe Russen traf, die Gefangene oder „Sklavenarbeiter" in Deutschland gewesen waren, fand ich die gleiche freundliche Einstellung gegenüber dem deutschen Volk. Die Maxime, daß Leiden alle Menschen zu Brüdern macht, kann noch immer Deutsche und Russen gegen den reichen, gesättigten und selbstgefälligen Westen zusammenführen. Deutsche und Russen werden nur durch die Grausamkeit und die Torheiten der Sowjetregierung voneinander ferngehalten. Sollte diese Regierung fähig oder gewillt sein, ihre Politik zu ändern, so könnte, darüber besteht für mich kein Zweifel, Rußland wirklich einen ungeheuren Einfluß in Deutschland gewinnen. Zum Glück für den Westen sind die Verbrechen und der Wahnsinn des Sowjetdiktators noch größer als unsere. Aber trotzdem ist unsere Auffassung, daß die Deutschen auf unserer Seite bleiben müssen, wie schlecht wir sie auch behandeln, eine gefährliche Illusion.

Die Tatsache, daß die amerikanische Militärregierung ihr Hauptquartier in Berlin hat, bringt sie wahrscheinlich zu einer ungerechtfertigt optimistischen Auffassung der deutschen Stimmung. Ein bekannter deutscher Politiker in Berlin hat mir einmal gesagt: „Die Einstellung der Berliner ist ganz verschieden von der der Deutschen in den Westzonen. Die Berliner wissen nicht nur besser, was von Rußland zu erwarten ist, sie denken auch voller Schrecken an die Rache, die die Sowjetregierung an Berlin nehmen würde, falls es vom Westen im Stich gelassen wird. Aber in den Westzonen, wo die Menschen nur die Ungerechtigkeiten der Amerikaner, Engländer und Franzosen erlebt haben, und wo es keine so starke Opposition gegen den Kommunismus gibt wie in Berlin, fürchtet man Rußland sehr viel weniger."

V.

DIE NÜRNBERGER URTEILE

Ist Deutschland unsere Kolonie?

Die materiellen Kosten der Rache sind hoch genug, die moralischen und politischen Konsequenzen aber sind überhaupt nicht abzuschätzen. Es ist ebenso dringend notwendig, den Glauben des deutschen Volkes an demokratische Justiz wieder zu beleben, wie die Beendigung der Zerstörung seines Besitzes und seiner Fähigkeit am Wiederaufbau und der Verteidigung Europas mitzuwirken, erforderlich ist.

Vier Jahre nach ihrer bedingungslosen Kapitulation sind die Deutschen noch immer rechtlos: ohne Bürger- oder politische Rechte und ohne die Sicherheit, die eine Herrschaft des Gesetzes, nicht der Menschen, bietet.

Es ist so, wie es ein angesehener deutscher Rechtsanwalt mir gegenüber in Nürnberg ausdrückte: „Wir haben lediglich eine Diktatur mit der anderen ausgetauscht. Auf zwölf Jahre der Rechtlosigkeit unter Hitler folgten vier Jahre Militärregierung, in denen ähnlich willkürliche Verordnungen erlassen und Gerechtigkeit verweigert wurde."

Die Grundlage der Demokratie ist die Herrschaft des Gesetzes, nicht der Menschen, und das bedeutet, daß das Gesetz bekannt ist und auf alle angewandt wird. In Nürnberg haben wir aber nicht nur Gesetze mit rückwirkender Kraft angewandt, sondern auch erklärt, daß sie nur für Deutsche gelten. Nach den Urteilen amerikanischer Tribunale in Nürnberg ist der Wille der Eroberer unbeschränkt, und die Besiegten haben nicht das Recht, dagegen das Völkerrecht, das amerikanische oder irgendein anderes Recht anzurufen. Statt daß wir die Deutschen gelehrt hätten: „Verbrechen machen sich nicht bezahlt", haben wir die Theorie aufgestellt, daß der Sieger, ist der Krieg einmal vorüber, mit dem Besiegten machen kann, was

ihm beliebt. Nach der Logik unserer Nürnberger Urteile werden die Deutschen nicht dafür bestraft, daß sie Kriegsverbrechen begingen, sondern daß sie den Krieg verloren haben.

Es ist ganz klar ausgesprochen worden, daß der Gedanke „Macht setzt Recht" die Grundlage der von den Vereinigten Staaten in Nürnberg geführten Prozesse bildet. „Wir bilden hier ein Tribunal", sagten die amerikanischen Richter, „das seine ausschließliche Vollmacht und richterliche Gewalt aus dem Willen und der Macht der vier Besatzungsmächte ableitet ... In den Punkten, in denen angenommen werden mag, daß Kontrollratsgesetz Nr. 10 über die feststehenden Grundsätze des Völkerrechtes hinausgeht, beruht seine Autorität natürlich auf der Ausübung der ‚souveränen gesetzgebenden Gewalt' der Länder, denen gegenüber Deutschland bedingungslos kapitulierte."*)

Wenige Amerikaner in Amerika mögen sich dessen bewußt sein: aber ihre Vertreter in Nürnberg haben ausdrücklich erklärt, daß für die Sieger nicht die gleichen Grundsätze gelten wie für die Besiegten. Als ein deutscher Verteidiger die Frage aufwarf, warum die Maßnahmen der Deutschen im besetzten Polen und Rußland — die Konfiszierung von Privateigentum, der Einsatz von Zivilisten und Kriegsgefangenen als Zwangsarbeiter und die unzureichende Ernährung der Bevölkerung — Verbrechen gegen das Völkerrecht sein sollten, nicht jedoch, wenn die gleichen Maßnahmen von der amerikanischen, englischen, französischen und russischen Militärregierung ergriffen wurden, so wurde ihm gesagt: „Die alliierten Mächte sind den Beschränkungen der Haager Konvention und Landkriegsordnung nicht unterworfen."

Warum?

„Weil die Regeln der Landkriegsordnung", sagten die amerikanischen Richter und Ankläger in Nürnberg, „sich nur dann auf das Verhalten einer kriegführenden Macht im besetzten Gebiet beziehen, solange noch eine Armee im Felde steht, die versucht, wieder den wahren Herren in dem Lande einzusetzen, nicht aber, wenn kein Krieg mehr geführt wird, keine Armee

---

*) Urteil im Fall Nr. 3, S. 14 f., siehe auch den Fall Krupp (Nr. 10) und andere Prozesse, in denen die gleiche These wiederholt wird.

mehr im Felde steht und, wie es in bezug auf Deutschland der Fall ist, dank militärischer Eroberung die Unterwerfung erfolgt ist."*)

Mit anderen Worten: Hätte Deutschland den Krieg gewonnen, so wäre es nicht mehr ans Völkerrecht gebunden und kein Deutscher könnte für schuldig betrachtet werden, Kriegsverbrechen oder „Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben". Da wir nun aber den Krieg gewonnen haben, sind wir in keiner Weise durch die Bestimmungen der Haager oder Genfer Konventionen oder durch irgendeine Bestimmung internationalen oder sonst anerkannten Rechts beschränkt.

Das Argument, daß das, was während des Krieges ein Verbrechen ist, aufhört ein Verbrechen zu sein, sobald der Kampf endet, ist gewiß das ausgesuchteste Stück juristischer Spitzfindigkeit, das Richter Jackson oder sein Nachfolger im Amt des amerikanischen Hauptanklägers in Nürnberg, Brigadegeneral Telford Taylor, sich ausgedacht haben. Genau so gut kann man sagen, daß es verboten ist, einem Manne während des Boxkampfes einen Tiefschlag beizubringen, daß man ihn aber mit den Füßen in seine empfindlichsten Stellen treten darf, sobald er ausgezählt am Boden liegt.

Das Argument von der nur bis zum Moment der deutschen bedingungslosen Kapitulation befristeten Gültigkeit der Haager und Genfer Konventionen wurde von den amerikanischen Richtern und Anklägern in Nürnberg beständig wiederholt: „Es ist klar", so heißt es im Juristenprozeß, „daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen den von den Alliierten vor der Beseitigung der deutschen Regierung ergriffenen Maßnahmen und den späteren. Nur die ersteren brauchen an den Haager Regeln gemessen zu werden, die jedoch auf die gegenwärtig in Deutschland obwaltende Situation nicht anwendbar sind."

Diese Theorie wurde unverzüglich nach der deutschen Kapitulation angewandt. Viele deutsche Kriegsgefangene in amerikanischer Hand, die bis dahin anständig behandelt worden waren, sahen sich plötzlich in rechtlose Menschen verwandelt, die auf Grund einer in Washington getroffenen Bestimmung zu

*) A. a. O. S. 10.

Überstundenarbeit für einen Hungerlohn gezwungen werden konnten. Statt daß man sie gemäß den Genfer Bestimmungen bei Kriegsende nach Hause schickte, wurden sie von den Amerikanern den Franzosen überstellt, um als Sklavenarbeiter in Gruben und Fabriken eingesetzt zu werden. Die Franzosen haben sie daraufhin auch noch ihrer warmen Kleidung und der Dollars beraubt, die sie sich als Kriegsgefangene verdient hatten. In ähnlicher Weise haben die Engländer jahrelang nach Kriegsende deutsche Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter behalten.

Präsident Trumans Einverständnis in Potsdam, daß „Sachreparationen" aus Deutschland in Form von Zwangsarbeit in den Siegerländern herausgeholt werden sollten, gab Stalin das Recht, die Trupps der bereits in Rußland arbeitenden Kriegsgefangenen durch Hunderttausende von Deutschen zu vermehren.

Dieser Nachahmung von Nazi-Praktiken wurde durch die bequeme These eine „Rechts"-grundlage gegeben, daß das Völkerrecht mit dem 8. Mai 1945, dem Tage der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, seine bindende Kraft für die siegreichen „Demokratien" verloren habe.

Weiter wurde in Nürnberg ausdrücklich erklärt, daß nur Deutsche der Bestrafung wegen Kriegsverbrechen unterliegen, weil sie besiegt wurden und keine Regierung haben, die sie schützen konnte. „Es muß zugegeben werden, daß die Deutschen nicht die einzigen sind, die des Begehens von Kriegsverbrechen schuldig sind. Auch anderen, die das Völkerrecht verletzten, könnte ohne Zweifel der Prozeß gemacht und sie könnten bestraft werden, sei es von dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, sei es von dem Staat, gegen den sie sich vergangen haben, wenn er ihrer habhaft werden kann, oder von einem internationalen Tribunal mit rechtlicher Vollmacht und Zuständigkeit. Die offenbare Immunität von Verbrechern in anderen Staaten" — so wurde den Deutschen gesagt — „beruht nicht darauf, daß in diesen anderen Staaten die Bestimmungen des von uns hier (in Nürnberg) angewandten Völkerrechts nicht existieren, sondern auf der von uns in Deutschland ausgeübten

Souveränität, während keine internationale Behörde Machtvollkommenheiten ‚innerhalb eines Staates mit einer souveräne Macht ausübenden nationalen Regierung' übernehmen kann."*)

Anders ausgedrückt: Die Eroberung Deutschlands und die Beseitigung seiner Regierung unterwirft deutsche Staatsangehörige der Verfolgung, während die Angehörigen nichtbesiegter Länder ihr nicht unterliegen. Daß nur die Besiegten wegen Bruch des Völkerrechts strafbar sind, wurde imGeneralsprozeß (Nr. 7) ausdrücklich festgelegt. Die deutschen Verteidiger machten dagegen geltend, daß die folgenden Akte von den Siegern ebenso begangen worden waren wie von den Deutschen: „Nicht durch militärische Notwendigkeiten gebotene Zerstörungen", Beschlagnahme von Privateigentum, Verhängung von Zwangsbußen „in Geld oder anderer Weise" gegenüber der Bevölkerung besetzter Gebiete, „über die Bedürfnisse der Besatzungstruppen hinausgehende und die verfügbaren Mittel übersteigende Anforderung an Sach- und Dienstleistungen an Gemeinden und ihre Einwohner", Beschlagnahme von „Bargeld und verwertbaren Gegenständen, die nicht direktes Staatseigentum sind", Zwangsaushebungen unter der Bevölkerung eines besetzten Gebietes zur Arbeit im Lande der Besatzungsmacht und andere von den Haager und Genfer Konventionen ausdrücklich verbotene Maßnahmen. Darauf wurde vom amerikanischen Tribunal entgegnet:

„Es ist im Verlauf dieses Prozesses erklärt worden, daß Befehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen ähnliche Befehle erließen. Dieses Tribunal ist aber nicht hier, um Befehlshabern alliierter Besatzungstruppen den Prozeß zu machen, sondern es muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland infolge der bedingungslosen Kapitulation keine rechtmäßig kriegführende Truppe im Felde hat."**)

In ihrem Eifer zu beweisen, daß nur Deutsche für Kriegsverbrechen strafbar sind, haben die amerikanischen Richter und Ankläger in Nürnberg mit ihrer Theorie des Unterschiedes zwischen dem unter einer „nichtkriegführenden" Besetzung

*) A. a. O. S. 22.
**) Erklärung des Tribunals zum Thema „Die Haager und Genfer Konventionen".

Erlaubten, während des Kampfes aber Verbotenen, Amerikaner und Engländer in eine zweideutige Lage gebracht. Der englische Labour-Abgeordnete Richard Stokes*) brachte in einer Rede im Unterhaus am 30. 6. 1948 folgendes vor: „Ich bezweifle es sehr, ob wir juristisch zur Entnahme von Reparationen berechtigt sind, solange kein Friedensvertrag besteht, und ich würde gern die Meinung eines Völkerrechtlers darüber hören. Ich glaube, daß Reparationen einen Teil des Friedensvertrages bilden, nicht aber eine Konsequenz der Einstellung der Feindseligkeiten sind, selbst wenn sie in der Form bedingungsloser Kapitulation erfolgte. Ich glaube, daß Reparationsentnahmen vor einem Friedensvertrag eine Plünderung darstellen und nichts anderes. Den ehrenwerten Abgeordneten wird dieser Begriff vielleicht nicht gefallen, aber er ist nach meiner Meinung der völkerrechtlich zutreffende Ausdruck."

Derartige juristische und moralische Skrupel haben die amerikanischen Ankläger in Nürnberg nicht angefochten; sie fühlten sich sicher im Bewußtsein, daß die amerikanische Öffentlichkeit durch ihre Presse und den Kongreß über die auf dem Spiele stehenden moralischen und rechtlichen Momente vollständig in Unkenntnis gehalten worden war. Einige der nach Nürnberg entsandten amerikanischen Richter haben jedoch bei der Anwendung eines beispiellosen, auf nichts anderes als die Macht und den Willen der Eroberer gegründeten Gesetzes Gewissensbisse verspürt. Im „Richterprozeß", in dem die Grundlage für die in Nürnberg gefällten Urteile am klarsten dargelegt wird, bemühte sich das amerikanische Tribunal um seine eigene Rückversicherung, indem es erklärte: „Sicherlich hat Kontrollratsgesetz Nr. 10, das durch die bevollmächtigten Vertreter der vier größten Staaten der Erde erlassen wurde, einen Anspruch auf den Respekt der Richter."

Der Wille der vier Großmächte sollte also die Sanktion verleihen, die in anderen Rechtssystemen der Gottheit oder dem rationalistischen Begriff der Menschenrechte vorbehalten ist.

Während auf der einen Seite daran festgehalten wird, daß das Völkerrecht auf unsere Besetzung Deutschlands auf Grund

---

*) Stokes wurde am 28. Februar 1950 zum Minister im Kabinett Attlee ernannt. Der Übers.

der durch die bedingungslose Kapitulation erfolgten Übertragung der Souveränität auf die Besatzungsmächte nicht anwendbar sei, wurde auf der anderen Seite in Nürnberg auch erklärt: „Die Tatsache, daß die vier Mächte als die Regenten Deutschlands die höchste gesetzgebende Autorität für die Bestrafung von deutschen Kriegsverbrechern ausüben, bedeutet nicht, daß die Rechtsprechung dieses Tribunals auch nur im geringsten auf irgendeinem deutschen Gesetz, einer deutschen Prärogative oder Souveränität beruhe."

Diese letztere Erklärung steht offenkundig in direktem Widerspruch zur ersten, die behauptet, daß die Übertragung der Souveränität in Deutschland auf uns die Nichtanerkennung des Völkerrechts rechtfertige. Wir wollen die Deutschen gleichzeitig drinnen und draußen haben. Wir weigern uns, internationales Recht zu beobachten, weil wir die „souveräne" Macht sind, und wir weigern uns, amerikanisches oder deutsches Recht anzuwenden, weil unsere Tribunale ihre Macht von einer „internationalen Autorität" ableiten. Die Deutschen bleiben rechtlos, ohne den Schutz irgendeines Gesetzes und den Willkürbestimmungen ihrer Eroberer unterworfen. Wir haben in der Tat die ganze deutsche „Rasse" rechtlos gemacht, so wie Hitler die Juden rechtlos machte. Im Namen der Demokratie haben wir das deutsche Volk der Herrschaft nicht des Gesetzes, sondern der Menschen unterworfen.

Da bisher kein Friedensvertrag unterzeichnet worden ist und unsere Besetzung Deutschlands trotzdem als „nichtkriegführend" gilt, erhebt sich die Frage: „Welches ist ihre Rechtsgrundlage?" Regieren die Vereinigten Staaten ihre Zone in Deutschland in Theorie und Praxis als eine Kolonie? Sollte in diesem Falle dann aber nicht amerikanisches oder das Recht der „Eingeborenen" angewandt werden, da internationales Recht ausgeschlossen worden ist? Die den deutschen Verteidigern auf diese Frage erteilte Antwort lautete: Nein.

Weder das Völkerrecht, noch deutsches Recht, noch amerikanisches Recht, noch die Grundsätze der angelsächsischen Rechtswissenschaft bildeten die Grundlage der Anklage, der Verfahren und Urteile der Nürnberger Tribunale.

Die Engländer, Franzosen und Russen zogen sich aus Nürnberg zurück, nachdem das erste und einzige „Internationale Militärtribunal“ (IMT) gegen Göring und die anderen obersten Naziführer verhandelt und sie verurteilt hatte. Die übrigen zwölf anschließenden Nürnberger Prozese, die erst im November 1948 ihr Ende fanden, waren rein amerikanische Schaustellungen. Richter und Ankläger waren alle amerikanische Staatsbürger; die Verfahren fanden unter amerikanischer Flagge statt; die Verhandlungen begannen jeden Morgen damit, daß der Gerichtsmarschall um Gottes Segen für die Vereinigten Staaten bat, und die ersten Worte der Urteile lauteten: „Die Vereinigten Staaten von Amerika, Kläger, gegen ..., Angeklagte“. Trotzdem wurde unterstellt, daß es sich um „internationale“ Tribunale handele, und daß sie ihre Autorität vom alliierten Kontrollrat ableiteten, selbst nachdem er zu bestehen aufgehört hatte.

Es wurden weder die Grundsätze noch die Prozeßvorschriften des amerikanischen Rechts befolgt, und den Angeklagten wurde die Berufung beim Obersten Gerichtshof oder anderen höheren Autoritäten als dem Militärgouverneur verwehrt. Der Spruch der amerikanischen Richter, die das Tribunal bildeten, war unwiderruflich, abgesehen vom Recht General Clays, die Urteile zu mildern.

Die „rechtliche“ Grundlage für die Verhandlungen bildete Kontrollratsgesetz Nr. 10, das von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, England und Frankreich für die „Bestrafung von Personen, die der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit schuldig sind“, erlassen worden war. Weit entfernt davon, das wunderschöne Kind internationaler Gerechtigkeit zu sein, wie Richter Jackson noch immer behauptet, ist Kontrollratsgesetz Nr. 10 die mißgestaltete Ausgeburt kommunistischer „volksdemokratischer Justiz“ und des barbarischen Grundsatzes „Wehe den Besiegten.“

Kontrollratsgesetz Nr. 10 beruht auf dem totalitären Begriff der Kollektivschuld und Kollektivstrafe. Es besagt, daß jeder, ob Soldat oder Zivilist, der die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützte oder ihnen Vorschub leistete, des Verbrechens der

Führung eines Angriffskriegs schuldig ist. Seine Zielsetzung ist so umfassend, daß darüber der eigentliche Zweck verfehlt wird. Die nach Nürnberg entsandten amerikanischen Richter wußten nicht, wo sie eine Grenze ziehen sollten, ohne die ganze Bevölkerung Deutschlands zu beschuldigen und damit einen Präzedenzfall für die Beschuldigung aller Amerikaner in einem von den Kommunisten zum „Angriffskrieg" erklärten künftigen Krieg zu schaffen. Kontrollratsgesetz Nr. 10 kann jedenfalls so ausgelegt werden, daß auch der Bauer oder Landarbeiter, der Lebensmittel produziert und verkauft, daß der Industrielle, der Arbeiter beschäftigt und der Arbeiter in einem Betrieb, daß der Beamte und der Soldat, die Befehlen gehorchen, samt und sonders schuldig sind.

Kontrollratsgesetz Nr. 10 scheint in der Tat der Versuch gewesen zu sein, „juristisch" die ganze deutsche Nation zu ächten und damit den Morgenthau-Plan zu rechtfertigen. Das Widerstreben der meisten amerikanischen Richter gegen die Ausübung einer totalitären „Rechtsprechung" war aber so groß, daß mit Ausnahme der vom Internationalen Militärtribunal verurteilten obersten Politiker, niemand auf Grund dieser Bestimmung bestraft worden ist — trotz der leidenschaftlichen Anstrengungen der amerikanischen Ankläger, entsprechende Urteile herbeizuführen.*)

Unglücklicherweise aber bildeten die auf „Kriegsverbrechen" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" bezüglichen Paragraphen des Kontrollratsgesetzes Nr. 10, die nicht minder umfassend sind, die Grundlage für die in Nürnberg durch amerikanische Tribunale verhängten Urteile.

Nach Kontrollratsgesetz Nr. 10 gilt als eines Kriegsver-

*) Dieser Satz war geschrieben, bevor von Weizsäcker unter der Angriffskriegsbeschuldigung in bezug auf die Tschechoslowakei verurteilt wurde. Es ist ein ironischer Kommentar zu den Nürnberger Prozessen, daß dieser Mann, dem Lord Halifax und das Foreign Office bescheinigten, daß er sein Äußerstes tat, um Hitler vom Kriege abzuhalten, und der als führendes Mitglied der deutschen Opposition nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 nur deshalb dem Tode entging, weil er damals Botschafter beim Heiligen Stuhl war, nun von einem amerikanischen Tribunal ausgerechnet wegen der Angriffskriegs-Anklage verurteilt wurde. Richter Powers aus Iowa gab ein abweichendes Urteil ab, aber die beiden anderen Richter akzeptierten die Auffassung der Anklage.

brechens oder einer Grausamkeit schuldig, wer „einen zustimmenden Anteil daran hatte", (d. h. Befehlen gehorchte), wer „mit Plänen oder Befehlen zu tun hatte, die sich auf ihre Ausführung bezogen", wer „Mitglied irgendeiner Organisation oder Gruppe war, die mit der Ausführung irgendeines derartigen Verbrechens zu tun hatte", wer „eine hohe militärische oder nichtmilitärische Stellung bekleidete" (unter Einschluß des Generalstabs) oder „eine hohe Stellung in Finanz, Industrie und Wirtschaft" Deutschlands, seiner Verbündeten oder Gefolgsstaaten „bekleidete."

Dieser letztere Punkt deutet auf den Einfluß der Kommunisten bei Abfassung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 hin, da davon die meisten Angehörigen der „kapitalistischen Klasse" betroffen werden.

Die amerikanischen Richter in Nürnberg bestanden darauf, daß eine Scheidelinie gezogen werde und wollten das Prinzip der Kollektivschuld nicht in der von der Anklage verlangten Weise anwenden. Sie beharrten zum überwiegenden Teil auf der Forderung eines Beweises unmittelbarer Verantwortung oder einer offenkundigen Tat und modifizierten auf diese Art und Weise das Gesetz, anstatt wie sowjetische Richter zu handeln. Nichtsdestoweniger haben aber die Nürnberger Urteile in vielen Fällen keine völkerrechtliche Grundlage, sondern tragen den Stempel kommunistischer „Rechts"-auffassung. Das gilt ganz besonders vom Fall Krupp, in dem Albert Krupp an Stelle seines Vaters angeklagt und verurteilt wurde, obwohl er niemals die Leitung der Krupp-Werke innehatte.

Es war beklemmend und abstoßend, den Verhandlungen im Ministerprozeß (Nr. 11) beizuwohnen — im gleichen Gerichtssaal, in dem zuvor die Vertreter der Sowjetdiktatur zusammen mit Amerikanern, Engländern und Franzosen auf dem Richterstuhl gesessen hatten — und mitanzuhören, wie amerikanische Richter sich im November 1948 auf die Urteile des Internationalen Militärtribunals als Präzedenzfälle bezogen. Wenn man sich vergegenwärtigte, daß der russische Chefankläger beim IMT, General Rudenko, jetzt Kommandant des KZs Sachsenhausen in der Sowjetzone ist, konnte man sich einen Begriff

von der „Rechtsprechung“ machen, wie sie von amerikanischen Richtern in Nürnberg gehandhabt wurde.

Die Vollmacht und die von den amerikanischen Richtern in Nürnberg zu beobachtenden prozessualen Vorschriften waren in Verordnung Nr. 7 der amerikanischen Militärregierung niedergelegt. Diese Verordnung bestimmt ausdrücklich, daß die amerikanischen Beweisregeln von den Richtern nicht anzuwenden sind. Berichte aus zweiter und dritter Hand (Hörensagen) sind als Beweis zugelassen, und es wird völlig dem Ermessen der Richter überlassen, ob dem Angeklagten gestattet wird, die Rechtsgültigkeit oder Beweiskraft eines Beweismittels zu bestreiten. Es lohnt sich, § 7 dieser Verordnung Nr. 7 im Wortlaut zu zitieren, da einer der schärfsten Einwände der deutschen Verteidigung dahin geht, daß alle bekannten Beweisregeln von den Nürnberger Tribunalen einfach über Bord geworfen wurden:

„Die Tribunale sollen nicht an technische Beweisregeln gebunden sein. Sie sollen in größtmöglichem Maß ein beschleunigendes, freies Verfahren befolgen und anwenden und sollen jeden Beweis zulassen, der nach ihrem Ermessen Beweiswert hat. Ohne damit diese allgemeine Regel einzuschränken, sollen als zulässig gelten, wenn sie dem Tribunal informativen oder Beweiswert in bezug auf die Anklagepunkte zu haben scheinen: Eidesstattliche Erklärungen (Affidavits), eidliche Aussagen, Verhöre und andere Erklärungen, Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen, Wahrsprüche der Geschworenen, Erklärungen und Urteile der Militärtribunale und der Revisions- und Bestätigungsinstanzen irgendeiner der Vereinten Nationen, sowie Kopien irgendeines Dokumentes oder anderen mittelbaren Beweises für den Inhalt irgendeines Dokumentes, wenn das Original nicht verfügbar ist oder nicht ohne Zeitverlust beschafft werden kann. Das Tribunal soll der angeklagten Partei insoweit Gelegenheit zur Bestreitung der Rechtsgültigkeit oder Beweiskraft derartiger Beweismittel geben, wie es nach Meinung des Tribunals die Ziele der Rechtsprechung erheischen.“

Den Richtern wurde also das Recht erteilt, über jedes Beweismittel unterrichtet zu werden, bevor es von der Verteidigung

vorgebracht wurde, und sie konnten seine Vorbringung untersagen, wenn sie es nicht als „wesentlich" ansahen. In Anbetracht der räumlichen Nähe, in der Richter und Ankläger in der kleinen, abgeschlossenen amerikanischen Gemeinschaft in Nürnberg zusammenlebten, konnte diese Bestimmung nach Meinung der Deutschen nur den Sinn haben, daß die Anklage stets im Vorwege über die Beweisanträge der Verteidigung unterrichtet wurde. Die Vermutung, daß Richter und Ankläger gemeinsamen Interessen hatten, wurde in mindestens einem Prozeß dadurch zur Gewißheit erhärtet, daß die Ankläger den Richtern die Hände schüttelten und sie zu ihrem Urteil beglückwünschten.

Nur im letzten, dem sogenannten Wilhelmstraßen-Prozeß gegen Baron v. Weizsäcker und andere Beamte des Auswärtigen Amtes wurde der Verteidigung gestattet, die im Besitz der Militärregierung befindlichen beschlagnahmten Dokumente einzusehen, und auch in diesem Falle standen ihr dafür nur wenige Wochen zur Verfügung und nicht Jahre, wie der Anklagebehörde für die Vorbereitung ihrer Anträge und Schriftsätze. Im Fall Krupp hatte die deutsche Verteidigung überhaupt keine Gelegenheit, die Akten sorgfältig zu studieren und wußte nicht einmal, ob man ihr sämtliche Akten zugänglich gemacht hatte.

Die Angeklagten, die durch lange Haft und unzureichende Ernährung geschwächt waren, bevor ihr Prozeß begann, mußten sich zum größten Teil bei ihrer Verteidigung auf ihr Gedächtnis statt auf Dokumente stützen.

Die größte aller Behinderungen, unter denen die Verteidigung zu leiden hatte, war die Schwierigkeit, Zeugen ausfindig zu machen, Zugang zu ihnen zu erlangen und sie zur Zeugenaussage in Nürnberg zu veranlassen. Der Anklagebehörde dagegen standen alle Nachrichtenquellen und Erleichterungen der Militärregierung für die Ausfindigmachung von Zeugen zur Verfügung; sie hatte das Recht, sie einsperren zu lassen, sie endlos zu verhören und einen intensiven Druck auszuüben, um sie zu Aussagen nach ihren Wünschen zu veranlassen. Die Verteidigung hatte weder Zugang zu den Informationen der Militärregierung noch irgendwelche nachrichtenmäßigen oder Transporterleichterungen; sie hatte auch keine Geldmittel für die

Suche nach Zeugen, da das Eigentum aller Angeklagten beschlagnahmt worden war, bevor ihre Schuld erwiesen war.

Während des IMT-Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher befanden sich fast sämtliche Zeugen im Gefängnis und konnten von der Verteidigung nicht befragt werden, wenn die Anklage sie als ihre Zeugen beanspruchte. 1947 hatte sich die Lage insofern verbessert, als die meisten Zeugen auf freiem Fuß waren; einige waren aber auch damals noch in Haft und konnten von der Verteidigung nur in Gegenwart eines Vertreters der Anklage befragt werden.

Die Zeugen, deren Freilassung aus dem Gefängnis von der Gunst der amerikanischen Militärregierung abhing, hatten ein ganz natürliches Widerstreben gegen Zeugenaussagen, die den Wünschen der Anklage entgegengesetzt waren. Und nicht nur das, auch die nicht in Gewahrsam befindlichen Zeugen waren durch die engen Beziehungen zwischen Anklage und Denazifizierungsbehörden eingeschüchtert. Es gab im Nürnberger Justizpalast eine Militärregierungsabteilung „Special Projects“, die alle in den Prozessen vorgelegten Dokumente gründlich daraufhin untersuchte, ob sich darin nicht Beweismaterial finden ließ, das zu einer Verurteilung der Zeugen vor den Spruchkammern ausreichte. So erlebten es viele Zeugen, daß sie selbst abgeführt und vor eine Spruchkammer gestellt wurden, wobei dem Verfahren das von der Abteilung Special Projects beschaffte Material zugrunde lag.

Sämtliche Zeugen hatten eine solche Angst, daß sie selbst im Gefängnis landen würden, wenn sie in die amerikanische Zone reisten, um in Nürnberg auszusagen, daß die Militärregierung im Herbst 1947 „Geleitscheine“ auszustellen hatte, mit denen die Rückkehr der Zeugen in ihre Wohnorte in der englischen und französischen Zone garantiert wurde.

Die Zeugen in Nürnberg wurden niemals den scheußlichen Torturen unterworfen, die bei den Verfahren vor dem Dachauer Militärtribunal angewandt wurden und die im nächsten Kapitel behandelt werden. Der in Nürnberg von der Anklagebehörde auf die Zeugen ausgeübte Druck war mehr psychischer als physischer Natur. Die von einem Zeugen verlangte Aussage

konnte man häufig dadurch erlangen, daß man ihn zwei oder drei Jahre einsperrte und in dauernder Sorge um die unversorgt zurückgelassene Familie hielt, oder indem man ihm androhte, selbst als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt zu werden, wenn er belastende Aussagen gegen die Angeklagten verweigerte. In einigen Fällen wurde auch die nur allzu notorische Waffe der Militärregierung in Deutschland angewandt: die Drohung, einen nicht gefügigen Zeugen an die Russen auszuliefern. Diese Methode wurde in dramatischer Weise im Wilhelmstraßen-Prozeß im Herbst 1948 enthüllt.

Baron von Weizsäcker hatte so viele in hohem Maße freigebige Zeugen im Ausland, die seine Unschuld bezeugten, daß es möglich war, die Mittel zur Bestellung eines amerikanischen Rechtsanwaltes zu seinem Verteidiger aufzubringen. Mr. Warren Magee aus der Bundeshauptstadt Washington kam nach Nürnberg und konnte als Amerikaner auch den — deutschen Verteidigern verweigerten — Zugang zu den Dokumenten erlangen. Dabei verschaffte er sich auch Einblick in die Niederschrift des Verhörs von Friedrich Gaus, der zum Hauptzeugen der Anklage geworden war, obwohl er als „Graue Eminenz" des Auswärtigen Amtes und „Ribbentrops böser Geist" bezeichnet wurde. Es gab eine Sensation im Gerichtssaal, als Mr. Magee die Niederschrift des ersten Verhörs von Gaus verlas, aus der sich ergab, daß Mr. Kempner, der amerikanische Ankläger, gedroht hatte, Gaus den Russen auszuliefern, falls er der Anklage nicht behilflich sei.

Die anmaßende Art, in der das amerikanische Tribunal in verschiedenen Prozessen die Verteidigung behandelte und die Verweigerung des Verhörs oder Kreuzverhörs vieler Zeugen durch die Verteidigung führten zu einem der größten Skandale der Nürnberger Prozesse und haben die amerikanische Justiz endgültig in deutschen Augen diskreditiert.

Die amerikanischen Richter im Krupp-Prozeß waren in jeder Hinsicht stärker in Vorurteilen befangen und unamerikanischer in ihrer Prozeßführung als alle anderen, die nach Nürnberg kamen. Dauernd „überfuhren" sie die Verteidigung, ließen es aber zu, daß die Ankläger die Zeugen und die deutschen Ver-

teidiger anbrüllten und anschrien. Schließlich trieb Richter Daly die Verteidiger so weit, daß sie geschlossen aus Protest den Gerichtssaal verließen. Zunächst ging er über die Einwendungen hinweg, die die deutschen Verteidiger gegen die Befragung von Zeugen außerhalb des Gerichts durch einen Beauftragten erhoben hatten; dann veranlaßte er, daß diese Befragung zur gleichen Zeit wie die Verhandlung stattfand, so daß die Verteidiger keine Gelegenheit haben würden, dabei zu sein, es sei denn, daß sie es untereinander durch eine Verabredung, wer bei der Gerichtsverhandlung und wer bei der kommissarischen Vernehmung zugegen sein sollte, einrichteten.

Als einer der Verteidiger gerade um eine Vertagung der Verhandlung bitten wollte, damit eine solche Absprache unter den Verteidigern getroffen werden konnte, hatte er kaum den Mund aufgemacht, als der damals präsidierende Richter Daly zu ihm sagte: „Setzen Sie sich oder ich lasse Sie aus dem Gerichtssaal entfernen." Dr. Schilf wollte gerade sagen: „Ich bitte . . . . .", als Richter Daly ihn anwies, „sich zu entfernen". Darauf folgten ihm die übrigen Verteidiger in einem spontanen Protest.

Da man den deutschen Rechtsanwälten das Reden verboten hatte, setzten sie sich also hin und ersuchten schriftlich um die Genehmigung zur Ausübung ihres Rechtes, beim Verhör von Zeugen anwesend zu sein. Bevor sie aber das Schriftstück dem Gericht übergeben konnten, wurden sie alle verhaftet und in Gewahrsam genommen. Sie blieben über das Wochenende eingesperrt und wurden dann aufgefordert, sich wegen ihrer „Mißachtung des Gerichts" zu entschuldigen, obwohl die Entschuldigung eigentlich ihnen gegenüber, statt von ihnen hätte vorgebracht werden sollen.

Dr. Kranzbühler, Krupps Rechtsbeistand und ein glänzender Jurist, war gerade zu einer anderen Verhandlung in die französische Zone gefahren, als sich dieser Zwischenfall ereignete. Bei seiner Rückkehr am Tage der Entlassung seiner Kollegen aus dem Gefängnis und der Aufforderung, sie sollten sich alle beim Gerichtshof entschuldigen, gab er vor dem Gericht eine Erklärung ab, aus der ich einige Abschnitte zitiere. Kranzbühler konnte darin die amerikanischen Richter wegen ihrer

Mißachtung amerikanischer Justiz beschämen, die dieses Nürnberger Tribunal mit der Anwendung des auf Kontrollratsgesetz Nr. 10 und Militärregierungsverordnung Nr. 7 begründeten Bastardrechtes begangen hatte. Zu der Frage, ob die deutschen Rechtsanwälte einer „Mißachtung des Gerichtes" schuldig seien oder nicht, erklärte Dr. Kranzbühler:*) „Ich bin in der unglücklichen Lage, nicht zu wissen, nach welchem Recht diese Entscheidung vor sich gehen soll. Das Tribunal hat gestern durch den Mund von Richter Wilkins ausdrücklich abgelehnt, amerikanisches Recht anzuwenden, es hat vielmehr sich zu stützen versucht oder gestützt auf die Ordinance VII, die dem Tribunal die Befugnis erteilt, mit der contumacy, wie es dort heißt, summarisch zu verfahren.

Ich darf dazu folgendes bemerken: Die Frage des anzuwendenden Rechts ist in einem solchen Fall, wo Verteidiger betroffen sind, von einer fundamentalen Bedeutung. Der Verteidiger ist aufgewachsen und geschult in dem Rechtsdenken seines Landes. Wenn er bei einer Aufgabe, die ihm als deutschem Verteidiger gestellt wird, plötzlich beurteilt wird nach dem Rechtssystem eines Landes, das ihm fremd ist, oder nach einem Rechtssystem, das überhaupt keinem Lande angehört, sondern dessen Tragweite und Auslegung vollkommen in dem Ermessen des Gerichts liegt, dann besteht die große Gefahr, daß Entscheidungen ergehen, die an sich im ganzen eine schwere Ungerechtigkeit bedeuten. Es ist für den deutschen Verteidiger schon verwunderlich, festzustellen, daß sein Verhalten auf Grund derselben verfahrensrechtlichen Bestimmungen beurteilt werden soll, die für die Aburteilung von angeblichen Kriegsverbrechern, also zu einem ganz bestimmten Sonderzweck, aufgestellt worden sind. Daß dies die Meinung des Gerichts sei, ist mir ausdrücklich bestätigt worden, als ich den Antrag gestellt habe, Herrn Richter Daly wegen Befangenheit auszuschließen.

Ich möchte daher, ohne Rücksicht darauf, welches Recht das Gericht letzten Endes für anwendbar ansehen wird, doch diejenigen Prinzipien zum Ausdruck bringen, die nach deutschem

---

*) Sitzungsprotokoll des Militärgerichtshofes Nr. III, Fall X, S. 2063 ff.

Recht für die Vorfälle maßgeblich waren, denn nur dann wird dem Tribunal die Grundlage vermittelt, auf der die instinktiven Entscheidungen dieser hier beschuldigten Anwälte ergangen sind. Nach deutschem Verfahrensrecht ist es zunächst einmal eine Pflichtverletzung eines Richters, wenn er einen Antrag eines Verteidigers nicht anhört. Eine derartige Pflichtverletzung berechtigt einen deutschen Anwalt unter anderem dazu, dem dienstlichen Vorgesetzten dieses Richters eine sogenannte Aufsichtsbeschwerde einzureichen. Ferner hat der deutsche Verteidiger die Möglichkeit, in einem aus mehreren Richtern zusammengesetzten Gericht gegen die Entscheidung eines einzelnen Richters die Entscheidung des gesamten Tribunals anzurufen. Es war also unter diesem Gesichtspunkt des deutschen Verfahrens richtig, daß Dr. Schilf zu intervenieren versucht hat. Der deutsche Richter ist außerdem nicht in der Lage, einen Anwalt aus dem Saal zu verweisen, solange dieser sich in der Ausübung seiner Pflichten befindet. Gewiß gibt es auch im deutschen Recht eine sogenannte Sitzungspolizei des Richters. Diese Befugnis bedeutet aber nur, daß der Richter einen Anwalt entfernen lassen kann, der etwa in betrunkenem Zustand herumskandaliert. Es gibt nach der Kenntnis aller Kollegen, die ich befragt habe — und das sind sehr viele —, ein einziges Beispiel dafür in der neueren deutschen Rechtsgeschichte, daß ein Anwalt aus dem Sitzungssaal entfernt worden ist. Es handelte sich um einen kommunistischen Anwalt in einem politischen Prozeß 1924, und es gab dann Proteste der Anwaltschaft gegen diese Maßnahme.

Auf der anderen Seite ist der deutsche Anwalt nicht in dem Ausmaße der richterlichen Autorität unterworfen, wie das im amerikanischen Recht der Fall zu sein scheint. Es gibt im deutschen Recht sehr häufig lange und scharfe Diskussionen zwischen Gericht und Verteidiger, und es würde keinem Richter in den Sinn kommen, aus wiederholten Widersprüchen des Verteidigers gegen die Auffassung des Richters einen contempt of court herzuleiten. Denn dieser Begriff, meine Herren Richter, ist dem deutschen Recht überhaupt fremd. Der Richter hat keine Disziplinarbefugnisse gegenüber einem Anwalt. Wenn also ein An-

walt sich den Weisungen des Gerichts zu einem bestimmten Punkt nicht fügt, dann hat das Gericht letzten Endes keine andere Möglichkeit, als das Verfahren auszusetzen und sich über diesen Anwalt bei seiner vorgesetzten Dienststelle, der Anwaltskammer, zu beschweren. Niemals kann das Gericht in eigener Sache gegen diesen Anwalt entscheiden. Der Anwalt hat andererseits die Möglichkeit, jederzeit sein Mandat niederzulegen oder den Gerichtssaal zu verlassen. Auch in diesem Fall kann das Gericht über das Verhalten des Anwalts nicht entscheiden. Wenn das Gericht glaubt, daß der Anwalt seine Pflichten verletzt hat durch eine solche Maßnahme, dann muß es seinerseits eine Entscheidung der Anwaltskammer gegen diesen Anwalt herbeiführen. Umgekehrt hat aber auch der Anwalt die Möglichkeit, sich über das Gericht zu beschweren, wenn er glaubt, daß dieses durch sein Verhalten Anlaß dazu gegeben hat, daß der Anwalt den Saal verläßt."

Mit bitterem Sarkasmus bemerkte Dr. Kranzbühler: „Das sind im wesentlichen die Grundzüge des deutschen Rechts. Nun werden Sie mir zugeben, meine Herren Richter, daß bei einer solchen juristischen Ausbildung die Dinge, die sich hier abgespielt haben, völlig anders aussehen als sie von Ihrem Standpunkt aus sich darstellen unter der Ausbildung eines amerikanischen Richters."

Im Zusammenhang mit dieser indirekten Anprangerung „amerikanischer" Justiz, wie sie in Nürnberg angewandt wurde, ließ Dr. Kranzbühler sich die gute Gelegenheit eines Protestes gegen die Unfairneß des ganzen Verfahrens nicht entgehen — und man ließ ihn ausreden. Vielleicht hatte Richter Schick, der amerikanische Präsident aller Gerichtshöfe, die Richter Daly und Wilkins darauf hingewiesen, daß sie sich selbst in die Klemme gebracht hatten und daß es ratsam sei, etwas vorsichtiger zu verfahren. „Es ist dies das dritte Verfahren," sagte Dr. Kranzbühler, „das ich hier in Nürnberg erlebe, und ich kann nicht sagen, daß ich verwöhnt bin in meinen Anforderungen an die Nürnberger Verfahren. Das liegt zum Teil in der Natur der Dinge."

Nach einem Protest dagegen, daß bestimmte Beweismittel

von den Richtern als unzulässig erklärt worden waren, schloß Dr. Kranzbühler mit den Worten: „Es sind viele große Sorgen, die die Verteidiger in diesem Verfahren in unerhörtem Ausmaße belasten ... Ich bitte die Herren Richter zu bedenken, daß diese Angeklagten schon von vornherein in einer fast hoffnungslosen Lage sind und völlig davon abhängen, daß wir ihnen ein faires Verfahren sicherstellen können. Ich weiß, daß das Tribunal jetzt sagen wird oder denkt, dafür sind wir als Richter ja da, das faire Verfahren sicherzustellen. Aber Sie werden mir einräumen müssen, meine Herren Richter, daß die Worte mir auch heute noch in Erinnerung sind, die gestern zu Beginn der Sitzung gesprochen worden sind, daß es sich nämlich letzten Endes um ein Verfahren des Siegers gegen den Besiegten handelt. In dem Urteil des Flick-Falles ist gleich zu Beginn dieser Tatbestand ausdrücklich erwähnt worden, und das Gericht hat für sich daraus die Pflicht hergeleitet und auch die Konsequenz gezogen, alle Rechte der Angeklagten aufs peinlichste zu wahren. Es ist aber so, daß in diesem Verfahren hier in Nürnberg eine solche Garantie eben nur dann gegeben ist, wenn entweder das Gericht von sich aus alle Voraussetzungen für ein völlig faires Verfahren schafft, oder wenn die Verteidiger in der Lage sind, durch ihre Anträge und durch ihre Einwendungen ein solches Verfahren durchzusetzen. Halten Sie sich bitte vor Augen, daß wir hier zwar die uneingeschränkte Machtbefugnis des amerikanischen Richters haben, die Sie aus Ihrem eigenen Lande kennen, daß wir hier aber nicht die vielen Garantien Ihres Landes besitzen, um eine falsche oder in den Augen des Verteidigers ungerechte Anwendung dieser Macht zu verhindern. Es gibt für diese Angeklagten keine konstitutionellen Rechte. Es ist ihnen immer wieder versichert worden, daß die Garantien, die das amerikanische Strafverfahren gewährt, ihnen nicht zustehen. Es gibt auch keine mächtige Presse, die in voller Unabhängigkeit darüber wachen könnte, daß keine mißbräuchlichen Vorkommnisse sich ereignen ...“

Dr. Kranzbühler nahm auch auf die ungeheure Verantwortung der deutschen Verteidiger bei den Nürnberger Prozessen

Bezug, die sich aus der Tatsache ergibt, daß keine Berufungsinstanz vorgesehen ist. Er selbst hatte am 27. 2. 1948 ein Telegramm an Präsident Truman geschickt, des Inhalts, daß „alle Anstrengungen, ein faires Gerichtsverfahren zu erreichen", infolge der „von amerikanischen Militärbehörden stammenden Bestimmungen" zunichte gemacht wurden, und hatte den Präsidenten der Vereinigten Staaten um „Hilfe und Unterstützung" gebeten. Dieser Appell wurde nicht beantwortet. Er wurde an die amerikanische Militärregierung zurückverwiesen und zwar mit der Begründung, „daß der internationale Status der Nürnberger Tribunale, die sich ja auf Viermächteabkommen stützen, jede bei einer amtlichen Stelle der Regierung der Vereinigten Staaten liegende Verantwortung oder Verpflichtung ausschließt, eine derartige Petition oder Einrede zu behandeln." Des weiteren wurde Dr. Kranzbühler mitgeteilt, daß Berlin künftig keine derartigen deutschen Petitionen weiterleiten werde.

Unter dem heuchlerischen Vorwand also, daß die amerikanischen Nürnberger Tribunale „international" seien, schüttelten die Vereinigten Staaten die Verantwortung für das Verhalten ihrer eigenen Richter von sich ab. Wenn wir erwarten, auf diese Weise die Deutschen Achtung für Gerechtigkeit und Demokratie lehren zu können, dann müssen wir wohl zu denen gehören, die die Götter mit Wahnsinn schlagen, bevor sie sie vernichten.

Die Nürnberger Prozesse erforderten ein ganzes Buch für sich allein, nicht nur ein paar Seiten. Ich habe mich bemüht, hier lediglich die Grundvoraussetzungen der Verfahren darzustellen, auf daß die amerikanische Öffentlichkeit wisse, wie in ihrem Namen mit der Justiz Schindluder getrieben wird.

Ein in der Schweiz lebender amerikanischer Journalist hat darauf hingewiesen, was für einen schlechten Dienst diese Prozesse den Interessen und dem Ansehen des amerikanischen Volkes erwiesen haben. In der Zürcher „Weltwoche" (Oktober 1948) zitierte Robert Ingrim, was A. Hamilton 1788 sagte: „Eine Tat zum Verbrechen zu erklären, nachdem sie begangen ist, oder, in anderen Worten, Menschen für Dinge zu bestrafen, die kein Gesetz verletzten, als sie begangen wurden, sowie ein

willkürliches Gefangenhalten waren zu allen Zeiten die beliebtesten, aber auch die schrecklichsten Werkzeuge der Tyrannei."

Viele der in Nürnberg Verurteilten waren ohne Zweifel scheußlicher Verbrechen schuldig und verdienten ihre Strafe. Aber, wie Robert Ingrim hervorhebt, die Wirkung von Strafurteilen auf Grund von nachträglich erlassenen Gesetzen verletzt den Rechtssinn, so daß selbst gerechtfertigte Verurteilungen bei vielen Menschen Zweifel bestehen lassen. Wir haben durch die Nürnberger Prozesse Verbrecher zu Märtyrern gemacht und den Nazidoktrinen durch unsere eigenen Vergehen gegen demokratische Grundprinzipien neues Leben verliehen. Schließlich haben die Nürnberger Prozesse nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern den berechtigten Argwohn geweckt, daß das wirkliche Ziel der dafür verantwortlichen Amerikaner die „Nivellierung der sozialen Struktur Deutschlands" gewesen sei. Es schien das Ziel der Nürnberger Anklagebehörde zu sein nachzuweisen, daß „Kapitalisten und Grundbesitzer" die Hauptstützen des Nazismus waren, und die Ähnlichkeit zwischen dem Dritten Reich und Stalins Rußland zu vertuschen: daher die Anstrengung, Flick und Krupp und andere deutsche Industrielle als Kriegsverbrecher zu ächten, daher auch die Prozesse gegen deutsche Generale, von denen einige in Wirklichkeit Hitlers wahnsinnigen Ehrgeiz bekämpft und nicht ermutigt hatten. Daher auch — und in noch weit höherem Maße zu Unrecht — die Anklage gegen Baron von Weizsäcker, den Aristokraten und Diplomaten, der unter den Nazis im Amt geblieben war, dessen ganzes Bemühen aber der Verhinderung des Krieges und der Rettung der Opfer des Naziterrors gegolten hatte, wie es ihm in seinem Prozeß von so vielen bezeugt wurde: von Lord Halifax und anderen Engländern in verantwortlicher Stellung, vom früheren französischen Botschafter und späteren Hohen Kommissar François-Poncet, von Carl Burckhardt, dem früheren Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig, vom Präsidenten der Eidgenossenschaft, von Steiger, von Bischof Berggrav, dem Führer der norwegischen Widerstandsbewegung unter deutscher Besetzung, vom Papst, vom amerikanischen katholischen

Bischof Muench aus Fargo (North Dakota), der jetzt Apostolischer Vikar in Deutschland ist, vom protestantischen Bischof Wurm in Stuttgart, der von den Nazis verfolgt worden war, und vielen, darunter jüdischen Angehörigen der Blutopfer Hitlers.

Wie der erwähnte Mitarbeiter der Schweizer „Weltwoche" betont, bemühte sich die Anklagebehörde in Nürnberg dadurch, daß sie „die Junker, die Militaristen und Industriebarone in den Staub zog, und zwar nicht auf der Grundlage individueller, sondern kollektiver Schuld", den Weg für Stalin zu bahnen, indem sie die Tatsache vertuschte, daß der Nazismus ein Anverwandter des Kommunismus ist, und indem sie ihn fälschlich als eine „Erfindung der deutschen Oberschicht" hinstellte. Die Ankläger bemühten sich, nicht die nazistische, sondern die vornazistische Sozialstruktur Deutschlands zu zerstören, die auf Privateigentum, freiem Unternehmertum und europäischer Tradition beruhte.

„Die Kempners von Nürnberg", schrieb Robert Ingrim, „können nicht darüber hinweggehen, daß die Liste der nach dem 20. Juli 1944 Hingerichteten sich wie ein Auszug aus dem Gothaer Almanach liest. Tief drinnen in ihren Herzen waren die Anbeter der Massen dem Führer viel näher als den Moltke und Stauffenberg; denn Hitler war Geist von ihrem Geist, der gemeinste aller gemeinen Menschen, der Nationalsozialist, der Besitzer der Wunderformel, die nationale Selbstanbetung als Kompensation für den Minderwertigkeitskomplex des gemeinen Mannes bietet."

Es besteht Grund für den Argwohn, daß Brigadegeneral Telford Taylor, der als Chefrechtsberater für Kriegsverbrechen die Nürnberger Prozesse nach der Abreise von Richter Jackson leitete, Sympathien für die Sowjetunion hatte. So hat er sich, um ein Beispiel anzuführen, geweigert, die Sowjetregierung um die Auslieferung der auf Sowjetgebiet lebenden deutschen Zeugen zu ersuchen, wie des berüchtigten Nazis Martin Bormann, von dem man annahm, daß er noch am Leben sei, weil dies „den Russen Ungelegenheiten bereiten könnte."

Als die Korrespondentin des Londoner Evening Standard ihn fragte, ob die russischen Feldzüge in Polen, Finnland, Rumänien,

Litauen, Lettland und Estland nach den Urteilen des IMT als „Angriff“ zu betrachten seien, erwiderte General Taylor: „Ob eine bestimmte Episode ein Verbrechen gegen den Frieden bildet, bestimmt sich nicht allein nach juristischen Definitionen, sondern nach den auf ‚Tat‘ und ‚Geistesverfassung‘ bezüglichen Beweisen.“ Und er fuhr fort, es sei nicht seine Aufgabe als Chefankläger, sich zu „Episoden außerhalb seiner Zuständigkeit“ zu äußern. Bevor er Deutschland am 25. 9. 1948 verließ, wurde General Taylor gefragt, ob die Überführung von deutschen Arbeitern zur Sklavenarbeit in Rußland zu den in Nürnberg festgelegten Gesetzen in Widerspruch stehe; er sagte, daß die darauf bezüglichen Beweise lediglich „Laienbeweise“ darstellten, und daß das Vorgehen der Russen auf jeden Fall „im Zusammenhang mit der gegebenen Lage“ betrachtet werden müsse.

Diese Bemerkungen bilden keinen schlüssigen Beweis für die Orientierung der Sympathien General Taylors, und da er Nürnberg verlassen hatte, bevor ich dort hinkam, hatte ich keine Gelegenheit, ihn selbst zu sprechen. Die einmütige Auffassung unter den von kommunistischen Sympathien freien Korrespondenten bekräftigte aber die deutsche und schweizerische Überzeugung, daß er ein Anhänger oder Opfer der Kommunisten war, die aus der Karikierung amerikanischer Justiz in Nürnberg einen so großen Gewinn zogen.

Trotz der 115 Verurteilungen in Nürnberg, darunter 18 Todesurteile, die er bei einer Gesamtzahl von 144 abgeschlossenen Fällen erzielt hatte, war General Taylor mit dem Ergebnis seiner Anstrengungen nicht zufrieden, denn es war ihm nicht nur nicht gelungen, die Verurteilung jedes deutschen Kapitalisten unter der Anschuldigung des Angriffskriegs zu erreichen, auch seine Versuche waren erfolglos geblieben, die Engländer zur Inszenierung von ähnlichen politischen Prozessen zu überreden, wie sie von Amerika geführt wurden. Englischer Sinn für Legalität veranlaßte sie, den Deutschen nur für Mißbrauch anerkannten Völkerrechts den Prozeß zu machen oder für Grausamkeiten, die auch unter deutschem oder angelsächsischem Recht strafbar sein würden.*)

*) Der Manstein-Prozeß hat nach Abfassung dieses Buches stattgefunden. Der Übers.

General Taylors einziger Erfolg war, daß er die Franzosen dazu brachte, einen Gerichtshof — aus einem polnischen Kommunisten, einem holländischen und französischen Richter — einzusetzen, der den deutschen Industriellen Röchling nach dem Angriffskriegsparagraphen anklagte und verurteilte. Aber auch in diesem Fall soll General Taylor, der dem Prozeß beiwohnte, enttäuscht gewesen sein, daß Röchling nicht als Kapitalist, sondern als der für die deutsche Stahlproduktion Verantwortliche zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Ob nun aber die deutsche und die neutrale öffentliche Meinung Recht hatte in der Annahme, „Nivellierung der Sozialstruktur Deutschlands" durch den Nachweis, daß „Kapitalisten und Grundbesitzer" als Klasse schuldig seien, und daß ein großer deutscher Betriebsführer ipso facto ein Nazi war, sei das Ziel der amerikanischen Anklagebehörde: die Prozesse gaben jedenfalls guten Grund für seinen solchen Argwohn.

Die Anklagebehörde hat nicht nur ihre wütendsten Anschuldigungen gegen deutsche Industrielle und Wehrmachtsgenerale gerichtet, sie hat nicht nur die hartnäckigsten Versuche gemacht, die ersteren unter der Anklage des Angriffskrieges zur Verurteilung zu bringen: die Tatsache, daß Alfred Krupp für seines Vaters „Verbrechen" angeklagt und verurteilt wurde, erweckt den Anschein, daß diese Prozesse darauf abgestellt waren, eine Klassenschuld, nicht eine individuelle Schuld zu bestrafen. Was die „Grundbesitzer" angeht, so war es bemerkenswert, daß die Anklagebehörde die berüchtigsten Nazimörder als Hauptzeugen gegen die adeligen Wehrmachtsgenerale aufmarschieren ließ, die sich Hitlers Befehlen zur Liquidierung von Polen, Russen und Juden widersetzt und sie in einigen Fällen auszuführen unterlassen hatten.

Im Generalsprozeß waren Hauptzeugen der Anklage Oswald Pohl, der frühere Verwaltungschef der SS, der in Ketten gefesselt aussagte, und SS-Gruppenführer Otto Ohlendorff, der Chef der Einsatzgruppen, die 1941 mit dem Zweck gebildet wurden, hinter der nach Rußland marschierenden Armee herzuziehen, um Juden und kommunistische Funktionäre auszurotten. Otto Ohlendorff, der in seinem eigenen Prozeß zugab.

90 000 Menschen umgebracht zu haben, wurde zum Tode verurteilt. Er wurde aber nicht hingerichtet, weil die Anklagebehörde seinen erbitterten Haß auf die Wehrmachtsgenerale zu schätzen wußte, die ihn verachteten und ihn und seinesgleichen gehaßt hatten. Er wurde als Starzeuge der Anklagebehörde gegen die Offiziere und Edelleute, die sie zu verurteilen wünschte, aufgespart.

Diese Verwendung von Männern, die zum Tode oder langjähriger Gefängnisstrafe verurteilt waren, als Zeugen der Anklage, war ein besonders abstoßender Zug der Nürnberger Prozesse. Natürlich konnten solche Menschen leicht veranlaßt werden, falsches Zeugnis abzulegen — in der Hoffnung, ihr Leben zu retten oder ihre Freiheit wiederzugewinnen. Der Fall Ohlendorff war besonders widerwärtig, da er ein fanatischer Nazi war und geblieben war, zu jeder Aussage bereit, um die ihm verhaßten Wehrmachtsgenerale zu überführen.

Wenn man die Anklagen und Urteile der meisten der 12 Prozesse „Vereinigte Staaten, Kläger, gegen ..., Angeklagter" liest, ist man betroffen ob des Widerspruchs, daß wir soviel Zeit, Geld und Energie aufwandten und Amerikas Ruf einer unparteiischen Justiz so beschmutzten, um Deutsche wegen in Rußland begangener Kriegsverbrechen zu verfolgen, während die Sowjetregierung jede Teilnahme an diesen Prozessen verweigerte. Die Sowjets ihrerseits waren vielmehr eifrig tätig, deutsche „Kriegsverbrecher" zu ihren Mitarbeitern zu machen. So ereignete es sich häufig, daß amerikanische Richter in Nürnberg diejenigen verurteilten, die nur die Befehle ihrer Vorgesetzten ausgeführt hatten, während diese Vorgesetzten selbst hohe Stellungen in der russischen Zone bekleideten. So ist z. B. General Vinzent Müller, der den Befehl für die Liquidierung russischer Zivilisten in Händen der deutschen Armee aufsetzte, jetzt Generalstabschef von Seidlitz, der die sowjet-deutsche „Volkspolizei" in der russischen Zone kommandiert. Aber General Hans von Salmuth, der als Stabsoffizier den Befehl weiterleitete, wurde vom amerikanischen Tribunal in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Und mancher unbekannte Feldwebel oder Unteroffizier ist bereits für die Aus-

führung der Befehle seiner Vorgesetzten gehängt worden, während die für die Befehle Verantwortlichen nicht bestraft worden sind.

Vielleicht gereicht es den amerikanischen Anklägern und Richtern in Nürnberg zur Genugtuung zu sagen, daß ein Verbrechen nur ein Verbrechen ist, wenn es während des Krieges begangen wurde, daß aber in Friedenszeiten Verbrechen gegen die Menschlichkeit unbestraft begangen werden können. Mich stößt eine solche Lehre ab, und ich bin sicher, daß es den meisten Amerikanern und Engländern ebenso ergeht wie mir.

Unglücklicherweise haben aber die meisten Amerikaner und die meisten Engländer keine Kenntnis von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die wir begangen haben, oder die mit unserer Zustimmung von unseren Verbündeten begangen wurden.

Die amerikanische Presse hat außer den Anklagen und den Erklärungen der Anklagebehörde wenig über die Nürnberger Prozesse berichtet. Ich selbst habe festgestellt, daß im amerikanischen Public Information Office im Nürnberger Justizpalast Exemplare der Anklageschriften, Urteile und Plädoyers der Anklagebehörde in unbegrenzten Mengen verfügbar waren, daß aber Vervielfältigungen der Texte der Plädoyers der Verteidigung nicht zu haben waren. Ich mußte Stunden damit verbringen, sie von dem einzigen im Büro vorhandenen Exemplar abzuschreiben.

Die Haltung der Beamten dieses amerikanischen Informationsbüros machte den Eindruck, als hielten sie es für eine Frechheit, daß die Deutschen überhaupt eine Verteidigung unternahmen. Auf eine Frage, wann Prozeß Nr. 11 wohl zu Ende sein würde, lautete die Antwort: „Sobald diese lausigen Kraut-Rechtsanwälte mit ihren dreckigen Tricks fertig sind."*)

Als ich den Leiter des Informationsbüros, der die Verabredungen für die Korrespondenten treffen sollte, bat, mich mit einem der deutschen Verteidiger in Verbindung zu bringen, erklärte er, er wisse nicht, wie er ihn erreichen könne, und er gab mir zu verstehen, daß ich eines Verstoßes gegen die guten

*) „Kraut": amerikanisches Schimpfwort für die Deutschen. Der Übers.

Sitten schuldig, wenn nicht gar ein verdächtiges Individuum sei, weil ich wünschte, mit deutschen Rechtsanwälten zu sprechen.

Betty Knox, eine amerikanische Journalistin aus Kansas, die jetzt Korrespondentin der englischen Beaverbrook-Presse*) ist und drei Jahre in Nürnberg zugebracht hat, erzählte mir, daß während der Verhandlungen des IMT Hunderte von Exemplaren der dem Gerichtshof vorzulegenden Dokumente der Anklage der Auslandspresse vor den Verhandlungen zur Verfügung standen, daß aber nur zwei Exemplare auf Deutsch für die 35 Verteidiger geliefert wurden und auch diese erst nach Abschluß der Sitzung. Als Betty Knox Richter Jackson fragte, warum den deutschen Verteidigern nicht mehr Exemplare geliefert würden, sagte er, daß in den Vereinigten Staaten kein Dokumentenaustausch üblich sei. Als sie aber nicht locker ließ und sagte, daß dies bei einem internationalen Gericht doch üblich sei, wurde Jackson wütend und rief: „Das wäre viel zu gut für diese Bastards".

Die Nürnberger Prozesse sind jetzt zu Ende. Die einzige Funktion, die sie erfüllt haben, ist, die amerikanische Justiz zum Gespött gemacht und die Deutschen mit Haß und Verachtung unserer Heuchelei erfüllt zu haben. Es ist zu hoffen, daß der Kongreß, der angefangen hat, sich für diese Rechtsbeugung in Deutschland unter amerikanischer Flagge zu interessieren, eine Revision der in Nürnberg ergangenen Urteile anordnet, auf daß die Unschuldigen aus dem Gefängnis entlassen und die Schuldigen bestraft werden.

---

*) Die konservativen Londoner Blätter Daily Express, Evening Standard, Sunday Express. Der Übers.

VI

UNSERE VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Verglichen mit den Vergewaltigungen, Mordtaten und Plünderungen der russischen Armee bei Kriegsende, verglichen mit dem Terror und der Versklavung, dem Hunger und der Ausraubung der Ostzone von heute, verglichen mit dem von Polen und Tschechen vollführten Völkermord erscheinen die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von den in Deutschland zum Tode oder lebenslänglichem Gefängnis verurteilten Deutschen begangen wurden, im Ausmaß, wenn nicht gar der Art nach geringer.

Man konnte nicht durch die zerstörten Städte der Westzonen reisen, ohne ein Gefühl des Befremdens und Entsetzens, daß wir über die Deutschen zu Gericht sitzen sollten, die nicht so viele Zivilisten umbrachten wie wir und keine größeren Grausamkeiten verübten als unsere Ausradierung ganzer Städte durch Bomben. Waren die deutschen Gaskammern wirklich ein größeres Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als unsere Angriffe auf nichtmilitärische Ziele wie Dresden, wo wir in einer Nacht mehr als einer Viertelmillion Menschen den gräßlichsten Tod brachten, den man sich nur ausmalen kann, indem wir dieses unverteidigte und von Menschen, die vor dem russischen Vormarsch westwärts flohen, vollgestopfte Kulturzentrum mit Phosphorbomben belegten? Diese Greueltat gehört zu unseren größten Kriegsverbrechen, weil wir damit demonstrierten, daß Mord an Zivilisten unser Ziel war. Wir machten sogar Jagd mit Maschinengewehren auf Frauen und Kinder, die aus der lodernden Stadt aufs Land hinaus zu fliehen trachteten. Aber Dresden war nicht das einzige Beispiel des schrecklichen Todes, mit dem wir die Einwohnerschaft von Städten heimsuchten, die weder Kriegsindustrie aufwiesen noch sonst eine „militärische" Bedeutung hatten.

Die Geschichte von Hiroshima ist in amerikanischen Zeitschriften und Büchern beschrieben worden. Aber wer hat die Geschichte von Dresden erzählt oder die Geschichte von Köln, wo der Dom inmitten eines weiten Trümmerfeldes stehengeblieben ist und damit beweist, daß wir die Zerstörung nichtmilitärischer Ziele zu vermeiden wußten, wenn wir es nur wollten?

Der englische Generalmajor J. F. C. Fuller schreibt in seinem Buch „Der zweite Weltkrieg"*): „Fünfzig, hundert und vielleicht noch mehr Jahre werden die Städteruinen Deutschlands dastehen als Denkmäler des Barbarentums ihrer Eroberer. Die Hingemetzelten werden vergessen sein, die Schrecken der Konzentrationslager und Gaskammern werden mit den Jahren verblassen, aber die Ruinen werden bleiben und eine Generation der Deutschen nach der anderen zur Vergeltung rufen."

Ein nachdenklicher amerikanischer Professor, den ich in Heidelberg traf, gab der Meinung Ausdruck, die amerikanischen Militärbehörden hätten beim Einzug in Deutschland angesichts der durch unsere Vernichtungsangriffe herbeigeführten grausamen Zerstörung gefürchtet, die Kenntnis davon würde einen Stimmungsumschwung in Amerika hervorrufen, und die Durchführung der Washingtoner Politik für Deutschland könnte verhindert werden, wenn Mitleid mit den Besiegten geweckt und unsere Kriegsverbrechen bekannt würden. Aus diesem Grunde, glaubt er, habe General Eisenhower eine ganze Luftflotte eingesetzt, um Journalisten, Kongreßmitglieder und Geistliche zur Besichtigung der Konzentrationslager heranzubringen — mit dem Gedanken, durch den Anblick von Hitlers halbverhungerten Opfern das Bewußtsein unserer eigenen Schuld auszulöschen. Das wurde denn auch erreicht. Keine große amerikanische Zeitung hat damals etwas über die Schrecken unserer Bombenangriffe berichtet oder die schaurigen Verhältnisse der Überlebenden in den Ruinen voller Leichen beschrieben. Die amerikanischen Leser wurden nur mit deutschen Greueln sattgefüttert.

Ob die meisten Amerikaner in Deutschland einen geistigen

---

*) Duell, Sloan & Pearce, Inc. New York 1949.

Abwehrmechanismus entwickelt haben oder wirklich glauben, eine Greueltat höre auf eine Greueltat zu sein, wenn sie um einer „guten Sache" willen, d. h. um unserer Sache willen begangen wird, — ich weiß es nicht. Wohl aber habe ich viele Beamte der Militärregierung getroffen, die es für geschmacklos, wenn nicht gar für Verrat halten, unsere und die Kriegsverbrechen unserer Verbündeten auch nur anzudeuten. In Berlin, um ein Beispiel anzuführen, fiel ich selbst in Ungnade, weil ich auf einer Cocktail-Party im Harnackhaus die Bemerkung gemacht hatte, mir schiene es höchste Zeit, mit dem Gerede über die deutsche Schuld Schluß zu machen, da es kein von den Nazis begangenes Verbrechen gäbe, das wir oder unsere Verbündeten nicht auch begangen hätten. Ich hatte auf die Ausradierung von Städten durch Bombenangriffe und auf die Massenenteignung von 12 Millionen Deutschen hingewiesen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit von Haus und Hof vertrieben wurden, hatte von der Aushungerung der Deutschen in den ersten Besatzungsjahren, vom Einsatz der Gefangenen als Zwangsarbeiter, von russischen Konzentrationslagern und den nicht nur von Russen, sondern auch von Amerikanern begangenen Plünderungen gesprochen. Diese Bemerkung, die mir als eine einfache Tatsachenfeststellung erschien, rief zunächst ein empörtes Schweigen und dann einen Schwall von ziemlich albernen Gegenbemerkungen hervor, in der Art des Zurufs eines gewissen Captain Spear vom militärischen Nachrichtendienst: „Wollen Sie damit sagen, Sie wünschten, wir hätten den Krieg nicht gewonnen?" Am nächsten Morgen bekam ich dann die Quittung. Eine gewisse Mrs. Van Delden, die mit den Büchereien zu tun hatte, die Information Division als Teil unseres Programmes demokratischer Unterweisung der Deutschen in den Amerikahäusern verschiedener Städte eingerichtet hatte, war besonders aufgebracht über meine Bemerkung. Ich war also nicht besonders überrascht, daß sie sich mit Mr. Panuch, einem persönlich sehr anständigen und intelligenten Sonderberater General Clays, in Verbindung gesetzt hatte, um die Absetzung meines vom Berliner Amerikahaus angekündigten Rußland-Vortrages zu veranlassen. Einen Tag später teilte man

mir mit, daß der Kraftwagen, den mir die Militärregierung bei der Ankunft in Berlin zur Verfügung gestellt hatte, für jemand anderes gebraucht würde, und forderte mich auf, das Harnackhaus zu verlassen, wo ich ursprünglich als „Gast von General Clay“ zu wohnen eingeladen worden war. Um es ganz deutlich zu machen, daß ich nicht länger ein VIP*) sei, sondern daß hier von Anfang an ein Irrtum vorgelegen habe, erhielt ich eine Rechnung über 2,50 Dollar je Tag.

Nun hatte ich sicherlich keinen Anspruch auf Behandlung als VIP; in vieler Hinsicht war es sogar ein Vorteil, ins Pressequartier zu übersiedeln, wo ich von gesellschaftlichen und anderen Verpflichtungen frei war. Meine Befürchtung, Mrs. van Delden, Captain Spear und andere ihres Schlages würden die Verlängerung meines Military Permit hintertreiben, erwies sich als unbegründet. General Clay, mit dem ich einige Tage später eine lange Unterredung hatte, begrüßte mich herzlich und befürwortete die Verlängerung des ursprünglich nur für drei Wochen ausgestellten Permit. Entweder wußte er nicht, was für „gefährliche Gedanken“ ich geäußert hatte, oder er teilte die engstirnigen Meinungen der unteren Beamten der Militärregierung nicht.

Was ich in Berlin erlebte, war aber nur ein Beispiel für meine Erfahrung, daß man Äußerungen über unsere „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ eben „einfach nicht tut.“ Nach meiner Meinung freilich wird man die Deutschen niemals „Demokratie lehren“ können, solange wir nicht damit anfangen, unsere eigenen Taten mit dem gleichen Maß zu messen wie ihre. Tun wir es nicht, müssen wir als Heuchler dastehen und die Deutschen überzeugen, daß Hitler eben doch recht hatte mit seinem Glauben, „Macht geht vor Recht“, und Demokratie sei nur Lug und Trug.

Die entsetzlichen Konsequenzen aus der Anlegung eines ungleichen sittlichen Maßstabes für Sieger und Besiegte und aus dem Nürnberger Spruch, wir hätten das Recht, in Deutschland zu tun, was uns beliebt, da es sich um eine „nichtkriegführende Besetzung“ handele, offenbarten sich bei den Dachauer Pro-

*) Very important person = sehr bedeutende Persönlichkeit. Der Übers.

zessen. Diese Prozesse fanden vor amerikanischen Militärtribunalen — (im Unterschied zu den zivilen und scheinbar internationalen Verfahren von Nürnberg) — statt, und zwar gegen die in die Malmedy-Sache verwickelten Soldaten, Unteroffiziere und Subalternoffiziere, gegen Zivilisten, die angeklagt waren, alliierte Flugzeugbesatzungen, die bei Bombenangriffen abgeschossen worden waren, gelyncht zu haben und gegen die Deutschen, die für in Nazikonzentrationslagern begangene Grausamkeiten verantwortlich gemacht wurden.

Die bei der Untersuchung und von der Anklage in diesen Fällen angewandten Methoden waren der GPU, der Gestapo und der SS würdig. Die Angeklagten wurden körperlichen und seelischen Folterungen aller Art unterworfen, um sie zur Niederschrift diktierter Erklärungen zu zwingen. Zeugen wurden gefoltert und bestochen, und das Verfahren dieser amerikanischen Gerichte hält sogar den Vergleich mit den ungarischen und bulgarischen Prozessen aus, in denen katholische und protestantische Geistliche verurteilt werden, die sich dem kommunistischen Terror nicht beugten. Aber da Amerika eben doch noch eine Demokratie ist, konnten die von Vertretern der amerikanischen Armee angewandten Methoden zur Herbeiführung von „Geständnissen“ der in Landsberg bereits zu Hunderten hingerichteten oder zur Hinrichtung bestimmten Männer aufgedeckt werden. Oberstleutnant Willis N. Everett jun., ein amerikanischer Rechtsanwalt, der die 74 in der Malmedy-Sache angeklagten Deutschen verteidigt hatte, wandte sich nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten mit einer Petition an den Obersten Gerichtshof, in der er den Vorwurf einer ungerechten Aburteilung der Deutschen erhob. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten wies die Petition mit der Begründung ab, er sei für die Beurteilung der von der amerikanischen Armee in Deutschland begangenen Handlungen nicht zuständig — eine Feststellung, die besagt, daß die amerikanische Militärregierung über dem Gesetz steht, und daß die von uns in Deutschland beanspruchte „Souveränität“ der eines nicht an Gesetze gebundenen Despoten entspricht. Der Schritt von Oberstleutnant Everett zwang jedoch die Armee,

von der Sache Kenntnis zu nehmen, und Kriegsminister Royall ernannte eine Kommission zur Untersuchung seiner Anschuldigungen. Diese Kommission wurde 1948 nach Deutschland entsandt; sie bestand aus Richter Edward Leroy van Roden vom pennsylvanischen Kreisgericht in Delaware, und aus Richter Gordon Simpson vom Obersten Gericht des Staates Texas. Der Bericht, den diese beiden amerikanischen Richter nach ihrer Untersuchung erstatteten, ist wie so viele andere Deutschland betreffende Berichte vor der amerikanischen Öffentlichkeit geheimgehalten worden. Aber Richter van Roden hat nach seiner Rückkehr in einer Reihe von Vorträgen und Klubansprachen die folgenden Methoden des dritten Grades genannt, die zur Erwirkung von Todesurteilen gegen Deutsche angewandt wurden, von denen viele bereits gehängt worden sind:

Prügel und Fußtritte, das Ausschlagen von Zähnen und Brechen von Kiefern, Scheinverfahren, Einzelhaft, Verkleidung von Untersuchungsbeamten als Priester, Hungernlassen und das Versprechen von Freisprüchen. In einer Ansprache an den Chester Pike Rotary Club hat Richter van Roden am 14. Dezember 1948 gesagt: „Sämtliche Deutschen bis auf zwei in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten.“ Er berichtete von einem Deutschen, dem amerikanische Untersuchungsbeamte brennende Streichhölzer unter die Fingernägel gezwängt hatten, um ein Geständnis zu erpressen, und dessen Hände als Folge dieser Folterung noch während seines Prozesses verbunden waren. Ein anderer von diesem amerikanischen Richter in der gleichen Rede erwähnter Fall betrifft einen 18jährigen Jungen, der sich nach wiederholtem Prügeln bereiterklärt hatte, ein ihm von den amerikanischen Untersuchungsbeamten diktiertes Geständnis niederzuschreiben. Nach 16 Seiten Diktat wurde der Junge wieder für die Nacht in seine Zelle gebracht. In dieser Nacht hörten die Mitgefangenen in den Nachbarzellen ihn sagen: „Ich will nicht weiter lügen“, und als die Gefängniswärter am Morgen kamen, hatte er sich am Eisengitter erhängt. Trotzdem wurde die an-

gefangene schriftliche Aussage, deren Unterzeichnung er den Tod vorgezogen hatte, im Verfahren gegen andere Angeklagte als Beweisstück vorgebracht.

„In manchen Fällen“, fuhr van Roden fort, „wurde ein Gefangener, der die Unterschrift verweigerte, in einen matt beleuchteten Raum geführt, wo eine Gruppe von zivilen Untersuchungsbeamten in amerikanischen Armeeuniformen um einen schwarzen Tisch saßen, in dessen Mitte ein Kruzifix, an dessen beiden Seiten zwei brennende Kerzen standen. ‚Jetzt findet Ihr amerikanischer Prozeß statt‘, wurde den Angeklagten gesagt. Das Scheingericht fällte dann ein Schein-Todesurteil. Darauf sagte man den Angeklagten: ‚In einigen Tagen werden Sie gehängt, und zwar sobald der General das Urteil bestätigt hat. Unterschreiben Sie in der Zwischenzeit dieses Geständnis, dann können wir Sie freibekommen.‘ Einige haben auch dann noch nicht unterschrieben. Sie waren entsetzt, wie hier auch das Kruzifix mißbraucht wurde.“

„In einem anderen Fall betrat ein vermeintlicher katholischer Priester, der in Wirklichkeit ein Untersuchungsbeamter war, die Zelle eines der Angeklagten, nahm ihm die Beichte ab, erteilte ihm Absolution und gab ihm dann einen kleinen freundschaftlichen Rat: ‚Unterzeichne, was die Untersuchungsbeamten dir zur Unterschrift vorlegen. Du wirst damit deine Freiheit erlangen. Auch wenn es falsch ist. Ich kann dir schon jetzt im voraus Absolution für die Lüge erteilen‘.“

In einigen Fällen erreichten Einzelhaft oder die Androhung von Repressalien gegen die Familie des Gefangenen oder des Zeugen aus, um ihn zur Unterschrift unter eine vorbereitete, andere belastende Erklärung zu veranlassen. Es kam aber auch vor, „daß die Untersuchungsbeamten dem Angeklagten eine schwarze Kapuze über den Kopf stülpten, ihn dann mit Schlagringen ins Gesicht schlugen, mit Fußtritten traktierten und mit einem Gummiknüppel bearbeiteten.“

Richter van Roden berichtete seinen Zuhörern auch, daß Oberstleutnant Ellis und Leutnant Perl von der amerikanischen Anklagebehörde zur Beschönigung der Grausamkeiten, für die sie verantwortlich waren, anführten, es sei schwierig gewesen,

mit fairen Mitteln Beweismaterial zu beschaffen. Perl sagte: „Wir hatten eine harte Nuß zu knacken und mußten überzeugende (sic) Methoden anwenden." Leutnant Perl gab zu, daß zu diesen „überzeugenden Mitteln" „etwas Gewaltanwendung und Scheinverfahren" gehörten, und daß die Malmedy-Fälle auf in dieser Weise erreichten Aussagen beruhten.

„Es gab keine Geschworenen", schloß van Roden. „Das Gericht setzte sich aus zehn Offizieren zusammen, die gleichzeitig als Richter und Geschworene fungierten, und einem studierten Richter, dessen Entscheidungen über die Zulässigkeit des Beweismaterials endgültig waren. Die Aussagen, die als Beweis zugelassen wurden, stammten von Männern, die zuvor drei, vier und fünf Monate in Einzelhaft gehalten worden waren: eingesperrt zwischen vier Wände ohne Fenster und ohne Möglichkeit einer körperlichen Betätigung. Zwei Mahlzeiten wurden ihnen am Tage durch einen Türschlitz hineingeschoben. Sie durften mit niemandem sprechen und hatten in dieser Zeit weder mit ihren Familienangehörigen noch mit einem Priester Verbindung. Die Tragödie ist, daß so viele von uns Amerikanern, die wir den Krieg mit soviel Schweiß und Blut ausgefochten haben, jetzt nach der Besiegung des Feindes sagen ‚Alle Deutschen sollten gehängt werden!' Wir haben den Krieg gewonnen, aber einige von uns möchten immer weiter töten. Das ist kein ehrlicher Kampf, das ist Sünde ... Die Tatsache, daß es während des Krieges auf deutscher Seite Grausamkeiten gegen Amerikaner gegeben hat, wird nicht im geringsten die Schande für unser Land verkleinern, wenn solche nach dem Kriege verübte Grausamkeiten einfach übergangen würden .... Sie wären ein Makel auf dem amerikanischen Gewissen für ewige Zeiten."

Unglücklicherweise haben die Untersuchungen von seiten der Richter van Roden und Simpson und ihre Enthüllungen der ganzen traurigen Angelegenheit dem Hängen der auf Grund erfolterter „Beweise" verurteilter Deutscher kein Ende gesetzt. General Clay hatte vorher die Strafen einiger weniger Verurteilter gemildert; anscheinend hat ihn aber der Aufschrei der amerikanischen Presse gezwungen, die Hinrichtungen fort-

führen zu lassen, statt daß er sämtliche Fälle zur Überprüfung zurückverwiesen hätte.

Im November 1948 wurden jeden Freitag nicht sieben, wie in den vorangegangenen Wochen, sondern fünfzehn Mann gehängt: vermutlich nach der Regel, daß um so weniger Zeugen des Unrechts verbleiben, je mehr Opfer dieser Fehljustiz beiseitegeschafft werden können. Im ersten Schub der nach der van-Roden-Simpson-Untersuchung Gehängten befanden sich fünf, die nach ihren Feststellungen auf Grund fragwürdiger Beweise verurteilt worden waren.

Betty Knox, die ich bereits erwähnt habe, und „Jose" von der United Press, hatten kurz vor unserer ersten Begegnung in Nürnberg den Hinrichtungen der vergangenen Woche beigewohnt. Beide werden wohl nie dieses schreckliche Erlebnis vergessen. Der evangelische und der katholische Geistliche des Landsberger Gefängnisses, wo die Hinrichtungen stattfanden, waren beide von der Unschuld einiger der Gehängten überzeugt. Sie waren verzweifelt, nichts zu einer Beendigung dieser verbrecherischen Tötung von Männern tun zu können, von denen einige sie von ihrer Unschuld überzeugt hatten, und die alle auf Grund von erfolterten Geständnissen oder Aussagen nachweislich meineidiger Zeugen verurteilt worden waren. Einem der Männer, die Betty Knox sah, war am vorhergehenden Mittwoch gesagt worden, ihm sei im Zuge einer Wiederaufrollung seines Verfahrens Aufschub der Vollstreckung gewährt; aber am Freitag wurde er aus seiner Zelle gezerrt, um gehängt zu werden. Einem anderen hatte man versprochen, er solle vor seinem Tode noch einmal seine Frau sehen, die er drei Jahre lang nicht hatte sehen dürfen. Als sie zur festgesetzten Zeit im Gefängnis erschien, wurde ihr erklärt: „Tut uns leid, er ist bereits tot. Er ist aus Versehen als erster statt als letzter gehängt worden."

Wie viele von den Männern unschuldig waren, die Amerika gehängt hat und noch Woche für Woche hängt, wird man nie erfahren. Nur eines ist gewiß: sie hatten kein gerechtes Gericht. Ihre Verhöre, ihre Verurteilungen und Hinrichtungen sind eine Schande für demokratische Justiz.

Vielleicht werden sich einige Leser abwenden und sagen, dies gehe sie nichts an: sie begreifen nicht, daß hier Ehre und Würde der Vereinigten Staaten auf dem Spiel stehen. Andere wieder mögen sagen, letzten Endes mache es nicht viel aus, denn die Gehängten seien ja alle Nazis oder „nur Deutsche" gewesen. Wie aber kann jene Weltordnung gerettet werden, für deren Bewahrung Amerikaner ihr Leben hingaben, wenn wir selbst den Glauben an Gerechtigkeit zerstören, die die Grundlage der Demokratie ist? Das Zeugnis Richter van Rodens hat Gewicht, weil er Amerikaner ist, — wir lehnen es heute ja ab, auf die Stimme von Deutschen zu hören, wie unanfechtbar ihre Person und Vergangenheit auch sein mögen. Die Dachauer Prozesse haben aber in so weiten Kreisen Deutschlands Entsetzen und Protest ausgelöst, daß Amerika den Appell der 25 deutschen katholischen Bischöfe nicht überhören sollte, in dem die Worte stehen:

„Werden nicht die Folterungen in den Voruntersuchungen in Schwäbisch-Hall und Oberwesel und die Massenhinrichtungen in Landsberg einst dem siegreichen Amerika mehr Schaden antun als eine verlorene Schlacht?" In dem bisher unbeachteten Aufruf der Vertreter von 20 Millionen deutscher Katholiken an Amerika heißt es weiter: „Wenn die Überlebenden des Martyriums der Hitzezellen von Oberwesel entlassen werden, so werden sie der Welt im einzelnen über die ihnen zuteil gewordene unmenschliche Behandlung berichten können. Bisher waren nur wenige von ihnen in der Lage, etwas aus ihrer Haftzeit zu offenbaren."

Der Appell der Bischöfe zitiert weiter die folgenden Sätze aus einer von Hans Schmidt am 25. 6. 1948 unterschriebenen eidesstattlichen Erklärung, die sich auf seine Behandlung in der Zeit vom 17. 9. bis 3. 10. 1945 bezieht:

„Sieben von uns wurden aus dem Lager Bad Aibling nach Oberursel gebracht, wo wir splitternackt in kleine Zellen gesperrt wurden. Die Zellen, in denen drei oder vier Personen eingesperrt wurden, waren 2 m mal 3,50 m groß und hatten weder Fenster noch Ventilation. Wände, Decken und Tür waren mit Asbestplatten abgedichtet. An einer Wand stand ein elektrischer Heizkörper mit vier Heizeinstellungen von zusammen 2000 Watt, der von außen eingeschaltet wurde.

Wenn wir zur Toilette gingen, mußten wir zwischen zwei Reihen Amerikanern spießrutenlaufen, die uns mit Besenstielen, Knüppeln, Stöcken, Hosenträgern, Riemen und Pistolengriffen schlugen, um uns zu Fall zu bringen. Wir wurden am Kopf, an den Augen, am Rumpf, Bauch und an den Geschlechtsteilen stark verletzt. Im Toilettenraum stand ein Mann, der uns schlug und anspuckte. Bei der Rückkehr in die Zelle wiederholte sich das Spießrutenlaufen. Die Temperatur in der Zelle betrug 60 Grad Celsius und mehr. Während der ersten drei Tage bekamen wir nur einen Becher Wasser und eine dünne Scheibe Brot. In den ersten Tagen schwitzten wir dauernd; dann hörte das Schwitzen auf. Mit dem Rücken aneinander gefesselt mußten wir stundenlang stehen. Wir litten fürchterlich unter Durst, Blutstagnation und dem Absterben der Hände. Von Zeit zu Zeit wurde über die beinahe rotglühenden Heizröhren Wasser gegossen, was die Zelle so mit Dampf erfüllte, daß wir kaum atmen konnten. Während dieser ganzen Zeit lag die Zelle im Dunkeln; nur wenn amerikanische Soldaten eintraten, schalteten sie das Licht ein, und zwar mehrhundertkerzige Birnen, was uns zwang, die Augen zu schließen.

Unser Durst wurde immer quälender. Die Lippen sprangen auf, die Zunge wurde steif, so daß wir schließlich ganz apathisch wurden oder tobten oder zusammenbrachen. Nachdem wir diese Folter mehrere Tage lang ausgehalten hatten, gab man uns eine kleine Decke, um unsere Blöße zu bedecken, und trieb uns auf den Hof hinaus. Der unebene Boden war mit Kieselsteinen und Schlacken bedeckt. Wir wurden wieder geschlagen und schließlich mit aufgerissenen und blutenden Füßen zurückgejagt. Atemlos, wie wir waren, wurden uns brennende Zigaretten in den Mund gesteckt und jeder von uns wurde gezwungen, drei oder vier zu essen. Dabei schlugen uns die amerikanischen Soldaten weiter auf Augen, Kopf und Ohren. Bei der Rückkehr in die Zelle stieß man uns gegen die glühenden Heizröhren, so daß sich auf unserer Haut Blasen bildeten.

Dreizehn Tage lang wurden wir von Hitze und Durst gequält und in dieser Weise behandelt. Wenn wir um Wasser baten, machten sich die Wachen über uns lustig. Wurden wir ohnmächtig, so brachte man uns durch Kaltwassergüsse wieder zum Bewußtsein.

Alles war schmutzig, aber Waschen war uns nicht erlaubt. Unsere entzündeten Augen schmerzten fürchterlich, und wir wurden dauernd ohnmächtig. Ungefähr alle zwanzig Minuten wurde unsere Zellentür aufgerissen, und die Soldaten beschimpften und schlugen uns. Ging die Tür auf, so mußten wir mit dem Rücken zur Tür strammstehen. Man gab uns täglich zwei Teller Essen, das mit Salz, Pfeffer und Senf stark gewürzt war, um uns noch durstiger zu machen. Wir mußten im Dunkeln auf dem Boden hockend essen. Der Durst war die schlimmste Quälerei, und wir konnten nicht schlafen.

In dieser Verfassung wurde ich vor Gericht gestellt. Ich wurde ohnmächtig und in die Zelle zurückgebracht. Ein Sergeant mit schmutzigen Fingernägeln riß mir die Haut an der Brustwarze weg, so daß ich eine Blutvergiftung bekam. Der Arzt behandelte mich brutal und desinfizierte nicht einmal die Wunde."

Das ist ein einziger der vielen Berichte über die gestapogleichen Folterungen, die an deutschen Gefangenen von Amerikanern verübt wurden, bevor ihre Schuld erwiesen war.

Ich verzichte darauf, meinen Lesern alle die Schreckensgeschichten zuzumuten, die ich in Deutschland gehört habe, denn ich weiß, daß „Greuelgeschichten" nur dann verschlungen werden, wenn die Folterknechte und nicht die Opfer Deutsche sind. Trotzdem wäre es wichtig, daß die amerikanische Öffentlichkeit Gelegenheit bekommt, Tatsachen zu erfahren, die ihr solange von der Regierung und der Presse vorenthalten worden sind. Wenn wir nämlich das deutsche Volk für die Naziverbrechen verantwortlich machen, dann sind auch wir für die von der amerikanischen Regierung oder ihren Dienststellen begangenen Verbrechen verantwortlich. Die Tatsache, daß die Amerikaner frei sind, und daß hier niemand ins Gefängnis gesteckt werden kann, weil er gegen Ungerechtigkeit protestiert, erhöht nur unsere Verantwortlichkeit.

In den Malmedy-Verfahren scheint das Ziel der Untersuchungsbeamten gewesen zu sein, junge deutsche Kriegsgefangene zur Belastung ihrer Kommandeure zu zwingen, und zwar mit der Androhung, andernfalls selbst gehängt zu werden Die KZ-Prozesse waren noch schlimmer, weil die amerikanische Anklagebehörde hier anscheinend nach dem nazi-kommunistischen Prinzip handelte, man habe eine hinreichend große Zahl von Menschen an den Galgen zu bringen, statt daß sie sich bemühte, die wirklichen Verbrecher zu ermitteln. Die Hauptzeugen der Anklage waren nämlich frühere Berufsverbrecher und Kommunisten, die in den KZs von der Gestapo als Kapos benützt worden waren, nachdem die meisten SS-Männer vom Aufsichtsdienst in den Lagern zum Fronteinsatz weggeholt worden waren. So boten die Dachauer Prozesse das abscheuliche Schauspiel, daß frühere politische Gefangene, die für Grausamkeiten in den Lagern verantwortlich gemacht wurden, an-

geklagt und verurteilt wurden auf Grund von „Beweisen“, die von haßerfüllten Kriminellen oder von Kommunisten stammten, denen damit Gelegenheit gegeben war, ihre politischen Gegner an den Galgen zu bringen. Man kann unmöglich der Folgerung ausweichen, daß einige der in diesen Prozessen zum Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten weder ein Verbrechen noch eine Grausamkeit begangen hatten und nur abgeurteilt wurden, weil sie sich als KZ-Insassen die Feindschaft der kriminellen oder kommunistischen Mithäftlinge zugezogen hatten. Die Unschuldigen konnten aber kaum auf Freispruch hoffen, da die amerikanischen Untersuchungsbeamten den am schwersten Belasteten Straffreiheit versprachen, wenn sie nur andere anschuldigten, und Zeugen Repressalien gegen ihre Familienangehörigen androhten, wenn sie ihre Unterschrift unter diktierte Erklärungen verweigerten. So rundete sich der von den Nazis begonnene Kreislauf des Schreckens und der Rechtlosigkeit, als seine Opfer von Amerika zum Meineid gezwungen wurden, um dem Tode zu entgehen, oder auf Grund erfolterter Zeugenaussagen verurteilt wurden.

Die Namen der amerikanischen Untersuchungsbeamten in diesen Fällen: Kirschbaum, Metzger, Enders (alias Andrews), Colombeck und Egger werden wie die Namen von Leutnant Perl und Mr. Harry Thon in Deutschland so lange im Gedächtnis bewahrt und verflucht werden, wie sich die Amerikaner der Namen von Himmler, Bormann und anderen Nazi-Rowdies und Verbrechern erinnern werden.

In einem „berühmten“ Falle hatte Kirschbaum einen gewissen Einstein vorgeführt, um zu beweisen, daß der Angeklagte Menzel Einsteins Bruder ermordet habe. Der Angeklagte wies aber nur mit der Hand nach der Zeugenbank: dort saß dieser Bruder. Darauf wandte sich Kirschbaum, peinlich verlegen, an Einstein und zischte ihm zu: „Wie können wir dieses Schwein baumeln lassen, wenn Sie so blöd sind, Ihren Bruder zur Verhandlung mitzubringen!“

Sebastian Schmidt, ein früherer Landwirt, hat unter Eid folgende Erklärung abgegeben:

„Ich wurde von Mr. Metzger gefragt, ob ich den ‚berüchtigsten und brutalsten Schläger, den größten Sadisten von Dachau‘, den früheren

Gefangenen Karl Mayer kennte. Dabei legte mir Mr. Metzger eine bereits fix und fertige mehrseitige Erklärung vor, die ich, ohne sie zu lesen, sofort unterschreiben sollte, da Mr. Metzger es sehr eilig hatte. Ich fing trotzdem an, sie durchzulesen, und sah, daß darin stand: ‚Als Kapo des Garagenbaues des Lagers Dachau tötete Mayer täglich 100 Personen mit einem Knüppel, die dann von einer Dampfwalze beim Straßenbau eingewalzt werden sollten.' Ich las nicht weiter und verweigerte die Unterschrift, da sich etwas Derartiges nie ereignet hatte. Ich machte Mr. Metzger darauf aufmerksam, daß dies unmöglich sei, worauf er mir erwiderte: ‚Das ist ganz egal, Mayer ist schon vor langer Zeit gehängt und liegt 2 Meter unter der Erde. Aber ich weigerte mich trotzdem zu unterschreiben.

Da wurde Mr. Metzger wütend, krempelte sich die Ärmel hoch, kam drohend auf mich zu und sagte, er würde mich umbringen, wenn ich nicht unterzeichnete. Als er sah, daß auch diese Drohung bei mir nicht wirkte, fügte er hinzu: ‚Na schön, ich werde schon eine Anklage gegen dich finden. Es wird mir schon gelingen, dich vor ein amerikanisches Militärgericht zu bringen, und wenn du gehängt wirst, hast du das mir zu danken, so wahr ich Metzger heiße.'

Ich danke Gott, daß ich Metzgers Drohungen gegenüber fest blieb, denn durch einen solchen Meineid hätte ich einen unschuldigen Mann und seine Familie ins Unglück stürzen können. Ich habe Karl Mayer nur als ruhigen, anständigen Mann gekannt, dessen Verhalten im KZ als einwandfrei bezeichnet werden mußte. Karl Mayer war politischer Gefangener in Dachau."

Ein anderer Landsberger Gefangener, Martin Humm, enthüllt in seiner am 30. 5. 1948 abgegebenen eidesstattlichen Erklärung, warum Mr. Metzger alles darauf anlegte, Beweise gegen den unglücklichen Karl Mayer in die Hand zu bekommen. Mr. Metzger fragte Humm im Juli 1947, ob er je aus Mayers Mund gehört habe, daß er, Metzger, früher HJ-Führer gewesen, wegen sittlicher Verfehlungen verfolgt und später nach Amerika entwichen sei. Humm erwiderte, er habe derartige Dinge über Metzger in Dachau gehört. Danach fing Metzger an, Humm nach Beweismaterial gegen Mayer auszufragen, versicherte ihm dabei aber, daß er es nicht für den Prozeß gegen Mayer wünsche, sondern weil er „eine persönliche Sache mit Mayer habe." Als Humm erklärte, er habe bereits in seiner ein Jahr zuvor in Dachau abgegebenen Erklärung ausgesagt, nichts gegen Mayer vorbringen zu können, stand Metzger auf und sagte: „O Humm, wie schön ist das Leben, und doch wirst du gehängt, so jung wie du bist."

Der epileptische und schwindsüchtige Humm hatte nicht die Widerstandskraft eines Sebastian Schmitt. Er brach schließlich zusammen und versprach zu schreiben, was man von ihm verlangte. Dann wurde er völlig erschöpft ins Lazarett zurückgebracht, wo er mit Sauerstoff behandelt werden mußte. Da Metzger aber darauf bestand, die Erklärung bis zum nächsten Tage zu bekommen, bat Humm einen Mitgefangenen, ihm das Schreiben abzunehmen, da er selbst zu schwach dazu war. In seiner eidesstattlichen Erklärung vom Mai 1948 hat Humm das ihm von Metzger abgepreßte falsche Zeugnis widerrufen und ausgesagt, er habe niemals gesehen, daß Mayer einen Gefangenen gehängt, Lebensmittel aus Rot-Kreuz-Paketen entwendet oder irgend etwas Unnatürliches oder Unsauberes im Lager begangen habe.

Die Anwendung von Zwang bei der Beschaffung von „Beweisen" wurde von amerikanischen Armeedienststellen ausdrücklich zugegeben. Oberst A. H. Rosenfeld wurde beim Rücktritt von seinem Posten als Chef der Dachauer Verwaltungsabteilung für Kriegsverbrechen 1948 auf einer Pressekonferenz gefragt, ob an den Geschichten über die Scheinverfahren in Dachau etwas Wahres sei. Er erwiderte: „Ja, natürlich. Wie hätten wir sonst diese Galgenvögel zum Singen bringen können?" Oberst Rosenfeld betrachtete aber solche Maßnahmen nicht als „Härte", da die Opfer ja Deutsche waren. Er war vielmehr stolz auf seine Schlauheit und sagte: „Es war ein Kunstgriff, und er wirkte wie ein Zaubermittel." Methoden dieser Art, Folter, Scheinverfahren, Erpressung, Falschzeugnis und dergleichen mögen in der Tat wie „Zaubermittel" gewirkt haben, aber der Geruch, in den sie die amerikanische „Rechtsprechung" in Deutschland brachten, ist alles andere als bezaubernd. Das klare Ergebnis ist, daß sie die meisten Deutschen überzeugt haben, es sei kaum ein Unterschied zwischen „demokratischer" und nazi-kommunistischer „Rechtsprechung".

Es blieb aber nicht dabei, daß die meisten Dachauer Angeklagten gefoltert wurden; standen die Männer schließlich in ihrem durch Prügel und Hunger geschwächten Zustand vor Gericht, so wurde ihnen gewöhnlich jede Möglichkeit der Selbst-

verteidigung verweigert. Meist wurden sie erst wenige Stunden, bestenfalls einige Tage vor Prozeßbeginn über die gegen sie erhobenen Anklagen unterrichtet, und sie hatten keine Möglichkeit, Entlastungszeugen zu benennen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten sie keine deutschen Verteidiger; entweder konnten sie ihn nicht bezahlen, oder die amerikanischen Behörden ließen ihn nicht zu. War aber das Auftreten eines deutschen Verteidigers erlaubt, so war er an die Weisungen des amerikanischen militärischen Offizialverteidigers gebunden und durfte sich nicht einmal mit seinen Klienten beraten, abgesehen von den kurzen Verhandlungspausen. In den KZ-Prozessen waren in den Anklageschriften nicht einmal die Verbrechen im einzelnen angegeben, deren die Gefangenen beschuldigt wurden, und ebensowenig Ort und Zeit der Tat.

Am 30. Juli 1948 richtete der deutsche Rechtsanwalt Dr. Georg Fröschmann in diesem Fall einen Appell an General Clay, in dem es hieß:

„In der überwiegenden Mehrzahl der KZ-Prozesse beschränkte sich die Anklage darauf, in einem einzigen Satz von 24 Tippzeilen die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit — ‚Mord, Prügel, Folterung, Hungernlassen, Gewaltanwendung, Demütigung' — begangen an Angehörigen von 15 verschiedenen Ländern, ganz generell aufzuzählen, deren sich die Angeklagten als Täter, Mittäter, Anstifter, Helfershelfer oder sonstwie ‚Beteiligte' schuldig gemacht haben sollten."

Der Zeitpunkt der Tat war ähnlich ungenau mit „zwischen Januar 1942 und 5. Mai 1945" angegeben.

Die amerikanischen Offiziere, die als Verteidiger bestimmt waren, hatten gewöhnlich keine juristische Ausbildung, konnten nicht Deutsch und machten sich auch gar nicht die Mühe, den Fall mit den Angeklagten zu besprechen. Die Angeklagten konnten keine Fragen an die Zeugen der Anklage richten, weil das Verfahren ja in einer vielen unverständlichen Sprache — ohne ausreichende Dolmetscher — vor sich ging. Das ganze Verfahren ähnelte den Moskauer Schauprozessen.

So schreibt Dr. Fröschmann: „Viele Angeklagte konnten sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die ihnen von den Verteidigern erteilten Ratschläge nur deren Wunsch entsprach, den Wünschen des Tribunals auf Beschleunigung der Verfahren entgegenzukommen. Einige der

amerikanischen Verteidiger unterhielten einen engen Kontakt mit der Anklagebehörde. Sie ließen sich zu sehr eigenartigen Kompromissen mit ihr herbei. Sie versäumten die notwendigen Vertagungsanträge, um der Verteidigung Gelegenheit zur Prozeßvorbereitung zu geben... und ihre Plädoyers schienen in Übereinstimmung mit der Anklage abgefaßt, in einigen Fällen sogar Plädoyers der Anklage selbst zu sein."

Während die Anklage hinreichend Zeit und Gelegenheit hatte, Zeugen aus ganz Europa herbeizuholen und deutsche Zeugen durch Folter zu den erwünschten Aussagen zu zwingen, waren die in ihre dunklen Zellen eingesperrten, von jedem Kontakt mit der Außenwelt abgeschnittenen Angeklagten natürlich nicht in der Lage, irgend jemand zu ihrer Entlastung kommen zu lassen. Und nicht nur das; die VVN hatte auch durch Presse und Rundfunk allen ehemaligen KZ-Insassen verboten, als Zeugen der Verteidigung aufzutreten. Von den früheren politischen Gefangenen kamen aber auch nur wenige, um gegen die Dachauer Angeklagten auszusagen, obwohl ihnen freie Reise, gute Verpflegung, ein hübsches Taschengeld und reichlich Zigaretten, die auf dem Schwarzen Markt veräußert werden konnten, von der Anklagebehörde versprochen wurden. Allein die Tatsache, daß die Anklagebehörde sich in der Hauptsache auf diejenigen stützte, die wegen krimineller Dinge ins KZ gekommen waren, begründet die Vermutung, daß mindestens einige der in Dachau zum Tode Verurteilten unschuldig waren. Die Verwendung von „Berufszeugen", die in Dutzenden von Prozessen auftraten, und deren durch keinerlei andere Zeugnisse gestützte Aussagen zu einem Todesurteil ausreichten, machen diese amerikanischen Prozesse abstoßend für jeden, der auch nur ein elementares Rechtsempfinden hat. Man kann schwerlich dem Schluß ausweichen, daß die Anklagebehörde überhaupt nicht an der Überführung der wirklich an Greueltaten Schuldigen interessiert war, sondern nur eine möglichst große Zahl von Urteilen wünschte, um die Massenschuld des deutschen Volkes zu beweisen. Das natürliche Ergebnis ist, daß viele Deutsche, die wissen, wie die Verfahren geführt und auf was für „Beweise" hin Schuld als erwiesen betrachtet wurde, jetzt sagen, es hätte überhaupt keine Grausamkeiten gegeben,

und die ganze Geschichte der KZs sei eine amerikanische Erfindung. Auf diese Weise hat die Anwendung von Nazimethoden zum Beweis von Nazischuld dazu geführt, die Wirklichkeit von Naziverbrechen zu verdunkeln.

Das gilt in besonderer Weise vom Falle Ilse Koch. Die Deutschen wissen, daß die amerikanische Anklage keine Beweise für das Vorhandensein von „Lampenschirmen aus Menschenhaut" vorbringen konnte, die nach landläufiger amerikanischer Meinung in der Wohnung der Koch gefunden worden sein sollen. Ilse Koch war genau das, als was General Clay sie beschrieb, als er ihr Urteil abänderte: eine Dirne und ein perverses Weib niedrigen Niveaus, aber keine Kriegsverbrecherin. Die von den Nazis begangenen Greuel sind schrecklich genug, und man brauchte nicht noch Geschichten von Lampenschirmen aus Menschenhaut hinzuzuerfinden. Mit dem Versuch, Lügen zu beweisen, haben wir die Wirklichkeit der Gaskammern verdunkelt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß in ein paar Jahren die Wahrheit als „Greuelmärchen" abgetan werden wird, das die Sieger verbreitet hätten, um die unmenschliche Behandlung der Eroberten zu rechtfertigen.

Der bereits angerichtete Schaden kann nicht wiedergutgemacht werden, aber das Ansehen der Vereinigten Staaten könnte noch immer von seinen Flecken gereinigt werden, wenn die Hinrichtungen eingestellt, eine durchgreifende und unbeeinflußte Untersuchung angeordnet und den für Folterung von Gefangenen und Mißbrauch der Justiz verantwortlichen Amerikanern in Deutschland wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit" der Prozeß gemacht würde.

Obwohl sich der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten an den von amerikanischen Staatsbürgern in Deutschland begangenen Verbrechen für uninteressiert erklärte, hat der Senat sich der Sache angenommen und für eine Untersuchung gestimmt. Hoffentlich bringen Regierung und Armeeministerium die Aktion des Kongresses nicht zu einem vorzeitigen Ende, die allein das Ansehen der amerikanischen Justiz wiederherstellen kann. Da die Untersuchungsbeamten, die in Dachau nazi-kommunistische Methoden kopierten, keine regulären

Offiziere waren, sondern Zivilisten mit einem zeitweiligen militärischen Rang, sollte man annehmen, daß die amerikanische Armee selbst an der Bestrafung derjenigen ein Interesse hätte, die sie entehrten. Das muß auch die Auffassung von Oberstleutnant Everett gewesen sein, dieses tapferen Mannes, der als erster die Aufmerksamkeit Amerikas auf die im Namen der Nation verübten Schandtaten lenkte.

Das Schreckensregister der Dachauer Prozesse auszulöschen, ist immer noch leichter, als das deutsche Volk die brutale und ungerechte Behandlung während der ersten Besatzungsjahre vergessen zu machen. Die siegreichen Demokratien hatten sie alle bestraft: die jungen Männer und Frauen, die in der irrigen, aber ehrlichen Überzeugung Hitler gehorcht hatten, daß kein patriotischer Deutscher ihm die Gefolgschaft verweigern dürfe; die Arbeiter, die der NSDAP in der Erwartung von „Brot und Arbeit“ beigetreten waren; die geschlagenen Soldaten der deutschen Armee, die keine Verantwortung für die von SS und Gestapo begangenen Grausamkeiten trugen, sondern tapfer bis zum Letzten gekämpft hatten, um ihr Land vor kommunistischem Terror zu bewahren; ja selbst die Opfer der Nazis, die aus ihren Verstecken hervorkamen oder aus den KZs befreit wurden. Einige wurden jahrelang ohne Verfahren eingesperrt, anderen nahm man ihr und ihrer Familien Hab und Gut, und Kriegsgefangenen wurde ihr völkerrechtlicher Schutz verweigert, indem man sie als Zwangsarbeiter einsetzte. Selbst heute noch, vier Jahre nach Kriegsende, ist das Kontrollratsgesetz Nr. 3 in Kraft, demzufolge jeder Deutsche zu Zwangsarbeit herangezogen werden kann: eine klare Verletzung der Verfassung der Vereinigten Staaten, die Sklavenarbeit in allen amerikanischer Rechtsprechung unterstehenden Gebieten untersagt. Die in Dachau vor Gericht gestellten Kriegs- und Zivilgefangenen waren auch nicht die einzigen Deutschen, die physisch gequält wurden. Bei Kriegsende verhafteten wir in Massen Generale, SS-Leute, Regierungsbeamte und Nazifunktionäre und unterwarfen sie Mißhandlungen verschiedenen Grades, ohne abzuwarten, wessen Schuld und wessen Unschuld sich herausstellen würde.

Einer meiner deutschen Bekannten, ein früherer Angehöriger des Auswärtigen Amtes, erzählte mir, wie er in einen so vollgestopften Güterwaggon hineingestoßen wurde, daß niemand sich setzen konnte, und wie man sie 36 Stunden ohne ein Stück Brot oder einen Schluck Wasser transportiert hatte. In diesem Waggon, erzählte er, befand sich auch ein 82jähriger General, der lange vor dem Kriege pensioniert worden war, den man aber wegen seines Ranges verhaftet hatte. Die Waggoninsassen, Offiziere und Zivilisten, denen Amerikaner die gleiche Behandlung angedeihen ließen wie Sowjetrußland sie seinen Feinden zudiktiert, hatten es fertiggebracht, sich noch enger zusammenzuquetschen, damit der alte Herr sich niedersetzen konnte. Viele der Gefangenen waren krank, einige verwundet, und man hatte ihnen nicht erlaubt, während der langen Fahrt den Waggon zu verlassen. Später wurden die deutschen Generale im Gefängnis gezwungen, ihren Wachtposten die Schuhe zu putzen und mit bloßen Händen die Latrinen zu säubern; kurz, sie wurden ganz allgemein so behandelt wie die Insassen von nazistischen oder kommunistischen KZs.

Überall in Deutschland kann man solche Berichte hören. Zweifellos sind einige übertrieben. Aber es besteht kaum ein Zweifel, daß man sich ein perverses Vergnügen daraus machte, die Offiziere der besiegten feindlichen Armee jeder nur denkbaren Erniedrigung auszusetzen. In jeder Armee wird es Sadisten und Rohlinge geben. Das Entsetzliche war, daß die der amerikanischen Armee in der ersten Periode der Besetzung erteilten Befehle die brutale und unritterliche Minderheit ermutigten und eine Nachahmung von Nazimethoden in der Behandlung der Besiegten vorschrieben. Dieser Schlag traf die Deutschen um so härter, als sie zwar von den Russen Rechtlosigkeit und Brutalität, von den Amerikanern aber eine faire Behandlung erwartet hatten. Viele hatten das Kriegsende herbeigesehnt, mochte es auch eine Bestrafung mit sich bringen; es würde doch, so erwarteten sie, an Stelle nazistischer Rechtlosigkeit und Tyrannei die Herrschaft des Rechtes wiederaufrichten. Heute aber ist der Glaube an demokratische Gerechtigkeit so gut wie tot.

Die Grausamkeiten, die wir selbst in Deutschland begangen haben, sind aber nicht die einzigen, an denen die Nachwelt uns die Schuld zumessen wird. Präsident Roosevelt und Präsident Truman haben in Jalta und Potsdam im Namen des amerikanischen Volkes einem der barbarischsten Akte zugestimmt, von denen die lange Geschichte menschlicher Unmenschlichkeit zu berichten weiß. Auf Grund dieser Übereinkommen wurden an die zwölf Millionen Menschen enteignet und von Haus und Hof verjagt, einzig wegen des Verbrechens, Deutsche zu sein. Wenn in vergangenen Zeiten der Sieger ein Gebiet annektierte, so wurden nicht alle Bewohner ausgeplündert; sie durften weiter in der Heimat ihrer Väter leben. Amerika und England aber gaben ihre Zustimmung, daß Deutschland nicht nur des seit Jahrhunderten von Deutschen besiedelten Gebietes beraubt wurde; man sprach Russen, Polen, Tschechen, Jugoslawen und anderen Nationen auch das Recht zu, alle Menschen deutscher Abstammung zu enteignen und zu vertreiben. Der Vorbehalt, daß diese Austreibung in „humaner Weise" vor sich gehen solle, kleidete dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit nur in ein abstoßendes Gewand der Heuchelei.

Die Polen, denen der Besitz der Gebiete östlich der Oder- und Neiße-Linie zuerkannt wurde, vertrieben die Bewohner mit äußerster Brutalität. Wenige Stunden nach dem Ausweisungsbefehl rissen sie Frauen und Kinder, Alte und Kranke aus ihren Wohnungen heraus und verschonten nicht einmal Kranken- und Waisenhäuser. Die Tschechen waren nicht weniger roh; sie trieben die Deutschen zu Fuß über die Berge und stahlen ihnen an der Grenze das wenige, was sie hatten mitnehmen können. Da sie aber nicht nur auf Rache, sondern gleichzeitig auf Profit bedacht waren, hielten sie Tausende von deutschen Männern als Sklavenarbeiter zurück, indes sie die Frauen und Kinder verjagten. Viele von den Alten, den Kindern und den Kranken kamen auf dem langen Marsch nach Restdeutschland durch Hunger, Kälte und Erschöpfung um; andere gingen an Hunger, Durst und Krankheiten in den vollgepfropften Viehwagen zugrunde, in denen ein Teil der Flüchtlinge abtransportiert wurde. Wer die Reise überlebte, sah sich

auf die spärlichen Hilfsmittel eines hungernden besetzten Deutschland angewiesen. Keinem Menschen deutscher Abstammung durfte von den Vereinten Nationen geholfen werden. Die Lager für DPs waren ihnen verschlossen, und es wurde erst der UNRRA und dann der IRO*) verboten, ihnen Hilfe zu leisten. Die neuen Parias wurden nach Deutschland hineingestoßen, mochten sie sterben oder, falls sie am Leben blieben, zusehen, wie sie als Bettler und noch ärmere Teufel als die Menschen der ausgebombten Städte in den elenden Notunterkünften zurechtkamen.

Wie viele Menschen ermordet wurden oder starben, wird man niemals erfahren. Von einer Gesamtzahl von zwölf oder dreizehn Millionen, die das Verbrechen begangen hatten, Deutsche zu sein, sind vier oder fünf Millionen verschollen. Niemand weiß, wie viele davon tot, wie viele noch als Sklavenarbeiter am Leben sind. Nur eins ist gewiß: die barbarische Ausrottung der Juden durch Hitler wurde übertroffen durch die Ausrottung der Deutschen von der Hand der „demokratischen, friedliebenden" Mächte der Vereinten Nationen. Es ist so, wie es der wallisische Pfarrer Dr. Elfan Rees, der Leiter des Flüchtlingsamtes des Weltkirchenrates, in seiner am 13. März 1949 an der Genfer Universität gehaltenen Predigt gesagt hat: „Durch den Frieden der Alliierten sind mehr Menschen heimatlos geworden als durch den Krieg der Nationalsozialisten."

Die Zahl der Flüchtlinge in Rumpfdeutschland beträgt heute acht oder neun Millionen. Für die IRO zählen sie nicht; ihr wurde durch Kongreßakte ausdrücklich jede Hilfeleistung verboten. Es liegt auf der Hand, daß Westdeutschland mit seiner großen Übervölkerung ihnen keine Existenzgrundlage bieten kann. Einen geringen Teil hat die Industrie aufgenommen, andere arbeiten in der Landwirtschaft, aber der größte Teil lebt in menschenunwürdigen Verhältnissen und hat keine Hoffnung auf Wohnung oder Arbeitsplatz. In Bayern hat man die heimatlosen Deutschen in zugige Baracken gestopft, wo sie weder Lebensmittel noch Kleidung von internationalen Organi-

*) United Nations Relief and Rehabilitation Administration; International Refugee Organization. D. Übers.

sationen bekommen, während wir, die Besatzungsmacht, Tausende von Hotels, Schlössern, Privatwohnungen und andere Unterkünfte für unseren ausschließlichen Gebrauch beschlagnahmt haben, und die von der IRO betreuten, an Zahl ständig abnehmenden DPs bequeme, ebenfalls von den Deutschen bereitgestellte Unterkünfte bewohnen. Mit der Zustimmung zur Enteignung und Austreibung haben die Vereinigten Staaten sich selbst als uninteressiert am Schicksal der Flüchtlinge bekannt. Die Militärregierung erklärt den Länderregierungen, daß deutsche Flüchtlinge eine ausschließlich „deutsche Angelegenheit“ seien. Das heißt praktisch: wir sagen den Deutschen, daß allen Opfern der Naziverbrechen geholfen werden muß, daß aber verrecken und verkommen kann, für wessen Leiden wir verantwortlich sind. Wir machen auch einen sorgsamen „rassischen“ Unterschied zwischen den verschiedenen Kategorien der von den Kommunisten Verfolgten. So ist ein Tscheche, der vor kommunistischem Terror flüchtet, zur Aufnahme in DP-Lager berechtigt und hat Anspruch auf amerikanische Lebensmittel. Russen, Rumänen, Ungarn und Jugoslawen aber, denen es gelingt, durch die Grenzsperren hindurchzuschlüpfen und nach Bayern zu gelangen, müssen von der deutschen Wirtschaft leben. Angehörige dieser Nationen dürften DP-Lager nicht betreten, soweit sie sich nicht schon vor Kriegsende in Deutschland befanden. Das bedeutet nichts anderes, als daß mit einziger Ausnahme der Tschechen nur Naziopfer, nicht aber Opfer der Kommunisten ein Recht auf Hilfe haben. So muß Deutschland nicht nur für Hitlers frühere Opfer vorsorgen, der deutschen Wirtschaft wird jetzt auch noch zwangsweise die Unterstützung von Zehntausenden von Opfern Stalins auferlegt. Aber auch dies ist noch nicht alles. Deutschland bildet das Sammel- und Transitlager für viele Tausend Juden, die Polen, Rumänien, Ungarn und die Tschechoslowakei nach der kommunistischen Machtübernahme verlassen haben. In einem Lager jüdischer DPs in der Nähe Münchens war jeder einzelne, mit dem ich sprach, erst nach 1945 nach Deutschland gekommen, in der Hoffnung, nach Palästina zu gelangen.

Obwohl die Zahl der DPs in Deutschland ständig abnimmt,

und viele ihrer Lager halb leerstehen, ist es den Deutschen nicht gestattet, die vorher von DPs belegten Häuser, Baracken und anderen Gebäude wieder in Besitz zu nehmen oder ihre eigenen Flüchtlinge darin unterzubringen. Genaue Angaben sind nicht erhältlich, da den deutschen Behörden der Zutritt zu den DP-Lagern verboten ist; nach Schätzungen des bayrischen Flüchtlingsministers waren Anfang 1949 zwischen 24- und 28 000 Betten unbelegt. So werden Unterkunftsmöglichkeiten nicht ausgenutzt, während die deutschen Flüchtlinge in übervollen, unhygienischen Hütten und anderen Unterkünften leben, die bescheidensten Bequemlichkeiten und Anstandsvorrichtungen entbehren müssen und häufig auf dem Fußboden zu schlafen haben. Auf meiner Reise nach Nürnberg besichtigte ich mehrere Flüchtlingslager in Bayern. Der Kontrast zwischen ihren Lebensbedingungen und denen der Mehrheit der nichtdeutschen DPs zeigte, wie gut die ehemaligen Naziopfer dran sind im Vergleich zu denen, die unter den Folgen der von den „siegreichen Demokratien" begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit leiden.

Im Lager Dachau fand ich in jeder der 8×18 m großen Holzbaracken 50 und mehr Menschen — Männer, Frauen und Kinder. Es gab keine Wände, sondern die Insassen benützten einige ihrer kostbaren Decken, um sich ihren „Raum" abzuteilen. Die Baracken waren kalt und feucht. Eine Frau, deren kleines Mädchen an einer bösen Erkältung litt, zeigte mir, wie es durch die Wand hinter ihrem Bett durchregnete. Für vierhundert Menschen in Dachau standen ein Waschraum und eine außerhalb gelegene Latrine zur Verfügung; warmes Wasser gab es nicht. Niemand hatte Bettwäsche, und einige besaßen weder Schuhe noch Mantel.

Auch diejenigen Flüchtlinge, die eine Beschäftigung gefunden haben, müssen weiter in Lagern wie Dachau leben, da sie nicht anderweitig untergebracht werden können. In ganz Bayern kommen bereits im Durchschnitt zwei Menschen auf jeden Raum und Kellerraum, und in der übrigen amerikanischen und der englischen Zone steht es kaum besser. So müssen die Flüchtlinge, die einen Arbeitsplatz haben, täglich vier bis fünf Stunden, teilweise zu Fuß, unterwegs sein. Eine Frau, mit der ich in Dachau sprach, erzählte mir, daß ihre Tochter früh halb sechs Uhr wegging und nach einem täglichen Marsch von zweieinhalb Stunden abends um neun Uhr zurückkehrt. In der Mehrzahl aber haben die Flüchtlinge keine Hoffnung auf Arbeit, besonders seit die Währungsreform viele kleine Betriebe zum Erliegen brachte, die

früher einigen Beschäftigung boten. Außerdem ist ein großer Teil der deutschen Flüchtlinge Frauen mit kleinen Kindern.

Ich besuchte die beiden nach Konfessionen getrennten Lagerschulen. Der Schulraum war eine ungeheizte Holzbaracke ohne Pulte; die Kinder saßen auf Bänken, hatten keine Bücher, ja, kaum Papier und Bleistift. Die beiden Lehrer unterrichteten in der Form, daß sie den Stoff an die Tafel schrieben. Der eine, ein sudetendeutscher Sozialdemokrat, hatte die Kriegsjahre in einem Nazi-KZ verbracht; unmittelbar nach der Befreiung war er von den Tschechen aus seiner Wohnung hinausgeworfen worden. Die Kinder sahen blaß und zart aus, waren aber doch sauber und adrett, wie die meisten Deutschen es eben immer auf irgendeine Weise fertigbringen, selbst wenn sie in den elendsten Verhältnissen leben. In beiden Schulen standen die Kinder stramm und riefen laut im Chor „Grüß Gott", als ich hereinkam. Früher würden sie in der gleichen Weise „Heil Hitler" gesagt haben, und ich konnte mir kaum vorstellen, daß man in Dachau „Demokratie" für eine Verbesserung gegenüber dem Dritten Reich hielt.

Ich verbrachte einen großen Teil des Tages in Dachau und blieb mehrere Stunden in der Baracke 14 und ließ mir die Geschichte aller dort untergebrachten Familien erzählen. Die ältesten Bewohner waren ein 64jähriger Dr. Werner und seine Frau. Er war im alten Österreich Richter und dann 20 Jahre im Sudetenland Staatsanwalt gewesen. Ihr einziger Sohn war an der russischen Front gefallen. Im Mai 1945 war Dr. Werner auf Weisung der tschechischen Regierung verhaftet und zwei Jahre lang eingesperrt worden; im Gefängnis schlug man ihn und ließ ihn hungern, und er mußte die Folterung vieler Mitgefangener mitansehen. Als er endlich entlassen wurde, war er ein Wrack; sein gesamtes Hab und Gut war natürlich konfisziert. Inzwischen hatte man auch seine Frau aus der Tschechoslowakei vertrieben und ihr alles weggenommen, was sie besaß, selbst ihren Trauring. Man hatte sie zuerst mit vielen Tausend anderen in offenen Güterwagen nach Teplitz gebracht, und dann hatten die Tschechen sie buchstäblich zu Fuß über das Erzgebirge getrieben. Nach einem Hungermarsch von fünf Wochen hatte sie in Sachsen eine Stellung als Magd bekommen. Hier fand Dr. Werner sie schließlich nach seiner eigenen Ausweisung und wurde als Knecht eingestellt. Im August 1947 aber wurde er als Zwangsarbeiter nach Böhmen zurückgebracht. Schließlich gestattete man ihm, nach Bayern zu gehen; dort traf er wieder mit seiner Frau zusammen, der es gelungen war, aus der russischen Zone zu entkommen.

Diese beiden alten Leute hatten überhaupt keine Hoffnung mehr. Sie waren jetzt zu verbraucht, um noch körperliche Arbeit leisten zu können, und andere gab es nicht. Man hatte ihnen ihr Heim und ihre Kleidung, ihre Möbel und ihre Wäsche geraubt; sie hatten nichts zu

erwarten, als ein langsames, aber sicheres Ende in Dachau. Aber sie waren beide so tapfer, diese alten Leute, und nicht nur von ihren eigenen Sorgen ausgefüllt. Frau Werner half den Müttern kleiner Kinder, und Dr. Werner genoß offensichtlich Vertrauen und Achtung aller übrigen 53 Menschen in der Baracke. Dank seiner Vermittlung erfuhr ich ihrer aller Geschichte, und als ich ihm später einige Lebensmittel und Kleidung schickte und ihm durch amerikanische Freunde ein paar Care-Pakete vermittelte, hat er alles verteilt, wie ich aus Briefen erfuhr.

Jede Familie und jedes Einzelwesen in der Baracke hatte die gleichen Erlebnisse hinter sich wie die Werners, und einige hatten gar eine noch schlimmere Behandlung erfahren. Der Fall von Fritz Bernglau und seiner Frau Melitta war typisch. Er war an der russischen Front gefangengenommen worden, aber entkommen und nach der Tschechoslowakei zurückgekehrt. Hier hatte er „sehnsüchtig auf die Ankunft der amerikanischen Truppen gewartet, die aber unglücklicherweise vor Karlsbad stehenblieben". Statt ihrer kamen die Russen und unter russischem Schutz plünderten die tschechischen Kommunisten die Stadt Bodenbach, wo die Bernglaus lebten. Später mußte die ganze Bevölkerung zu einem wahren Todesmarsch antreten. An einem Tage wurden die 24 000 Einwohner der Stadt ausgewiesen und wie Vieh nach Sachsen getrieben. Frauen, Kinder, Greise, die nicht Schritt halten konnten, wurden mit Knüppeln geschlagen, und viele blieben am Wege liegen. Das gesamte Gepäck mußte preisgegeben werden. Da es ihnen nicht gelang, in Sachsen Obdach zu finden, kehrten die Bernglaus nach drei Wochen Landstraße nach Bodenbach zurück in der Hoffnung, etwas Kleidung und Wäsche wiederzufinden, die sie vor der Austreibung in ihrem Hause versteckt hatten. Beide wurden entdeckt und verhaftet; Frau Melitta wurde in brutaler Weise geschlagen. Zehn Wochen verbrachten sie im Gefängnis, wo 32 Menschen in Zwei-Mann-Zellen hineingepreßt wurden, und wo die Frauen das Schreien der gefolterten Männer mitanhören mußten; denn das Gefängnis war voll von „politischen" Häftlingen, was soviel bedeutete, wie „Kapitalisten und Grundbesitzer". Die Frau des Bankiers Adler beging Selbstmord, weil sie glaubte, in der Nachbarzelle ihren Mann vor Qualen schreien zu hören. Einige Gefangene wurden buchstäblich zu Tode geprügelt.

„Nachdem wir die Schrecken des Bolschewismus am eigenen Leibe erfahren hatten", wie Fritz Bernglau sich ausdrückte, hatten er und seine Frau nach ihrer Entlassung aus dem tschechischen Gefängnis nur den einen Gedanken: fort aus der russischen Zone. So waren sie nun in Dachau, das, so schlecht es auch war, immer noch einem Leben unter kommunistischer Herrschaft vorzuziehen ist.

Ich will nur noch einen einzigen weiteren Fall anführen, und zwar den der Erika Bruno, deren reizende kleine Tochter mir gleich beim

Betreten der Baracke aufgefallen war. Sie war die Frau eines Landwirtes in Schlesien, war aber von der Kapitulation in der Tschechoslowakei überrascht worden, wo sie ihren Bruder besuchte. Obwohl sie in anderen Umständen war, wurde sie aus der Wohnung vertrieben und mußte mehr als 300 Kilometer zu Fuß über das Riesengebirge wandern und dabei von Wurzeln und dem leben, was sie sich erbettelte. Kaum hatte sie ihre Heimat erreicht, wurde sie von den Polen ausgewiesen, die ihr alles wegnahmen, selbst Mantel und Schuhe. Trotz ihrer vorgeschrittenen Schwangerschaft wanderte sie barfuß bis Weihnachten 1945 von Stadt zu Stadt bis nach Brandenburg, wo man sie in einem Krankenhaus aufnahm, in dem sie ihr Kind zur Welt brachte.

Es stimmte etwas fröhlicher, die „Fabrik" Wagoner zu besuchen, die eine Gruppe vertriebener Sudetendeutscher bei München hatte errichten können. Auch sie waren mit 2000 anderen zu Fuß vertrieben worden, und der halbe Zentner Gepäck, den mitzunehmen man ihnen erlaubt hatte, war ihnen von den Tschechen an der Grenze gestohlen worden. Einem hatte man sogar die kleine Schiebkarre weggenommen, in der er seinen zweijährigen Jungen beförderte, so daß er ihn nun auf dem Rücken tragen mußte. Aber die Arbeiter der Wagoner-Fabrik hatten zusammengehalten, und es war ihnen geglückt, ein paar Maschinen in die Hand zu bekommen, deren zeitweilige Benutzung — es handelte sich um abgebaute Reparationsmaschinen — ihnen die amerikanischen Behörden gestatteten. Da sie hochqualifizierte Arbeiter waren, hatten sie, bald so, bald so, genügend Produktionsmittel zusammengestückt, um wieder in einer kleinen Fabrik Bohrmaschinen herstellen und damit ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Wenn man diese Fabrik besuchte, wurde einem die Dummheit der tschechischen Regierung so richtig klar, die nur um ihrer Rachsucht oder Habgier zu genügen, tüchtige Arbeiter auswies.

Aber auch über den Flüchtlingen, die nun keine Bettler mehr waren, hing ein Damoklesschwert. Jeden Augenblick konnte der Demontagebefehl für die Transformatoren eintreffen, die die Wagoner-Werkstatt und andere kleine Betriebe in der Nachbarschaft mit Strom versorgten. Sollte das geschehen, so würden die Wagoner-Arbeiter in das Elend des Lagerlebens in Dachau oder sonstwo zurückgeschleudert, wie es bereits im Falle anderer eingetreten war, die kleine produktive Unternehmen aufgebaut hatten und die von der Währungsreform ruiniert worden waren, die ihre geringen Kapitalien aufzehrte.

Es war nicht überraschend, einen beträchtlichen Einfluß der Kommunisten in dem riesigen Dachauer Lager festzustellen, wo die Menschen unter fürchterlichen Verhältnissen leben. Der inoffizielle Führer der Dachauer Flüchtlinge war ein Kommu-

nist, der einen Hungerstreik und Massenprotestversammlungen organisiert und damit die bayrische Regierung gezwungen hatte, die Lagerverhältnisse zu verbessern, die Holzbaracken winterfest zu machen und etwas mehr Lebensmittel anzuschaffen.

Die bayrischen Behörden, denen man die Verantwortung für die unzureichende Unterbringung und Ernährung zuschreibt, sind jedoch nicht die wirklichen Schuldigen. Bayern mußte weit mehr deutsche Vertriebene aufnehmen als andere Teile Westdeutschlands, und da so viele Unterkünfte für die Besatzungstruppen und die DPs beschlagnahmt sind, stehen die Behörden vor einem unlösbaren Problem. Nach einer Schätzung der Militärregierung waren 1948 ein Viertel der mehr als neun Millionen Einwohner Bayerns Nichtbayern. Es leben hier mehr als eine Million vertriebene Sudetendeutsche, 606 000 aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße, 51 500 aus Ungarn und weitere 170 000 aus anderen Gebieten. Dazu kommen rund 300 000 Deutsche aus anderen Zonen oder anderen Weststaaten und 164 000 Ausländer, die ebenfalls auf Kosten der deutschen Wirtschaft leben. Diesen Ziffern sind noch jene Tausende nichtregistrierter Personen hinzuzuzählen, die illegal nach Bayern eingewandert sind. In dieser Hinsicht ist Bayern unter den Ländern der Westzonen am schlimmsten dran, weil es so lange Grenzen hat, die unter dem Schutz der Nacht von zahlreichen Menschen aus der Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und ebenso aus der deutschen Ostzone überschritten werden. Je mehr Anstrengungen gemacht werden, um den Flüchtlingen Arbeit und eine angemessene Unterkunft zu beschaffen, um so mehr strömen herein, so daß Bayern wie Sisyphus einen immer wieder zurückrollenden Stein bergaufwärts wälzt. Nur die Hälfte des Bevölkerungszuwachses in Bayern entfällt auf die „legal“ unter dem Potsdamer Abkommen nach Bayern geschafften Flüchtlinge. Nach dem Stand vom 1. Januar 1948 hatte sich die bayrische Bevölkerung gegenüber 1939 (7 Mill.) auf 9,25 Millionen vermehrt; 1,8 Millionen waren Flüchtlinge, 292 000 Evakuierte aus anderen Teilen Deutschlands. 70 000 solcher Ausländer, deren sich die UNRRA

nicht annimmt, kamen 1945/46 nach Bayern. 1947 wurden weitere 75 000 in bayrischen Lagern für Deutsche registriert, die „unbefugt“ die Grenze überschritten hatten. Bei der Währungsreform im Juli 1948 entdeckte man noch 100 000 illegale Einwanderer, die nirgends polizeilich gemeldet waren, keine Lebensmittelkarten erhalten und vermutlich vom Schwarzen Markt gelebt hatten. Ein Zuwachs von 2¼ Millionen zu 7 Millionen macht es der deutschen Verwaltung physisch unmöglich, angemessene Unterkünfte zu beschaffen, denn außerdem wurden ja noch 330 000 Menschen durch Ausbombung oder Beschlagnahme ihrer Wohnungen obdachlos. Eine Million Wohnräume sind ganz, weitere 1 700 000 teilweise durch Bomben während des Krieges zerstört worden. Die amerikanische Militärregierung hat 115 000 Wohnräume beschlagnahmt, abgesehen von dem vergleichsweise reichlichen Raum, der den DPs vorbehalten ist, und den weit mehr als angemessenen Unterkünften, die von der Militärregierung für Wohnzwecke und Erholung von Amerikanern und ihren Gästen weggenommen wurden.

Bayern ist heute so überfüllt, daß der durchschnittliche „Lebensraum“ ein Zimmer für zwei Personen beträgt. In Nürnberg, Regensburg und anderen schwerbeschädigten Städten kommen fast fünf Personen auf zwei Räume oder Kellerräume. In diese Berechnung sind Baracken, Sommer-Holzhäuser, die im Winter nicht bewohnbar sind, die kerkerähnlichen Bunker mit ihren feuchten Zementwänden, in denen Tausende leben, Ställe und andere für menschliche Wohnzwecke ungeeignete Bauten mitgezählt.

Einige Flüchtlinge wurden in Tanzsälen und Turnhallen oder anderen Gebäuden ohne entsprechende sanitäre Einrichtungen und Heizanlagen untergebracht. Die Transitlager sind so mit Menschenware vollgepackt, daß Neuankömmlinge oft in den Güterwagen, in denen sie ankommen, bleiben oder ohne Decken unter freiem Himmel schlafen müssen.

Die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge sind Frauen und Kinder; aber es ist nicht einmal möglich, Beschäftigung für die Männer und die Arbeitsfähigen zu finden. Von den 1,9 Millionen deutschen Vertriebenen in Bayern sind 1,2 Millionen in ländlichen Gemeinden unter 4000 Einwohnern untergebracht, und dort hat man nur in einem sehr begrenzten Maße Verwendung für die Arbeit der Flüchtlinge.

Die Kosten, die dem bayrischen Staat aus Verpflegung der Flüchtlinge und ihrer Versorgung mit Betten, Decken, Kleidung und Haushaltgerät erwachsen, übersteigen weit seine Hilfsmittel. 1948 gab er monatlich 3,5 Mill. DM für die Unterhaltung der Lager aus, ungerechnet die im Anfang gelieferten Kleider und Betten.

1948 hat sich der bayrische Staatssekretär Jaenicke, selbst ein Vertriebener aus Schlesien, mit einem Appell um Hilfe an die UNO gewandt, und darin ausgeführt, daß es für Deutschland unmöglich ist, die deutschen und nichtdeutschen Flüchtlinge mit Unterkunft und Nahrung zu versorgen, denen von seiten der IRO Hilfe verweigert wird. Er ersuchte um Freigabe der von der IRO nicht mehr belegten Unterkünfte, Beschleunigung der Repatriierung oder Auswanderung der DPs, um eine Ausdehnung der IRO-Fürsorge für die große Zahl ausländischer Flüchtlinge, die aus sowjetischem Gebiet nach Deutschland entkommen sind und der deutschen Wirtschaft zur Last fallen, und um Beachtung der dringend notwendigen Arbeitsbeschaffung für deutsche und andere europäische Flüchtlinge bei der Zuteilung von Marshallplangeldern.

Bayern wurde die Zuflucht für alle, denen die Flucht aus den von den Kommunisten beherrschten Ländern gelingt. Wenn die Deutschen aber um Hilfe bitten, um diesen großen Zustrom von Flüchtlingen vor dem kommunistischen Terror zu bewältigen, so wird ihnen gesagt, daß dies keine Angelegenheit der Militärregierung sei, sondern voll und ganz in den Bereich deutscher Verantwortung gehöre. Es klingt lächerlich und ist doch ganz und gar nicht zum Lachen, daß die Militärregierung, die darauf besteht, daß Vertriebene und Flüchtlinge unter deutsche Verantwortung fallen, gleichzeitig selbstgefällig verkündet, sie habe „angeordnet, daß angemessene Aufnahme- und Weiterleitungseinrichtungen bereitgestellt werden". Sie weiß nämlich ebensogut wie die Deutschen, daß dies unmöglich ist.

VII

UNSERE UNAMERIKANISCHE HANDLUNGSWEISE IN DEUTSCHLAND

Hätten die Kommunisten in der Regierung der Vereinigten Staaten den ausschlaggebenden Einfluß gehabt, es hätte keine bessere Vorarbeit für eine kommunistische Herrschaft in Deutschland geleistet werden können, als es von seiten der Militärregierung in den ersten beiden Besatzungsjahren geschah. Das Entnazifizierungsgesetz wurde benützt, um die Besitzenden zu enteignen, den Mittelstand an den Bettelstab und demokratische Gerechtigkeit in Verruf zu bringen. Führende Verwaltungsposten und die Leitung von Zeitungen und Rundfunksendern wurden mit Kommunisten besetzt, und Deutschland wurde in eine wirtschaftliche Zwangsjacke gesteckt, die ein Wiederaufleben freien Unternehmertums ausschloß und Chaos, Elend und Verzweiflung schuf: alles war darauf angelegt, die Deutschen ins kommunistische Lager zu treiben.

Die Nürnberger und Dachauer Prozesse wirkten sich direkt zwar nur auf einen kleinen Personenkreis aus, aber die hier verkündeten Grundsätze haben in Verbindung mit den der Militärregierung erteilten Washingtoner Weisungen JCS 1067/6 die Mehrheit der Deutschen in der amerikanischen Zone der Freiheit, des Eigentums und anderer bürgerlicher Rechte beraubt. JCS 1067/6 suspendierte das Habeas Corpus-Recht*) auf unbestimmte Zeit und ermächtigte die Militärregierung, jeden zu verhaften und ohne Verfahren gefangen zu halten, der die Ziele der Alliierten — natürlich unter Einschluß Sowjetrußlands — gefährden könnte. Sie wies die Militärregierung weiter an, aus allen öffentlichen Ämtern und bedeutenden Stel-

*) Nach der 1679 in England erlassenen Habeas Corpus-Akte bedarf jede Verhaftung eines richterlichen Befehls. Der Übers.

lungen in der Privatwirtschaft nicht nur die Nazis zu entfernen, sondern auch „alle übrigen Gegner alliierter Absichten". Wäre diese Anweisung in voller Schärfe durchgeführt worden, so hätten praktisch nur die Kommunisten Verwaltungs- und leitende Posten besetzen können, da man damals von wenigen nichtkommunistischen Deutschen etwas anderes als Gegnerschaft gegen die alliierte Politik erwarten konnte.

Das „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus", wie das Entnazifizierungsdekret komischer- oder zynischerweise genannt wurde, betraf rund zwölf der insgesamt siebzehn Millionen Menschen der amerikanischen Zone, denn es erklärte nicht nur die Mitglieder der NSDAP, sondern auch ihre Familienangehörigen sowie die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen für strafbar. Grundlage war die Direktive JCS 1067/6, derzufolge die amerikanischen Militärbehörden unter anderen alle Personen verhaften sollten, die „wichtige" Stellungen in der Reichs-, Landes- und Kommunalverwaltung bis hinunter zum Gemeindevorsteher und in „Industrie, Handel, Landwirtschaft und Finanz" bekleidet hatten.

„Es kann allgemein angenommen werden", heißt es in der Washingtoner Anweisung, „daß alle Inhaber solcher Stellen Nazis sind oder den Nazis nahestehen, soweit nicht der Beweis für das Gegenteil vorliegt."

Damit machten sich die Vereinigten Staaten in der Tat die kommunistische Lehre, alle Kapitalisten seien ipso facto Nationalsozialisten, zu eigen, und noch im Herbst 1947 hielt die amerikanische Militärregierung Männer ohne richterliches Verfahren eingesperrt, deren einziges Verbrechen darin bestand, Besitzer industrieller Unternehmungen oder Leiter großer Verbände und Betriebe gewesen zu sein.

So groß war damals der Einfluß der Kommunisten in Washington, so getreulich folgten die Vereinigten Staaten den Moskauer Klassenkampfanweisungen, daß der amerikanische Militärbefehlshaber in Deutschland auch Befehl erhielt, „das gesamte dingliche und nichtdingliche Eigentum unter seine Kontrolle zu nehmen, das den zu verhaftenden Personen gehört oder von ihnen kontrolliert wird."

Da Jahre erforderlich waren, um die Verfahren gegen die ungeheure Zahl der vom Entnazifizierungsgesetz Betroffenen abzuwickeln, bedeutete dies, daß ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld das Eigentum der Beschuldigten und ihrer Familien auf eine unbegrenzte Zeit beschlagnahmt war.

In Bayern ging die amerikanische Militärregierung so weit, einen bekannten Kommunisten zum Entnazifizierungsminister zu machen. Viele Spruchkammern wurden von Kommunisten beherrscht, die ihre Stellung benützten, um sich ihrer politischen Gegner zu entledigen. Das Furchtbare bei der Denazifizierung in der amerikanischen Zone war nämlich, daß es genügte, einen Menschen als Nazi zu denunzieren: ihm wurden Stellung und Vermögen weggenommen, bis er seine Unschuld beweisen konnte. Viele Menschen mußten jahrlang hinter Schloß und Riegel oder, wenn sie „frei" waren, ohne Verdienstmöglichkeit warten, bis sie auch nur die Möglichkeit zum Nachweis ihrer Unschuld bekamen.

Da nach kommunistischem Sprachgebrauch Antikommunist und Nazi gleichbedeutend ist, wurden viele Nichtnazis, ja selbst Nazigegner aus ihren Stellungen entfernt oder in anderer Weise von den kommunistisch beherrschten Spruchkammern bestraft. Münchener Studenten erzählten mir z. B., daß Prof. Adolf Weber, einer der besten Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands, der niemals ein Nazi war, lange Zeit von den Entnazifizierungsstellen verfolgt und an der Ausübung seines Lehramtes gehindert wurde, weil er ein Antikommunist ist.

Dieses von den Vereinigten Staaten jedermann unbegrenzt gewährte Recht, unschuldige Menschen durch unbewiesene Denunziationen zu ruinieren, haben sich natürlich nicht nur die Kommunisten zunutze gemacht. Wer immer einem anderen aus persönlichen oder politischen Gründen übelwollte, konnte seinem Feind dadurch Schaden zufügen, daß er etwas gegen ihn vorbrachte, ohne die Anschuldigung zu beweisen. Selbst wenn das Opfer der Denunziation schließlich seine Unschuld nachweisen konnte, so hatte der Betroffene doch zunächst einmal seine Stellung verloren, sein Besitz war beschlagnahmt worden und er hatte eine lange Zeit seelischer Belastung durchzu-

machen. Das war die unausbleibliche Konsequenz der von den Amerikanern damit vollzogenen Zerstörung der Grundlagen demokratischer Gerechtigkeit, daß in Deutschland laut Dekret die Unschuld, nicht die Schuld bewiesen werden mußte.

Ein anderer erwähnenswerter Fall, auf den mich die Studenten in München hinwiesen, betrifft den bekannten Architekten Prof. Voerzler, der 1933 von den Nazis zur Auswanderung in die Türkei getrieben worden war. Als er 1946 Rektor der Technischen Hochschule und Vorsitzender der Wiederaufbaukommission war, wurde er von einem obskuren Architekten wegen Spionage zugunsten der Türkei während des Krieges angezeigt. Er wurde seines Amtes enthoben und war ein ganzes Jahr lang Beschränkungen und Demütigungen aller Art ausgesetzt. In dieser Zeit stockte der Wiederaufbau Münchens.

Aber auch die Nazis konnten ebenso wie die Kommunisten das Entnazifizierunggesetz zur Ausschaltung ihrer Gegner benutzen. Tatsächlich hatten ja Kommunisten und Nazis gemeinsam ein Interesse daran, mit Hilfe des Entnazifizierungsgesetzes alle Menschen liberaler oder konservativer Gesinnung zu belasten.

Als man in der russischen Zone die Entnazifizierung zugunsten der neuen Sowjetpolitik einstellte, die Nazis zu umwerben und sie zum Eintritt in die Kommunistische Partei zu ermuntern, zogen sich auch die Kommunisten in den Westzonen aus den Spruchkammern zurück und veranstalteten große Versammlungen für die „kleinen Nazis", um ihnen klar zu machen, wie übel ihnen von den amerikanischen Behörden mitgespielt werde.

Nach der Kehrtwendung der Kommunisten blieben nur wenige Deutsche an der Durchführung eines Entnazifizierungsgesetzes interessiert, das nicht nur Nazismus mit Opposition gegen den Kommunismus gleichsetzte, sondern auch die Unanständigkeit prämiiert hatte; es wurde von den meisten Deutschen nur als Methode zur Ausrottung der fachlich gebildeten Schicht der „Kapitalisten" und qualifizierten Verwaltungsbeamten und Techniker betrachtet.

Schließlich sah sich auch die amerikanische Militärregierung zu dem Eingeständnis gezwungen, daß sie sich mit dem Plan,

zwölf Millionen Menschen den Prozeß zu machen, mehr zugetraut hatte, als sie leisten konnte. Allmählich war es ihr auch aufgedämmert, daß auf Grund ihrer ursprünglichen Weisungen weder ein demokratisches Deutschland errichtet, noch eine lebensfähige Wirtschaft in Deutschland wiederhergestellt werden konnte, wenn jeder, der einmal Parteimitglied gewesen war, nur als Handarbeiter tätig sein durfte. Die Nazis hatten ja darauf bestanden, daß alle Regierungsbeamten, alle leitenden Techniker und die Betriebsführer in Industrie und Handel der Partei beitreten mußten, wenn sie ihre Stellungen behalten wollten; diese Tatsache schloß ein Funktionieren der deutschen Wirtschaft auf solange aus, als alle früheren Nazis nur „Holzhacker und Wasserträger“ sein durften.

Die amerikanische Militärregierung versuchte, aus der mißlichen Lage durch Verkündung verschiedener Amnestien herauszukommen; denn sie war nicht fähig oder nicht gewillt, den Widersinn und die Wertlosigkeit des ursprünglichen Entnazifizierungsgesetzes zuzugeben. Zuerst kam eine „Jugend- und Armutsamnestie“, dann eine Amnestie für Schwerbeschädigte, die Kriegsverletzte und andere zu 50 Prozent Arbeitsunfähige frei schrieb. Weiter wurde ein Unterschied zwischen denen gemacht, die der Partei 1933 oder vorher beigetreten waren, als ihr Charakter noch unklar war, und denen, die erst später Pg. geworden waren; erstere wurden für schuldig, letztere für weniger schuldig angesehen.

Trotz aller Anstrengungen, aus der mißlichen Lage herauszukommen, in die sie sich durch ihre eigenen Anweisungen hineinmanövriert hatte, blieb die Militärregierung aber noch immer auf 3 700 000 „Naziverbrechern“ sitzen, denen noch kein Prozeß gemacht worden war. Als sie dies herausfand, schrieb sie anderthalb Millionen von ihnen als „nominelle Pg.“ ab. Man entließ auch die größte Zahl der ohne Verfahren in den Lagern eingesperrten Männer und Frauen, und gestattete vielen anderen*) nach Hause zu gehen, die verurteilt worden waren.

*) Im Februar 1947 ordnete die Militärregierung an, daß alle in Haft bleiben sollten, die gegen ihr Urteil Berufung eingelegt hatten; im März 1948 hob sie jedoch diese Anordnung auf und überließ die Entscheidung über die Freilassung den Deutschen. So konnten 1948 die meisten der früheren Nazis, die gegen ihr Urteil Berufung eingelegt hatten, nach Hause zurückkehren.

aber gegen das Urteil Berufung eingelegt hatten. Schließlich erklärte die Militärregierung die Entnazifizierung zu einer deutschen Angelegenheit, um diese ganze dumme Geschichte von sich abzuschütteln. Die Einwirkungen hörten freilich damit nicht auf, doch wurde fortan der Druck getarnt, indem Entnazifizierungsverfahren gegen diejenigen veranlaßt wurden, die in Nürnberg trotz aller Anstrengungen der Anklagebehörde freigesprochen worden waren, oder die sich geweigert hatten, als Zeugen nach den Wünschen der Anklage auszusagen.

Da es ursprünglich die Idee der Militärregierung gewesen war, zuerst die „kleinen Fische" vorzunehmen, ergab sich aus dem begonnenen, dann aber ganz aufgegebenen Versuch, etwa der halben Bevölkerung den Prozeß zu machen, folgender Reinertrag: die kleinen Sünder, die in den ersten Besatzungsjahren abgeurteilt wurden, erhielten sehr harte Strafen, während manche größeren Übeltäter mit leichten Strafen davonkamen oder freigesprochen wurden, weil ihre Fälle erst viel später vor deutschen Stellen verhandelt wurden. So haben die am wenigsten für Hitlers Verbrechen „Verantwortlichen" alles verloren, während die Hauptschuldigen und „Belasteten" der Gruppen I und II, die erst später dran kamen, nach Zahlung einer geringen Buße „entnazifiziert" wurden. Es wurde zur Glückssache, wie ein früherer Nazi eingestuft und welche Strafe ihm auferlegt wurde. Wo diejenigen die Entnazifizierung durchführten, die glaubten, man könne den deutschen Namen durch Verhängung schwerer Strafen säubern, erhielten die ehemaligen Nazis Höchststrafen. An anderer Stelle kamen sie mit einer bloßen kleinen Geldbuße davon, oder man steckte sie in Gruppe V und ließ sie laufen. Außerdem hing das Schicksal eines Mannes weitgehend von seinem Einfluß und ebenso von dem Ort ab, wo das Verfahren stattfand.

So sind manche Gauleiter, Gestapochefs und andere führende Nazis entweder entlastet oder als Minderbelastete eingestuft worden und jetzt in Freiheit. Dagegen fand ich im November 1948 bei meinem Besuch im Lager Langwasser bei Nürnberg eine bejammernswerte Sammlung früherer Arbeiter, Handwerker, Bauern und kleiner Parteifunktionäre. Hier saßen die

letzten Nazis in Bayern und warteten auf ihre Verfahren oder, soweit sie bereits verurteilt waren, auf das Ergebnis ihrer Berufung, weil man ihnen nicht wie den anderen die Rückkehr nach Hause gestattet hatte.

Von den 240 Internierten in Langwasser waren 70 Industriearbeiter, 15 Bauern oder Landarbeiter, 40 kleine Beamte und 35 Intellektuelle. Es befanden sich unter ihnen 41, die überhaupt nicht in der Partei gewesen waren, und 3 ehemalige KZ-Insassen. Die Mehrzahl befand sich seit Jahren ohne Verfahren im Lager; viele waren alt und krank. Der größte Teil stellte eine jammervolle Sammlung vergessener Männer dar, die weder Geld noch Einfluß besaßen und alle Hoffnung verloren hatten. Ausnahmen bildeten früher so bedeutende Persönlichkeiten wie Herr von Papen, der von den bayrischen Entnazifizierungsbehörden nach seinem Freispruch vor dem Internationalen Militärtribunal in das Lager abgeschoben worden war, obwohl er kein Bayer ist, und Hans Fritzsche vom Propagandaministerium, der nach seinem Freispruch vor dem IMT von einer Spruchkammer zu neun Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war.

Auf meine Bitte hatte mich Camille Sachs nach dem Lager Langwasser gebracht; er war Leiter der Entnazifizierung in Bayern, vermutlich weil er Halbjude ist, da er sonst keine Befähigung zu diesem Posten zu haben scheint. Er selbst hatte unter den Nazis keine Haft erlitten. Leidenschaftlich verfocht er die Meinung, es sei eine deutsche Angelegenheit, daß alle Nazis bestraft würden. Sachs bedeutete sicherlich eine Verbesserung gegenüber seinem Vorgänger Loritz, der als Entnazifizierungsminister Hunderttausende zu Gefängnis verurteilt hatte, jetzt aber selbst wegen krimineller Delikte verhaftet worden war. Amerikanische Korrespondenten erzählten mir, Loritz sei ein unheilvoller Typ und ein potentieller neuer Hitler; aber niemand wisse, ob er vielleicht von den Franzosen oder von den Russen Geld bekommen habe.

Was störend an Sachs wirkte, war seine Unterwürfigkeit gegenüber der Militärregierung. Sein Sohn war Angestellter der der Anklagebehörde angegliederten Special Projects Divi-

sion, und daraus ergab sich eine perfekte Koordinierung zwischen den Nürnberger Anklägern und den bayrischen Entnazifizierungsbehörden. Diese stürzten sich auf die Zeugen und auf jene Angeklagten, bei denen der Ankläger es nicht bis zu einer Verurteilung gebracht hatte, und steckten sie in deutsche, statt in Militärregierungsgefängnisse. Unter der Herrschaft der Vereinigten Staaten wurde in Deutschland der Rechtsgrundsatz, daß niemand wegen des gleichen Verbrechens zweimal vor Gericht gestellt werden kann, wie so viele andere über Bord geworfen.

Camille Sachs' dick aufgetragener bayrischer Dialekt und seine zungenfertigen, aber unzusammenhängenden Reden machten es mir sehr schwer, ihn zu verstehen; deshalb übersetzte Hans Fritzsche, der Gefangene und ehemalige Promi-Mann, was er sagte, in gutes — wie Sachs es nannte: „preußisches" — Deutsch, so daß ich ihn verstehen konnte.

Fritzsche war zu Sachs ins Büro gekommen, um sich für eine Überprüfung der Fälle der Minderbelasteten im Lager einzusetzen; wie er mir ganz offen sagte, habe er selbst ja keine Hoffnung, je aus der Haft herauszukommen, ehe nicht die kleinen Leute entlassen wären. Trotzdem erschütterte es mich, daß die Gleichgültigkeit deutscher und anderer Demokraten gegenüber dem Schicksal von Arbeitern, die sich nur deshalb die Lagerhaft zugezogen hatten, weil sie an die Nazipropaganda geglaubt hatten oder an der Demokratie verzweifelt waren, frühere Nazis in die Lage versetzte, das Vertrauen des deutschen „einfachen Mannes" zu behalten oder wiederzugewinnen.

Fritzsche war von hohem Wuchs und gerader Haltung, höflich, aber nicht unterwürfig in seiner Art, mit Sachs zu reden; er flößte die Achtung ein, die der Mut jedes Mannes hervorruft, was immer auch seine Vergangenheit und seine Ansichten sein mögen. Er war abgemagert bis zur Abzehrung, aber er war nicht gebrochen, weder durch seinen Leidensweg bei den Russen, die ihn ins Moskauer Lubjanka-Gefängnis geworfen hatten, nachdem er ihnen Berlin übergeben hatte, und die ihn Tag und Nacht verhört hatten, noch durch seine lange Haft in Nürnberg, wo die Gefangenen beständig unter stärkster künstlicher Be-

leuchtung gehalten, jede Minute überwacht und gezwungen worden waren, mit den Armen über der Decke zu schlafen, und wo sie nie genug zu essen bekommen hatten.

Er hatte auch genug Sinn für Humor, um über meine Bemerkung zu lächeln, daß die Propagandisten aller Nationen eingesperrt werden müßten.

Sachs sagte, er sei kein Gestapomann und beauftragte Fritzsche, mich im Lager herumzuführen, das aus Holzbaracken auf einem stacheldrahtumzäunten Gelände bestand. Der größere Teil des riesigen Lagers war jetzt leer. Es war nach meiner Meinung sehr schade, daß die deutschen Ostvertriebenen diese Baracken nicht beziehen konnten, die eine bessere Unterbringung boten, als sie den Opfern von Jalta und Potsdam zur Verfügung steht. Es ist bezeichnend für diese Nachkriegswelt, daß die eingesperrten Nazis, die man der Schuld an Hitlers Kriegsverbrechen zeiht, unter beträchtlich besseren Verhältnissen lebten, als die Opfer unserer Kriegsverbrechen, die ich in Dachau und anderen Orten aufgesucht hatte. Nicht, daß etwa das Lager Langwasser mit den Gefängnissen verglichen werden könnte, in die man in den Vereinigten Staaten Verbrecher einsperrt; die Baracken waren zugig und kalt, und die Ernährung war ebenso, aber auch nicht mehr unzureichend wie die der deutschen Arbeiter. Aber die Internierten von Langwasser hatten wenigstens Bewegungsfreiheit, die den zu fünfzig Menschen in einem Raum zusammengepferchten deutschen Ostvertriebenen abging.

Im Lagerlazarett unterhielt ich mich eine Stunde mit von Papen, in der er mir erzählte, wie nahe Deutschland und Frankreich 1932 einem Abkommen gewesen seien, daß die Machtübernahme der Nazis verhindert haben würde. Anschließend unterhielt ich mich mit anderen Gefangenen. Von allen diesen Gesprächen blieb mir am besten das mit einem Fabrikarbeiter haften, der vor 1933 Sozialdemokrat gewesen war. Als ich ihn fragte, warum er Nazi geworden sei, antwortete er: „Es war das erste Mal in meinem Leben, daß es für mich eine Sicherheit gab. Niemand konnte mich fristlos entlassen."

Fast kahlköpfig, klein, abgezehrt und abgehärmt, ein irre-

geführter „kleiner Mann", der niemals begriff, worum es eigentlich ging, sitzt er nun auf unbestimmte Zeit hinter Stacheldraht

Auf unserem Gang durch das Lager trafen wir eine Gruppe von Gefangenen, die am verschlossenen Tor wartete, um der Beerdigung eines Mannes beizuwohnen, der sich in der Nacht zuvor erhängt hatte. Der arme Teufel war erneut verhaftet worden, nachdem er nach mehrjähriger Gefängniszeit entlassen worden war, weil die Jugoslawen seine Auslieferung verlangten. Man hatte ihn von Frau und drei kleinen Kindern weggerissen, die er unversorgt hatte zurücklassen müssen, gerade als er wieder Hoffnung bekommen hatte, erneut seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Den Tod von der Hand der Kommunisten oder lebenslängliche Zwangsarbeit vor Augen, hatte er Selbstmord begangen.

Die Entnazifizierung nähert sich jetzt ihrem Ende, aber sie hinterläßt eine bleibende Verbitterung und ein Mißtrauen in demokratische Justiz. Menschen wegen ihrer Gesinnung oder politischer Bindungen, also nicht für begangene Verbrechen, zu bestrafen, ist schlimm genug. Noch schlimmer aber ist es, daß man die „großen Kanonen", die Stützen des Dritten Reiches, unbestraft ließ, weil sie Einfluß haben, der Militärregierung nützlich sind, oder weil sie vorgaben, niemals Nazis gewesen zu sein, und daß man Tausende von kleinen Leuten bestraft, weil ihr Verfahren zu früh stattfand oder weil sie zu anständig waren, ihre Auffassungen zu verleugnen, weil sie sich weigerten, sich den Eroberern gegenüber unterwürfig zu zeigen, oder weil sie es nicht vermocht hatten, ihre Richter zu rühren.

Fritz Henssler, der sozialistische Bürgermeister von Dortmund, der Zeit seines Lebens ein Nazigegner war, bezeichnete die Denazifizierung als ein grundsätzlich ungerechtes Verfahren und eines der „schrecklichsten Dinge, die sich je ereignet haben". Unabhängigkeit aller Justizbeamten, Unparteilichkeit und Erfahrung im Rechtswesen, so betonte er, gehören zum Wesen eines demokratischen Staates. Der Mann der Straße ermangelt der richterlichen Qualifizierung; ihn als Richter in Spruchkammern einzusetzen, sei mit einer Nachahmung der „volksdemokratischen Justiz" der Kommunisten gleichbedeutend.

Nach Fritz Henssler's Angaben war das britische Entnazifizierungsverfahren noch schlimmer als das amerikanische. Wer für die Engländer brauchbar war, sagte er, blieb ungeschoren; auf Verrat wurde eine Prämie gesetzt wie im Falle Diehl, des ersten Chefs der Gestapo Görings und Vorgänger Himmlers, der die Reichsgestapo schuf: Diehl wurde in Gruppe V eingestuft, weil er zum Schluß die Nazis verriet, wie er vorher den letzten preußischen Innenminister der Weimarer Republik verraten hatte, unter dem er vor Hitlers Machtergreifung Beamter gewesen war.

In der englischen Zone, sagte Henssler, waren die Verhandlungen der Spruchkammern nicht öffentlich, und die Beschuldigten wurden nicht einmal angehört. Frühere Nazis, die „gute Verbindungen" hatten oder Schwarzmarktwaren liefern konnten, konnten sich auch „Entlastungsscheine" verschaffen, die sie den Entnazifizierungsausschüssen einsandten. In der ersten Zeit gab es auch keinen öffentlichen Ankläger, der Zeugen vorgeladen und für die Verurteilung der Schuldigen gesorgt hätte, und keine Gerichte, bei denen die mangels entsprechenden Einflusses Verurteilten hätten Berufung einlegen können.

Nach anderen Berichten wieder waren die britischen Entnazifizierungsverfahren weit gerechter als die amerikanischen. Sie erfaßten nur jene Nazis, die auch nach vorhitlerischem deutschen oder nach angelsächsischem Recht strafrechtlich verfolgt worden wären, d. h. also, es wurde nur wegen tatsächlich begangener Verbrechen und nicht wegen Gesinnung oder Parteimitgliedschaft verurteilt. So wurde nur gegen 25 000 Menschen Anklage erhoben, von denen viele frei ausgingen. Wahrscheinlich hatte aber Fritz Henssler recht mit seiner Annahme, daß einige prominente Nazis entlassen wurden, weil sie sich den Engländern nützlich machen konnten.

Die Franzosen betrachteten, gleich den Russen, die Exnazis als ihre verläßlichsten Helfer, da diese ganz und gar von ihrer Gnade abhängig waren und, wenn auch in weit geringerem Maße, mag dies auch auf die Engländer zutreffen. Der Kernpunkt der Sache ist natürlich, daß der ganze Entnazifizierungsvorgang Unredlichkeit, Unterwürfigkeit und Verrat prämi-

ierte und ehrenhafte Leute verurteilte, während Feiglinge und jene, die ihre Zeit abzupassen wußten oder die geschickt ihre wirkliche Gesinnung zu verbergen verstanden und sich durch eine heutige Dienstleistung auf den Tag der Rache an ihren Eroberern vorbereiteten, ungeschoren blieben.

Zweifellos war viel Wahres an der mir vom Frankfurter Korrespondenten der Reuter-Agentur, einem geborenen Deutschen, namens Löwenthal, gegebenen Beschreibung der Entnazifizierung: „In der britischen Zone", sagte er, „wurde die Entnazifizierung von den Nazis, in der amerikanischen Zone dagegen von den Kommunisten durchgeführt." Der einstige bayrische Entnazifizierungsminister, der schon erwähnte Kommunist, namens Schmidt, wurde „wegen Unfähigkeit" nach neunmonatiger Amtsführung von seinem Posten entfernt. Das änderte jedoch nichts an der Tatsache, daß das totalitäre Konzept der Kommunisten die Grundlage des Entnazifizierungsgesetzes der amerikanischen Zone bildete. Deutsche Juristen haben darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz auf den gleichen Grundsätzen beruhte wie nazistisches und kommunistisches „Recht". Es bestrafte Menschen für ihre Auffassungen, ohne daß der Beweis für eine schuldhafte Tat erbracht zu werden brauchte; es bestrafte die Familien mit; es verletzte das Recht der richterlichen Unabhängigkeit, indem es dem Entnazifizierungsminister das Recht gab, jedes Urteil zu überprüfen und zu kassieren; es hielt Leute jahrelang ohne Verfahren im Gefängnis und setzte ihre Bestrafung fort, nachdem sie in einem Verfahren „entnazifiziert" worden waren.

Ein deutscher Rechtsanwalt, namens Dr. Otto Gritschneder, hat in einer „Sackgasse Säuberung" betitelten Broschüre*) im einzelnen die „nazistischen" Charakteristiken des Entnazifizierungsgesetzes beschrieben: „Das Befreiungsgesetz erzielt durch Artikel 61 in Verbindung mit Militärregierungsgesetz Nr. 52 Wirkungen, die dem mit Recht so bekämpften Himmlerschen Grundsatz der ‚Sippenhaftung' vollauf entsprechen. Nicht nur das Vermögen des Betroffenen ist gesperrt, sondern auch das seiner Ehefrau. Es nützt der Ehefrau nichts, wenn sie längst einen Bescheid in Händen hat, daß sie vom Gesetz

---

*) Sackgasse Säuberung. Eine kritische Denkschrift zum zweiten Jahrestag des Inkrafttretens des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Als privates Manuskript vervielfältigt.

‚nicht betroffen' ist. Es nützt ihr auch nichts, wenn sie zu den politisch Verfolgten (des Dritten Reiches) zählt. Sie teilt zusammen mit ihren Kindern das Schicksal des Ehemannes und nimmt trotz ihrer Nichtbelastung neben unleugbaren seelischen Nachteilen auch die ganzen materiellen Nachteile des Betroffenen mit auf sich. Es war nicht einmal im Dritten Reich üblich, die Frau eines ‚politisch Verfolgten' aus der Wohnung zu weisen. Ebenso war es nicht üblich, das Vermögen einer mit einem Juden verheirateten nichtjüdischen Ehefrau der Beschlagnahme zu unterwerfen."

Die verschiedenen Amnestien, die von der amerikanischen Militärregierung verkündet wurden, haben keineswegs den Mißbrauch desEntnazifizierungsgesetzes abgestellt, wohl aber haben sie seinen Willkürcharakter und seine rechtswidrigen Grundlagen demonstriert. Es liegt keine Billigkeit darin, Menschen wegen ihres Alters oder ihres Einkommens zu amnestieren. Was die Jugendamnestie angeht, so ist es absurd, eine „Schuld" zu konstruieren, wenn ein junger Mann von 18 im Jahre 1933 der Partei beitrat, als ihre Ziele unklar waren, und einen Jüngling, der 1942 beitrat, für unschuldig zu erklären. Die Armutsamnestie war in gleicher Weise ungerecht, es sei denn, man akzeptiert die kommunistische Auffassung, daß ein Kapitalist oder ein „Besitzender" und ein Nazi dasselbe sind.

Eine Amnestie von Alter oder Besitz abhängig zu machen, heißt die eigentliche Grundlage demokratischer Justiz verleugnen: den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Auf diese Weise hat das sogenannte Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus sowohl bei seiner Anwendung wie bei seinen Ausnahmen die wahren Grundlagen der Freiheit verleugnet und das ganze demokratische Recht in Verruf gebracht. Politisch und moralisch war das Gesetz eine Katastrophe; wer wird seine wirklichen Überzeugungen offenbaren, wenn er vielleicht morgen wiederum für seine Meinungen verfolgt wird — sei es von den Kommunisten oder den westlichen Demokratien?

Hören wir, was eine liberale deutsche Schriftstellerin, Dr. Maria Fritzle, hier zu sagen hat.*) „Der Mensch ist nirgends so empfindlich,

*) „Friede und Gerechtigkeit durch das Befreiungsgesetz?", Schriftenreihe „Neue Politik", Stuttgart, Heft 4.

wie in seinem Rechtsgefühl. Er trägt alle Lasten, leistet Abgaben und schränkt sich ein bis zur Selbstaufgabe. Wird er aber mit einem Schuldvorwurf belegt, erfährt er persönliche Rechtsminderungen, die er nicht verdient, so entstehen Abscheu und innerer Widerstand, die an ihm nagen und ihn zum Wiederaufbau unfähig machen. Wir sollten uns klar machen, daß Hitler in den Jahren nach 1930 nur deshalb so starken Zulauf auch von anständigen Deutschen erhalten hat, weil er die Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages bekämpfte. Durch diesen Artikel war das deutsche Rechtsempfinden verletzt worden, weil er eine Kollektivschuld aller Deutschen feststellte und darauf die Reparationsforderungen gründete. Wir dienen nicht dem Frieden, sondern arbeiten gegen ihn, wenn wir das gesunde Rechtsbewußtsein unserer Landsleute dadurch verletzten, daß wir sie mit Sühnemaßnahmen für etwas belegten, was an sich kein Unrecht ist. Das Wort ‚Sühne' enthält nun einmal ein sittliches Werturteil, auch wenn man noch so oft sagt, daß es keine Strafe ist. Die öffentliche Erörterung der Schuldfrage in aller Breite trägt nicht dazu bei, den Strafcharakter des Befreiungsgesetzes zu verneinen, obwohl doch den Einsichtigen klar ist, daß es sich hierbei nur um eine moralische und nicht um eine kriminelle Schuld handeln kann. Zahlreiche junge Menschen entziehen sich dem Staate und der Politik, obwohl sie wertvolle Beiträge zur Demokratie leisten könnten. Die Angst vor dem Fragebogen der Zukunft zerstört den ehrlichen Kampf der Meinungen der Gegenwart."

Dr. Ludwig Hagenauer, der christlich-soziale Entnazifizierungsminister in Bayern und Nachfolger von Loritz, wies 1947 auf die schädlichen Konsequenzen des Entnazifizierungsgesetzes mit der Feststellung hin, daß die Anschuldigung von Hunderttausenden aus formalen Gründen viele frühere Gegner des Nationalsozialismus „in eine Sympathie-Gemeinschaft mit den überzeugten Nationalsozialisten" trieb, „weil sie beide über einen Kamm geschoren wurden". Es ist so, wie Dr. Gritschneder schrieb: „Statt das deutsche Volk durch Bestrafung der Naziverbrecher zu läutern, haben die Entnazifizierungsgesetze den Nationalsozialismus unsterblich gemacht".

Es lohnt sich, schließlich auch noch einige Sätze von Eugen Kogon*) zu zitieren, der selbst viele Jahre in Hitlers KZs eingesperrt war: „Wir wollen es ohne Umschweife aussprechen: es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben... Politischer Irrtum — in allen Schattierungen — samt dem echten Fehlentschluß gehört weder vor die Gerichte noch vor Spruchkammern. Irren ist menschlich...

*) Frankfurter Hefte, Juli 1947, S. 641 ff.

Uns zu irren, darauf steht uns geradezu ein Recht zu, wenn wir nicht Sklaven, Marionetten oder Götter sein wollen."

Die Art, in der seit zwei Jahren versucht worden ist, das deutsche Volk vom Nationalsozialismus und Militarismus zu befreien, hat wesentlich zu dem chaotischen Zustand beigetragen, in dem es sich heute befindet. Jeder, der nur etwas hinter die Fassade geschaut hat, weiß, daß das Ergebnis mehr eine Renazifizierung als eine Denazifizierung ist.

In Deutschland lief das Wort um: „Seit uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir jeden Tag brauner." Bevor man aber braun wird, wird man rot. Es besteht wohl kaum ein Zweifel daran, daß es dem Einfluß der Kommunisten und jener Amerikaner, die sich wissentlich oder aus Unkenntnis kommunistische Theorien zu eigen machten, zuzuschreiben ist, wenn im besetzten Deutschland grundlegende amerikanische politische und Rechtsprinzipien verleugnet wurden. Die Amerikaner saßen nicht nur zusammen mit den Vertretern der Sowjettyrannei im Internationalen Militärtribunal in Nürnberg — und brachten damit das ganze Verfahren in Verruf —, die amerikanische Militärregierung hat auch Kommunisten und „totalitäre Liberale" in die Lage versetzt, die Demokratie zu diskreditieren und den Weg für eine kommunistische Eroberung Deutschlands von innen heraus zu bahnen.

Die Ernennung eines deutschen Kommunisten zum Entnazifizierungsminister in Bayern 1945 war nur ein Beispiel unter vielen für die Parteinahme der Militärregierung für die Kommunisten und dafür, daß sie in den ersten Besatzungsjahren ihre Definition der Demokratie akzeptierte. Die allgemeine Verwendung von Kommunisten als „Lehrer der Demokratie" war in der Tat eine besonders hervorstechende unamerikanische Handlungsweise, die dazu beitrug, die Demokratie in deutschen Augen zu diskreditieren und von nazistischer totalitärer Herrschaft ununterscheidbar zu machen.

Der frühere politische Nachrichtenoffizier (PIO) in Bayern für die Beziehungen der Militärregierung zu den Deutschen war ein gewisser Martin, ein früherer DP aus Österreich und ein Vollblutkommunist, dem die Einreise in die Vereinigten Staaten verweigert worden war. Das hinderte aber nicht daran,

daß er auch weiter als PIO die amerikanische Militärregierung vertrat und beauftragt wurde, die Dena und andere deutsche Nachrichtenorgane mit Informationen zu versorgen. Die Militärregierung schickte Mr. Martin auch mit dem Dokumentarfilm „Volksgerichtshof" auf eine Rundreise, der die Verhandlungen gegen die deutschen Widerstandskämpfer des Anschlages gegen Hitler vom 20. Juli 1944 zeigt.

General Telford Taylor, der Martin diesen Reiseauftrag erteilte, bildete sich offenbar ein, daß dieser Film den Deutschen zeigen werde, wie fair die Nürnberger Prozesse im Vergleich zu der entsetzlichen, den Verschwörern gegen Hitler widerfahrenen Behandlung gewesen seien. Anscheinend war Taylor zu beschränkt, um sich die Wirkung auszumalen, die ein kommunistischer Vorführer und Kommentator des Filmes in Deutschland hervorrufen mußte. Natürlich reagierten die Deutschen auf diesen Film mit den Worten: „Was für feine, tapfere Kerle waren doch diese deutschen Aristokraten, und wie schrecklich ist es jetzt, von Anhängern der Kommunisten unter amerikanischer Flagge regiert zu werden."

Wie man annimmt, war der gleiche Mr. Martin auch dafür verantwortlich, daß der tschechische Kurzwellensender im früheren Presselager Burg Stein bei Nürnberg nach dem kommunistischen Putsch in der Tschechoslowakei weiter betrieben wurde. Während Tausende von Tschechen dem kommunistischen Terror zu entfliehen trachteten, durfte also ein Sender in der amerikanischen Besatzungszone immer noch tschechisch-kommunistische Propaganda verbreiten!

So konnte unter der schützenden Hand von General Telford Taylor der Kommunist Martin, der amerikanische Uniform trug, und dem amerikanische Verkehrs- und Nachrichtenmittel zur Verfügung standen, Stalin Knappendienste leisten, und General Taylor benutzte ihn, um die deutsche Presse zu instruieren, was sie bringen und was sie nicht bringen durfte.

Wie ein ehemaliger amerikanischer politischer Nachrichtenoffizier in Frankfurt in seinem in „Politics" im Sommer 1948 veröffentlichten Aufsatz zeigt, lag es nicht am „Geist der Armee", sondern es war „das Versagen des liberalen Geistes",

das die amerikanische Zone in Deutschland „für den Stalinismus reif machte.“

Mr. Blakes Aufsatz zeigt im einzelnen, welch' „sonderbare Kollektion von amerikanischen ‚Liberalen‘, Stalinoiden und Rußland-Anbetern“ in den Information Control und Political Affairs Divisions der Militärregierung versammelt waren, um „der amerikanischen Armee bei der Umerziehung der Deutschen zu helfen“: in der Information Control Division saßen so wohlbekannte Kommunistenfreunde und Sowjetapostel wie Saul K. Padover, vom PM*), Cedric Belfrage aus Hollywood, der später Redakteur der Wallace-freundlichen Zeitschrift „National Guardian“ wurde, und eine erlesene Auswahl früherer OWI-Leute**) der gleichen politischen Färbung.

Wie Peter Blake berichtet, setzte Mr. C. Belfrage deutsche Kommunisten als Lizenzträger der bedeutendsten Zeitung der amerikanischen Zone ein: der Frankfurter Rundschau mit einer Auflage von 150 000. In der Folgezeit wurde der von ihm ernannte Emil Carlebach, ein ehemaliger Buchenwald-Insasse als Helfershelfer der SS bei der Ermordung anderer Häftlinge dieses Kzs entlarvt.***)

Ein anderer Mann, den Mr. Belfrage auserwählte, damit er als Redakteur der Frankfurter Rundschau den Deutschen Demokratie beibringe, war Wilhelm Gerst, der später ein aktiver Organisator der SED wurde.

Information Control Division wies die Dienste so erprobter antitotalitärer deutscher Liberaler zurück, wie es die früheren Redakteure der vorhitlerischen Frankfurter Zeitung waren, und behandelte sie so lange in übler Weise, bis einige nach der französischen Zone gingen und dort die „Gegenwart“ gründeten, die sich zu einer der besten Zeitschriften Europas entwickelte.

---

*) P(ost) M(eridiem) bekanntes New Yorker Nachmittags-Boulevard-Blatt mit Linkstendenz. Der Übers.

**) Office of War Information, amerikanischer Abwehr- und Spionagedienst im Kriege. Der Übers.

***) Vergl. dazu den Artikel des Sozialisten Ernst Federn in Harper's Magazin, August 1948, über Carlebach und seine Morde und Mordversuche an Mithäftlingen in Buchenwald, von denen er annahm, sie würden nach dem Kriege Gegner des Kommunismus sein.

Dr. Joseph Dunner, der trotz seiner früheren Eigenschaft als Chef des Geheimdienstes des OWI in Europa weder ein Kommunistenfreund noch naiv war, beschreibt im New Leader (8. 6. 1946), wie deutsche Kommunisten an ihn als ICD-Beamten herantraten und offenbar erwarteten, er werde seine Pflicht gegenüber Stalin ebenso erfüllen wie sein Kollege Mr. Belfrage. Der Leiter der Kommunistischen Partei in Bayern, Bruno Goldhammer, kam zu ihm und sagte: „Ich höre, daß Sie eine deutsche Zeitung in München vorbereiten. Wie Sie wissen, sind in Frankfurt, wo es bereits eine solche Zeitung gibt, mehrere Kommunisten als Lizenzträger des Blattes zugelassen worden. Ich bin gekommen, um Sie im Namen der Kommunistischen Partei zu bitten, dem Beispiel Ihres Kollegen in Frankfurt zu folgen und unter die Lizenzträger in München Kommunisten aufzunehmen, die meine Partei benennen wird."

In einer anderen Nummer des New Leader (25. 5. 1946) erzählt Dr. Dunner, wie die deutsch-amerikanische Nachrichtenagentur Dena unter kommunistische Kontrolle kam: „Nachdem die Kommunisten und ihre Mitläufer ein Zentrum ... in der Information Control Unit für Großhessen im Juni 1945 errichtet hatten, beorderte der Chef der ICD, Brigadegeneral Robert McClare, sieben Zivilisten des OWI, zwei Leutnants und vier Mann nach Bad Nauheim, um die Dena auf die Beine zu stellen ... Führer der Gruppe war Leutnant Edel, ein früherer Korrespondent von PM."

Nach dem Bericht Peter Blakes in Politics stellte ICD auch einen gewissen Dr. Hans Meyer, einen Deutschen aus der Schweiz, ein, der Leiter des stalinistischen „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller" war und Blake erklärte, „die Sowjetunion sei für ihn ein Geschenk Gottes." Wie nicht anders zu erwarten war, wurde ein Kommunist Hauptlizenzträger der Dena: Dr. Rudolf Agricola, Mitglied der Kommunistischen Partei seit 1933. Der Stalinist Dr. H. Meyer wurde später Chef der politischen Schriftleitung von Radio Frankfurt. Schließlich, so schreibt Peter Blake, „fand selbst ICD Meyers Bezeichnung Churchills und anderer als ‚Kriegshetzer' etwas schwer verdaulich, und sogar die Militärregierung kam zu der Einsicht,

daß ein Kommunist als politischer Kommentator, der dreimal in der Woche über einen der Hauptsender Westdeutschlands spricht, nicht gerade die beste Reklame ist, die die Vereinigten Staaten für eine demokratische Lebensform machen können." So wurde wenigstens Anfang 1948 Dr. Meyers „Rücktritt genehmigt".

Auch der Münchener Sender wurde der Leitung eines Kommunisten, des Herrn Bentschen, unterstellt. „Heute", eine offizielle amerikanische Zeitschrift in deutscher Sprache, wurde einem gewissen Captain Heinz Norden in die Hand gedrückt, der, von seiner fanatisch deutschfeindlichen Einstellung abgesehen, Mitglied verschiedener Organisationen der kommunistischen Front war, wie der Amerikanischen Liga gegen Krieg und Faschismus (Vizepräsident Earl Browder) und des Amerikanischen Jugendkongresses. Selbstverständlich widmete Captain Norden Artikeln von Ilja Ehrenburg und malerischen Berichten über das glückliche Leben der Polen und Deutschen in der russischen Zone in „Heute" breiten Raum.

In den letzten ein, zwei Jahren hat es zahlreiche und bedeutsame Veränderungen gegeben, und die „Stalinisten" haben ihre einstige Machtstellung in der ICD und in anderen Abteilungen der Militärregierung verloren. Das von ihnen angerichtete Unheil hat sie jedoch überlebt. Viele Deutsche glauben nicht mehr an amerikanische Demokratie, nachdem sie von der amerikanischen Militärregierung so lange gezwungen worden sind, kommunistische Propaganda zu schlucken. Die Deutschen können nicht vergessen, daß ICD in den ersten Besatzungsjahren den amerikanisch-lizenzierten Zeitungen, Zeitschriften und Sendern jede Kritik an Sowjetrußland und seinen Satelliten verbot. Diese Sperre für Nachrichten, die für die Sowjetunion und ihre Satelliten ungünstig war, wurde auch auf solche Themen wie die grausame Austreibung von Frauen und Kindern aus Schlesien, die russische Rüstungsproduktion in der Ostzone und die Zusammenarbeit früherer Nazis und Generalstabsoffiziere mit der Roten Armee ausgedehnt. Die Anweisungen der Militärregierung schützten aber nicht nur die Sowjetunion vor nachteiliger Kritik, sie verboten sogar, daß Infor-

mationen über ihre antiwestlichen Umtriebe in den deutschen Zeitungen veröffentlicht wurden. Durch ihr Handeln und Unterlassen haben die Vertreter des amerikanischen Volkes in Deutschland die westliche Demokratie diskreditiert und gleichzeitig den Glauben an unsere Rechtschaffenheit zerstört.

Die unamerikanische Handlungsweise der Militärregierung hat sich aber nicht darauf beschränkt, den Kommunisten unbegrenzte Propagandamöglichkeiten zu geben. Man bestand auch darauf, daß deutsche Kommunisten in die Verwaltung der Länder und Gemeinden aufgenommen wurden. In ihrem Eifer, eine „Volksdemokratie“ zu errichten, verlangte die Militärregierung „Koalitionsregierungen“ und zwang die Deutschen, Kommunisten in die Regierungen Bayerns und Hessens aufzunehmen. In München z. B. war noch im April 1948 eine Kommunistin Leiterin des Wirtschaftsamtes, die natürlich die Produktion sabotierte, statt sich um ihre Hebung und um eine Verbesserung der Verhältnisse zu bemühen.

Erst 1947 wurde den Deutschen gestattet, die Kommunisten aus Staats- und Kommunalverwaltungen zu entfernen, und noch im Sommer 1948, als ich Berlin besuchte, saßen Kommunisten in den Arbeits- und Wirtschaftsämtern und in der Gesundheitsverwaltung von Zehlendorf, Steglitz, Schöneberg, Tempelhof und Neukölln, die alle in den Westsektoren liegen.

In München fragte ich Hermann Jordan, einen besonders intelligenten und politisch gut unterrichteten jungen Mathematik-Dozenten der Universität, nach dem kommunistischen Einfluß in Bayern. Seine Antwort war ein aufschlußreicher Kommentar zu der früheren unamerikanischen Handlungsweise der amerikanischen Militärregierung: „Die Kommunisten waren in der ersten Besatzungszeit sehr einflußreich, weil sie in den Westzonen Schlüsselstellungen innehatten, über eine ausgezeichnete Organisation verfügten und lange Zeit in der Sowjetunion ausgebildet worden waren, bevor sie von der amerikanischen Militärregierung für ihre Posten ernannt worden waren. Jetzt ist es anders. Seit Amerika der Kommunistischen Partei seine Unterstützung entzog, ist sie in den Westzonen kein politischer Faktor mehr.“

Jordan entging als Halbjude dem Militärdienst; er wurde trotzdem zum Leiter der Studentenhilfe gewählt, die den Studenten einen Nebenverdienst zu verschaffen sucht, denn fast alle müssen sich ihren Unterhalt und ihr Studium selbst verdienen, und die meisten sind Kriegsteilnehmer. Jordan verdanke ich die Einladung zur Studentenversammlung am 10. 11. 1948, auf der der bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard sprach. Er bemühte sich, die Studenten zu überzeugen, daß sie gerade jetzt, da sich eine Hoffnung auf Bildung eines westdeutschen Staates zeige, nicht an der Demokratie verzweifeln sollten. Den stärksten Beifall fand seine Rede jedoch bei den Worten: „Wenn man heute, gerade vor jungen Zuhörern, die Worte ‚Demokratie‘ oder ‚demokratisch‘ ausspricht, ist es einem, wie wenn einem eine stumme Welle des Zweifels entgegenschlüge!“

Ehard erklärte weiter, dies bedeute nicht, daß man die Idee der Demokratie für grundsätzlich schlecht halte oder daß die Jahre der Diktatur das deutsche Volk der Freiheit so entwöhnt hätten, daß es „gegenüber den Grundsätzen demokratischen Lebens abgestumpft“ sei. „Es ist etwas anderes“, sagte Ehard. „Der Zweifel entspringt aus der Dissonanz zwischen demokratischer Illusion und den tatsächlichen Machtverhältnissen.“

Aus den von den Studenten an Dr. Ehard gestellten Fragen und aus anschließenden persönlichen Unterhaltungen mit einigen von ihnen ging mir etwas Verständnis für die Haltung der heutigen deutschen Jugend auf. Die meisten halten sich von der Politik fern und bringen den Parteien weder Achtung noch Vertrauen entgegen. Sie haben auf allen Schlachtfeldern Europas gekämpft, nachdem sie in der Naziideologie erzogen worden waren, die Deutschland zu einer katastrophalen Niederlage führte, und jetzt sind sie in der gleichen Weise von demokratischen Vorstellungen ernüchtert, ohne aber deswegen an den Kommunismus zu glauben. Einige von ihnen hatten 1945, wie sie mir erzählten, Neigungen für die Kommunisten gehabt und geglaubt, eine Zusammenarbeit mit ihnen sei möglich und wünschenswert. Sie hatten ein, zwei Jahre gebraucht, um den Unterschied zwischen kommunistischer Theorie und Praxis zu verstehen, ähnlich wie sie auch nicht gleich von Anfang an die

Kluft erkannten, die Erklärungen der Westmächte von ihren Aktionen scheidet. Im übrigen war es ja auch zu Beginn der Besatzung unmöglich, zwischen Demokratie und Kommunismus zu unterscheiden, da die Amerikaner beides gleichgesetzt und viele Kommunisten mit Machtstellungen in der amerikanischen Zone betraut hatten.

Auf meine Frage, ob nach ihrer Meinung viele junge Deutsche noch im Grunde ihres Herzens Nazis seien, antwortete Jordan: „Eine Wiederhinwendung zu Naziideen ist hauptsächlich eine Folge der Entnazifizierung." Wie sollte es auch anders sein, da der einzige Unterschied zwischen „demokratischer" und totalitärer Justiz im Unterschied der Gruppen zu liegen schien, die für eine Kollektivbestrafung aussortiert wurden? Die amerikanische Auffassung, daß die „Mitläufer" der NSDAP harmlos seien, während die früheren überzeugten Anhänger für den Rest ihres Lebens bestraft werden müßten, war sowohl wirklichkeitsfremd wie schädlich für die demokratische Sache in Deutschland. Männer von Charakter und Intelligenz kann man überzeugen, daß ihre Auffassungen irrig waren, und man kann sie zu unserer Denkart bekehren; die Masse aber, die dem Erfolg nachläuft, ist auch fähig, heute Stalin zu folgen, wie sie gestern Hitler folgte.

Viele kleine Nazis sind denn auch nach der Niederlage Deutschlands der KPD beigetreten. Dazu brauchte man ja nur, wie ein früherer Nazi in Berlin zu mir sagte, „das Hakenkreuz aus der roten Fahne wegzunehmen." Auf der anderen Seite aber gehören gerade jene Parteimitglieder, die Hitlers Politik kritisch gegenüberstanden und sich ihr unter Lebensgefahr entgegenstellten, zu Menschen des Schlages, die es ablehnen, sich vor der Macht der Militärregierung zu demütigen und anzugeben, niemals „wirkliche Nazis" gewesen zu sein. Ihre einstigen Zweifel an Hitlers Politik, die sie jetzt ins demokratische Lager herüberführen sollten, weichen der Überzeugung, daß Hitler, nehmt alles nur in allem, doch recht gehabt habe, da auch die Demokratien die Gerechtigkeit nur als Machtmittel der Stärke ansehen und so für die Schwachen keine Hoffnung bleibt.

Viele Nationalsozialisten, die nie ein Verbrechen begingen,

aber zu stolz sind, ihren früheren Überzeugungen abzuschwören, und die nach ihrer Meinung nur ihre Pflicht als deutsche Patrioten getan haben, sind heute in Deutschland geächtet. Die Anpaßlinge aber, die verlogenen, egoistischen und grundsatzlosen Menschen, die der Partei um materieller Vorteile oder um ihrer Karriere willen beitraten, sind entlastet und dürfen unter der Militärregierung Ämter bekleiden und ihren früheren Berufen nachgehen.

Unsere Behandlung des deutschen Offiziersstandes war um keinen Deut klüger. Kein früherer aktiver Wehrmachtsoffizier, vom Hauptmann aufwärts, darf in der Staats- und Kommunalverwaltung oder an den Universitäten ein Amt bekleiden oder in einem freien Beruf tätig sein. Kein Offizier darf eine Pension erhalten, selbst wenn er so alt ist, daß er nicht einmal am ersten Weltkrieg teilgenommen hat. Witwen und Kindern der für ihr Vaterland gefallenen Offiziere sind auf Befehl der Militärregierung die Pensionen gestrichen worden. Kein Sieger hat je den besiegten Feind unritterlicher und unmenschlicher behandelt als die Vereinigten Staaten die Offiziere der besiegten deutschen Armee behandeln. Als Generalfeldmarschall Ritter von Leeb sich mit der Bitte an General Clay wandte, den deutschen Ländern möge gestattet werden, an Witwen und Waisen gefallener deutscher Offiziere kleine Pensionen auszuzahlen, hielt General Clay es nicht einmal der Mühe wert, dem alten Feldmarschall persönlich zu antworten, der doch nicht für sich selbst, sondern für die Angehörigen der Toten plädiert hatte. Statt dessen erging an Feldmarschall von Leeb ein kurzes, von einem amerikanischen Oberstleutnant unterzeichnetes Schreiben folgenden Inhalts: „Der Alliierte Kontrollrat hat im August 1946 das Gesetz 34 angenommen, durch das alle Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden, die dem früheren militärischen Personal oder ihren Hinterbliebenen Sonderrechte oder eine Sonderstellung einräumen. Das Ziel dieser Maßnahme war, den Militarismus, das Ansehen und die Sonderstellung der Soldatenkaste in Deutschland zu bekämpfen."

Nicht anders als Stalin, der die Kinder von Kulaken und anderen „Kapitalisten" zum Hungertod verdammte, hat die ameri-

kanische Militärregierung die Kinder ihrer erschlagenen Feinde zu einem Bettlerdasein verurteilt. Welch seltsame Vorstellung der Militärregierung, daß der Militarismus in Deutschland ausgerottet würde, wenn man die Familien der für ihr Vaterland Gefallenen zu Märtyrern macht!

Ein Teil der Witwen und Waisen konnte von Ersparnissen leben, bis die Währungsreform sie ihrer letzten Mittel beraubte und sie in bittere Not brachte, ebenso wie die Offiziere, die den Krieg überlebt hatten, aber von einem Broterwerb ausgeschlossen waren. Die Gattin eines in Rußland zurückgehaltenen deutschen Offiziers schrieb im Januar 1949 an einen alten Freund ihres Mannes, einen amerikanischen General, der in Deutschland studiert hatte und nun eine hoheStellung imKriegsministerium bekleidete, einen Brief über ihre Notlage.*) Der amerikanische Offizier machte dazu folgende Randbemerkung: „Man kann einen solchen Brief nicht lesen, ohne daß einem der Gedanke kommt, daß gemeinsam wie die Tragödie auch der Mut der Menschheit sein müßte, der die von Menschen geschaffenen Grenzen überwindet. Glücklicherweise können auch christliche Güte, Mitgefühl und Verständnis über diese Grenzen hinwegreichen."

Als die früheren Wehrmachtsoffiziere in Hessen im Herbst

---

*) Dieser Brief lautet: „Hamburg, 1. 1. 1949. Leider kann ich nichts Gutes berichten. Mein Mann ist noch immer in russischer Kriegsgefangenschaft. Die Währungsreform hat mir meine letzten Ersparnisse genommen. Auf dem Wohlfahrtsamt sagte man mir, daß Offiziersfamilien nichts bekommen dürfen; sie sollten ausgelöscht werden. Trotzdem bewilligte man mir eine kleine Unterstützung, die aber nicht ausreicht, um meine vier Kinder zu versorgen, die alle noch zur Schule gehen. Vom Juli bis Oktober war unsere Lage ganz schlecht. Jetzt habe ich eine Stellung als Sekretärin in einer Exportfirma, so daß unsere Lage etwas besser ist. Aber es ist für mich schwierig, mich auch noch um die Kinder zu kümmern. Wir hatten allerhand Ungemach mit Krankheiten, die zweifellos auf die langen Jahre mit schlechter Ernährung zurückgehen. Mein ältestes Kind lag zwei Monate im Krankenhaus, soll nun aber in die Schweiz geschickt werden. Das ist ein Glück, und ich bin sehr froh darüber. Wann werden die Russen die Gefangenen entlassen? Der Krieg ist nun schon seit vier Jahren zu Ende, und noch immer sind Hunderttausende nicht nach Hause zurückgekehrt. Das ist wirklich unmenschlich. Bitte seien Sie nicht böse, daß ich Ihnen von meinen Sorgen geschrieben habe. Ich hätte lieber von erfreulicheren Dingen berichtet. Vielleicht kann mein Mann Ihnen zum nächsten Neujahrstag schreiben, und vielleicht werden die Dinge dann besser stehen. Nun wünsche ich Ihnen und Ihrer Gattin viel Glück im neuen Jahre. Mit herzlichen Grüßen I. R." — Wie Frau I. R. mir mitteilte, hat sie im vergangenen Jahr die Nachricht erhalten, daß ihr Mann von den Russen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist. Der Übers.

1948 eine „Wirtschaftliche Vereinigung früherer Wehrmachtsangehöriger“ zur Verfechtung ihrer Pensions- und Bürgerrechte gründen wollten, wurde ihnen dies von der amerikanischen Militärregierung verboten. Die Russen aber bieten in der gleichen Zeit allen früheren Wehrmachtsoffizieren gute Bezahlung und besondere Rechte, wenn sie sich ihnen zum Kampf gegen uns anschließen: viele Wehrmachtsoffiziere, so erklärte mir in Wiesbaden Herr von Schlabrendorff, (der Mann, der fast Hitler getötet hätte,) werden keine andere Wahl haben, als sich auf die Seite der Russen zu schlagen, da Amerika sie und ihre Familien zum Verhungern verdammt.

Von Schlabrendorff erzählte mir auch von den verführerischen Angeboten, die er selbst bei einem Besuch in Berlin von den Russen bekam. Er habe sie abgelehnt, sei sich aber klar, daß anderen dies außerordentlich schwer fallen müsse, die im Gegensatz zu ihm unter amerikanischem Berufsverbot stünden, Es kommt hinzu, daß die Russen ja nicht nur an das Eigeninteresse, sondern auch an den deutschen Patriotismus appellieren. Die deutschen Offiziere werden durch die Aussicht verlockt, „Deutschland vom angelsächsischen Joch zu befreien.“

„Vom Nationalsozialismus zum Bolschewismus ist nur ein Schritt,“ sagte Herr von Schlabrendorff. Viele deutsche Offiziere waren Nazigegner, mag auch Amerika ihren Patriotismus mit Nazisympathien verwechseln. Heute lassen sich viele früher nazifeindliche Offiziere durch den russischen Hinweis auf die alte traditionelle russisch-deutsche Freundschaft beeindrucken; Stalin erinnert die Deutschen ja dauernd daran, daß Deutschland in der Vergangenheit nur stark war, wenn es mit Rußland befreundet war.

Obwohl früher Gegner des Nazismus, erinnern sich deutsche Offiziere bei aller Ablehnung des Kommunismus, daß ein von Napoleon geschlagenes und erniedrigtes Preußen im Bunde mit Rußland Frankreichs Macht brach und so wiederaufgerichtet wurde. Die heutige Lage Deutschlands bietet genug Parallelen zu jener Zeit, um die russische Propaganda nicht ungehört verhallen zu lassen, trotz der deutschen Furcht vor dem Kommunismus und der schrecklichen Lage der russischer Knute ausge-

lieferten Deutschen in der Ostzone. Die Tatsache, daß deutsche Offiziere ähnlich wie frühere hochgestellte Nazis von der Sowjetregierung weit besser behandelt werden als der deutsche „kleine Mann“, muß die Gegnerschaft des früheren Offiziersstandes gegen Rußland nur verringern.

Die Westmächte streiten Deutschland das Recht auf Selbstverteidigung ab. Die Westmächte lehnen eine Garantie an Deutschland ab, daß sie selbst es verteidigen werden. Nur Rußland kann Deutschland seine verlorenen Ostgebiete wiedergeben: alles dieses ist Wasser auf Rußlands Mühle.

General Speidel, Rommels Generalstabschef, sagte mir bei unserer Begegnung in Freudenstadt: „Wenn wir unter Amerika weder Gerechtigkeit noch Sicherheit erwarten können, werden wir bald gezwungen sein, uns Rußland zuzuwenden. Noch ist es nicht zu spät, Deutschland nach Westen zu orientieren, weil die meisten von uns diese Richtung wünschen. Aber es ist höchste Zeit. Nicht lange mehr, und man wird es den Deutschen unmöglich gemacht haben, den Weg nach dem Westen wiederzufinden.“

VIII
WIE MAN DEMOKRATIE NICHT LEHREN KANN *)

Die Richtlinien für das Benehmen amerikanischer Militär- und Zivilpersonen in Deutschland hat für die Überzeugung der Deutschen, daß die amerikanische Militärregierung und die Nazis viel Gemeinsames haben, vielleicht keine geringere Bedeutung als unsere Wirtschaftspolitik und unsere Nichtanerkennung demokratischer Rechtsgrundsätze.

Ich habe bereits das Verhalten der Westmächte gegenüber den „Eingeborenen" in Berlin erwähnt; in der groteskesten Weise aber tritt der Gegensatz zwischen unseren Taten und unseren vielgerühmten demokratischen Prinzipien in den Westzonen in Erscheinung. Anscheinend nahm die Mißachtung der Demokratie von seiten amerikanischer und englischer Besatzungstruppen mit wachsender Distanz zu den Russen zu. So niederdrückend sie auch war, die Feststellung, daß in Nürnberg, wo Hitler zuerst seine Rassengesetze verkündete, unsere Nigger-Bestimmungen am sichtbarsten in Erscheinung traten, paßte daher durchaus in den Rahmen.

Damit keine Person von minderwertiger Rasse es wagen sollte, das Portal des zu unserem alleinigen Gebrauch beschlagnahmten Grand Hotel zu durchschreiten, waren draußen Schil-

---

*) Die Zeiten, in denen Deutsche auf vorgedrucktem Zettel „um den Vorzug bitten" mußten, mit einem Angehörigen der englischen Militärregierung sprechen zu dürfen, sind vorbei. Das abendliche Ausgehverbot, „curfew", das in Hamburg bis 1947 bestand, ist aufgehoben. Die barschen Schilder „Deutschen Zutritt verboten" sind verschwunden. In der Apathie der ersten Nachkriegsjahre ist uns die absichtliche Erniedrigung derartiger Bestimmungen wohl nicht so zum Bewußtsein gekommen, wie es, und sei es auch nur in der Erinnerung, heute der Fall sein würde. Freda Utley hat in diesem Kapitel viele Einzelheiten zu diesem Thema berichtet. Da die deutsche Ausgabe ihres Buches aber nicht an ein Ressentiment appelliert, sondern in der Absicht veröffentlicht wird, daß durch eine Beherzigung der Kritik Freda Utleys der Weg zu einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen Alliierten und Deutschen freigemacht werde, sind aus diesem Kapitel einige Schilderungen überholter Einzelheiten weggelassen worden. Der Übers.

der angebracht, die den Zutritt von „Deutschen, DPs und Hunden“ verboten. „Jeder, der dieser Anordnung zuwiderhandelt“, so lautete der Text weiter, „wird von der Militärpolizei aufgeschrieben und strenger Bestrafung zugeführt. Erst vor kurzem wurde — in kleinen roten Lettern am Ende des Textes — hinzugefügt, daß Gastkarten für Deutsche und heimatlose Ausländer auf Ansuchen beim diensthabenden Offizier im Quartieramt einige Häuser weiter zu haben sind. Jeder Deutsche aber, der die Sondergenehmigung zum Betreten des Hotels bekam, wurde dauernd an seine Stellung minderen Rechts erinnert. Auf der Getränkekarte in der Bar z.B. fand sich ein gedruckter Katalog von Anweisungen über das richtige Verhalten von Amerikanern gegenüber den „minderen Rassen ohne Recht“, um mit Keepling zu sprechen.

In den Offiziersklubs und Bars des Standorts Nürnberg-Fürth steht angeschrieben: „Unter keinen Umständen 1. bringen wir Deutsche oder DPs als Gäste mit, 2. geben wir Trinkgelder oder stellen uns mit der Bedienung auf vertraulichen Fuß.“ Die Paragraphen 3 bis 8 dieses Leitfadens für richtiges Benehmen amerikanischer Offiziere besagen, daß sie keine Glücksspiele spielen, keine Flaschen mitbringen, sich nicht Unbekannten aufdrängen, nicht ungestüm tanzen und nicht zuviel Getränke bestellen sollen. Die Regeln umfassen außer den negativen auch positive Instruktionen: „Wir tragen Uniform Klasse A oder entsprechendes Zivil (Abendanzug), und wir sind der Ansicht, daß ein Mann trinken und sich vergnügen und doch ein Gentleman bleiben kann.“

Keepling hätte es in den Tagen, da die Engländer „des weißen Mannes Bürde trugen“, kaum besser machen können als die Nürnberger Militärdienststellen, die sich bemühten, amerikanischen Offizieren das richtige Benehmen eines Offiziers und Gentlemans in einem Kolonialland beizubringen. Kein Satiriker könnte sich einen größeren Gegensatz ausdenken als den zwischen der Freiheitsstatue in New York und ihrem Willkommensgruß an die Armen, Ausgehungerten und Unterdrückten und den jetzt Amerikanern erteilten Befehl, die Berührung mit den Unglücklichen dieser Erde zu vermeiden.

Mit der Entsendung von Deutschen nach Coventry verband sich zweifellos bei uns die etwas unklare Vorstellung, auf diese Weise könne man „es ihnen schon beibringen". In Wirklichkeit haben wir sie nur gelehrt, daß der Unterschied zwischen einer anglo-amerikanischen Militärregierung und der Naziregierung nicht eben groß ist. In der Tat hat sich die deutsche Wehrmacht in Frankreich, Holland und Belgien in vieler Hinsicht besser benommen als wir. Ich erinnere mich an den Ausspruch eines jungen Deutschen, der im besetzten Frankreich gewesen war: „Als Soldat in Frankreich habe ich niemals Gelegenheit gehabt, mir ein schönes Leben zu machen und andere Leute zu schikanieren, wie Sie das tun. Unsere Disziplin war streng, und man hatte uns angehalten, zu den Franzosen höflich und rücksichtsvoll zu sein. Wir waren in ihren Häusern einquartiert und warfen sie nicht auf die Straße, wie Sie es mit uns machen. Aber wir haben unsere Lektion gelernt. Sollte es noch einmal zum Kriege kommen, wissen wir, was einem Sieger erlaubt ist."

Andere Deutsche, die nicht so zynisch und verbittert waren, betonten mit Stolz, daß sie heute noch mit ihren französischen Quartierwirten in Briefwechsel stehen, und hielten uns nur für töricht, daß wir in so überflüssiger Weise Ressentiment und Haß wachrufen.

Etwa seit 1947 sind wir nach und nach von dem Gedanken abgekommen, der rechte Weg zur Unterweisung der Deutschen in Demokratie sei, sie dadurch für die Sünden der Nazis zu bestrafen, daß wir selbst uns ebenso brutal, unritterlich und als Verächter demokratischer und christlicher Grundsätze aufführen wie Hitlers Spießgesellen. Das hindert freilich nicht, daß die alte, uns eingeimpfte Propaganda „Haßt die Deutschen und schlagt sie in die Fresse" noch immer auf unser Denken und Tun abfärbt.

Einfache Soldaten finden leicht den Weg zu freundschaftlichem Verkehr mit deutschen Familien, ebensogut wie sie mit „Fräuleins" anbandeln; amerikanische Offiziere und Beamte aber haben kaum gesellschaftlichen Umgang mit den Besiegten. Viele sind ganz damit zufrieden, daß sie leben können wie die Engländer früher in Indien. Beamte der Militärregierung, die

ihre Familien mitherübergebracht haben, können ein häusliches Leben genießen und an dem auf Landsleute, Engländer und Franzosen beschränkten gesellschaftlichen Verkehr ihr Genügen finden. Die Piloten der Luftbrücke aber und viele junge amerikanische Offiziere wären viel glücklicher dran, wären sie bei deutschen Familien einquartiert und so von etwas häuslicher Gemütlichkeit umgeben und zugleich in die Lage versetzt, mit anständigen Deutschen zu verkehren, statt auf heimliche Geschichten mit Mädchen angewiesen zu sein, die sich auf der Straße ansprechen lassen. Das wurde mir in einem Gespräch mit dem Luftbrücken-Piloten besonders klar, der mich am 25. November 1948, unserem Erntedanktag, nach Berlin flog. Er stammte aus Chicago und redete in einem fort; denn, sagte er, die Einsamkeit in Deutschland sei für die Luftwaffenpiloten am schwersten zu ertragen, deren Leben nur aus Fliegen, Schlafen und Essen bestehe. „Ich habe Frau und zwei Kinder drüben", erzählte er, „und ich hoffe, bald wieder zu ihnen zurückzukommen. Ich mag keine Liebesgeschichten mit einem ‚Fräulein'. Mit einem amerikanischen Mädel in meiner Freizeit auszugehen, kann ich mir aber nicht leisten, denn Amerikanerinnen verlangen, daß man zuviel Geld für sie ausgibt."

Vor ein paar Tagen nun, so erzählte er weiter, habe er das Glück gehabt, mit einem netten deutschen Mädel bekannt zu werden, die ihn in die Wohnung ihrer Eltern mitgenommen hatte. Er hatte ihr vorgeschlagen, zusammen essen und ins Kino zu gehen; sie hatte aber gesehen, wie müde er war und hatte ihn auf das Familiensofa gepackt und Radiomusik angestellt. Dabei war er eingeschlafen; als er wieder aufwachte, fand er sich mit einer Decke zugedeckt, und das Licht war abgeblendet. Er war gerührt und dankbar und hatte nur den Wunsch, in einer deutschen Familie, statt abgeschieden in einem rein amerikanischen Quartier leben zu können.

Es ist in der Tat eine merkwürdige Sache, daß die amerikanischen Vorschriften die Prostitution fördern, und daß ein normaler, anständiger gesellschaftlicher Verkehr für die amerikanischen Besatzungstruppen so gut wie überhaupt nicht in Frage kommt. Nach dem ersten Weltkrieg haben die Vereinigten

Staaten und England die völkerrechtlichen Bestimmungen eingehalten und ihre Offiziere und Soldaten im besetzten Rheinland bei deutschen Familien einquartiert. Diesmal aber wollte man das ganze deutsche Volk bestrafen und unsere Soldaten vor Ansteckung durch Berührung mit einem verfluchten Volk bewahren und warf deshalb die Deutschen aus ihren von uns requirierten Häusern hinaus, statt sie einen Teil ihrer alten Wohnungen behalten zu lassen. Diese bis heute nicht aufgegebene Praxis ist nicht nur im Hinblick auf die in fast allen deutschen Städten in so großer Zahl zerstörten Häuser besonders brutal, sie trifft zugleich unsere eigenen Soldaten.

Die Tatsache, daß aus vielen Zufallsbekanntschaften eine wirkliche Zuneigung und Liebe zu deutschen Mädchen und oft eine Ehe erwächst, gereicht den Qualitäten der deutschen Frau zum Lob, und ist kein Tadel für die amerikanischen Soldaten.

Etwa seit 1948 war es für den amerikanischen Soldaten und Zivilisten nicht mehr so leicht, durch Bezug von Zigaretten und Kaffee im Tausch gegen Silber und wertvolles Porzellan, Pelze, Familienerbstücke, Kameras und was sonst den Deutschen zum Tausch verblieben war, ein Vermögen zu verdienen. Aber wer gerissen und skrupellos war, konnte noch immer auf dem Schwarzmarkt seine Geschäfte machen. Riesige Kaffeepakete waren im Frankfurter Presseklub ein ganz üblicher Anblick; die Journalisten ließen sich den Kaffee kommen, weil sie es verstanden, zum offiziellen Preis von 15,— DM je Pfund loszuschlagen, was sie selbst 1 DM gekostet hatte. Mit diesem Geld konnten sie dann ihre deutschen Dienstboten bezahlen oder in deutschen Gaststätten essen; sie konnten damit auch die deutschen Luxuswaren kaufen, die nach der Währungsreform in den Läden auftauchten. Auch ohne zu den großen Schmugglerbanden zu gehören, die über die französische Zone beträchtliche Mengen in Deutschland selbst benötigter Waren verschoben, haben viele Amerikaner im kleinen dazu beigetragen, die deutsche Währung zu untergraben, die Inflationsgefahr zu vergrößern und deutsche Arbeiter notwendiger Konsumgüter zu berauben.

Heute kann man zwar nicht mehr deutsche Hausangestellte

mit einer Stange Zigaretten (10 Päckchen = 200 Stück) oder ein paar Lebensmitteln im Monat entlohnen, seit der Hunger nicht mehr regiert. Aber Arbeit ist noch immer das billigste in Deutschland. So haben Amerikanerinnen, die zu Hause ihre Arbeit schön selber verrichten und selbst ihre Kinder versorgen würden, in Deutschland, solange ihre Männer bei der Militärregierung arbeiten, Dienstboten, die alle ihre Wünsche erfüllen. Einige wenige von ihnen kümmern sich um die Lebensverhältnisse des deutschen Volkes und beteiligen sich an Wohlfahrtseinrichtungen; für viele aber ist die Jagd nach günstigen Gelegenheitskäufen der Lieblingszeitvertreib. Die Bemerkung, die ich an einem Abend in der Bar des Nürnberger Grand Hotel hörte, war typisch für die Gespräche zwischen den Damen der Besatzungsangehörigen. „My dear!", rief eine schrille Stimme, die den Lärm übertönte, „dort kann man wundervolle Madonnen für eine Stange bekommen."*)

Das freundliche Verhalten der Negerbesatzung des Truppentransporters „Henry Gibbins" gegenüber den schlecht behandelten deutschen „Gästen der Militärregierung" war keine Ausnahme. Ich habe in der amerikanischen Zone festgestellt, daß amerikanische Negersoldaten sich bei vielen Deutschen Zuneigung und Achtung erworben haben. Die Kinder von Negern und deutschen Frauen wurden keineswegs als „outcasts" behandelt, sondern in die Gemeinschaft aufgenommen und, da es oft hübsche Kinder waren, wegen ihres Aussehens bewundert, wie man es mir erzählt hat und wie ich es selbst beobachtet habe, wenn ich mit deutschen Verkehrsmitteln reiste.

Die Negersoldaten scheinen sich ritterlicher benommen zu haben als sehr viele weiße Amerikaner, wofür es mancherlei Erklärungen gibt. Sie sind von Natur freundlicher und höflicher als die Weißen; sie sind daran gewöhnt, alle Weißen mit Respekt zu behandeln. Vielleicht sympathisieren sie auch mit

---

*) Als weiteres Beispiel für die falsche Methode demokratischer Unterweisung berichtet Freda Utley sehr ausführlich über die „unwürdigen und beleidigenden Entbehrungen und Unbequemlichkeiten", denen noch im Frühjahr 1949 eine Gruppe deutscher Frauen auf der Reise in Deutschland und bei der Überfahrt an Bord des Truppentransporters „Henry Gibbins" ausgesetzt war, obwohl sie „als Gäste der Militärregierung" zum Studium amerikanischer demokratischer Einrichtungen nach Amerika eingeladen worden waren. Auf diesen Dampfer bezieht sich die folgende Bemerkung. Der Übers.

den Deutschen, die in ihrem Land die gleiche beleidigende unterschiedliche Behandlung zu erdulden haben wie sie in Amerika. Zyniker und Menschen mit Rassenvorurteilen sagen, daß die Deutschen, die mit Negersoldaten umgehen, nur an deren Bezugsscheine dächten, und daß die Neger nur am Geschlechtsverkehr mit weißen Frauen interessiert seien. Aber das allein kann es nicht sein. Die französischen Kolonialsoldaten, deren grausamen Lüsten in der ersten Besatzungszeit freie Bahn gelassen worden war, werden von den Deutschen noch immer mit Furcht und Abscheu betrachtet. Nach dem, was Deutsche mir erzählten, sieht es vielmehr so aus, als ob die farbigen amerikanischen Soldaten ihre Stellung als Eroberer weniger ausnützten als weiße Soldaten und weiße Offiziere.

Wie andere Amerikaner schätzen auch farbige Soldaten die guten Eigenschaften der deutschen Frauen, ihre Anhänglichkeit und Bereitwilligkeit, zu geben und nicht nur zu nehmen. Auf einer Fahrt von Nürnberg nach Frankfurt fuhr ein junger weißer Amerikaner im Wagen mit, den ein Negerkorporal steuerte; die beiden unterhielten sich über die Gründe, warum amerikanische Offiziere und Soldaten, die mit deutschen Mädchen „fraternisiert" hatten, sich so oft in sie verliebten und sie heirateten; ich hörte interessiert zu. Beide erklärten, die amerikanischen Frauen seien so verwöhnt und selbstsüchtig, daß keiner, der ein Liebeserlebnis mit einer deutschen Frau gehabt habe, je wieder an dem Genüge finden werde, was in den Vereinigten Staaten als Liebe angesehen wird. Erstaunlich für mich war, daß der junge Negerkorporal die Frauen seiner eigenen Rasse in Amerika wegen der gleichen Mängel kritisierte wie die weißen Frauen: auch sie wollten, daß man sie dauernd ausführe und das ganze Geld für sie ausgebe, während deutsche Mädchen keine Verschwenderinnen, sondern ganz zufrieden seien, mit einem zu Hause zu sitzen; daß Amerikanerinnen niemals auf den Gedanken kämen, der Mann könnte nach schwerer Tagesarbeit müde sein, während die Deutsche es ihm bequem zu machen und ihm Ruhe und Frieden zu verschaffen suche.

Diese Meinungen waren selbstverständlich von der natürlichen Vorliebe der Männer für die Frauen beeinflußt, die sie

bedienen und nicht herrschsüchtig sind und immer nur Forderungen stellen. Als ich auf einer Nachtfahrt dem Gespräch der beiden zuhörte, kam mir Nietzsches Bemerkung in den Sinn, es sei Aufgabe des Weibes, dem Krieger Freude zu bereiten, und ich dachte mir, daß solche Erlebnisse als Sieger die — weißen oder farbigen — Angehörigen der amerikanischen Besatzungstruppen kaum zum Eheleben in den Vereinigten Staaten tauglich machen würden.

Mein Negerfahrer sprach aber nicht nur über die guten Eigenschaften der deutschen Frauen. Ausführlich und in anschaulicher Weise äußerte er sich auch über das Fehlen einer Rassenschranke in Deutschland, was es zu einem so viel glücklicheren Land für die Farbigen mache als die Vereinigten Staaten. Deswegen verlängerten so viele ihre Dienstkontrakte, daher desertierten auch manche oder begingen gar Selbstmord, wenn sie zurückberufen wurden. Es sei doch komisch, meinte er, daß gerade die Deutschen sich als so vorurteilsfrei erwiesen, die man den Amerikanern als ein ganz besonders brutal-rassebewußtes Volk hingestellt hatte.

Daraufhin erzählte ich ihm aus meinen einige Jahre zurückliegenden Erfahrungen in China, daß den Deutschen in viel geringerem Maße als Engländern und Amerikanern das Überlegenheitsgefühl des „weißen Mannes" angeboren sei, und daß sie deswegen die bei weitem volkstümlichsten Ausländer in China gewesen seien, bevor Hitler zur Macht kam. Ohne Zweifel sei dies der Tatsache zuzuschreiben, daß die Deutschen niemals ausgedehnte afrikanische oder asiatische Kolonialreiche besessen oder Negersklaven gehabt hätten, und es deshalb auch nicht nötig hatten, jene Art Rassentheorie zu schaffen, die man zur Rechtfertigung der Unterdrückung und Ausbeutung von Farbigen braucht. Hitler hat den Mythos von der arischen Überlegenheit erfunden, um der Eroberung Europas eine „ethische" Grundlage zu geben, nicht anders als die Angelsachsen sich den Mythos der weißen Überlegenheit zurechtlegten, um Kolonialreiche und Negersklaverei zu rechtfertigen. So war es nur natürlich, daß die Deutschen, verglichen mit anderen, Negern gegenüber von Vorurteilen frei waren, weil sie

keinen Grund hatten, sie zu hassen oder zu verachten, während sie Polen und Russen als mindere Rassen betrachteten. Jeder hat die Vorurteile, die seinen Interessen entsprechen.

Nachdem hier von Rassenvorurteilen die Rede ist, so sei auch angemerkt, daß vor Hitlers Machtübernahme der Antisemitismus in Deutschland nicht schlimmer, wenn überhaupt so schlimm war wie heute in Amerika.*) Nur dadurch, daß die Nazis die Juden zu Sündenböcken der deutschen Wirtschaftsnot machten, konnten sie den Antisemitismus zu einer grausamen Leidenschaft aufpeitschen und ihre Pogrome durchführen.

Zum Unglück für die Zukunft haben die Rachsucht jüdischer Militärregierungsbeamter, der Mißbrauch ihrer Vorrechte als DPs von seiten vieler nichtdeutscher Juden und die Tatsache, daß Morgenthau der von Präsident Roosevelt unterzeichneten Völkermordpolitik seinen Namen gab, mehr Deutsche zu Antisemiten gemacht als Hitlers Rassengesetze und Propaganda. Unter der Herrschaft der Nazis sympathisierten viele, wenn nicht die meisten Deutschen mit den Juden und schämten sich der von den Nazis begangenen Grausamkeiten. Seit der Niederlage Deutschlands und der Besetzung durch die Alliierten aber, so haben mir deutsche Juden berichtet, sagen mehr und mehr Deutsche, die früher von antisemitischen Vorurteilen frei waren, daß Hitler ja doch recht gehabt habe: die Juden seien die Ursache des deutschen Elends und der ungerechten Behandlung der Deutschen durch die siegreichen Demokratien.

Ich persönlich habe stets in den Kommunisten und ihren Mitläufern die Hauptanstifter unserer unmenschlichen Behandlung der Deutschen während der ersten Besatzungsjahre gesehen. Die Tatsache aber, daß viele Kommunisten und kommunistische Mitläufer, denen man leitende Stellungen in der Militärregierung übertragen hatte und die als Untersuchungsbeamte und Ankläger in Nürnberg und Dachau aufgetreten sind, auch Juden waren, hat natürlich noch Öl ins Feuer des antisemitischen Vorurteils gegossen.

Jeanette Wolff, die unerschrockene führende Sozialistin, eine

*) F. Utleys in Rußland liquidierter Mann war, wie sie in „Lost Illusion" mitteilte, Jude. Der Übers.

Jüdin, die ich schon im Berlin-Kapitel erwähnt habe, nannte es tragisch für die deutschen Juden, daß das Verhalten vieler amerikanischer Juden und DPs legitime Gründe für den Antisemitismus in Deutschland liefere und gegen die deutschen Juden zurückschlagen werde, die doch nicht im geringsten für die amerikanische Unterdrückung des deutschen Volkes verantwortlich seien und selbst nur wenig, wenn überhaupt, besser als andere Deutsche von der Militärregierung behandelt würden.

Die Ansicht von Jeanette Wolff bildet keine Ausnahme. Während Haß auf das deutsche Volk nur zu oft jedes Erbarmen und Gerechtigkeitsgefühl in den Juden erstickt, die in den dreißiger Jahren aus Deutschland entkamen, oder die überhaupt nie in Deutschland lebten, sind die deutschen Juden, die nicht auswanderten, die unter Hitlers Terror zu leiden hatten, deren Verwandte und Freunde ermordet wurden und die vielleicht selbst die Schrecken der KZs durchmachen mußten, zum größten Teil ohne Haß auf das deutsche Volk und fühlen sich noch immer als Deutsche. Es sind die amerikanischen Juden (oft polnischen oder russischen Ursprungs) und die zurückgekehrten Emigranten, die es sich zum Ziel gesetzt zu haben scheinen, den Todeskampf des jüdischen Volkes in Hitlers Reich durch eine Bestrafung des ganzen deutschen Volkes zu rächen.

Ich nehme an, man kann dies mit der Tatsache erklären, daß die in Deutschland gebliebenen Juden aus eigener Erfahrung wissen, daß nicht das deutsche Volk als Ganzes für die Naziverbrechen verantwortlich war. Viele von ihnen danken ihr Leben einfachen, gewöhnlichen Deutschen, die sie unter eigener Gefahr verbargen oder verpflegten und damit retteten. Und die Juden, die lebendig den KZs entkamen, wissen, daß viele Deutsche ebenso wie sie hungerten und gefoltert wurden, weil sie der Nazityrannei Widerstand leisteten und sich gegen die Verfolgung der Juden geäußert hatten. Die ausländischen Juden aber und die Emigranten wissen nur von KZs, Folter und Gaskammern, nichts jedoch von der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, und sehen deshalb den Wald nicht vor lauter Bäumen. Hans Rothfels hat in seinem Buch über die

deutsche Widerstandsbewegung*) darauf hingewiesen, daß man wenig über die große Zahl deutscher Opfer der Nazibestialitäten hörte, als bei Kriegsende die unglaublichen Scheußlichkeiten der KZs enthüllt wurden: „Kein amtlicher Bericht hat der amerikanischen Öffentlichkeit mitgeteilt, daß es bis zum Sommer 1943 in Buchenwald praktisch keine Ausländer gab, und daß sich unter den 20 000 Überlebenden — (51 000 sind umgekommen) — immer noch 2 000 Reichsdeutsche befanden ... Offensichtlich war die Gestapo nicht der Meinung, alle Deutschen seien Nazis oder stünden wegen des Krieges geschlossen hinter dem Regime."

In einer von der amerikanischen VII. Armee herausgegebenen Broschüre wird angegeben, daß auch in Dachau vor dem Kriege die Mehrheit der Gefangenen Deutsche waren. Schätzungsweise waren bei Kriegsausbruch eine halbe Million Deutsche wegen Opposition gegen die Nazis im KZ oder im KZ gewesen.

Während sich in den Anfangszeiten des Naziregimes niemand viel um die in den KZs begangenen Greueltaten bekümmerte, da die Opfer ja überwiegend Deutsche waren, scheint die Kenntnis des deutschen Widerstandes gegen Hitler in und seit dem Kriege absichtlich der amerikanischen Öffentlichkeit vorenthalten worden zu sein. Vermutlich hatte man das Gefühl, daß die Kenntnis der Zahl der im Kampf gegen das Naziregime umgekommenen oder eingesperrten Deutschen den Haß auf das deutsche Volk abschwächen würde, den zu schüren Regierung und der größte Teil der Presse sich zur Aufgabe gemacht hatten.

Washington war so sehr bestrebt, die Tatsachen zu verheimlichen, daß das Kriegsinformationsamt sich nicht schämte, Hitlers Version des Attentats vom 20. Juli 1944 wiederzugeben und damit die Lüge zu verbreiten, daß es sich bei den Verschwörern nur um eine kleine „Clique ehrgeiziger Offiziere" gehandelt habe.**) Selbst nach dem Kriege war das Thema der deutschen Opposition in der amerikanischen Presse tabu und

*) The German Opposition to Hitler, H. Regnery & Co., 1948 S. 14.
**) Rothfels, a. a. O. S. 20.

unterlag in Deutschland der Zensur der Militärregierung. Nach den Angaben von Dr. Rothfels wurde den amerikanischen Korrespondenten verboten, Meldungen über bestimmte Widerstandsakte gegen Hitler an ihre Blätter zu geben, und einem wurde sogar das Buch von F. v. Schlabrendorff über die Widerstandsbewegung, das in der Schweiz erschienen war, von der Militärregierung als „in Deutschland verbotenes Schrifttum" weggenommen. Rothfels zitiert Äußerungen Deutscher, daß es anscheinend noch schlimmer sei, ein Überlebender des Komplotts des 20. Juli als ein ehemaliger Nazi zu sein, denn die Verschwörer würden von einigen alliierten Militärs als Leute betrachtet, „die uns um unseren Sieg betrügen wollten."

Es sind nicht nur totalitäre Regierungen, die das Denken ihrer Untertanen durch falsche Propaganda vergiften. Durch verfeinerte und geschicktere Methoden werden auch die Bürger der westlichen Demokratien nur allzu häufig daran gehindert, die Wahrheit zu erfahren, und werden statt dessen gelehrt, die Unwahrheit zu glauben.

Ich war tief betroffen von dem Gegensatz in der Haltung des Amerikaners Mr. Fishbein, der in Berlin das Amerikanische Gemeinschaftliche Verteilungskomitee vertrat, und Jeanette Wolffs und ihrer Tochter, die sechs Jahre in Hitlers KZs zugebracht hatten. Mr. Fishbein haßte die Deutschen so sehr, daß er den Berlinern nicht einmal einräumen wollte, daß sie in der Verteidigung der Demokratie einen bemerkenswerten Mut bewiesen; höhnisch erklärte er, sie hätten sich nur auf unsere Seite geschlagen, weil wir die stärkeren seien. Jeanette Wolff erzählte mir, daß das Jüdische Hilfskomitee (Jewish Relief Agency) deutschen Juden in Berlin jede Unterstützung verweigert, daß es sie hungern und in Lumpen herumlaufen läßt und nur polnische und andere osteuropäische Juden versorgt.

Ich bin nicht in der Lage zu beurteilen, ob diese Anklage mit Tatsachen belegt werden kann, und ob das jüdische DP-Lager in Berlin, wie Jeanette Wolff erklärte, ein Schwarzhandelszentrum erster Größenordnung war, und ob viele Liebesgabensendungen von Amerika verschoben statt verteilt wurden. Allerdings ist es eine bekannte Tatsache, daß nach dem Abtransport

der jüdischen DPs im Sommer 1948 von Militärregierungsstellen in dem Lager riesige Vorräte an Schuhen, Kleidung und eine gewaltige Summe Bargeld gefunden wurden. Schwarzhandel war jedenfalls die Hauptbeschäftigung vieler DPs aller Nationen, denn ihre Sonderrechte machten es der deutschen Polizei unmöglich, ihre gesetzwidrige Betätigung zu unterbinden.

Wenn die Deutschen sich beklagen, daß sie rechtlos sind, so brauchen sie zum Beweis nur die für Alliierte und heimatlose Vertriebene in Deutschland geltenden Bestimmungen anzuführen. Die deutsche Polizei hat kein Recht, gegen Staatsangehörige der Siegerländer einzuschreiten. Es ist ihr sogar verboten, die DP-Lager zu betreten oder gar gegen den Schwarzhandel vorzugehen, der von diesen „exterritorialen" Niederlassungen außerhalb der Rechtshoheit deutscher Behörden aus betrieben wird. Unsere „Herrenvolk"-Vorschriften gehen so weit, daß ein deutscher Polizist nicht einmal Deutsche vor Gewalttaten von seiten eines Angehörigen der Besatzungsmacht oder eines DP schützen darf. Als ich einen Beamten der Rechtsabteilung der amerikanischen Militärregierung in Berlin fragte, ob ein deutscher Polizist einen Amerikaner verhaften darf, den er einen Mord begehen sieht, lautete die Antwort: „Nein. Er kann nur einen MP (Militärpolizisten) suchen."*)

Wie die Militärpolizei selbst sich verhält, hängt weitgehend von der Haltung des Kommandierenden Generals des betreffenden Gebietes ab. Ist er ein Deutschenhasser, der glaubt, das Ansehen Amerikas dadurch vergrößern zu können, daß er die „Eingeborenen" schlimmer behandelt, als die Neger von den rückständigsten Elementen in den Südstaaten der USA behandelt werden, so benehmen sich natürlich auch einige seiner Soldaten gegenüber den völlig wehrlosen Deutschen anmaßend und

---

*) Diese Bestimmung gilt auch heute noch. Das am 25. November 1949 erlassene und am 1. Januar 1950 in Kraft getretene Gesetz Nr. 13 der Hohen Kommission erklärt die Angehörigen der Besatzungstruppen, die Mitglieder der Hohen Kommission, ihre und die Familienangehörigen kommandierender Offiziere sowie — im Gegensatz zu allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen — die in Diensten bei Alliierten stehenden Personen für exterritorial. Die Exterritorialität der DPs ist aber durch dieses Gesetz aufgehoben worden. — Als weitere Beispiele der Rechtlosigkeit führt Freda Utley die harte Bestrafung von Jugendlichen für kleinere Vergehen und das unterschiedliche Verhalten der Militärpolizei in den einzelnen deutschen Städten an. Der Übers.

brutal. Die höheren Armeedienststellen haben sich aber seit etwa einem Jahr bemüht, den Besatzungstruppen ein demokratisches Verhalten beizubringen. Mein Luftbrückenpilot aus Chicago, Leutnant A. D. Porter, erzählte mir von den ausgezeichneten Schulungskursen, die jetzt in Marburg für die neu nach Deutschland gekommenen Wehrmachtsangehörigen abgehalten werden. Einst sollten die Schulungskurse, wie er sie noch als Bomberpilot besucht hatte, „die Jungens hart machen", wozu man sie lehrte, alle Deutschen zu hassen; jetzt dagegen führe der Kursusleiter, ein Major, etwa folgende Sprache: „Drei Jahre lang haben wir die Deutschen kujoniert. Jetzt ist es Zeit, sie wie Menschen zu behandeln. Ihr sollt nicht ‚Fritz' oder ‚you damned Kraut' zu ihnen sagen, sondern sie mit ‚Herr' anreden und daran denken, daß sie Menschen sind wie Ihr selbst, deren Menschenwürde Achtung verdient." Der gleiche Major, berichtete Leutnant Porter weiter, prägt den jungen amerikanischen Soldaten auch ein, daß sie um so früher nach Hause zurückkehren und für ihr eigenes Land arbeiten können, je eher Deutschland wieder aufgebaut ist. Schulungskurse dieser neuen Art tragen gewiß dazu bei, das Verhalten der amerikanischen Besatzungstruppen zu ändern, doch leben die ursprünglichen Richtlinien noch immer fort. Aber auch abgesehen davon ist es ganz unvermeidlich, daß viele Amerikaner durch ihre privilegierte Stellung in Deutschland demoralisiert werden. Man kann nicht junge Menschen straflos Recht, Gewissen und Erziehung mißachten lassen, ohne sie zu verderben. Es spricht für Amerika, daß die Washingtoner Anweisungen nicht den Erfolg hatten, die amerikanische Armee zu „nazifizieren". Aber natürlich sind viele Soldaten und Offiziere den totalitär eingestellten Zivilbeamten der Militärregierung in der Mißachtung demokratischer Grundsätze bei der Behandlung der Besiegten gefolgt. Die große Verbesserung im Benehmen der Besatzungstruppen seit 1947 kann nicht die Erinnerung an Brutalität und Willkür in den ersten Besatzungsjahren auslöschen. Die deutsche Ernüchterung ist um so größer, weil man soviel von Amerika erwartet hatte. Immer und immer wieder hat man mir gesagt: „Wir erwarteten, daß sich die Russen an kein Gesetz halten würden,

und wir wußten auch, was wir von den Engländern zu erwarten hatten, die ihre deutschen Konkurrenten ausschalten wollen. Aber es gab eine Zeit, in der wir glaubten, die Amerikaner seien anders."

Viele Deutsche hatten während des Krieges in amerikanischen Rundfunksendungen die Zusicherung gehört, Deutschland solle nicht zerstört werden. Die Härte unserer Besatzungspolitik, Demontagen, die ganze große Gruppen den Verlust ihres Lebensunterhalts fürchten lassen, die Ausplünderung einzelner deutscher Wohnungen durch amerikanische Offiziere, die Bilder, Silber und Möbel wegschleppten, die Verweigerung einer Entschädigung für zertrümmerte oder ausgeplünderte Wohnungen und andere Gesetzwidrigkeiten ließen viele Deutsche sagen: „Unter den Russen könnte es nicht schlimmer sein."

Ein Deutscher, mit dem ich sprach, nannte es geradezu „eine Tragödie", daß die Wirkung der amerikanischen Hilfe durch das Verhalten der Besatzungstruppen verdorben werde. „Selbst die Lebensmittel verlieren ihre Wirkung durch die Art, in der man sie uns gibt. Beklagen wir uns nämlich über irgendeine Ungerechtigkeit, so hält man uns entgegen: ‚Was? Ihr wagt es, Euch über das zu beschweren, was wir tun? Ihr solltet gefälligst dankbar sein, daß wir Euch nicht verhungern lassen!'"

Es ist nur natürlich, daß ein Deutscher, der endlich seine Wohnung zurückbekommt, in der jahrelang Amerikaner gewohnt haben, und nun feststellt, daß Möbel und Wäsche, Haushaltgerät und Bücher gestohlen sind, sich nicht damit zufrieden gibt, daß man ihm sagt, er solle dankbar für seine Lebensmittelzuteilungen sein und den Mund halten. Noch unwahrscheinlicher ist, daß eine Familie besondere Liebe zur Demokratie empfindet, die auf unbestimmte Zeit zu einem Kellerdasein verdammt ist, weil ihre Wohnung von Amerikanern bewohnt oder vielleicht gar einfach leerstehen gelassen wird.

Sicherlich haben die Amerikaner den besiegten Deutschen mehr gegeben, als sie ihnen weggenommen haben. Aber die Handlungen einzelner Angehöriger der Besatzungstruppen zerstören oft jedes Gefühl für Dankbarkeit. Man kann auch nicht alles mit wirtschaftlichen Begriffen messen. Die Herrenvolk-

haltung, die im Anfang von der Militärregierung für die Besatzungstruppen angeordnet wurde, hat Verstimmungen hervorgerufen, die gegenüber amerikanischer Großzügigkeit nur wenig oder gar keine Dankbarkeit aufkommen lassen.

So findet man viele Süddeutsche, die durchaus anerkennen, daß Frankreich Deutschland in höherem Maße ausgeplündert hat als die anderen Westmächte, und die trotzdem den Franzosen gegenüber weniger feindselig eingestellt sind als gegenüber Amerikanern und Engländern, weil die Franzosen in ihren persönlichen Beziehungen zu Deutschen höflicher und freundlicher sind. Als Nation nimmt Amerika die beste Haltung ein und Frankreichs Politik ist die feindseligste; im Benehmen des einzelnen aber schneiden die Franzosen oft weit besser ab als die Amerikaner.

Die Angehörigen der Besatzungstruppen in Deutschland werden aber nicht nur durch die ihnen gebotenen Gelegenheiten verdorben, sich in ihrem Benehmen über das Gesetz hinwegsetzen, die Wehrlosen beleidigen und einschüchtern zu können, es wird ihnen auch zu leicht gemacht, sich in Deutschland edelmütig vorzukommen. Man braucht nur ein Päckchen Zigaretten oder eine Tafel Schokolade zu verschenken, ja, schon ein freundliches Wort oder bloße normale Höflichkeit gegenüber den Besiegten gibt einem das Gefühl, moralisch auf der Höhe zu sein. Es ist eben zu leicht, in Deutschland gut zu sein. Großmut verdient diesen Namen nicht, wenn sie nichts kostet, und man ist dauernd in Gefahr, sich für ein ausnehmend tugendhaftes Wesen zu halten, wenn man sich nur nicht gerade als Unmensch aufführt. Wie oft haben mich in Deutschland die warme Dankbarkeit und Anerkennung beschämt, die nicht nur ein kleines Geschenk, sondern selbst das geringste Zeichen menschlichen Mitgefühls hervorriefen.

Eine der schwersten Lasten für die Deutschen bildet die Tatsache, daß ihnen das Recht entzogen ist, ihre eigene Sache selbst zu vertreten und die vielen über sie in der amerikanischen Presse verbreiteten Lügen zurückzuweisen. Sie haben ja nicht nur keine Regierung, die für sie spricht, und keine Diplomaten oder andere Vertreter im Ausland; es kommt hinzu, daß die

Mehrzahl der amerikanischen Korrespondenten in Deutschland kein Deutsch kann, von europäischer Geschichte keine Ahnung und die ganze Propaganda über die Bösartigkeit des deutschen Volkes geschluckt hat. Ihre Berichterstattung ist bestenfalls oberflächlich, im schlimmsten Fall aber gröblich in Vorurteilen befangen. Und nicht nur das; einige Korrespondenten leiden noch immer unter dem Katzenjammer, den die Orgie prosowjetischer und prokommunistischer Propaganda zurückließ, der die amerikanische Presse sich während des Krieges und unmittelbar nach Kriegsende hingab. Einer der anständigsten und von Sowjetillusionen kurierten Korrespondenten in Berlin sagte zu mir, daß er zwar mit dem Verstand die Notwendigkeit bejahe, die Deutschen als Verbündete des Kalten Krieges zu behandeln, daß aber sein Gefühl dagegen rebelliere, da er die Deutschen hasse und eine große Zuneigung zu den Russen habe.

Die meisten Zeitungen und Nachrichtenagenturen behandeln Deutschland noch immer als Kriegsschauplatz, wo man seine Nachrichten von den militärischen Dienststellen bezieht und wo eine Kenntnis der Landessprache oder der Bevölkerung nicht erforderlich ist. Es gab kaum einen Korrespondenten in Deutschland, der auch schon vor dem Kriege dort gelebt hatte, und die meisten wußten so wenig von den historischen Zusammenhängen, daß sie wirklich glaubten, die Deutschen hätten keine Ahnung von demokratischen Institutionen, soweit sie nicht jetzt darüber belehrt worden seien.

Während meines ersten Besuches in Berlin befand ich mich bei einer großen Demonstration vor dem Reichstag zufällig in Begleitung der Korrespondenten zweier führender Nachrichtenagenturen. Keiner von ihnen sprach ein Wort Deutsch und sie hatten keinen Dolmetscher bei sich. So konnten sie weder die Ansprache noch die Zurufe aus der Menge verstehen; als Oberbürgermeister Reuter sprach, fragte mich einer der beiden: „Wer ist der Kerl?“ Da nur einige wenige ganz große Tageszeitungen eigene Korrespondenten in Deutschland haben, bekommt also die Mehrheit der Amerikaner ihre Nachrichten aus Deutschland von jungen Leuten dieses Schlages.

Das schlimmste Ergebnis der Kriegspropaganda sind die Nachwirkungen des Giftes. Die meisten Amerikaner glauben heute ganz treuherzig, daß Deutschland niemals eine Demokratie oder Rechtsherrschaft gekannt habe und die aggressivste aller europäischen Nationen gewesen sei.

So ist es ganz natürlich, daß die meisten amerikanischen Korrespondenten sowohl psychologisch wie journalistisch-handwerksmäßig zur Berichterstattung über Deutschland nicht qualifiziert sind. Für die wenigen Korrespondenten, die keine Herrenvolk-Vorurteile und keine Kriegspropaganda mehr im Kopf haben, ist es schwierig, aus dem geschlossenen Kreis auszubrechen, in dem sich das Leben der Besatzungsangehörigen abspielt. Wenn sie Anschluß an deutsche Familien hätten oder in deutschen Hotels lebten, wenn sie sich selbst um Unterbringung, Verpflegung und Fahrgelegenheiten kümmern müßten, wenn sie ihre Dollars zum amtlichen Kurs in D-Mark zu wechseln hätten, kurz, wenn sie aus ihrem umhegten Dasein in das flutende deutsche Leben hineingestellt würden, dann könnten sie auch wirklichkeitsgetreu berichten. Aber so leben die meisten amerikanischen Korrespondenten ihr Leben in ebenso großer Distanz von den Volksmassen wie Amerikaner und Engländer in Schanghai und Hongkong. Einige von ihnen kennen ein paar Deutsche, so wie in China einige Korrespondenten mit ein paar Chinesen freundschaftlich verkehren. Aber ihr eigentliches Dasein spielt sich im inselartigen Umkreis der Privilegien und des Schutzes der Eroberer ab. Ganz natürlich werden sie so, von seltenen Ausnahmen abgesehen, zum Sprachrohr der Militärregierung, haben wenig Mitgefühl für das deutsche Volk und keine Neigung, über seine Nöte und Beschwerden zu berichten. Nur wenige von ihnen scheinen besser als die Militärregierung begriffen zu haben, daß man Demokratie nur durch Vorleben lehren kann, und daß kein Volk sich die Demokratie zu eigen machen wird, wenn sie nichts anderes als Unterwerfung unter die höhere Gewalt des Eroberers bedeutet. Statt dessen beten sie die alte Litanei vom teuflischen Charakter der Deutschen und ihrer traditionellen Angriffslust nach und führen das Mißlingen unserer Aktion darauf zurück.

Besonders traurig ist, daß ausgerechnet diejenigen, die sich selbst als „Liberale“ bezeichnen, in Tat und Denken höchst unliberal vorgehen. Die gleichen Leute, die zu Hause in Amerika mit Eifer dafür eintreten, daß die Vergehen Jugendlicher und die Verbrechen Erwachsener entweder die Folge der Benachteiligung im Leben oder einer unglücklichen Kindheit seien, und daß Verbrecher psychoanalysiert und „gebessert“, aber nicht eingesperrt, auf Hungerrationen gesetzt und mit Schmähungen überhäuft werden sollten, eben diese Leute wollen die Bestrafung des ganzen deutschen Volkes für seine Vergangenheit nicht aufhören lassen.

Kürzlich las ich in Harpers Magazine einen Artikel von Mr. B. Tafer, der drei Jahre bei der Militärregierung in Deutschland tätig gewesen war. Darin erzählte er die Geschichte der Gemeindewahlen 1948 in Schwäbisch-Gmünd, bei denen ein früherer Pg., namens Franz Konrad, zum Bürgermeister gewählt, der Amtsinhaber Franz Czisch, ein Halbjude, aber abgelehnt wurde. Tafer gibt zu, daß 1945 bei der Wahl des Czisch „ein frischer Wind“ in Deutschland wehte; die Menschen waren bereit gewesen, an Demokratie zu glauben. Statt nun aber anzuerkennen, daß die in den folgenden Jahren nicht nur in Schwäbisch-Gmünd, sondern „in der ganzen Zone“ eingetretene Veränderung auf unser Verhalten zurückgeht, das die Demokratie so gut wie völlig diskreditierte, macht der Verfasser der deutschen Gesamtpersönlichkeit und der „gedankenlosen deutschen Obrigkeitshörigkeit“ den Vorwurf. Den darin liegenden Widerspruch bemerkt er gar nicht: wenn die Deutschen nämlich wirklich von Natur so „obrigkeitshörig“ wären, wie er denkt, so würden sie heute alle der Militärregierung gehorchen und es nicht gewagt haben, ihrer „übermächtigen Autorität“ Trotz zu bieten, indem sie ihre deutschen „Kollaborateure“ ablehnen.

Der Verfasser des Artikels gibt zu, daß in deutschen Köpfen die deutsche Demokratie untrennbar mit den „gegenwärtigen ungeordneten und unerfreulichen Verhältnissen“ verbunden ist, aber er kommt nicht darauf, daß wir, die Besatzungsmächte, für diese Gleichsetzung von Demokratie mit Unordnung, Elend

und Ungerechtigkeit verantwortlich sind. Die traurige Wahrheit, die der Artikel in Harpers Magazine enthält, ist, daß ein idealistischer und rechtlich denkender Liberaler wie Franz Czisch durch seine Verbindung mit uns an Ansehen verloren hat. B. Tafer fand es ganz in der Ordnung, daß Gouverneur La-Follette die Wahlen, die eine Dreiviertelmehrheit für Konrad ergeben hatten, für ungültig erklärte. Muß man bei diesem Artikel nicht an die Geschichte jenes Generals Napoleons denken, der nach der Besetzung einer belgischen Stadt alle Einwohner auf dem Marktplatz versammelte und verkündete: „Ich bringe Euch die Freiheit. Jeder, der ohne Genehmigung die Stadt verläßt, wird sofort erschossen"?

Der erwähnte Artikel ist gewiß an sich unwichtig. Aber er ist typisch für Tausende anderer Artikel, Meldungen und Rundfunkkommentare. Sogenannte Liberale und Fortschrittler beherrschen den Nachrichtenapparat der Vereinigten Staaten, und es ist vielleicht das ernsteste Symptom der Schwäche der Demokratie, daß „Liberalismus" heute gleichbedeutend ist mit Haß, Rachsucht, Verewigung der Spaltung der westlichen Kultur und — selbst heute noch recht häufig — mit einer heimlichen Liebe zu den Kommunisten.

Während der Jahre 1947/49 sind die „totalitären Liberalen" in der Militärregierung weitgehend durch Amerikaner ersetzt worden, die gern in die Tat umsetzen möchten, was wir predigen, und die viel dazu beigetragen haben, die Auswirkungen unserer Maßnahmen und unseres Verhaltens in den ersten Besatzungsjahren auf die Deutschen wettzumachen. Aber trotz aller guten Absichten können auch sie nicht dem Widerspruch zwischen der autoritären Regierung eines besiegten Volkes und der Errichtung eines demokratischen Regimes entgehen. Demokratische Regierung bedeutet Regierung unter Zustimmung des Volkes: niemals aber kann es eine solche Zustimmung in einem Lande geben, das von einer fremden Macht regiert wird, die absolute Autorität für sich beansprucht sowie das Recht, an jedem Punkt in die inneren Verwaltungsangelegenheiten des besiegten Landes einzugreifen, seine Wirtschaft, Gesetzgebung und sein politisches Leben zu kontrollieren.

Die Militärregierung regelt noch immer Währung, Bank- und Kreditwesen, Außen- und Binnenhandel, die Struktur der Industrie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, um von Reparationen und Requisitionen nicht zu sprechen.*)

Den deutschen Ländern war nicht einmal gestattet, ihre eigenen Verfassungen zu entwerfen. Das ergibt sich aus den Worten von General Clay an die Bayern vom Oktober 1946, die Gouverneur von Wagoner am 18. 8. 1948 zitierte: „Die Billigung dieser Verfassung durch die Militärregierung ist selbstverständlich den internationalen Abmachungen untergeordnet, an denen die Vereinigten Staaten beteiligt sind, sowie der Viermächtegesetzgebung und den Machtbefugnissen, die sich die Militärregierung zur Durchführung der Grundsätze der Besatzungspolitik vorbehalten muß."

Es wäre für die Sache der Demokratie weniger schädlich gewesen, wenn man den Deutschen gesagt hätte: „Ihr habt jetzt auf unbestimmte Zeit unter einer Militärdiktatur zu leben!", statt daß man vorgab, wir bemühten uns um die Errichtung eines demokratischen Regimes. Wie die Dinge nun einmal liegen, machen wir damit nur die Demokratie zum Gespött und diskreditieren die demokratischen Führer Deutschlands, indem wir ihnen Verantwortung, aber keine Macht geben. Sie sollen der starken deutschen Unzufriedenheit standhalten und je nachdem als Prellböcke oder Sündenböcke dienen. Sehr treffend bemerkt Dr. Alexander Boeker in einem Artikel in The New Leader (26. 3. 1949): „Deutschen demokratischen Führern nur den Schein, aber nicht die Substanz der Macht zu geben, dient nur dazu, die Demokratie zu entwerten. Es kann Marionettendiktatoren geben, eine Marionettendemokratie gibt es nicht."

Die deutschen Demokraten sind aber nicht nur mit der

*) Daran hat sich auch seit der Umwandlung der Militärregierung in eine Hohe Kommission grundsätzlich nichts geändert, wie sich bei der Festsetzung des neuen DM-Kurses nach der Abwertung des Pfundes im September 1949, der Aufrechterhaltung des Verbotes von Großbanken, dem erst vollständigen, dann teilweisen Verbot der Ausführung eines chinesischen Schienenauftrages, dem Verbot der Stahllieferungen in die Ostzone und bei den Eingriffen in Struktur- und Besitzverhältnisse der deutschen Industrie im Zeichen der sogenannten „Entflechtung" gemäß Gesetz vom 17. 5. 1950 gezeigt hat. Der Übers.

wenig beneidenswerten Rolle von Sündenböcken für die alliierte Politik beladen, sie werden auch beständig Beschimpfungen, öffentlichem Tadel und Zurechtweisungen ausgesetzt, die ihr Ansehen untergraben und ihre Abhängigkeit verdeutlichen. Ihre Empfehlungen werden übergangen, soweit sie nicht mit den Wünschen der Militärregierung übereinstimmen; wenn aber eine Katastrophe eintritt, dann macht man sie verantwortlich. Das war besonders in dem schrecklichen Winter und Frühjahr 1947/48 der Fall, als die Ruhrbevölkerung auf die Hungerrationen von 800 Kalorien gesetzt wurde.*)

Kurz bevor ich Deutschland verließ, sagte ein Vertreter des State Department zu mir: „Wenn wir in Deutschland Erfolge haben, dann trotz, nicht wegen unserer Handlungen und unseres Verhaltens. Es gibt verflucht wenige Amerikaner, die sich zu einer Zusammenarbeit mit den Deutschen herablassen. Es ist ja auch soviel einfacher, Weisungen zu erteilen und anonyme Kommuniqués herauszugeben, die den deutschen Behörden sagen, was sie zu tun haben, statt daß man ihnen in ihrer schwierigen Lage hilft, es zu tun.“

Man kann wohl kaum die These von der Unterweisung der Deutschen in Demokratie aufrechterhalten, wenn wir ihren gewählten Vertretern befehlen, in ein paar Wochen ein Gesetz zu verfassen, das in einem wirklich demokratisch regierten Land monatelange Debatten und Diskussionen erfordern würde. Aber genau dies tut die Militärregierung. Statt sich mit den Deutschen zusammenzusetzen, um gemeinsam eine Lösung

*) F. Utley führt zum Beweis den „Fall“ Dr. Semmlers an, der als Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsrates im Dezember 1947 gewarnt und dem Zweizonenkontrollamt in Frankfurt Vorschläge unterbreitet hatte. Sie wurden nicht einmal zur Kenntnis genommen. Vertraulich gemeinte Ausführungen auf einer CDU-Zusammenkunft in Bayern am 4. Januar, die der Militärregierung hinterbracht worden waren, trugen Dr. Semmler von seiten eines Rundfunksprechers der Militärregierung die Bezeichnung „verdammter Lügner“ ein, und er wurde seines Postens enthoben, obwohl er durch eine Wahl auf ihn berufen worden war, ohne daß die Vorlage eines schriftlichen, vollständigen Berichtes über die inkriminierten Erklärungen abgewartet wurde. Unter der Anschuldigung von „Schwarzgeschäften“ wurde Dr. Semmler dann sogar verhaftet. — Ein Beispiel aus neuerer Zeit bilden die Stuttgarter Rede des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy vom 8. Februar 1950, deren scharfe Kritik die Regierung Adenauer völlig unvorbereitet traf, sowie Denkschriften der ECA-Mission, die Westdeutschland die schwersten Vorwürfe wegen der Liberalisierung des Handels machten, mit der Westdeutschland gerade Forderungen und Wünschen der Amerikaner gefolgt war. Der Übers.

der vielfältigen und schwierigen Probleme zu erarbeiten, vor die sie und die Militärregierung sich gestellt sehen, wird aus weiter Entfernung kritisiert und angeklagt, werden Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen ausgetauscht. Statt unter den Deutschen die Achtung vor ihren gewählten Vertretern zu erhöhen, neigt die Militärregierung dazu, sie entweder zu übersehen oder zu erniedrigen, indem man sie als Marionetten behandelt, deren Verbleiben im Amt nicht von der Unterstützung der Wähler, sondern von der Gunst der Militärregierung abhängt.*)

Die amerikanische Militärregierung hat die Demokratie aber nicht nur in der politischen Sphäre diskreditiert. Ihre Maßnahmen waren auch für ein freies Unternehmertum nicht minder abträglich und nicht weniger verhängnisvoll für die Schaffung von Verhältnissen, in denen ehrliche Mühe belohnt, Unredlichkeit und Ungehorsam gegenüber dem Gesetz bestraft werden.

Es ist kaum übertrieben zu sagen, daß man in Deutschland die übelsten Züge der kapitalistischen und der Zwangswirtschaft miteinander verbunden hat.

Bis zur Währungsreform im Juni 1948 hielt die amerikanische Militärregierung an der von den Nazis übernommenen Zwangswirtschaft fest, ohne jedoch den deutschen Behörden soviel Macht zu belassen, diese Zwangswirtschaft auch zum Funktionieren zu bringen. Das Ergebnis war natürlich eine Aera der Gesetzlosigkeit, in der nur Schwarzhändler verdienen konnten. Industrielle und der legitime Handel konnten nur zu festgesetzten Preisen verkaufen, die nicht einmal die Produktions- oder Einkaufskosten deckten. Anders die Schwarzhändler, die sich aus vielen Schichten rekrutierten: ehemalige Nazis, die das Entnazifizierungsgesetz von einem anständigen Lebenserwerb ausschloß, (denn wer gewöhnt ist, am Schreibtisch zu arbeiten, wird nicht ohne weiteres in der Lage sein, als ungelernter Arbeiter für sich und seine Familie zu sorgen), DPs, die von der Militärregierung vor jeder Kontrolle geschützt waren,

---

*) Vergl. Anmerkung S. 288 und die in der alliierten Presse offen erhobene Forderung auf Abberufung von Justizminister Dehler wegen seiner nicht „linientreuen" Rede in Hamburg im Februar 1950. Der Übers.

da der deutschen Polizei das Betreten ihrer Behausungen verboten war, und schließlich andere aus der Bahn geworfene Elemente, die durch die Behandlung von seiten der Nazis oder der Militärregierung dazu gebracht worden waren, auf die Gesetze zu pfeifen und nur auf ihre eigene Selbsterhaltung bedacht zu sein.

Die akute Knappheit der Lebensmittel, Textilien, des Wohnungsraumes und anderer Lebensnotwendigkeiten, wie sie sich als Folge der Niederlage, aber auch als Folge der ausdrücklichen alliierten Anweisungen von 1945 ergab, nichts zur Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft zu tun, machte die Beibehaltung der nazistischen Kriegswirtschaftsgesetze und -bestimmungen unvermeidlich. Aber es war die Höhe der Dummheit — oder der gefühllosen Mißachtung der Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes —, den Deutschen die Macht zur Durchsetzung der Kontrollen zu verweigern, die wenigstens eine gleichmäßige Verteilung der verbliebenen Lebensmittel und anderer Lebensbedarfsgüter gesichert haben würden.*)

Die Inflation, die zwar von den Nazis eingeleitet, aber von der Militärregierung zu Beginn der Besatzungszeit enorm beschleunigt worden war, als man den Russen die Druckstöcke zur Herstellung unbegrenzter Mengen von Reichsmark aushändigte, steigerte das Wirtschaftschaos in Deutschland. Jahrelang wurde die Währungsreform aufgeschoben, weil man auf ein Übereinkommen mit den Russen hoffte. Als sie dann endlich im Juni 1948 von den Westmächten durchgeführt wurde, geschah es in einer Weise, die man sich kaum ungerechter hätte vorstellen können. 90 bzw. 93,5 Prozent aller Ersparnisse wurden einfach gestrichen; weder für Witwen und Waisen noch für die arbeitsunfähigen Alten und Kriegsbeschädigten wurde irgendeine Vorsorge getroffen; eine Menge kleiner gewerblicher Betriebe wurde ruiniert; Gemeinden und Länder wurden der Fonds beraubt, aus denen die Unterstützungen an Arbeitslose und an die nach Rumpfdeutschland vertriebenen Flüchtlinge zu zahlen waren. Auch die Wohltätigkeitsorganisationen

*) Zur Bekräftigung werden mehrere Absätze aus der englischen Ausgabe des Buches von Gustav Stolper, Deutsche Wirklichkeit, zitiert. Der Übers.

verloren praktisch ihre gesamten Mittel und ebenso wurden die Guthaben bei der Postsparkasse und auf Postscheckkonten zusammengestrichen.

So glich die Währungsreform einer Pferdekur: als ob die Ärzte sich gedacht hätten, entweder stirbt der Patient, oder er wird so gesund und kräftig, daß er der Krücken des Westens nicht mehr bedarf. Eine Zeitlang sah es nach Erfolg aus. Den Kranken und den Krüppeln, den Arbeitslosen und den Arbeitsunfähigen war zwar die Existenzgrundlage genommen, aber die Ankurbelung funktionierte, und Industrielle und Kaufleute, die ihre Waren zurückgehalten hatten, solange beim Verkauf kein Verdienst erzielt wurde, holten sie jetzt hervor, da sie nun ja Geld von wirklichem Wert dafür bekamen. Ebenso brachten die Bauern und Landwirte nach der Währungsreform Lebensmittel auf den Markt, die sie solange versteckt hatten, als sie nicht gegen dringend benötigte Industrieprodukte eingetauscht werden konnten.

Diese glückliche Entwicklung war freilich nicht von langer Dauer. Unzureichende Rohstoffeinfuhr und steigende Preise verursachten neue Krisenmomente, die dadurch verschärft wurden, daß die vor der Währungsreform in der Schwebe gehaltenen Demontageverfahren jetzt katastrophale Ausmaße annahmen, wodurch Westdeutschlands Produktion und die Ausfuhr von Fertigwaren zur Bezahlung von Rohstoffeinfuhr fühlbar verringert wurden.

Das deutsche Mißtrauen in die Gutgläubigkeit Amerikas bei der Genehmigung der Wiederbelebung privaten Unternehmertums und der Möglichkeit, für den eigenen Unterhalt zu arbeiten, wurde durch die umlaufenden Gerüchte erhöht, die Erträge des deutschen Exportes würden zur Abdeckung von Schulden der amerikanischen Armee benützt: zu Beginn der Besetzung hatten wir ja nicht nur den Russen gestattet, unbegrenzte Mengen von Reichsbanknoten zu drucken, sondern auch den amerikanischen Soldaten erlaubt, derartige Reichsmark, die sie sich durch Verkauf von Uhren, Zigaretten, Schokolade und anderen Dingen an die Russen verschafft hatten, in Dollar einzutauschen.

Mr. Logan, der 1948 neu ernannte Chef der JEIA*), hat bis zu einem gewissen Grad Amerikas Ansehen als eines ehrlichen Maklers der deutschen Vermögenswerte wiederhergestellt. Wie man sagt, hat er auf einer Rechnungslegung über alle JEIA-Geldmittel bestanden, sich geweigert, die Schulden der amerikanischen Armee einfach zu streichen und verlangt, Amerika solle sein Versprechen erfüllen, d. h. die Einkünfte aus dem deutschen Export zur Bezahlung der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Wiederherstellung Westdeutschlands benützen. Da Mr. Logan aber seine Befugnisse mit den Engländern teilte, war er nicht in der Lage zu verhindern, daß die alliierte Kontrolle des deutschen Außenhandels im Sinne englischer Konkurrenzinteressen mißbraucht wurde.

Die Deutschen betrachten die JEIA als ein riesiges englisch-amerikanisches Handelsmonopol, das Deutschland am Handel mit seinen natürlichen Abnehmern und Lieferanten hindert und zwingt, im britischen Weltreich und in den Vereinigten Staaten zu kaufen und zu verkaufen. Die deutschen Exporteure und Importeure sind unter diesem von England und Amerika errichteten Außenhandelsmonopol in der Tat nur Handlanger des anglo-amerikanischen Monopols für den deutschen Handel.

Die Deutschen sind natürlich der Meinung, daß die angelsächsische Kontrolle ihres Handels jede Möglichkeit einer ausgeglichenen Bilanz ausschließt; werden deutsche Waren billiger angeboten als englische, so verweigert man ihnen die Ausfuhr. Sie beklagen sich auch darüber, daß das Verbot der Entsendung von eigenen Handelsvertretern ins Ausland ihnen die Gelegenheit nimmt, dort Exportmöglichkeiten zu erschließen, wo sie mit den Siegern konkurrieren.**)

Die deutsche Ausfuhr setzte sich früher aus einer unendlichen Vielzahl von Einzelartikeln für Spezialbedarf zusammen und erforderte eine sehr gründliche Kenntnis der Märkte. Es ist deshalb ganz klar, daß eine riesige anglo-amerikanische büro-

*) Joint Export and Import Agency: das Außenhandelskontrollamt der Doppelzone. Der Übers.

**) Mit der Auflösung der JEIA am 1. November 1949 hat sich in dieser Hinsicht manches gebessert. Auslandsreisen sind aber immer noch vom Exit-Permit der Besatzungsmacht abhängig, und Westdeutschland ist von einem freien Außenhandel auch heute noch weit entfernt. Der Übers.

kratische Organisation wie die JEIA gar nicht in der Lage ist, Ausfuhrmöglichkeiten ausfindig zu machen, selbst dann nicht, wenn sie nicht von Deutschlands Konkurrenten auf den Weltmärkten beherrscht würde. Wären die Amerikaner genau so auf ihre nationalen Interessen bedacht wie die Engländer, dann müßte die JEIA natürlich um eine Steigerung des deutschen Exportes bemüht sein, selbst wenn er mit dem englischen konkurriert. Aber wie die Dinge nun einmal liegen, können die Engländer ihre Macht geltend machen und bestimmen, was die Deutschen herstellen und ausführen dürfen und was nicht. So berichtete die New York Times am 3. 4. 1949 in einer Meldung aus Berlin, daß die englischen und französischen Vertreter in London „den widerstrebenden amerikanischen Delegierten das Zugeständnis zur Zerstörung der deutschen Anlagen zur synthetischen Herstellung von Kautschuk und Treibstoffen abgerungen haben", da die Engländer sich „wegen des Absatzes ihres Naturkautschuks" besorgt zeigten. „Wirtschaftsexperten der amerikanischen Militärregierung", so hieß es in der Meldung weiter, „wünschten die Erhaltung dieser Industrien in Deutschland und erklärten, der Kongreß werde ein Abkommen über ein dauerndes Verbot dieser Industrien scheel ansehen."

Nachdem den Deutschen bereits ihre sämtlichen Patente und Warenzeichen von der alliierten Militärregierung entwendet worden waren, sehen die Deutschen natürlich voller Mißtrauen auf die der JEIA gegebene Möglichkeit, neue deutsche Erfindungen auszuspionieren und ohne Entschädigung auszunützen. In diesem Zusammenhang muß ich eine Bemerkung zitieren, die ein Münchener Student auf einer öffentlichen Versammlung machte. Die Amerikaner, sagte er, erwarteten Dankbarkeit von seiten der Deutschen für die von den Vereinigten Staaten gelieferten Lebensmittel; dabei sei aber der Gesamtwert dieser Gaben geringer als der Wert der dem deutschen Volk von der englischen und amerikanischen Militärregierung gestohlenen Patente.

Die vorherrschende deutsche Meinung, daß die JEIA ein gemeinsames anglo-amerikanisches System zur Unterbindung der deutschen Konkurrenz auf den Weltmärkten sei, wurde

noch durch die Festsetzung des fiktiven Markkurses von 30 Cents und durch zahlreiche Einzelfälle bestärkt, in denen deutsche Exportaufträge zurückgehalten wurden, bis man untersucht hatte, ob nicht englische Firmen die Aufträge ausführen konnten.

Anfang 1949 stieg der „freie" Markkurs (in Zürich), und zwar dank den Bemühungen der amerikanischen Militärregierung zur Unterbindung des Blutverlustes der deutschen Wirtschaft, wie er infolge des französischen Exportes von Devisen und Fertigwaren und durch die von einzelnen Amerikanern und anderen betriebene Ausnützung der französischen Weigerung entstand, den Deutschen eine wirksame Zollkontrolle zu gestatten. Solange die deutschen Behörden aber daran gehindert werden, ihre Grenzen zu bewachen, und solange ihnen von den anglo-amerikanischen Behörden nicht erlaubt wird, selbst über die Verwendung der Exporterlöse zu bestimmen, kann man nicht erwarten, daß eine „freie Marktwirtschaft" in Deutschland funktioniert.

Durch ihr Nachgeben gegenüber der englischen und französischen Politik verhindern die Vereinigten Staaten die Wiedergeburt einer freien Marktwirtschaft, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in Westeuropa. Unser Grundfehler war, daß wir nicht zu erkennen vermochten, daß eine freie Wirtschaft nicht ohne die übrigen Freiheiten eingeführt werden kann. Da die Deutschen noch immer der Freiheit und Verantwortung beraubt sind, können sie die freie Wirtschaft gar nicht zum Funktionieren bringen; das muß solange scheitern, als nicht eine Versorgung mit dem, was zu einem auskömmlichen Leben erforderlich ist, gewährleistet ist. Außerdem werden die meisten Menschen Steuern hinterziehen und sich aufs Spekulieren verlegen, wenn sie nach ihrer Meinung durch eine Fremdherrschaft ausgebeutet werden. Unter solchen Verhältnissen kann kein Verantwortungsgefühl aufkommen. Warum sollte jemand arbeiten, Initiative und Erfindungsgabe aufwenden, wenn sein Einkommen durch die alliierten Anweisungen des Industrieplanes auf das Existenzminimum heruntergedrückt werden soll?

Abgesehen davon, daß wir die deutsche Wirtschaft durch fortgesetzte Durchführung eines revidierten, aber keineswegs aufgegebenen Morgenthau-Planes in der Zwangsjacke halten, belasten wir sie auch noch mit drückenden Besatzungskosten. General Clay hat diese Ausgaben als unbedeutend bezeichnet, da Amerika Deutschland zu einem höheren Betrag Lebensmittel und Rohstoffe liefere. Die Deutschen haben aber niemals eine Zusicherung erhalten, daß diese Einfuhren als Geschenk erfolgen; so weit sie unterrichtet sind, handelt es sich um Lieferungen auf Kredit, die später bezahlt werden müssen.*) Wie dem aber auch sei, diese Importe stellen keinen Ausgleich für den Verlust der ostdeutschen Kornkammer an Rußland und Polen dar, für den die Westmächte verantwortlich sind.

Weder Amerika noch England hat sich an die in der Haager Landkriegsordnung niedergelegten völkerrechtlichen Bestimmungen über Requisitionen, Inanspruchnahme von Wohnraum und andere Besatzungskosten gehalten. Einzelne Amerikaner und Engländer haben in den ersten Monaten der Besetzung in einem in der jüngsten europäischen Geschichte unbekannten Ausmaß geplündert. Später haben wir der deutschen Wirtschaft durch Requisitionen und Anforderung von Dienstleistungen Lasten auferlegt, die weit über das völkerrechtlich zulässige Maß hinausgehen.

Vollständige Ziffern über die Besatzungskosten in der Doppelzone sind nicht erhältlich. Es gibt nur für Nordrhein-Westfalen einen nach Requisitionen, Dienstleistungen und anderen Anforderungen aufgegliederten Bericht, der vom Finanzministerium des Landes herausgegeben wurde und sich in meinem Besitz befindet, obwohl er kurz nach der Veröffentlichung von der englischen Militärregierung unterdrückt wurde. Dieser Bericht enthält keine Angaben über irreguläre Beschlagnahmungen durch einzelne Mitglieder der Besatzungstruppe (Plünderung), Reparationen, Restitutionen, „multilateral deliveries"**), Holzeinschlag, Lieferung von Kohle, Elektrizität, Stahl,

*) Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands ist in der Tat im Petersberg-Abkommen vom November 1949 ausdrücklich festgelegt worden. Der Übers.
**) Siehe S. 117.

Zement und anderen Rohstoffen an die Alliierten und die Beschlagnahme der deutschen Patente, Warenzeichen und Auslandsguthaben. Er behandelt lediglich die Sach- und Dienstleistungen, die für den Bedarf der Besatzungstruppe angefordert werden und im Nothaushalt des Landes enthalten sind. Die darin angegebenen Ziffern zeigen nicht nur, wie ungeheuer hoch die der deutschen Wirtschaft aufgebürdete Last ist, sondern auch, daß die Engländer ihre Anforderungen seit Kriegsende statt verringert, erhöht haben.

Die Nettosumme der Besatzungskosten, d. h. Sach- und Dienstleistungen abzüglich der Eingänge aus Ein- und Ausfuhr unter englischer Kontrolle, betrugen im Vergleich zu den Staatseinkünften:

	Besatzungskosten	Staatseinnahmen
1946	374 Mill. RM	3 027 Mill.RM
1947	1 141 Mill. RM	3 539 Mill.RM

Die Besatzungskosten beliefen sich also 1946 auf 12,4 Prozent, 1947 auf 32,3 Prozent der Staatseinkünfte.*)

Dazu wird im Bericht des Finanzministeriums ausgeführt: „Die enormen Sach- und Dienstleistungen für die Besatzungsmacht konnten nur unter Aufbietung der letzten Handel und Industrie verfügbaren Reserven erfüllt werden und würden ohne das Eingreifen der Besatzungsmächte durch ERP-Lieferungen und Währungsreform zu einem vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft und zu einem finanziellen Chaos geführt haben.“

Mit anderen Worten: die Engländer, deren Lebensstandard in Deutschland dank den Anforderungen an die deutsche Wirt-

*) Nach der im März 1950 der Bundesregierung von der Hohen Kommission übermittelten Aufstellung der Besatzungskosten für das Rechnungsjahr 1950/51 belaufen sich diese auf 4048 Mill. DM, was etwa 22% des Gesamthaushaltes der Bundesrepublik und der einzelnen Länder entspricht. Die Kürzung gegenüber dem Vorjahr machte lediglich 544,9 Mill. DM aus. Von der Gesamtsumme entfallen auf die britische Zone 1741 Mill. DM, auf die amerikanische Zone 1517,2 Mill. DM, auf die französische Zone 740,4 Mill. DM. — Wie der Manchester Guardian Weekly am 9. März 1950 berichtete, benötigt die englische Hohe Kommission fünfmal soviel Personen wie die amerikanische. Im Oktober 1949 hatte der Hohe Kommissar Sir Brian Robertson angekündigt, daß sein Stab bis Ende 1949 von 9000 auf 6700 Personen und bis zum 1. April 1950 auf 6100 Personen verringert werden solle. Anfang Februar waren aber noch immer 7881 Personen beschäftigt. Der Übers.

schaft viel höher ist als in der Heimat, genießen noch zusätzliche Zuwendungen unter dem Marshallplan über das hinaus, was England nach dem Europäischen Wiederaufbauprogramm direkt zugeteilt wird.

Der Bericht von Nordrhein-Westfalen enthält eine Fülle interessanter Einzelheiten über alles, was unter Requisitionen verstanden wird, über die Vergeudung von Wohnraum und über die große Zahl von Deutschen, die erforderlich sind, um den Bedürfnissen und dem Vergnügen der Besatzungsmacht zu dienen.

Die sämtlich von der deutschen Wirtschaft bezahlten Löhne und Gehälter für deutsche Angestellte und Dienstboten der englischen Militärregierung stiegen von 55 Mill. RM im Finanzjahr 1945/46 auf 185 Mill. RM 1946/47 und 336 Mill. RM 1947/48. Aus den vielen angeführten Beispielen für „auffallende Verschwendung" sei der Klub Weserklause in Minden herausgegriffen, wo einige siebzig Deutsche in zwei Schichten beschäftigt sind, um durchschnittlich 5 Mittags- und 12 Abendgäste zu bedienen.

Die fremden Konsulate, einschließlich der Vertretungen der russischen Satellitenstaaten, beschäftigen ebenfalls eine große Zahl von Deutschen, deren Gehälter über Besatzungskosten aus den Steuereinnahmen der deutschen Länder bezahlt werden müssen. Selbst das holländische Rote Kreuz, das seine Tätigkeit ausschließlich auf Holländer beschränkt, hat die Gehälter seiner Angestellten der Regierung von Nordrhein-Westfalen aufgerechnet. Nicht nur Offiziere, sondern auch Feldwebel und Musiker haben Dienstboten, deren Löhne von den Deutschen bezahlt werden.

Die am bittersten empfundene Besatzungslast ist die Beschlagnahme von Häusern und Wohnungen und die Weigerung, sie zurückzugeben, selbst wenn sie gar nicht oder nur teilweise belegt sind. Die Bombenangriffe haben in allen deutschen Städten zu einer großen Wohnraumnot geführt, und da Stahl, Zement und Bauholz für den Wiederaufbau von Häusern und Wohnungen jahrelang nicht bewilligt wurden, bildet die anhaltende Beschlagnahme der besten unbeschädigten Häuser für den Gebrauch der Besatzungstruppe einen dauernden Grund

zur Klage. Daß die Verringerung sowohl der amerikanischen wie der englischen Besatzungstruppen den der deutschen Bevölkerung bewilligten Wohnraum nicht in fühlbarer Weise vermehrt hat, verschärft das Empfinden dieses Mißstandes.*)

Selbstverständlich gibt es keine Bestimmung des Völkerrechtes, auf die Anforderungen von Waren und Diensten für Personen gestützt werden können, die keine Beziehung zur Besatzungsmacht haben. Der Bericht von Nordrhein-Westfalen stellt fest, daß auch für diese Posten keine Gutschrift erfolgte. „Das gleiche gilt für die von fremden Konsulaten an englische Dienststellen für Mieten, Gehälter des deutschen Personals und die vielen gelieferten Waren in fremder Währung geleisteten Zahlungen ... Es ist bekannt, daß in den von der englischen Truppenbetreuung bewirtschafteten Klubs und Kantinen Steinhäger und Gin an die Besatzungstruppe verkauft werden, und nach Mitteilungen aus Hamburg werden diese in Deutschland beschlagnahmten alkoholischen Getränke auch an englische Kantinen im Ausland verschickt."

Es besteht kein Zweifel, daß, wie die Deutschen behaupten, viele der in der Liste als „Requisitionen für den Gebrauch der Besatzungsmacht" aufgeführten Posten in Wirklichkeit Reparationen aus der laufenden Produktion darstellen.**)

Auch in der amerikanischen Zone streicht die Armee einen beträchtlichen Gewinn aus der Benutzung der von den Deut-

---

*) Es folgen „typische Beispiele" für das Mißverhältnis von Wohnraumanforderung und Belegung. In Bonn übernachtete F. Utley als einziger Gast in einer riesigen Villa, die für durchreisende alliierte Gäste reserviert war. Es wird erwähnt, daß Ackerboden zur Anlage von Sportplätzen hergegeben werden mußte, und daß Engländer und Amerikaner entgegen der Haager Konvention nicht selbst für die durch Besatzungsangehörige verursachten Schäden aufkommen, sondern die Entschädigung auf die deutschen Länder abgewälzt haben. Eine Druckseite ist den Anforderungen von Bedarfs- und Konsumgütern gewidmet; die dabei erwähnte Liste von 710 000 Einzelgegenständen enthält u. a. Wohnungs- und Kücheneinrichtungen, Kinderbekleidung, 1000 elektrische Kindereisenbahnen, 8000 Füllfederhalter und beträchtliche Mengen Alkohol. Der Bericht von Nordrhein-Westfalen verzeichnet besonders hohe Anforderungen für August 1948 — „wegen der großen Zahl englischer Hotelgäste zur 700-Jahrfeier des Kölner Domes." *Der Übers.*

**) Die Zahlungen ausländischer Besucher für Übernachtung in beschlagnahmten Hotels fließen in die Kasse der Besatzungsmacht. In Frankfurt stellte F. Utley fest, daß für das Parkhotel mit seinen 90 bis 100 Zimmern eine monatliche Miete von 500 DM angerechnet wurde, während die Gäste zwei Dollar für die Übernachtung zu zahlen hatten. *Der Übers.*

schen bezahlten Unterbringungsmöglichkeiten und Dienstleistungen ein; immerhin leistet hier der amerikanische Steuerzahler in Form von Lebensmitteln und Rohstoffen weit höhere Beiträge. In der englischen Zone aber werden die als „Besatzungskosten“ bezeichneten „versteckten Reparationen“ nicht durch englische Gaben an Deutschland kompensiert. Außer den Lebensmittellieferungen aus Amerika haben die Vereinigten Staaten nach dem Bericht von Nordrhein-Westfalen den Deutschen auch große Vorräte aus Armeebekleidungslagern zur Verfügung gestellt und so zu einem gewissen Grade die deutsche Wirtschaft für die durch englische Beschlagnahme von Textilien eingetretenen Verluste entschädigt.

Obwohl die Engländer im allgemeinen weniger als die Amerikaner dazu neigten, über Völkerrecht und angelsächsisches Recht in der Verwaltung ihrer Zone hinwegzugehen, haben sie sich doch die Nürnberger Urteile zunutze gemacht, um alle Maßnahmen zu rechtfertigen, die zur Förderung ihrer Wirtschaftsinteressen erforderlich waren. Nach den in der englischen Zone geltenden Bestimmungen darf kein deutscher Arbeiter eine Arbeit für die Militärregierung verweigern und unter keinen Umständen seinen Arbeitsplatz bei einer englischen Dienststelle aufgeben. Die Kontrollratsverordnung über das Recht auf Zwangsarbeit kam also den Engländern besonders zugute, die daraufhin die Deutschen zur Demontage ihrer Fabriken zwingen konnten. Im Falle der Bochumer Arbeiter, die verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil sie Demontagearbeiten verweigert hatten, machte die Verteidigung geltend, daß die Haager Konvention es einer Besatzungsmacht verbietet, jemand zu einer gegen sein eigenes Land gerichteten Handlung zu zwingen, und daß in Nürnberg der Einsatz von Zwangsarbeitern als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gebrandmarkt worden war. Das englische Gericht erwiderte, die Deutschen hätten kein Recht, sich auf die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung zu berufen, da in Nürnberg festgelegt worden sei, daß das Völkerrecht auf Deutschland keine Anwendung finde. Als die deutsche Verteidigung weiter vorbrachte, es sei doch in Nürnberg auch gesagt

worden, daß jeder nach seinem Gewissen zu handeln verpflichtet sei und Befehlen den Gehorsam zu verweigern habe, wenn diese mit seinem Gewissen nicht zu vereinbaren seien, erwiderte das englische Gericht, daß kein Deutscher, unter welchen Umständen auch immer, das Recht habe, der Militärregierung den Gehorsam zu verweigern, die die absolute Autorität sei.

In dieser wie in so mancher anderen Hinsicht haben sich Engländer und Amerikaner in Deutschland die Grundsätze der besiegten Nazis zu eigen gemacht.

IX

DIE FRANZOSEN AUF HOHEM ROSS*)

„Ohne die Hilfe und Unterstützung, die Frankreich der Sowjetunion zuteil werden ließ, hätten wir die Berliner Krise längst beigelegt.“ Mit diesen Worten meinte der amerikanische Offizier, mit dem ich sprach, die von Frankreich verweigerte Zustimmung zu energischeren Maßnahmen gegen Sowjetrußland zu Beginn der Blockade und Frankreichs Verlangen, Berlin preiszugeben, was immer auch Westeuropa und die Vereinigten Staaten dafür zu zahlen haben würden. Seine Bemerkung, die der Erbitterung der amerikanischen Armee darüber Ausdruck gab, daß sie durch französische Ängstlichkeiten und den kommunistischen Einfluß in Frankreich in die Klemme gebracht worden war, konnte aber auf die ganze internationale Lage angewandt werden.

Frankreich gleicht heute einem Mühlstein um den Hals der freien Welt. Mit seiner Sorge um eine nicht mehr bestehende Bedrohung durch einen deutschen Angriff, mit seiner Hoffnung, einen Krieg mit Rußland durch eine Beschwichtigungspolitik zu vermeiden, und mit seinem kommunistischen Einfluß verhindert Frankreich die Durchführung einer zur Wiederherstellung Westeuropas und Sicherung seiner Verteidigung bestimmten amerikanischen Politik. Bei jeder entscheidenden Wende und bei jedem Problem gelingt es Frankreich, durch Gegeneinwirkung die auf Selbsterhaltung und Sicherung Europas gerichteten amerikanischen Anstrengungen zunichte zu machen. Ob es sich um Reparationen und Besatzungsstatut, um die Ruhr und um die Verteidigung Berlins handelt, immer schwächt Frankreichs kurzsichtige Politik die westliche Welt. Selbst ein von Kommunisten regiertes Frankreich hätte nichts besseres tun können, um Europa gespalten, schwach und macht-

*) Siehe Nachwort S. 340.

los zu halten und den Tag näherzubringen, an dem Amerika entweder bankrott geht oder zu einer isolationistischen Politik zurückkehrt.

Die Politiker, die heute Frankreich regieren, haben offenbar ebenso wie die Bourbonen nichts gelernt und nichts vergessen. Genau wie in den zwanziger Jahren, als sie sich auf eine Politik der Rache und Vergeltung versteiften, die Deutschland zerstörte und Hitler zur Macht verhalf, zerren sie auch jetzt wieder Europa dem Abgrund zu.

Es gehört zu den sonderbarsten Erscheinungen der modernen Welt, daß die Franzosen, die sich selbst brüsten, das vernünftigste aller Völker zu sein, sich außenpolitisch wie ein hysterisches Weib benehmen. Vielleicht gibt folgende Feststellung eines amerikanischen Offiziers, der an den Verhandlungen mit den Franzosen in Berlin teilgenommen hatte, dafür die Erklärung: „Die Franzosen", sagte er zu mir, „haben ihren Stolz verloren. Wenn sie tapfer gekämpft und ihre Selbstachtung bewahrt hätten, würden sie heute nicht so rachsüchtig und töricht sein. Die Engländer, die viel mehr gelitten haben als die Franzosen, kamen erhobenen Hauptes aus dem Kriege zurück, weil sie Mut gezeigt hatten; die Franzosen dagegen brachten nur Scham und Angst nach Hause."

Gerade die Tatsache, daß so viele Franzosen mit den Deutschen während der Besatzungszeit zusammengearbeitet hatten, macht sie jetzt zu den ersten Exponenten einer rücksichtslosen Politik gegenüber Deutschland. Sie suchen die Erinnerung an eine Vergangenheit, in der sie die deutsche Herrschaft hinnahmen, dadurch auszulöschen, daß sie noch härter auf die besiegten Deutschen dreinschlagen als die eigentlichen Sieger.

Mein Gespräch mit dem zitierten amerikanischen Offizier in Berlin erinnerte mich an einen Ausspruch General Robert E. Woods. Er erzählte von seinem Großvater, der als General am Bürgerkrieg teilgenommen und zu ihm gesagt hatte: „Tapfere Männer hassen ihre Feinde nicht, sie achten sie. Den Haß überlassen sie Weibern und Pfaffen."

Zum Unglück für die freie Welt behandeln die Vereinigten Staaten Frankreich wie eine Geliebte oder wie ein schwaches

und törichtes Weib, dem man seine Schwächen nachsehen muß. Ob aus Verehrung der französischen Kultur, die den Amerikanern schon in der Schule eingeflößt wird, wo Französisch meist die einzige Fremdsprache ist, oder aus dem Glauben, daß Frankreich noch immer das Symbol der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sei, oder ob es einfach die Anziehung der sinnlichen Genüsse von Paris ist: das State Department, die Marshallplanverwaltung und die meisten amerikanischen Journalisten und Schriftsteller lieben nun einmal Frankreich. Paris hat man zum Hauptquartier der ECA erkoren, in Paris finden die Zusammenkünfte amerikanischer und europäischer Gewerkschaftsführer statt, wenn nicht in Lake Success, so versammelt sich die UNO in Paris, und Paris ist die Stadt, zu der es alle guten Journalisten hinzieht.

Frankreich wird noch immer in Amerika als die Hauptmacht Europas betrachtet, obwohl es doch des Arbeits- und Kampfeswillens ermangelt und weder über die zur Führung Europas erforderliche Intelligenz noch über die notwendige Stärke und umfassende Schau verfügt. So kommt es, daß man die durch Korruption, Vorurteile, Schwäche und Haß vergiftete französische Atmosphäre als die rechte Luft für eine Regelung der europäischen Probleme gewählt hat.

Ganz richtig hat der Berliner Korrespondent der New York Times, Sydney Gruson, am 18. 4. 1949 berichtet: „Beamte der *Militärregierung*, die General Clays *Verdruß* über das Verhalten der ECA gegenüber Deutschland teilen, behaupten, daß die Tätigkeit der Marshallplanverwaltung ausgesprochen französisch orientiert ist. Unter den Amerikanern in Deutschland gilt dies als eine schwerwiegende Beschuldigung, da man den Franzosen wegen ihrer heftigen Angst vor einer Erholung Deutschlands die Schuld für alle Verschleppungen und Behinderungen einer Dreimächtepolitik für Deutschland zuschreibt."

Diese Meldung der New York Times bezog sich darauf, daß die ECA das Verlangen General Clays auf Freigabe von 200 Mill. DM aus den Gegenwertfonds zum Ankauf von rollendem und anderem Material für die deutsche Reichsbahn abgelehnt hatte. Anscheinend war General Clay auch darüber aufgebracht,

daß die ECA-Behörden ihre Genehmigung verweigert hatten, daß ein Teil der zur Verwendung durch die amerikanische und englische Militärregierung vorgesehenen 5 Prozent der Gegenwertfonds zur Finanzierung der Sendungen der „Stimme Amerikas" in Berlin und von RIAS verwandt würden, des hervorragenden „Rundfunks im amerikanischen Sektor", der antikommunistische Propaganda in die russische Zone ausstrahlt.

Der Eindruck, daß sich die ECA in ungebührlichem Maße durch die französische Regierung beeinflussen läßt, wird durch die Tatsache verstärkt, daß Paul Hoffman und seine Vertreter einen großen Teil ihrer Zeit in Paris verbringen und den anderen europäischen Ländern nur Flugbesuche abstatten. Aber auch ganz abgesehen davon, beweisen die besondere Bevorzugung Frankreichs bei der Zuteilung der Marshallplangelder und das Versagen Paul Hoffmans, durch einen Druck auf Frankreich und England die Demontage zu Ende zu bringen, daß er auf den amerikanischen Steuerzahler und die langfristigen Ziele des Marshallplans nicht ausreichend Rücksicht nimmt.

Wie ich schon in Kapitel III erwähnt habe, hat die ECA nicht einmal einen Versuch unternommen, den größten Teil der zur Demontage vorgesehenen Fabriken zu retten, — und das State Department ging in seiner Willfährigkeit Frankreich und England gegenüber sogar noch weiter als die von Paul Hoffman geleitete Organisation.

Das drastischste Beispiel für die dem amerikanischen Steuerzahler durch die von Dean Acheson bereitwillig erteilte Genehmigung zu fortgesetzter französischer Zerstörung deutschen Volksgutes auferlegten Kosten bildet das Abkommen vom April 1949, auf Grund dessen Frankreich einen Teil der großen Stickstoff-Kunstdünger-Werke in Oppau abreißen konnte. Das Oppauer Werk ist mit einer Produktionskapazität von 730 Tonnen reinem Stickstoff am Tage die größte europäische Anlage für die Herstellung von synthetischem Stickstoff. Seine Kapazität soll auf 410 Tonnen reduziert werden. Das bedeutet einen jährlichen Ausfall von 100 000 Tonnen Stickstoffdünger — ohne einen entsprechenden Gewinn für die französische Produktion. Der größte Teil der abgebauten Maschinen wird nichts

als Schrott sein. Der Restwert wird auf nur 1 Mill. Dollar geschätzt, während ursprünglich in das Werk 4,5 Mill. Dollar hineingesteckt worden sind.

Nach den Berechnungen von Prof. Dr. Fritz Baade vom Kieler Weltwirtschaftsinstitut wird Deutschland zum Ausgleich des Produktionsausfalles Stickstoffdünger im Werte von 36 Mill. Dollar einzuführen haben. So wird also jeder Dollar, den Frankreich gewinnt, den amerikanischen Steuerzahler 36 Dollar kosten. Führt der Demontageverlust in Oppau aber zu einer so großen Stickstoffknappheit, daß auch Amerika die deutsche Landwirtschaft nicht ausreichend beliefern kann, so werden die Kosten sogar noch höher sein. Wenn nämlich als Effekt der französischen Demontage in Oppau zusätzlich Getreide eingeführt werden muß, wird jeder von Frankreich verdiente Dollar Amerika 200 Dollar kosten.

Wenn Westdeutschland sich jemals selbst versorgen soll, bedarf es nicht geringerer, sondern größerer Stickstoffmengen als vor dem Kriege. Man sollte ihm gestatten, soviel Stickstoff herzustellen, daß der Verbrauch wie in Belgien und Holland auf mehr als 1 Zentner je Hektar gebracht werden kann. Das würde aber eine größere als die ursprüngliche Kapazität der Oppauer Werke erfordern. Statt dessen lassen wir die Franzosen jede Möglichkeit zerstören, daß die deutsche Landwirtschaft mit ihrem Mindestfriedensbedarf versorgt wird.

Bisher haben die Franzosen in Oppau nur eine Produktion von 40 Prozent der Kapazität zugelassen — 80 000 Tonnen statt 200 000 Tonnen — und haben davon zwei Drittel an die Landwirtschaft der französischen Zone geliefert und den Rest auf ihre Rechnung exportiert.

Nachgerade weiß jeder, daß die Russen durch ihre Weigerung, Deutschland als eine Wirtschaftseinheit zu behandeln, den amerikanischen Steuerzahlern eine erdrückende Last aufgebürdet haben. Aber nur wenige Amerikaner sind sich darüber klar, daß auch Frankreich für die hohen Steuern verantwortlich ist, die sie zu entrichten haben. Nach den Berechnungen von Prof. Baade hat Frankreichs Weigerung, die Doppelzone durch die Oppauer Werke mit Kunstdünger versorgen zu lassen,

einen Produktionsverlust von 2 Mill. Tonnen Getreide nach sich gezogen, was wertmäßig etwa dem Verlust entspricht, der durch russische Unnachgiebigkeit und durch die polnische Besitzergreifung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie eingetreten ist.

Oppau ist aber nur ein Beispiel für die Methoden, mit denen die französische Politik Europa schwächt und die amerikanische Wirtschaft belastet. Das Vorgehen der Franzosen in ihrer Zone kann nur mit dem der Russen verglichen werden. Sie haben sie in einem solchen Ausmaß von Maschinen und Lebensmitteln entblößt, daß nur amerikanische Unterstützung die dortige Bevölkerung am Leben erhalten hat.

Die Franzosen haben es abgelehnt, Ostvertriebene aufzunehmen, damit ihre Zone, die fruchtbaren Boden umfaßt, sich selbst erhalten sollte. Aber die französische Ausplünderung führte zu wirklicher Hungersnot, bis 1948 ECA-Hilfe eintraf. Abgesehen von den 875 Mill. Dollar im Jahr, mit denen die Vereinigten Staaten die französische Wirtschaft direkt unterstützten, leisten sie auch noch einen Zuschuß von 155 Mill. Dollar für die französische Zone, zum Ausgleich dessen, was Frankreich in Form von Lebensmitteln, Holz, Industrieerzeugnissen und Maschinen herausholt.

Die Franzosen haben nicht erst ein alliiertes Übereinkommen abgewartet, um Reparationen zu entnehmen. Gleichzeitig mit der Besetzung fingen sie an, Fabrikeinrichtungen und andere deutsche Werte zu beschlagnahmen, so daß bei Veröffentlichung der alliierten Demontageliste die Produktionskapazität der französischen Zone bereits unter den Stand von 1936 heruntergedrückt war.

Die Franzosen behaupten, daß die Deutschen während der Besetzung Frankreichs von dort an die 60 000 Maschinen abtransportierten, erwähnen aber die 40 000 Maschinen nicht, die nach deutschen Angaben in der gleichen Zeit nach Frankreich geliefert worden sind. Als die Demontageliste für alle drei Westzonen 1947 veröffentlicht wurde, hatten sie bereits aus ihrer Zone allein 45 000 Maschinen weggenommen. Diese Maschinen, die als prélèvements — eine höfliche Umschreibung

für Plünderung — nach Frankreich gingen, werden auf der Reparationsrechnung überhaupt nicht mitgezählt. Man hatte zwar den Deutschen in der französischen Zone gesagt, daß das spätere offizielle Demontageprogramm entsprechend modifiziert werden würde, doch wurde dieses Versprechen nicht eingehalten. 234 Industrieunternehmen wurden im Oktober 1947 zur Demontage vorgesehen, von denen nur 34 als Rüstungsbetriebe betrachtet werden konnten, während die meisten in die Kategorie der Leichtindustrie gehörten, die doch nach dem Revidierten Industrieplan erweitert werden soll. In Württemberg z. B. ist die Textilindustrie sämtlicher moderner Knüpf-, Rundstrick- und Webemaschinen beraubt und damit von jeder Exportmöglichkeit abgeschnitten worden. Die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen wurden in ähnlicher Weise demontiert. Der Werkzeugmaschinenindustrie in Württemberg waren nach den ersten französischen Abtransporten nur 55 Prozent ihrer Kapazität verblieben, obwohl ihr nach dem Industrieplan 83 Prozent hätten verbleiben sollen. Dabei erfolgen jetzt auf Grund des offiziellen alliierten Demontageprogramms weitere Maschinenentnahmen.

Die Leder-, Holzbearbeitungs- und Bauindustrien sind in ähnlicher Weise ihrer Ausrüstung entblößt worden. Nach dem Industrieplan soll der feinmechanischen und optischen Industrie angeblich eine um 36 Prozent höhere Kapazität als 1936 belassen werden; in Südbaden aber hatten die Franzosen schon im Februar 1947 durch Abtransport von 2155 teuren Maschinen die Produktion auf die Hälfte von 1936 herabgesetzt und haben die Produktionskapazität seitdem weiter verringert.

Am schlimmsten aber ist es um die Uhrenindustrie bestellt, wovon schon im dritten Kapitel die Rede war. Durch die Vorausentnahmen und die späteren Maschinenabtransporte haben die Franzosen diese alteingesessene Industrie lahmgelegt, die früher Tausenden von Menschen im Schwarzwald eine Existenz bot.

In der am 13. April 1949 vom ECA-Informationsbüro in Washington herausgegebenen Erklärung werden 40 der vom Humphrey-Komitee untersuchten 381 Unternehmen aufgeführt,

bei denen die Franzosen ganz oder teilweise auf Demontagen „freiwillig verzichteten". Aber weder in diesem noch im Bericht des Humphrey-Komitees*) werden die gewaltigen Mengen von Fabrikausrüstungen in Rechnung gestellt, die Frankreich ohne Bezugnahme auf die Interalliierte Reparationsbehörde (IARA) und ohne Berichterstattung an die ECA aus seiner Zone weggenommen hat. Zu den vielen Ungerechtigkeiten, an die das deutsche Volk jetzt gewöhnt wird, gehört die Empfehlung der ECA, die Ausstattung zahlreicher Fabriken von Friedensware als Reparationen freizugeben, weil sie bereits den Empfängernationen zugewiesen worden waren, während der von Frankreich und England vorgenommene Abtransport von nicht auf der Reparationsliste verzeichneten und nicht als Reparationen angerechneten Maschinen unberücksichtigt bleibt.

Die Gründe, die ECA für den Beschluß anführt, die bereits zugeteilten Betriebe nicht in Deutschland zu belassen, rechtfertigen den Verdacht, daß Washington selbst heute seine frühere Beschwichtigungspolitik gegenüber Rußland noch nicht völlig aufgegeben hat, oder durch Frankreich und England gezwungen wird, Stalin nicht zu verstimmen. So wird in der Einleitung des Humphrey-Komitee-Berichtes ausdrücklich erklärt: „Engländer und Franzosen und ebenso der Präsident der IARA haben uns sehr nachdrücklich auf das Problem politischer Verwicklungen hingewiesen, das mit einer weiteren Änderung des bereits früher eingeschränkten Reparationsprogramms verbunden ist. Die Angelegenheit wird weiter dadurch kompliziert, daß von den 19 zu Reparationen berechtigten Nationen nur 9 zu den Begünstigten des europäischen Wiederaufbauprogramms gehören. Dieser Umstand war besonders wichtig, weil er unsere Entscheidungen über die Anlagen berührte, die bereits der IARA für Reparationszwecke zugeteilt und ebenso über diejenigen, die noch zusätzlich von der IARA den Empfängerländern zugesprochen worden waren. Die Komplikationen, die sich im Hinblick auf diese zugeteilten und weiter verteilten Anlagen ergaben, erwiesen sich als so verwickelt, daß wir nach

*) Bericht über die für Reparationszwecke abzubauenden Unternehmungen in den drei Westzonen Deutschlands. Januar 1949. Marshallplan-Verwaltung, Beratendes Industriekomitee.

sorgfältigen Erwägungen die sofortige Freigabe sämtlicher Anlagen dieser Art empfahlen."

Anders ausgedrückt: Die Organisation Paul Hoffmans beschloß, Demontage und Abtransport der Sowjetrußland und seinen Satelliten zugesprochenen Fabrikeinrichtungen fortzuführen. Dies erfolgte trotz des „Bedauerns", mit dem die ECA beschloß, „in die Demontage der Einrichtungen einer gewissen Anzahl kleinerer Werke einzuwilligen, die Gebrauchsgegenstände der Friedenswirtschaft herstellen".

Bei den von der ECA zur Weiterleitung an die Kommunisten freigegebenen Maschinen handelt es sich aber keineswegs nur um solche, die der Friedensindustrie entnommen werden. Es gehören gerade auch jene als „strategisch wichtig" betrachteten Typen schwerindustrieller Maschinen dazu, die Marshallplanländer nicht nach Rußland ausführen dürfen. Wir erleben also das befremdliche Schauspiel, daß mit Zustimmung der ECA aus Deutschland gerade jene Dinge an die Kommunisten geliefert werden, die anerkanntermaßen der Steigerung des sowjetischen Kriegspotentials dienen.

Im Endergebnis werden die Demontagen selbst nach den Modifizierungen durch das letzte Übereinkommen mit den ECA-Behörden der französischen Zone nicht mehr als die Hälfte ihrer industriellen Kapazität von 1936 belassen. Offensichtlich haben die ECA-Behörden nicht einmal den Versuch gemacht, hochspezialisierte Friedensindustrien zu retten wie eines der modernsten Werke für Drahtbearbeitungsmaschinen. Zu Beginn der Besetzung kamen die Franzosen und holten 200 Werkzeugmaschinen weg, ohne auch nur eine offizielle Bestätigung darüber auszustellen. Ein paar Monate später kamen drei französische Offiziere und holten weitere 34 Maschinen zum Gebrauch in Frankreich weg. Als nächste kam „Section T" der französischen Militärregierung, die nochmals 70 Maschinen abholte. „Nun ist es Schluß", wurde erklärt; man werde nichts mehr wegnehmen. Als der Eigentümer erwiderte, man habe ihm nicht genug Maschinen belassen, um den Betrieb fortzuführen, erklärte man ihm: „Dann können Sie jetzt lernen, wie man auf primitive Weise ohne moderne Maschinen arbeitet".

Schließlich kam aber im Sommer 1948 noch eine andere französische Kommission und befahl die Demontage von weiteren 72 Maschinen, diesmal als regulär von der IARA weiter zu verteilende Reparationen. Diese letzte Maschinengruppe stand im Freien, als ich das Werk besichtigte, und wird vermutlich bald verrostet und verrottet sein.

Die Plünderung deutscher Wälder durch die Franzosen, mit der sie noch größeren Groll und Haß hervorrufen als durch den Raub ersetzbarer Güter, läßt auch für Europa als Ganzes bleibende schädliche Auswirkungen erwarten. Wo immer man in der französischen Zone herumreist, sieht man Holztransporte und an den Straßen gewaltige Holzstapel. Der Schwarzwald ist noch immer schön, aber an vielen Stellen zeugen Kahlschläge und häßliche Baumstümpfe von der Ausplünderung einer der lieblichsten Gegenden Europas.

Nach deutschen Angaben haben die Franzosen bereits dreimal soviel Holz geschlagen, wie Deutschland aus ganz Frankreich während der Besetzung abtransportierte.

Auch die Engländer haben die deutschen Waldbestände empfindlich gelichtet. Der Holzschlag in der englischen Zone war 1946 viermal, 1947 dreieinhalbmal und 1948 doppelt so groß wie der natürliche Zuwachs. Die Engländer haben aber wenigstens ihre Anforderungen von Jahr zu Jahr herabgesetzt, während die Franzosen sie gesteigert haben, so daß sich 1948 das Verhältnis von Zuwachs und Einschlag wie 100 zu 379 verhielt.

C. A. Schenck, der Gründer der Biltmore-Forstschule, zeigt in einer 1948 in New York veröffentlichten Schrift, daß in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Drittel Morgen Wald entfällt, gegenüber fast vier Morgen in den Vereinigten Staaten, wo im übrigen auch keineswegs mehr von Holzüberfluß die Rede sein kann. Das gesamte deutsche Waldgebiet macht nur 0,5 Prozent des Weltwaldbestandes aus; der Holzbedarf Deutschlands übersteigt die Eigenerzeugung um 8,2 Mill. cbm, was normalerweise durch Einfuhr ausgeglichen wurde. Trotzdem wurden seit der Besetzung 7 Prozent des deutschen Waldbestandes zum Einschlag und Abtransport bestimmt. Das schlimmste Kennzeichen des englischen und fran-

zösischen Holzschlages nennt Schenck in seiner Schrift die Mißachtung der Regeln gesunder Forstwirtschaft; die Kahlschläge werden nicht wieder aufgeforstet. Er schreibt: „Im Schwarzwald werden jetzt von der französischen Militärregierung 3000 Italiener bei einem Holzeinschlag von gigantischem Ausmaß beschäftigt. Die Engländer beschäftigen (vor allem im Harz) 700 englische Kolonialsoldaten als Holzfäller. Natürlich werden dabei alle überlieferten Gesetze der Forstwirtschaft außer acht gelassen, da sie den Holzeinschlag behindern würden.“ Schenck stellt weiter fest, daß bereits 33600 Morgen in der französischen, 75 000 in Nordrheinland in der englischen und 41 000 in der amerikanischen Zone nach Aufforstung rufen.

Die Deutschen haben aber nicht nur durch die englischen und französischen Einschläge und den Holzexport eine schwere Minderung ihres Waldbestandes erlitten; infolge des Zwangsexportes von Kohle mußte sich auch der deutsche Verbrauch von Brennholz erhöhen.

Die Bodenerosion als Ergebnis der wirtschaftswidrigen Ausbeutung der deutschen Wälder durch die Eroberer wird auch zu einer beträchtlichen Verschlechterung des Ackerbodens führen und wahrscheinlich das Klima Europas nachteilig beeinflussen. Die Schweizer machen sich bereits Sorge über die klimatischen Rückwirkungen der englischen und französischen Entforstung Deutschlands. „Das deutsche Klima“, schrieb ein Schweizer Forstmann, „nimmt Steppencharakter an. Diese Gefahr muß nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ernstgenommen werden. Es ist sicher, daß sich als Folge davon auch in der Schweiz klimatische Änderungen ergeben werden ... Aus Mangel an Arbeitskräften, Saatgut und Pflanzen wurden die Kahlschläge nicht wieder aufgeforstet.“*)

Ein Artikel in der Forstzeitschrift der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, Unasilva, (Juli-August 1947), stellt fest: „Viele Länder beobachten die übermäßige Ausbeutung des deutschen Waldbestandes mit großer Sorge, weil dadurch die ganze Wirtschaftsstruktur und das wirtschaftliche

*) Zitiert in Hans Huth, Bericht über die gegenwärtige Lage des Naturschutzes in der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone Deutschlands (Chicago, Juni 1948).

Gleichgewicht Europas umgestoßen und die Zukunft mit einer Hypothek belastet wird, die abzutragen mindestens 100 Jahre erfordern wird."

Edmund Burke hat in der Zeit der französischen Revolution mit Recht gesagt, daß man nicht eine ganze Nation ächten kann. Es wäre ebenso unfair, das ganze französische Volk für die törichte Rachsucht der heutigen französischen Politiker verantwortlich zu machen, wie es ungerecht ist, alle Deutschen als Helfer des Naziregimes anzusehen. Verantwortlich für die Vendetta gegen die Deutschen, die Europa schwächt und im Enderfolg zu seiner Auslieferung an Stalin führen mag, sind die französischen Politiker aller Parteien, die zu ihrem eigenen Vorteil ihr Spiel mit nationalen Leidenschaften und Haßgefühlen treiben. So seltsam es klingen mag, das französische Volk scheint heute im Unterschied zu seiner Regierung den Deutschen gegenüber freundlicher gesinnt als früher. Das war jedenfalls der Eindruck, den Oberbürgermeister Prof. Reuter und Frau Annedore Leber von ihrem Besuch in Frankreich mitbrachten, und ich selbst habe die gleiche Erfahrung gemacht.

Während der zwei Wochen, die ich im Sommer 1948 in Paris verbrachte, machte ich mir einen Sport daraus, jeden Franzosen, mit dem ich ins Gespräch kam, zu fragen, wie es unter der deutschen Besetzung gewesen sei. Dabei habe ich fast stets die gleiche Antwort bekommen, ob ich nun mit einem Kellner, Arbeiter, Ladenbesitzer, Dienstboten oder Gepäckträger sprach: ein Achselzucken und die Bemerkung „Eh bien, wir hatten etwas besser zu essen als jetzt." Der letzte, mit dem ich sprach, war der Hausdiener, der mein Gepäck an den Zug brachte, mit dem ich nach Deutschland zurückkehrte; er sagte: „Wenn nur wir Franzosen mit dem deutschen Volk zusammenkommen könnten, dann würde alles besser werden. Das wäre nochmal eine Sache. Dann hätten wir Freude, Frieden und ein anständiges Leben."

Es hatte in Frankreich den Anschein, daß die Reichen, nicht die Armen die Deutschen haßten, denn diese hatten während der Besetzung wenigstens für eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel und Konsumgüter gesorgt, während im befreiten Frankreich die Reichen von Tag zu Tag reicher, die Armen aber ärmer wurden.

Als ich Anfang August 1948 von England über Ostende nach Deutschland fuhr, hatte ich ein Gespräch, das in gewisser Weise den Unterschied zwischen der Haltung von Regierung und Presse in Frankreich und Belgien und der Stimmung vieler Franzosen und Belgier der Mittel- und unteren Klassen beleuchtete. Wie gewöhnlich reiste ich zweiter Klasse, nicht nur aus Ersparnisgründen, sondern weil die Menschen auf langen Bahnfahrten Fremden gegenüber aufgeschlossener sind als sonst. In den bequemen internationalen Schlafwagen ist die Aussicht gering, daß man mit den Mitreisenden ins Gespräch kommt; die meisten werden wie man selbst Ausländer sein. Sitzt man aber die ganze Nacht in einem Abteil 2. oder 3. Klasse, so vergehen die Stunden viel schneller, wenn man sich unterhält. So habe ich oft vertraute Gespräche mit ganz Fremden geführt, denen ich nie wieder begegnen würde, und die deshalb keine Hemmungen hatten, ihre wahre Meinung zu erkennen zu geben.

In dem Ostender Zug waren wir zu viert im Abteil. Mir gegenüber saß ein Engländer, mit dem sich rasch ein freundschaftliches Streitgespräch über Deutschland entspann. An einem bestimmten Punkt wandte er sich an die neben ihm sitzende Dame, wiederholte kurz auf französisch den Inhalt unseres Gesprächs und sagte: „Madame werden mir sicherlich zustimmen, da Ihr Volk unter der deutschen Besetzung zu leiden hatte.“ Die — bemerkenswert hübsche — Dame erwiderte jedoch: „Non Monsieur, ich stimme völlig mit Madame überein. Das deutsche Volk tut mir heute sehr leid, und außerdem sehe ich keinen Sinn in der gegenwärtigen Politik, die Deutschen unter so elenden Verhältnissen leben zu lassen, daß sie an die Seite Rußlands und damit in eine Front gegen uns getrieben werden können.“ Da mischte sich mein Nachbar ein, — wie sich herausstellte, ein belgischer Geschäftsmann, der nach Prag reiste, — und sagte: „Wir können die amerikanische Politik einfach nicht verstehen. Sie zerstört Deutschland, so daß es keine Schranke mehr zwischen uns und Sowjetrußland gibt. Nicht die Amerikaner, wir werden die Leidtragenden dieser angelsächsischen Dummheit sein, wenn die Russen über Europa hinwegfegen.“

Der Engländer war höchst verwundert, daß meine und nicht seine Auffassung Unterstützung fand; das könne aber kaum die

allgemeine Stimmung der belgischen Bevölkerung sein, meinte er, worauf die junge Belgierin zu ihm sagte: „Sie sollten nicht alles glauben, was man Ihnen vor anderen sagt. Viele Leute werden Ihnen gegenüber nicht ihre wahre Meinung äußern. Es gibt heute auch einen Schwarzmarkt für Gedanken."

Das erschien mir als eine sehr scharfsinnige Beobachtung. In Ländern wie Frankreich und Belgien, wo man die „collaborateurs" nach der Befreiung gelyncht hat, ist die Furcht vor freundschaftlichen Äußerungen über das deutsche Volk noch nicht erstorben. Und selbst in den freiesten Ländern der Welt sagen die Leute oft das, was, wie sie glauben, von ihnen erwartet wird, d. h. sie äußern die rechtgläubigen und allgemein respektierten Anschauungen, obwohl sie vielleicht „unter dem Ladentisch" ganz andere Auffassungen auf Lager haben. Genau so wie heute freier Handel in vielen europäischen Ländern Schwarzhandel genannt wird, gelten auch im Bereich der Innen- und Außenpolitik gesunder Menschenverstand, Logik, Menschlichkeit und vernünftiges Denken nur zu oft als Beweis der Verderbtheit oder Reaktion.

Der Einfluß dessen, was als öffentliche Meinung angesehen wird, weil es der Schreibweise der Presse und den Erklärungen der Politiker entspricht, ist fast ebenso machtvoll wie eine Gestapo oder GPU, die verhinderten, daß „gefährliche Gedanken" laut wurden.

Aus dem Gespräch mit der belgischen Dame wurde mir aber auch erst so recht klar, daß nicht nur die Angst, nicht als „ehrbar" angesehen zu werden, viele Menschen zu Racheforderungen gegenüber Deutschland treibt, obwohl sie in Wirklichkeit keinen Haß gegen das deutsche Volk empfinden und wissen, daß die alliierte Politik gegenüber Deutschland ihnen ebensoviel Schaden zufügt wie den Deutschen. Ich hatte der Belgierin einen Artikel zu lesen gegeben, in dem ich mich für eine vernünftige und menschliche Haltung gegenüber den Deutschen einsetzte. Sie war darüber äußerst erstaunt: „Ist es wirklich möglich," sagte sie, „solche Dinge in den Vereinigten Staaten auszusprechen? Hier in Belgien würden Sie glatt eingesperrt werden, wenn Sie einen derartigen Artikel veröffentlichten."

Es handelte sich um einen Aufsatz, den ich für den Washingtoner Pressedienst „Human Events" geschrieben und in dem ich der Barbarei unserer heutigen Politik gegenüber den Besiegten die größere Menschlichkeit und Klugheit der Eroberer in früheren Zeiten gegenübergestellt hatte, als noch Ritterlichkeit oder wohlverstandenes Eigeninteresse die Sieger abgehalten hatte, ihrer Rachsucht gegenüber dem Besiegten freien Lauf zu lassen. Die belgische Dame erzählte mir, daß einer ihrer Freunde im Winter 1947/48 verhaftet und drei Tage ohne Verpflegung eingesperrt worden war, weil er es gewagt hatte, gegen die alliierte Hungerpolitik in Deutschland zu protestieren.

Als ich drei Monate später durch die französische Zone reiste, war ich ganz betroffen von dem Gegensatz zwischen der Haltung der französischen Soldaten, mit denen ich sprach, und der Haltung ihrer Regierung und Besatzungsbehörden. Ich habe die französische Zone dreimal besucht; die längste Zeit hielt ich mich dort auf, als ich im Oktober 1948 von Siegen mit Helmuth Weber, seiner Schwester Margarita und ihrem französischen Gatten René in den Schwarzwald fuhr.*) Die beiden Herren hatten geschäftlich in der französischen Zone zu tun, und ich benützte die Gelegenheit, mit ihnen in ihrem alten Mercedes zu fahren. Ich hatte bereits gelernt, wie schwierig es ist, als amerikanische Journalistin in der französischen Zone etwas zu erfahren, weil den deutschen Fabrikbesitzern unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten ist, Amerikanern Angaben über die französische Beschlagnahme von Maschinen zu machen oder ihnen das Betreten ihrer Fabriken zu gestatten.

Mit Helmuth und René als Reisebegleitern hatte ich den Vorteil, daß sowohl die Deutschen wie die Franzosen ohne besondere Scheu mit mir sprachen. Besuchten wir eine deutsche Fabrik, so blieb René im Hintergrund; ging ich in ein Café oder in die Baracken, um mit den Franzosen zu reden, so blieb Helmuth gewöhnlich im Wagen sitzen. Es ergaben sich aber auch viele Gelegenheiten, daß wir alle mit Deutschen und Franzosen zusammen waren, und ich sah, daß keiner eine persönliche Feindschaft gegen den anderen hatte; im Gegenteil, die

---

*) In dem Kapitel der amerikanischen Ausgabe „Tragödie im Siegerland" hat F. Utley das Schicksal der Familie Weber ausführlich geschildert. Der Übers.

Freundlichkeit der poilus gegenüber den Deutschen machte mir großen Eindruck. Und nicht nur das; ganz anders als die Pariser Politiker hatten sie keine — wirkliche oder angebliche — Angst vor einem deutschen Angriff, sondern hofften, daß die Deutschen bei einem russischen Angriff mit ihnen zusammen kämpfen würden.

Der gute René, der sich soviel Mühe gab, mich zu überzeugen, daß die Franzosen nicht so schlecht seien, wie ich mir einbildete, war entzückt, wenn französische Soldaten, junge Offiziere und Arbeiter im Gespräch die gleichen ritterlichen und gescheiten Gedanken äußerten wie er. Das Dumme mit den Franzosen ist nur, wie Carlo Schmid einmal zu mir sagte, daß sie als einzelne vernünftig, aber einfach unmöglich sind, wenn sie zu einem Stück des bürokratischen Apparates werden.

In der Zone gab es ziemlich viel französische Arbeiter, Techniker und Holzfäller, von denen ich einige in Alpirsbach, einem kleinen Schwarzwalddorf, sprach, wo wir zwei Nächte zubrachten. Obwohl sie für französische Kapitalisten arbeiteten, indem sie die deutschen Wälder abholzten, waren sie selbst so schlecht bezahlt, daß es ihnen kaum besser ging als den Deutschen, die von ihren französischen Arbeitgebern ausgeplündert wurden.

Die meisten französischen Soldaten und Arbeiter sehen ebenso armselig aus wie die deutschen, und sind meist schmutzig und ungepflegt, so daß es schwer fällt, sie als Herrenvolk oder Ausbeuter und Unterdrücker des unterworfenen deutschen Volkes anzusehen. Außerdem besteht zwischen dem einfachen Franzosen und dem einfachen Deutschen keine solche soziale und wirtschaftliche Schranke wie zwischen den Amerikanern und den Besiegten.

Die Franzosen, zu ihrer Ehre sei es gesagt, haben ihren Soldaten und Beamten keine Doktrin nationaler Überlegenheit eingeimpft und wenigstens in der Unterbringung ihrer Besatzungstruppen die alten Gesetze einer anständigen Kriegführung eingehalten. Französische Offiziere und Soldaten wohnen in deutschen Häusern, ohne wie Engländer und Amerikaner die Wohnungsinhaber auf die Straße zu setzen.

Diese werden zwar in einigen Fällen auf Keller- oder Bodenräume verwiesen, und viele Deutsche beklagen sich über die Verwüstung und Vernachlässigung ihrer Häuser durch die Franzosen, aber es wird ihnen doch wenigstens in ihren eigenen Wohnungen Obdach gewährt.

So besteht in der französischen Zone ein merkwürdiger Gegensatz zwischen dem großen Haß auf die französischen Besatzungsbehörden, die das Volk ausplünderten, Vieh, Korn und Maschinen beschlagnahmten, die die Menschen hungern ließen und einsperrten, wenn sie gegen französische Unterdrückung und Beutewirtschaft protestieren, und den, wenn nicht freundschaftlichen, so doch „egalitären" Beziehungen des täglichen Umganges zwischen einzelnen Franzosen und Deutschen.

Nach meinen Eindrücken in Deutschland gelten die Amerikaner in Ausübung der Regierung als die humanste und vernünftigste Besatzungsmacht, während im persönlichen Kontakt die Franzosen etwas weniger unbeliebt sind als Amerikaner und Engländer.

Bis zu einem gewissen Grad besteht dieser Gegensatz auch bei den Russen. Man hat mir in Berlin oft berichtet, daß General Sokolowski und sein Stab die Deutschen, mit denen sie in Berührung kamen, weit freundlicher, höflicher und mit mehr Achtung behandelten als Amerikaner und Engländer. Wenn französische Politik und französische Maßnahmen dem persönlichen Benehmen der französischen Besatzungstruppen gleichkämen, dann würden die Franzosen zweifellos mehr geschätzt werden als die Amerikaner.

Die Franzosen haben es sich, wiederum ähnlich wie die Russen, auch angelegen sein lassen, die früher herrschende Schicht in Deutschland zu versöhnen, während sie die deutschen Arbeiter, Kapitalisten und Bauern unterdrücken. In der französischen Zone werden, ebenso wie in der russischen Zone, frühere Nazis als wertvolle Verbündete betrachtet, wenn sie den Franzosen zu willen sind, und weder die Russen noch die Franzosen haben den deutschen Offiziersstand zu dem Bettlerdasein verurteilt, zu dem er in der amerikanischen Zone verdammt ist. Während wir die Mitarbeit der Deutschen je nach ihrer sozialen und

wirtschaftlichen Herkunft oder ihrer Klasse annehmen oder ablehnen, sind Franzosen und Russen an der Vergangenheit des einzelnen völlig uninteressiert, wenn er nur zur Mitarbeit bereit ist. Franzosen wie Russen versuchen, die Intelligenz für sich zu gewinnen, während in der amerikanischen Zone Professoren, Studenten und Schriftsteller kaum existieren können, (weil sie nur die Lebensmittel-Mindestration bekommen). So haben die Franzosen die Universität Freiburg wiederhergestellt und die mehr als hundert Jahre geschlossene Universität Mainz neu gegründet, während die Amerikaner den größten Teil der Heidelberger Universitätsgebäude für ihre Zwecke belegten und die Studenten in die unterste Kategorie der Lebensmittelverteilung einstuften. Die amerikanische Militärregierung hat den deutschen Intellektuellen, die eine unabhängige Meinung haben, die kalte Schulter gezeigt; die Franzosen dagegen haben sie willkommen geheißen und zu versöhnen gesucht.

Vieles in Deutschland erinnerte mich an die Beobachtungen meines Bruders, der mehrere Jahre den Stillen Ozean befuhr. bevor er auf den Fidschi-Inseln starb, wo er sich als Arzt niedergelassen hatte. In seinen Briefen hatte er auf den doppelten Gegensatz zwischen dem von den Engländern geschaffenen wunderbaren Krankenhaus und Sanitätsdienst auf Fidschi und der scharfen Ausbeutung der Eingeborenen durch die Franzosen, andererseits aber zwischen dem persönlich-besseren Verhalten der Franzosen als der Engländer gegenüber den Eingeborenen hingewiesen. Die Engländer. schrieb er, tun das Richtige, schauen aber auf die Eingeborenen herab und lehnen jeden gesellschaftlichen Kontakt mit ihnen ab. Die Franzosen dagegen pressen aus der Eingeborenenbevölkerung ihrer Inseln heraus, was sie nur können, und bieten als Gegenleistung nur wenig von den Annehmlichkeiten der Zivilisation. Aber sie errichten keine Rassenschranken in ihrem gesellschaftlichen Verkehr mit den Eingeborenen.

Das gleiche schien mir auf die Verhältnisse in Deutschland zuzutreffen. Die deutsche Oberschicht — mit Ausnahme der von den Franzosen ruinierten Industriellen — stand mit ihren Eroberern auf besserem Fuß als die gleichen Elemente in der

amerikanischen und englischen Zone. Die deutschen Arbeiter, Fabrikbesitzer und Bauern aber haßten Frankreich, das sie ausraubte und ihnen ihren Lebensunterhalt wegnahm.

Die Franzosen spielten auch ein geschicktes Spiel, indem sie es so hinstellten, als hätten sie und die Deutschen ein gemeinsames Interesse an einer Opposition gegen die Vereinigten Staaten. Ich kann mich nicht für die Wahrheit alles dessen verbürgen, was mir zu diesem Thema erzählt wurde; aber es scheint doch, daß die Franzosen die Deutschen zu überreden suchten, mit ihnen gemeinsame Sache gegen Amerika zu machen. So berichtete man mir z. B., daß die französischen Behörden 1948 eine geheime Abmachung vorgeschlagen hätten, derzufolge die Deutschen sämtliche über 15 Jahre alten Maschinen, auch wenn sie auf der Demontageliste standen, behalten sollten, wenn sie dafür den Franzosen die von den Amerikanern und aus der amerikanischen Zone bezogenen neuen Maschinen ablieferten. Weiter hat man mir von Äußerungen französischer Offiziere gegenüber Deutschen berichtet: sie seien in Wirklichkeit gar nicht so feindselig und rachsüchtig, wie es den Anschein habe, es sei aber für Frankreich notwendig, diese Linie einzuschlagen, um von Amerika das Höchstmaß an Unterstützung zu bekommen, und nur die ständige Betonung der französischen Furcht vor Deutschland könne ihnen große Subsidien aus Amerika verschaffen.

Beweisen kann ich, wie gesagt, die Wahrheit derartiger Behauptungen nicht. Aber es sah doch sehr nach einem französischen Falschspiel aus. Wie die Russen bieten sie den Deutschen Stellungen an, die von der amerikanischen Militärregierung bestraft oder durch hochmütige Behandlung von seiten der Amerikaner verletzt worden waren, und wie die Russen gewähren sie jedem Sonderrechte, der ihre Politik zu unterstützen bereit ist.

Im Bereich der Wirtschaft kann sich die Korruption, dieses Merkmal französischer Innenpolitik, in Deutschland frei entfalten. Fabrikbesitzern wurde erklärt, sie könnten ihre Maschinen retten, wenn sie „etwas springen" ließen; Aktiengesellschaften stellte man vor die Wahl, ob sie sich ihr Unternehmen

als Reparationen wegnehmen oder ob sie den Franzosen die beherrschende Aktienmehrheit einräumen wollten.

Allgemein gesprochen hatte es den Anschein, als ob die Franzosen unter dem ihnen durch den Mangel an militärischer Macht auferlegten Beschränkungen gleichsam im Schmalspurverfahren ganz dasselbe Spiel trieben wie die Russen. Sie boten allen materielle Vergünstigungen, Sonderrechte und Vergebung für frühere Nazi-Beziehungen, die sich heute in den Dienst ihrer Interessen stellten. Sie enteigneten, bestraften oder sperrten die Anständigen, Liberalen und Konservativen ein, die ihnen opponierten, stellten aber keine Frage nach der Vergangenheit, wenn jemand zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit war. Man brauchte sich deshalb nicht zu wundern, daß man unter liberalen Sozialisten und konservativen Kapitalisten einen großen Haß auf die Franzosen fand, größtes Einvernehmen mit ihnen aber unter reaktionären bayrischen Monarchisten und Separatisten und unter Angehörigen des Offiziersstandes, die von den Franzosen mit größerer Achtung und Gerechtigkeit behandelt wurden als von den Amerikanern. Im Gegensatz zu den Generalen Clay und Robertson gestattete der französische Militärgouverneur General König deutschen Offizieren und ihren Witwen den Empfang ihrer Pensionen; denn die Franzosen, sagte die Gattin von General Speidel in Freudenstadt zu mir, „haben wenigstens Ehrgefühl“. Vielleicht ist Ehre nicht ganz der richtige Ausdruck; es sieht eher so aus, als ob die Franzosen wie die Kommunisten aus der durch die amerikanische Politik hervorgerufenen Erbitterung Nutzen zu ziehen suchen und dabei ihren ganzen Einfluß aufbieten, die Vereinigten Staaten zu einer Politik zu veranlassen, die Amerika bei den Deutschen verhaßt macht. Hier wie in so vieler anderer Hinsicht treiben die Franzosen das Spiel der Kommunisten, obwohl sie sich einbilden, zum eigenen Vorteil zu handeln.

Diese scheinbaren Widersprüche in der französischen Politik finden ihre Erklärung in dem alten Ziel einer Aufspaltung Deutschlands durch Förderung separatistischer Tendenzen und in ihrer Hoffnung, das Rheinland in ein Großfrankreich einzugliedern. Nachdem es ihnen diesmal gelungen ist, das Saar-

gebiet von Deutschland loszulösen, indem sie androhten, die Industrie zu demontieren und die Bevölkerung zu ruinieren, wenn sie nicht für Angliederung an Frankreich stimme, haben die Franzosen zweifellos die Hoffnung noch nicht aufgegeben, durch Einschüchterung und Bestechung auch in ihrer übrigen Zone den gleichen Erfolg zu erzielen.

„Ein guter Deutscher" ist nach französischen Begriffen ein Deutscher, der die Interessen seines Vaterlandes zu opfern bereit ist, um seine persönlichen Interessen zu wahren. Solche Menschen können ein „glückliches Leben" führen, ob sie nun früher Nazis waren oder nicht, und welche politischen Sympathien auch immer sie heute haben. Den Franzosen ist es völlig gleichgültig, ob jemand ein Demokrat ist; es genügt, daß er profranzösisch oder französischen Interessen zu dienen bereit ist. In diesem Sinne ist die französische Politik die wahre Antithese der amerikanischen: wir verweigern selbst denen die Freundschaft, die am stärksten um Zusammenarbeit mit uns bemüht sind, wenn wir nicht ganz sicher sind, daß ihre Vergangenheit auch ja keinen „dunklen Fleck" aufweist.

Ich habe selbst in der französischen Zone mit einem Deutschen gesprochen, dem vom französischen Militärgouverneur ein riesiges Einkommen angeboten worden war, wenn er die Stellung des Oberhauptes einer „unabhängigen" Pfalz annehmen wollte.

Die Atmosphäre in der französischen Zone entspricht in vieler Hinsicht sowjetischer Terror-Atmosphäre. Gewiß, es gibt keine KZs, aber die Sûreté wird von den Deutschen als eine neue Gestapo angesehen; Menschen werden eingesperrt, auch wenn sie keines anderen Vergehens schuldig sind, als daß sie sich über die Besatzungsbehörden beschwerten oder gegen die Beschlagnahme ihres Eigentums protestierten.

Ein viel erzählter Witz, den ich hörte, bringt die Stimmung der Deutschen gut zum Ausdruck. Französische Lkws und Pkws sind mit „TOA" — Transport Occupation Allemagne — gekennzeichnet. Die Deutschen deuten die Buchstaben als Abkürzung von „Terror Ohne Adolf".

Die mürrischen Gesichter, die äußerste Armut und die

Schwierigkeiten, die wir beim Einkauf von irgendwelchen Lebensmitteln (außer Kartoffeln) erlebten, bezeugten die stets gegenwärtige Furcht vor den Franzosen und zugleich die Entblößung der Zone von Lebensmitteln und Konsumgütern. Die Franzosen versorgen sich ebenso wie die Russen aus der Zone und stellen, auch darin den Russen gleich, zahlreiche Personen an, um die Bauern zur Ablieferung von Milch, Eiern, Vieh, Gemüse und selbst Korn zwingen zu lassen.

In Baden-Baden, wo General König mit dem Pomp eines Vicekönigs von Indien residiert, leben mehr Franzosen als Deutsche: 40 000 gegenüber 30 000 nach den Angaben des Wirtschaftsministeriums von Württemberg-Hohenzollern. Frankreich nützt seine Zone als Übungsplatz für seine Rekruten aus, und die französischen Besatzungstruppen bringen nicht nur ihre Frauen und Kinder, Großmütter, Tanten, Geschwister und Vettern mit, außer allen diesen Menschen, die auf Kosten der deutschen Wirtschaft leben, werden auch Kinder und Kriegsverletzte zum Ferien- und Erholungsaufenthalt nach Deutschland geschickt, die mit riesigen Mengen von Milch, Butter und Eiern versorgt werden müssen. Bis 1948 waren viele Deutsche in der französischen Zone buchstäblich am Verhungern; erst seitdem hat sich ihre Lage dank den amerikanischen ECA-Zuteilungen an die französische Zone etwas verbessert.

Natürlich bringen es einige Bauern doch fertig, ihre Lebensmittel vor den Franzosen zu verstecken, wie ich in einem kleinen Dorfwirtshaus in der bezaubernden Landschaft oberhalb des Rheines feststellte. Wir kamen damals von einer Fahrt nach Altenkirchen zurück und hielten an, um in dem Gasthaus ein Glas Wein zu trinken. Einer unserer Begleiter, der mit jedermann zu scherzen und Freundschaft zu schließen verstand, brachte bald auch die Wirtin an unseren Tisch, die nun frei von der Leber weg erzählte. Ich fragte sie über die Franzosen aus, und sie berichtete, wie sie in die Bauernhäuser gekommen und alles, was sie fanden, weggenommen hatten: sämtliche Lebensmittel, die Wäsche und selbst die Möbel. Sie holten die ganze Milch weg, schlachteten das Vieh zum eigenen Verzehr und ließen den Deutschen so gut wie nichts Eßbares übrig. Schließ-

lich fragte die Wirtin uns aber, ob wir nicht ein Stück westfälischen Schinkens kosten wollten. Aber gewiß, sagten wir, mit Vergnügen. Und lachend führte sie mich in ihr Schlafzimmer und zeigte mir den in einer Kiste unter ihrem Bett versteckten Schinken.

Der Schinken war köstlich. Während wir aßen, kamen zwei Männer herein, die man geradezu als die typischen Vertreter von Stadt und Land, von Arbeiter und Bauer im besetzten Deutschland hätte abbilden können. Der eine war ein junger Riese mit rotem Haar, blauen Augen und frischen Zügen, war kräftig gebaut, sah gut aus und hätte seiner Figur nach wohl einen Helden einer Wagner-Oper abgeben können. Der andere war klein und ausgemergelt, grau im Gesicht und niedergeschlagen; er trug einen geflickten Arbeitskittel aus Baumwolle. Der eine war ein Bauer, der andere Metallarbeiter mit einem Stundenlohn von nur 75 Pfennigen; die Fabriken in der französischen Zone zahlen die niedrigsten Löhne. Dieser Arbeiter war übrigens einer der wenigen Menschen, die ich in Deutschland getroffen habe, der nicht nur zugab, Nazi gewesen, sondern es der Einstellung nach auch geblieben zu sein. Nach seiner Meinung hätten die Arbeiter „es nie so gut gehabt wie unter Hitler“, er war sehr erbittert über die Beschlagnahme der Versicherungsfonds, Krankenhäuser und Erholungsstätten der Arbeitsfront durch die Alliierten. Er litt an Schwindsucht und sagte, früher würde man ihn unterstützt haben, jetzt aber könne er keine ärztliche Hilfe bekommen.

Ich will hoffen, daß nur in der französischen Zone Arbeiter durch ihre elenden Lebensverhältnisse zum Nazismus zurückgetrieben werden; ich fürchte freilich, daß dies auch auf die Doppelzone zutrifft.

Unser junger Bauer hatte kein Interesse für Politik. Als ich ihn nach seinen Lebensverhältnissen fragte, lachte er und erwiderte: „Wir Bauern kommen schon zurecht. So tüchtig sind selbst die Franzosen nicht, daß sie alles finden.“

Natürlich muß die städtische Bevölkerung am meisten leiden, wenn die Bauern, wie in der französischen Zone, nur am Schwarzhandel etwas verdienen können und nur unter Zwang

Lebensmittel zu den von den Franzosen bezahlten Preisen abliefern. Die große Zahl der zur Zwangseintreibung der Lebensmittel zum niedrigen amtlichen Preis eingesetzten Personen macht das ganze System unwirtschaftlich. So hat man mir, um ein Beispiel anzuführen, auf einem kleinen Bauernhof auf einer Lichtung tief im Schwarzwald und weit von jeder Stadt und jedem Dorf entfernt, erzählt, daß die Franzosen in regelmäßigen Abständen drei Leute schicken, um das vorgeschriebene Kontingent einzusammeln. Der Hof wurde von einer Frau mit dreien ihrer Söhne bewirtschaftet; zwei weitere Söhne waren im Kriege gefallen und der jüngste noch als Kriegsgefangener in Rußland. Sie hatten vier Kühe und drei Ochsen, einige Schweine und Geflügel und gerade soviel Acker, um genug Korn für ihr eigenes Brot und für das Viehfutter anzubauen, sowie einen großen Gemüsegarten. Sie mußten 700 Liter Milch je Kuh und Jahr abliefern, obwohl die besten Kühe, wie sie sagten, höchstens 2 000 Liter im Jahr geben. Die Franzosen nahmen auch eine bestimmte Anzahl Ferkel von jedem Wurf, so und soviel Eier je Henne, 43 Zentner Kartoffeln, bestimmte Mengen Getreide usw... Der stärkste der drei Ochsen sollte in der nächsten Woche abgeholt werden.

Ob die Franzosen nun berechtigt waren, so viel wegzunehmen oder nicht, der entscheidende Punkt schien mir die mit dieser Zwangseintreibung auf unzähligen kleinen Bauernhöfen verbundene Vergeudung von Arbeit zu sein, bei der alles in allem doch nur eine geringe Menge von Lebensmitteln zusammenkam. Wahrscheinlich haben die dazu bestellten Aufseher den größten Teil dieser Lieferungen verzehrt. Die Sowjets haben schon vor langerZeit entdeckt, daß der einzige Weg, die Bauern zur Hergabe ihrer Arbeitsprodukte für nichts oder weit unter Kostenpreis zu zwingen, in der Kolchose liegt, in der die Bauern wie Fabrikarbeiter behandelt werden. Anders kann es einfach nicht gemacht werden, so lange einzelne Bauern das Land bestellen, es sei denn zu untragbaren Kosten.

Der Familie auf dem Schwarzwaldhof ging es trotz ihres Grolls auf die Franzosen nicht eigentlich schlecht, und zwar weil sie eine sehr einträgliche Kirschwasserbrennerei unter-

hielt. Die Apparate standen irgendwo im Wald, wo die Franzosen sie nicht finden konnten, und mit dem Kirschwasser wurde ein munterer Schwarzhandel in Deutschland und über die französische Grenze bei Straßburg hinweg betrieben. Dazu brauchten sie nur dem französischen Posten etwas von dem Kirsch abzugeben.

Selbstverständlich profitieren die Franzosen selbst am meisten, wenn sie die Grenze ihrer Zone nicht von Deutschen, sondern von ihren eigenen Zöllnern bewachen lassen. Prof. Karl Brandt von der Stanford-University, der sein Freijahr als Gastprofessor in Heidelberg verbrachte, nahm mich in seinem Wagen in die Schweiz mit, so daß ich selbst sehen konnte, was sich an der Grenze abspielte. Als unser Wagen vor Basel an die Zollgrenze kam, prüften zwei französische Sergeanten unsere Pässe, ohne auch nur zu fragen, ob wir deutsche Valuta oder Waren mit uns führten. Die beiden deutschen Zollbeamten an der Schranke durften nicht an unseren Wagen herankommen, geschweige denn unser Gepäck kontrollieren. Auf diese Weise konnten Angehörige der alliierten Nationen mit der größten Leichtigkeit über die französische Zone alles aus Deutschland ausführen, was ihnen beliebte, und die Franzosen waren in hohem Maß für den Kurssturz der neuen D-Mark verantwortlich, der durch den illegalen Export von dringend in Deutschland benötigten Waren durch Schwarzhändler verursacht war. Prof. Brandt und ich machten einen Überschlag, wie rasch man ein Vermögen damit verdienen konnte, daß man z. B. Cognac aus Frankreich nach Deutschland brachte, ihn auf dem Schwarzen Markt mit einem Gewinn von mehreren hundert Prozent verkaufte, mit diesem Geld dann deutsche Fertigwaren besorgte und diese in der Schweiz absetzte. Eine andere Möglichkeit war, daß jeder alliierte Staatsangehörige seine Mark in der Schweiz in Franken umwechselte, wo die Banken sie zu einem Zehntel des offiziellen Kurses an diejenigen abgeben, die in Deutschland einkaufen wollen. Dieser ganze illegale Handel war natürlich ein Anreiz zur Herstellung von exportfähigen Luxusgütern in Deutschland anstelle von Bedarfsartikeln. Schuhe z. B. sind in Deutschland teuer und knapp,

während große Mengen Leder zur Herstellung von Damenhandtaschen und anderen Modeartikeln verwandt werden.

Ähnlich „gute Geschäfte“ mit der Untergrabung der deutschen Währung machten die Russen in Berlin. Bei der Währungsreform hatten die Franzosen bereits ohne die geringste Anstrengung ihrerseits einen gewaltigen Kursgewinn eingestrichen. Von dem ursprünglich im Juni 1948 ausgegebenen Betrag in neuer Währung in Höhe von 5 Milliarden DM entnahmen die Engländer 266 Mill., die Amerikaner 255 Mill. und die Franzosen 250 Mill. für eigenen Bedarf. Der deutschen Wirtschaft wurde auf diese Weise mehr als eine Dreiviertelmilliarde, 15 Prozent des Geldumlaufs, entzogen. Gemessen am Gebietsumfang ihrer Zone war der französische Anteil unverhältnismäßig groß, was es ihnen ermöglichte, ihre Staatsangehörigen praktisch unbegrenzte Beträge 1:1 oder zu einem Vorzugskurs umwechseln zu lassen, während die Deutschen lediglich 40 RM in die 40 DM Kopfgeld, die übrigen Beträge aber im Verhältnis 10:1, oder, wie sich später herausstellte, 10:0,65 wechseln konnten. Die Folge war, daß die Franzosen vor der Währungsreform eifrig zugange waren, auf anständige oder schmutzige Weise soviel Reichsmark an sich zu bringen, wie sie nur irgend konnten. Manchmal wandten sie sich an deutsche Freunde und machten mit ihnen halbpart; in anderen Fällen buhlten sie um die Freundwilligkeit ihrer Dienstboten, indem sie ihnen einen Umtausch ihrer Ersparnisse 1:1 anboten. Es sind aber auch Fälle bekannt, in denen die Franzosen dorfweise Razzien durchführten und dabei das gesamte Bargeld der Bewohner konfiszierten. So oder so brachten sie erhebliche Mengen D-Mark an sich und exportierten sie in die Schweiz, wo es keine Devisenbewirtschaftung gibt. Als dieses unsaubere Geschäft nicht mehr florierte, machten sie neue Gewinne durch Schmuggel von D-Mark, die beim Schwarzhandel verdient worden waren, oder durch neue Beschlagnahmen deutschen Eigentums.

General Clay hat, wie schon berichtet, versucht, die Franzosen zu veranlassen, das „Loch im Westen“, durch das Banknoten und Waren abflossen, zu stopfen. Aber das State Depart-

ment gab den Franzosen nach, und das Besatzungsstatut verweigert der westdeutschen Regierung eine effektive Grenzkontrolle. Es ist der übliche Vorgang: man gestattet den Franzosen, die deutsche Wirtschaft zu untergraben, während der amerikanische Steuerzahler die Mittel zu ihrer Stützung aufbringt.

Die amerikanischen Soldaten und die Piloten der Luftbrücke teilen diese Vorliebe des State Department für die Franzosen nicht, wie jedermann sehen kann; aber natürlich sind ihre Auffassungen für die Politik der Vereinigten Staaten völlig unmaßgeblich. Bei meinem ersten Weg über die Luftbrücke sagte ein amerikanischer Pilot in Berlin zu mir: „Die Engländer leisten eine feine Arbeit. Aber wissen Sie, daß die Franzosen bei der Versorgung Berlins überhaupt nicht mithelfen? Ihre ganze Luftfracht besteht in Cognac für den Schwarzmarkt oder zum Verkauf an Amerikaner." Und der Mechaniker-Sergeant fügte hinzu: „Wissen Sie, daß diese Hunde in Paris niemanden in ein erstklassiges Hotel hineinlassen, der nicht Offizier ist?" Ein anderer Pilot, der ein amerikanisches Kurierflugzeug flog, sagte zu mir: „Ich weiß genau, wann ich die deutsche Grenze überflogen habe. Wenn ich unten unbebaute Felder ohne arbeitende Menschen sehe, dann bin ich über Frankreich. Die Kerls brauchen wohl nicht mehr zu arbeiten, seit wir Amerikaner für sie schuften."

Derartige Meinungen sind natürlich durch Vorurteile bestimmt. Immerhin ist es eine Tatsache, daß die Franzosen, wollten sie nur so arbeiten wie einst, und hätten sie nicht ihre Wirtschaft und Finanzen so verfahren, amerikanische Lebensmittelgaben nicht nötig hätten, wenn man von der Dürre 1946/47 absieht. Frankreichs Boden ist fruchtbar und das Land nicht übervölkert.

In Paris ist man entsetzt über den verschwenderischen Luxus in Kleidung, Essen und Trinken, im Gegensatz zur Armut der französischen Arbeiter und zur austerity (strengen Einfachheit) der Engländer. Wenn das Riesenaufgebot von Kellnern, Hotelangestellten und anderen Kräften der Luxusbetriebe zur Herstellung von lebensnotwendigen und exportfähigen Gütern

eingesetzt würde, könnte Frankreich sicherlich auf einen großen Teil der ECA-Zuteilungen verzichten. Mit einem Wort, die französischen oberen Zehntausend genießen immer noch ein weit bequemeres und angenehmeres Leben als die Mehrzahl der Amerikaner, deren Steuern die französische Wirtschaft stützen.

Aber anscheinend braucht Frankreich nur zu fordern, um zu empfangen. Kein Mensch verlangt etwas anderes von ihm als ein Lächeln und Liebenswürdigkeit. Und so redet Frankreich weiter über seine Kriegsverluste, obwohl seine reiche Beute in Deutschland zusammen mit Reparationen und amerikanischen Gaben den durch Krieg und Besetzung erlittenen materiellen Schaden mehr als ausgeglichen hat.

Wie die Engländer mit dem amerikanischen Geld umgehen, wird geprüft und kritisiert, als ob es sich um das Haushaltsgeld der Ehefrau handelte; Frankreich aber wird von den Vereinigten Staaten wie eine Geliebte behandelt, deren Gunst unbeständig ist und über deren Launen man nicht spricht.

Das alles würde keine große Rolle spielen, wenn es sich nur darum handelte, daß „la belle France" vom großmütigen Uncle Sam eine Rente bezieht, und daß Paris als Stätte des Vergnügens zur Ergötzung der Herren des State Department, der ECA und der amerikanischen Presse unterhalten wird. Die Gefahr liegt in dem Einfluß, den Frankreich auf die amerikanische Politik ausübt, ein Einfluß, der wahrscheinlich noch steigen wird, wenn das State Department die Verwaltung Deutschlands übernimmt. Eine Armee muß realistisch sein, da sie ja die Kriege auszufechten hat, die eine schlechte Diplomatie hervorbringt. Was die Armee über den Wert Frankreichs denkt, ist in der Bemerkung zusammengefaßt, die ein Angehöriger des Stabes General Clays mir gegenüber machte:

„Die Franzosen wollen nicht kämpfen. Punkt."

„Warum in aller Welt" fragte ich, „müssen wir dann auf den französischen Standpunkt soviel Rücksicht nehmen? Wenn die Franzosen als Verbündete nichts taugen, warum müssen wir dann den Franzosen immer nachgeben — in der Demontagefrage, an der Ruhr und überhaupt in allen anderen Dingen?"

Die Antwort besagte, daß Amerika mit seinen Plänen zur

Wiederaufrichtung Westeuropas und zu seiner Verteidigung nicht vorankommen könne, wenn es im Rücken, nämlich in Frankreich, einen aktiven Widerstand zu gewärtigen habe; daß die Franzosen den Amerikanern erklären, sie, die Franzosen, würden sich fernhalten und den Vereinigten Staaten Stützpunkte verweigern, falls es — etwa über Berlin — zu einem Krieg mit Rußland käme. Das Ganze läuft auf eine Erpressung hinaus: die Franzosen erklären, sie würden in jedem Krieg mit Rußland neutral bleiben, falls Amerika ihnen nicht alles zugesteht, was sie in bezug auf Deutschland verlangen.

In ihrer Sorge um die Gefahr eines dritten Weltkrieges geben die Franzosen den Amerikanern derartige Siegesratschläge, daß mit dem Sieg zugleich ein vierter Krieg vorbereitet würde. Die Amerikaner, sagen sie, dürften keinesfalls Deutschland mithelfen lassen, Sowjetrußland zu besiegen, weil das Endergebnis dann eine Vormachtstellung Deutschlands in Europa sein würde. Fragen die amerikanischen Armeedienststellen dann: „Schön, wenn Sie den Deutschen nicht gestatten wollen, sich selbst gegen Rußland zu verteidigen, — wollen Sie ihre Verteidigung übernehmen?“ Worauf die Franzosen natürlich entsetzt die Arme gen Himmel werfen und schreien: „Was? Wir sollen Deutschland verteidigen? Sind Sie wahnsinnig?“

Im Endergebnis läuft die starre Haltung Frankreichs darauf hinaus, daß von den Vereinigten Staaten erwartet wird, sie sollten Europa verteidigen, gleichzeitig aber Deutschland gegenüber eine Politik verfolgen, die nicht nur die Wehrlosigkeit Deutschlands aufrechterhält, sondern auch die Sicherheit der amerikanischen Armee im Kriegsfalle gefährdet, indem sie unter den Deutschen Haß auf die Vereinigten Staaten schafft.

Unter diesen schwierigen Verhältnissen scheinen General Clay und das Kriegsministerium sich um Einhaltung eines mittleren Kurses bemüht zu haben. Sie haben dem französischen Standpunkt jedes mögliche Zugeständnis gemacht, aber ihre Zustimmung zu dem von Frankreich verlangten vollständigen Ruin Deutschlands verweigert. Sie haben an der Hoffnung festgehalten, daß Westeuropa einschließlich Deutschland doch einmal zu einem Bund zusammengefügt und sein gesamtes Poten-

tial an Material und Menschen zur Verteidigung gegen die sowjetische Bedrohung mobilisiert werden würde, wenn der amerikanische Steuerzahler weiter für die Verluste aufkommt, die infolge der den Franzosen in der Demontagefrage und an der Ruhr gemachten Zugeständnisse entstehen. Diese Hoffnung beruht auf dem Glauben, daß Frankreichs Angst mit der Zeit behoben werden könne und Frankreich dann zulassen werde, daß Deutschland und Europa ihre wirtschaftliche Prosperität zurückgewinnen und ausreichend stark gemacht werden, um dem kommunistischen Druck zu widerstehen. Diese Hoffnung muß aber schwinden, wenn die Franzosen auch weiterhin die Gelegenheit verpassen, so stark zu werden wie ein freies Deutschland.

Gegen die amerikanische Militärregierung kann viel Kritik vorgebracht werden; der amerikanischen Armee aber muß angerechnet werden, daß sie einen klaren Blick für die Dinge hat und sie in ihrer Ganzheit übersieht. Da sie die Verantwortung für die Verteidigung sowohl Westeuropas wie der Vereinigten Staaten trägt, können die Militärs es sich nicht leisten, im Wolkenkuckucksheim zu leben, in dem sich so viele für die Regierungspolitik maßgebende Zivilisten häuslich niedergelassen haben. Die Wut der Armee über das, was sie als Frankreichs „Sabotage"*) des Londoner Abkommens vom Juni 1948 über die Errichtung eines westdeutschen Staates und anderer zur Eindämmung der kommunistischen Flut bestimmter Maßnahmen betrachtet, war deshalb ganz natürlich.

Als die Erörterung des Besatzungsstatutes, (das nach dem Londoner Abkommen von den Militärgouverneuren ausgehandelt werden sollte), an die englische, französische und amerikanische Regierung zurückverwiesen wurde, berichtete die New York Herald Tribune: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Franzosen, die General Clay für einen unsentimentalen Amerikaner halten, es vorziehen, alle Dinge, wenn möglich, auf die Regierungsebene zu verlagern, wo sie häufig Zugeständnisse erreichen, die sie von der amerikanischen Militärregierung nicht erlangten. In Kreisen der Militärregierung nimmt man an, daß

*) Vgl. die Pariser Meldung der New York Times vom 18. April 1949, S. 303.

Franzosen und Engländer bei Verhandlungen von Regierung zu Regierung mit Amerikanern zu tun haben, die mit dem deutschen Problem weit weniger vertraut sind als der Stab General Clays. Ein amerikanischer Beamter in Berlin kennzeichnete die Ergebnisse mit den Worten: ‚Für uns sieht es manchmal so aus, als ob die amerikanischen Unterhändler auf der höheren Ebene, die nicht wirklich alle Einzelheiten und die Vorgeschichte jedes Problems kennen, überhaupt nicht die Bedeutung dessen ermessen, was sie aus der Hand geben.'"

Zum Unglück für die Sicherheit Europas und den Frieden der Welt übernimmt jetzt das State Department die Kontrolle der amerikanischen Deutschland-Politik. Das bedeutet — in der Amtszeit Dean Achesons — daß Amerika Frankreich in den lebenswichtigsten Fragen nachgibt, die Wirkungen der Marshallplanhilfe für Europa beeinträchtigt und den Weltfrieden aufs Spiel setzt. Eines nämlich ist sicher: Wenn Frankreichs hysterische oder simulierte Furcht vor Deutschland in Verbindung mit seinem Wunsch, Rußland zu beschwichtigen, auch weiter die amerikanische Politik bestimmen, werden Europa so geschwächt und die Kommunisten so verstärkt, daß Stalin zum Angriff auf die westliche Welt ermutigt werden wird.

Der Einfluß Frankreichs trat mit besonderer Deutlichkeit bei der Übergabe des Besatzungsstatuts an die Deutschen am 10. April 1949 zutage. Statt den Deutschen die bereits ein Jahr zuvor versprochene Selbstregierung zu gestatten, bleibt alle wirkliche Macht den Besatzungsbehörden vorbehalten.

Einen passenden Vergleich zu diesem Statut bieten die alte japanische und die heutige sowjetische Verfassung, die in der gleichen Weise im folgenden Artikel Freiheiten und Rechte wieder aufheben, die im vorangegangenen gewährt wurden. Unter der Vorgabe, den Westdeutschen das Recht auf Selbstregierung einzuräumen, gibt ihnen das Besatzungsstatut Verantwortung ohne wirkliche Macht: alle Beschlüsse der westdeutschen Regierung auf den Gebieten der Gesetzgebung, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft können durch das übergeordnete Veto der Besatzungsmächte aufgehoben werden. Man muß dieses verlogene Dokument des Näheren prüfen, um das

Abhängigkeitsverhältnis zu erkennen, das wir dem deutschen Volk unter dem äußeren Schein der Freiheit geboten haben.

Unter den „Sondervorbehalten“ zugunsten der Besatzungsmächte nennt das Besatzungsstatut nicht nur die Vollmachten in Bezug auf Abrüstung, Reparationen und Restitutionen, sondern auch in Bezug auf folgende Gebiete: wissenschaftliche Forschung, Beschränkungen der Industrie, Verbot der Zivilluftfahrt, Entflechtung und Auflösung der Konzerne, Verbot unterschiedlicher Behandlung im Außenhandel, Auslandsinteressen in Deutschland, Außenpolitik und Außenhandel, heimatlose Ausländer und Zulassung von Flüchtlingen. Das ist aber keineswegs alles. Die Besatzungsmächte kontrollieren nicht nur weiterhin Deutschlands Außenhandel zu ihrem eigenen Vorteil, sie wollen ebenso auch die innerdeutsche Wirtschaftspolitik und die Verwendung der deutschen Importe weiter kontrollieren Paragraph 2, e ist die eigentliche Generalvollmacht, da er in jeder beliebigen Weise ausgelegt und auf alles ausgedehnt werden kann; er bestimmt nämlich, daß die Besatzungsbehörden sich selbst alle Befugnisse vorbehalten, die „für den Schutz, das Ansehen und die Sicherheit der alliierten Streitkräfte, der von ihnen abhängigen und angestellten Personen und ihrer Vertreter, ihre Privilegien, die Sicherstellung der Besatzungskosten und die sonstigen Erfordernisse“ notwendig sind.

Verweigert werden den Deutschen der Schutz des Gesetzes, Habeas corpus und andere Bürgerrechte. „Die Bürgerrechte jeder Person“, heißt es in § 6, „vor willkürlicher Verhaftung, Haussuchung oder Beschlagnahme geschützt, durch einen Rechtsbeistand vertreten, je nach Lage der Dinge gegen Bürgschaft freigelassen zu werden, mit Verwandten in Verbindung treten und einen Anspruch auf gerechtes und rasches Verfahren zu haben,“ sind sämtlich „den Sicherheitserfordernissen der Besatzungsbehörden untergeordnet.“

Der Bundesregierung wird nicht einmal gestattet, Gesetze zu verabschieden, ohne sie vorher den Besatzungsbehörden zur Kenntnis gebracht zu haben, die gegen jedes Gesetz ihr Veto einlegen können, das „mit den von den Besatzungsbehörden selbst getätigten Beschlüssen oder Maßnahmen in Widerspruch

steht.“ Schließlich behalten sich die Eroberer auch das Recht vor, zu jedem beliebigen Zeitpunkt selbst die äußerst begrenzten Vollmachten zu annullieren, die der Marionettenregierung gewährt werden, die sie einzusetzen wünschen. § 3 des Besatzungsstatuts besagt: „Die Besatzungsbehörden behalten sich das Recht vor ... zur gänzlichen oder teilweisen Wiederaufnahme der Ausübung der uneingeschränkten Autorität, wenn sie ein derartiges Vorgehen für die Sicherheit oder die Wahrung einer demokratischen (sic) Regierung in Deutschland oder in Verfolg internationaler Verpflichtungen ihrer Regierungen als wesentlich ansehen.“

Indien war, noch bevor es seine Unabhängigkeit erlangte, ein freieres Land als Deutschland unter dem in diesem Dokument niedergelegten Kolonialstatut. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang ein Gespräch zu erwähnen, das ich in Düsseldorf mit dem Korrespondenten verschiedener indischer Zeitungen hatte. Mir komme es so vor, sagte ich zu ihm, als ob Deutschland jetzt auf den gleichen Stand zurückgeworfen sei wie das Indien des 19. Jahrhunderts, und er erwiderte: „Sehr richtig. Ich sage meinen deutschen Freunden immer: ‚Wir haben es erlebt und jetzt erlebt ihr es. Wir sind jetzt frei, aber ihr seid zu Untertanen Amerikas, Englands und Frankreichs geworden, und ihr habt weniger Rechte als wir vor der Erringung der Unabhängigkeit, denn die Engländer hatten ja wenigstens eine auf Gesetz gegründete Herrschaft in Indien errichtet, während es in Deutschland nichts derartiges gibt.‘“

Das Besatzungsstatut verweigert den Deutschen aber nicht nur jene elementaren Menschenrechte, über die Mrs. Roosevelt und andere amerikanische Delegierte bei der UNESCO so gern große Reden halten. Offenkundig ist es auch dazu bestimmt, Deutschlands Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu verhindern, denn sowohl der Außenhandel wie die wissenschaftliche Forschung sollen durch die Eroberer und Konkurrenten kontrolliert werden. Auf diese Weise werden Deutschland in der Entwicklung neuer Verfahren Fesseln angelegt, bzw. es wird gezwungen, seine Konkurrenten aus den künftigen Erfindungen seiner Wissenschaftler den Nutzen ziehen zu lassen.

Diese Bestimmung des Besatzungsstatutes ist vom Standpunkt der europäischen Gesundung die verhängnisvollste aller Klauseln. Denn Europa kann nicht auf eine Existenz ohne amerikanische Hilfsgelder hoffen, so lange es nicht neue technische Verfahren entwickelt und seinen Mangel an natürlichen Hilfsmitteln durch wissenschaftliche Entdeckungen und Entwicklungen seiner chemischen Industrie überwindet. Wie jedermann weiß, waren aber gerade die Deutschen bei der Erfindung von synthetischen Stoffen als Ersatz für Naturprodukte führend in der Welt. Jetzt versperrt man ihnen die Anwendung ihrer Gehirne, ihrer Erfindungsgabe und Befähigung zu mühseliger Forschung zum eigenen und zum Nutzen Europas — genau so, als ob man dem begabtesten und fleißigsten Schüler in der Klasse das Studieren und Arbeiten verbieten würde.

Dean Achesons lahme Erklärung, die Behauptung der deutschen Presse, diese Klauseln des Besatzungsstatuts seien durch Furcht vor deutscher Konkurrenz veranlaßt, „entbehre jeder Grundlage", ist kaum dazu angetan, Vertrauen in Redlichkeit und Wahrheitsliebe des Außenministers einzuflößen.

So unerfreulich die Bestimmungen des Besatzungsstatuts sind, man hätte immer noch hoffen können, daß es wenigstens in einem liberalen Geist ausgelegt wird, wäre da nicht das Veto, das jeder einzelnen der drei westlichen Besatzungsmächte zusteht, wie es in dem am 8. April 1949 in Washington unterzeichneten und am 26. April veröffentlichten Regierungsabkommen festgelegt wird. „Einstimmige Billigung" ist in allen wichtigen Fragen erforderlich, und dazu gehören Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden Gebiete wissenschaftlicher Forschung, Verbote und Beschränkungen auf industriellem Gebiet und in der Zivilluftfahrt und Kontrollbefugnisse in Bezug auf Ruhr, Restitutionen, Reparationen, Entflechtung, Verbot unterschiedlicher Behandlung im Außenhandel, ausländische Interessen in Deutschland und Ansprüche gegen Deutschland.

Niemand kann daran zweifeln, daß diese weite Ausdehnung des Vetorechtes England und Frankreich in die Lage versetzt, jede Abänderung des Industrieplanes und jede Lockerung der

Kontrolle zu verweigern, die Deutschland jetzt daran hindern, finanziell für sich selbst aufzukommen und seinen vollen Beitrag zu den Bedürfnissen des europäischen Wiederaufbaues zu leisten. Der Außenminister der Vereinigten Staaten hat praktisch England und Frankreich das Recht gegeben, Deutschlands wirtschaftliche Abhängigkeit zu verewigen, ohne Rücksicht auf das, was es schon heute den amerikanischen Steuerzahler kostet und was es an Menschenleben kosten kann, wenn und falls es zu einem Kriege kommt. Die Zeit liegt anscheinend schon weit zurück, in der der Senat der Vereinigten Staaten sein Sanktionsrecht in allen tatsächlichen, wenn auch nicht formal so bezeichneten Verträgen mit ausländischen Mächten geltend machte, und so wird dieses „Übereinkommen" mit England und Frankreich wohl unangefochten bleiben.

Das Besatzungsstatut stellt einen großen Rückschritt der amerikanischen Politik dar. Man hatte zwar dem französischen Standpunkt beim Entwurf des Ruhrstatuts, das den Kolonialstatus des wichtigsten Industriegebietes Deutschlands regelt, große Zugeständnisse gemacht, doch hatte die amerikanische Militärregierung dabei wenigstens durchgesetzt, daß die Beschränkung der deutschen Stahlproduktion zeitlich begrenzt sein sollte. Jetzt aber hat das State Department Frankreich zu einer Stellung verholfen, von der aus es in den Wiederaufbau Deutschlands und Europas mit seinem Veto eingreifen kann. Und dieses Veto gleicht dem, das Rußland in der UNO ausübt, und es wird wahrscheinlich mit der gleichen Skrupellosigkeit angewandt werden.

Den Franzosen ist es sogar gelungen, die Aufstellung einer deutschen Bundespolizei zur Aufspürung und Unterdrückung umstürzlerischer Tätigkeit zu hintertreiben. Den Kommunisten sollen selbst noch größere Freiheiten eingeräumt werden, als sie ihnen in Frankreich geboten sind, — um damit die Demokratie von innen zu zerstören.

Wie im Hinblick auf den im Besatzungsstatut festgelegten Kolonialstatus vorauszusehen war, wurde den deutschen demokratischen Parteien auch nicht gestattet, über die Verfassung des neuen westdeutschen Staates zu entscheiden. Nach monate-

langen Beratungen hatte der Parlamentarische Rat in Bonn mit einem Kompromiß zwischen CDU und SPD über die Streitfragen der Aufteilung der Finanz- und Wirtschaftshoheit zwischen Bund und Ländern und des Gleichgewichtes der gesetzgeberischen Befugnisse des Bundestages und Länderrates über die Bundesgesetzgebung endlich einen Verfassungsentwurf zustande gebracht. Da schalteten sich die Militärgouverneure ein. Die Franzosen erhoben Einwände gegen die Errichtung eines lebensfähigen westdeutschen Staates; sie wünschten nur einen losen Staatenbund, und man ließ sie gewähren. Die Vereinigten Staaten unterstützten Frankreich auch durch eine ähnliche Begünstigung der reaktionär-separatistischen Kräfte in Bayern und im Rheinland, während deren sozialdemokratische Gegner von den Engländern unterstützt wurden. Die Engländer haben in der Tat in Bezug auf die Gründung eines westdeutschen Staates sehr viel mehr politische Intelligenz gezeigt als die Vereinigten Staaten und Frankreich. Ihr politischer Instinkt und die aufgeklärte Haltung, die sie früher besiegten Feinden gegenüber einnahmen, sind zwar unter der Labourregierung durch den ungestümen Wunsch der Labour Party in den Hintergrund gedrängt worden, mit Hilfe eines mit zulässigen und unzulässigen Mitteln betriebenen Dollarerwerbs von Amerika unabhängig zu werden; in ihrer Einstellung zur politischen Zukunft Deutschlands erwiesen sich die Engländer aber als unvergleichlich klüger als die Franzosen. Sie gingen so weit, unter der Hand die Sozialdemokraten wissen zu lassen, daß die Westmächte sich im Geheimen darüber verständigt hatten, der geplanten Bundesregierung in Gesetzgebung und Finanz etwas größere Befugnisse zu gestatten, sollten sich die Deutschen gegenüber den ursprünglich präsentierten harten Bedingungen störrisch verhalten. Auf diese Weise haben die Engländer es der SPD ermöglicht, etwas mehr Macht für die künftige westdeutsche Regierung herauszuholen, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Bei Abfassung dieses Buches war es noch nicht entschieden, ob sich die Meinung durchsetzen würde, daß man von deutscher Seite jede Mitarbeit bei der Errichtung eines echter Autorität

baren westdeutschen Staates verweigern sollte. Zum Unglück für die Zukunft der Demokratie in Deutschland und in ganz Europa kann es dahin kommen, daß die erpresserische Taktik der Vereinigten Staaten die SPD und andere deutsche Demokraten zwingt, die von den Westmächten angebotenen Bedingungen hinzunehmen; denn die Militärgouverneure betonen immer wieder, daß die führenden Deutschen, die sich weigern, einen ohnmächtigen westdeutschen Staat zu errichten, zu dem man sie drängt, den Russen in die Hände arbeiteten.

Es ist tragisch und zugleich kurzsichtig, wenn die Vereinigten Staaten die deutschen Demokraten vor ein derartiges auswegloses Dilemma stellen: finden sie sich zur Mitarbeit bei der Errichtung eines machtlosen westdeutschen Staates bereit, so riskieren sie, als Quislinge angesehen zu werden und die Unterstützung des deutschen Volkes zu verlieren; weigern sie sich, so bezichtigt man sie der Unterstützung der Kommunisten. In Wirklichkeit befanden sich die deutschen demokratischen Führer ihrerseits jetzt auch einmal in der Lage, eine kleine Erpressung vorzunehmen: da sich die Westmächte für den Fall einer Aufhebung der Berliner Blockade zu einer Viermächtekonferenz über Deutschland verpflichtet hatten, war ihnen alles daran gelegen, mit den deutschen demokratischen Parteien zu einem Übereinkommen zu gelangen, bevor Stalin die Aufhebung der Blockade anbot.

Nach der früheren Politik der deutschen demokratischen Politiker zu urteilen, ist es freilich unwahrscheinlich, daß sie ihre Chance nützen, die Westmächte zu greifbaren Zugeständnissen zu zwingen. Wahrscheinlich werden sie ihren gradlinigen Kurs fortsetzen, so daß ihre Eroberer schön den Spieß umdrehen können. Andererseits ist es freilich auch möglich, daß der von der amerikanischen Militärregierung auf die Deutschen ausgeübte Druck durch die Befürchtung General Clays veranlaßt war, das State Department könnte aus der Verhinderung der Bildung eines westdeutschen Staates ein Schachergeschäft mit Rußland und Frankreich machen, falls nicht der neue westdeutsche Staat errichtet sei, bevor die Washington-Moskauer Geheimverhandlungen zu einem Übereinkommen führten. Es

ist jedenfalls reichlich verdächtig, daß die von Dean Acheson im Februar 1949 eingeleiteten Verhandlungen mit Rußland sowohl vor der deutschen wie der amerikanischen Öffentlichkeit geheimgehalten wurden, bis Tass am 25. April darüber berichtete.

Das Vetorecht, das sich die Besatzungsmächte im Besatzungsstatut vorbehalten haben, schließt natürlich jedes Übereinkommen aus, mit dem Rußland nicht ebenfalls, genau wie Frankreich, eine Rechtshandhabe zur Sabotage aller amerikanischen Pläne zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas erhält. Man muß immer mit einem russischen Versuch rechnen, Amerika vor die Wahl zu stellen, alle Truppen aus Deutschland abzuziehen und den Deutschen volle Freiheit zu gewähren, — auf die Gefahr hin, sie wehrlos der bewaffneten Macht Rußlands und seiner deutschen Söldner auszuliefern, — oder das den Deutschen gegebene Versprechen auf ein begrenztes Selbstbestimmungsrecht zu brechen. Ein Viermächteabkommen bleibt ja — das ist klar — so lange unmöglich, wie Rußland nicht das gleiche Vetorecht erhält wie Amerika, Frankreich und England; niemand aber kann daran zweifeln, daß eine in allen Maßnahmen einem russischen Veto unterworfene deutsche Regierung aktionsunfähig sein würde, sofern sie nicht der kommunistischen Parteilinie folgt.

Es ist schwer zu sagen, ob Dean Achesons Zugeständnisse an Frankreich, die Europas Schicksal aufs Spiel setzen und Amerika schwächen, auf seine Überzeugung zurückgehen, Frankreichs militärischer Wert lohne diesen Preis, oder auf seine frühere Bindung an die unter dem Namen „Frankfurter Würstchen" bekannten Schüler von Bundesrichter Frankfurter, zu denen auch Alger Hiss gehörte.*) Achesons Freundschaft mit Felix Frankfurter ist kein Geheimnis, noch besteht der geringste

*) Alger Hiss, der als Gehilfe des Unterstaatssekretärs Sayre eine leitende Stellung im State Departement bekleidete, Roosevelt als politischer Berater nach Jalta begleitete, Generalsekretär der UNO-Gründungsversammlung in San Francisco und später Präsident der Carnegie-Friedensstiftung war, wurde im Januar 1950 nach zwei monatelangen Prozessen von einem New Yorker Gericht wegen Meineid verurteilt: alle 12 Geschworenen waren zu der Überzeugung gelangt, daß seine unter Eid abgegebene Erklärung, dem früheren kommunistischen Kurier des sowjetischen Spionagedienstes, Whittaker Chambers, niemals geheime Staatsdokumente ausgehändigt zu haben, durch Zeugenaussagen und dokumentarischen Beweis — Chambers legte Material in der Handschrift von Hiss vor — widerlegt worden war. Außenminister Acheson erklärte nach diesem Urteil, Alger Hiss, „einem Freund in Not", nicht den Rücken kehren zu wollen. — Der Übers.

Zweifel, daß Bundesrichter Frankfurter zu den einflußreichsten Befürwortern der verhängnisvollen Formel der „bedingungslosen Kapitulation“ und des Morgenthau-Planes gehörte. So erscheint es als durchaus wahrscheinlich, daß der Rückschritt in der amerikanischen Politik 1949 mindestens zu einem Teil von jenen inspiriert wurde, die Stalins Diktatur nicht so ablehnend gegenüberstehen wie einst der Diktatur Hitlers, und denen die Bestrafung der Deutschen noch immer mehr am Herzen liegt als ein Aufhalten der Kommunisten.

Dean Acheson gilt auch als englisch orientiert; aber die Engländer, die zwar in der Demontagefrage ebenso kurzsichtig sind wie die Franzosen, haben sich auf die Seite der deutschen Sozialdemokraten gestellt, als diese für eine zu bildende westdeutsche Regierung eine ausreichende Regierungsgewalt forderten. Man möchte also annehmen, daß es auch in diesem Fall wieder französischer Einfluß war, der die Vereinigten Staaten dahin brachte, den Kommunisten freie Bahn zu geben.

Genau wie nach dem ersten Weltkrieg unterdrückt Frankreich auch heute wieder die deutsche Demokratie. Wieder verhindert es die Durchführung einer Politik, die die Massen des deutschen Volkes für unsere Seite gewinnen könnte. Wieder verstärkt es selbst die totalitären Kräfte, die es im letzten Kriege fast zerstört haben, in einem nächsten Krieg aber sicher zerstören werden.

Carlo Schmid soll im April 1949 gesagt haben: „Ob man es mag oder nicht, eines ist heute in Europa sicher: die europäische Zukunft hängt von der Arbeiterschaft Deutschlands ab. Noch kann Rußland sie nicht gewinnen, aber der Westen kann sie verlieren. Sollte sie je dem Westen untreu und bolschewistisch werden, dann braucht man sich über die Haltung der französischen Arbeiter nicht mehr den Kopf zu zerbrechen. Dann nützen auch ein Dutzend Atlantikpakte nichts mehr. Stalin wird dann keinen Molotow oder Wyschinski, er wird weder ein Kominform noch einen einzigen Tank brauchen: dann wird alles bolschewistisch sein.“*)

*) Time, New York-Paris, 4. April 1949. — Die Äußerung wurde dem Leiter des Berliner Büros von Time, E. Hughes, gegenüber getan, der hinzufügt: „Schmids Mutmaßung riecht nach Erpressung, aber sie hat auch die bittere Würze einer unangenehmen Wahrheit. Der Westen hat noch etwas Zeit festzustellen, ob Schmid Recht hat, freilich nicht sehr lange.“ D. Übers.

Frankreich hatte bei Kriegsende eine wahrscheinlich nie wiederkehrende Gelegenheit, die Führung Europas zu übernehmen, nicht als Eroberer, sondern durch Taten im Sinne der großen Grundsätze der französischen Revolution. Aber statt Europa im Zeichen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu einen, hat Frankreich nur das niedrige Verlangen gehabt, den Starken zu beschwichtigen, die Besiegten zu tyrannisieren und die Reichen anzubetteln. Wäre Frankreich wirklich die große und intelligente Nation, für die viele Amerikaner es halten, so hätte es in der Stunde der totalen Niederlage Deutschlands Großmut gezeigt und so mit der Vereinigung von Siegern und Besiegten in einem freien Bundes-Europa die lange und tragische Folge von Angriff und Gegenangriff beendet. Aber statt dessen haben die Franzosen die Führung in der Verewigung von Erbfeindschaften, in der Spaltung Europas und der Wegbereitung für eine kommunistische Eroberung übernommen. So lange Frankreich die amerikanische Politik beeinflußt, ist die Hoffnung auf Frieden, Sicherheit und Wohlstand Europas gering, — und ebenso auf ein Ende der Zahlungen, mit denen die Amerikaner die Alte Welt unterstützen.*)

---

*) Durch den am 9. Mai 1950 von Außenminister Schuman bekanntgegebenen Plan französisch-deutscher Zusammenarbeit — zunächst auf dem Gebiet der Kohle- und Stahlindustrie — wird nicht ungeschehen gemacht, was Freda Utley in diesem Kapitel geschildert hat. Gerade auf dem Hintergrund dieses Kapitels tritt aber die Kühnheit des Schuman-Planes um so deutlicher hervor. D. Übers.

X
FOLGERUNGEN

Die Berichterstattung aus Deutschland war vom Zeitpunkt der Kapitulation an unzulänglich. Sie ist so durch antideutsche Vorurteile und Unwissenheit gefärbt, daß die amerikanische Öffentlichkeit auch heute über die Tatsachen noch nicht unterrichtet und sich über die Konsequenzen unserer deutschen Politik nicht im klaren ist. Ich weiß, daß ich mich dem Vorwurf der Deutschfreundlichkeit aussetze, wenn ich den Ruf nach Gerechtigkeit und Mitgefühl mit dem Besiegten erhebe und mich bemühe, dem amerikanischen Volk den moralischen und materiellen Preis zu zeigen, den es für seine Rachepolitik zahlt. Wahrscheinlich wird man mir auch sagen, das Bild sei nicht mehr so dunkel, wie ich es hier gezeichnet habe: die gesamte amerikanische Presse hat nämlich seit 1948 ihre Bemühungen auf eine Berichterstattung über die hellen Seiten der wirtschaftlichen Gesundung konzentriert und die Grundprobleme einfach beiseite gelassen, die auch Linderungsmittel wie Währungsreform und Marshallplan nicht lösen können.

Wer mich der Deutschfreundlichkeit anklagt, dem kann ich nicht besser als mit den Worten von Tom Paine*) antworten: „Wo es keine Freiheit gibt, dort ist meine Heimat." Da die Deutschen durch ihre Eroberer der Freiheit und elementarer Menschenrechte beraubt, da sie in den Zustand einer von vier verschiedenen Herren regierten Kolonialbevölkerung versetzt wurden, scheint es mir die Aufgabe der Männer und Frauen guten Willens und liberaler Einstellung zu sein, die Sache der Deutschen zu ihrer eigenen zu machen.

Vielleicht denken einige meiner Leser, daß ich dem deutschen Standpunkt ungebührlich viel Gewicht beigelegt habe. Auch

*) Englisch-amerikanischer Schriftsteller, der in der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung eine große Rolle spielt: Verfasser von „The rights of man". (1737 bis 1809) Der Übers.

wenn das stimmen sollte, so würde mein Beitrag doch nur einen Tropfen im Meer darstellen, verglichen mit der beständigen und irgendwie eintönigen Flut von Büchern, Zeitungsartikeln und Radiokommentaren, die nachgerade eine akzeptierte Legende geschaffen haben.

Da die Deutschen nicht für sich selbst sprechen dürfen, es sei denn in einem demütigen Tone, der bei ihren Eroberern Anklang findet, weiß heute niemand, was sie denken und fühlen. Ich maße mir nicht an, mehr getan zu haben, als ein wenig unter die Oberfläche der Deutschland auferlegten Einförmigkeit und Unterwürfigkeit vorgedrungen zu sein; aber ich habe mich bemüht, „für die Stummen zu sprechen."

Zweifellos wird man mich in gewissen Kreisen auch beschuldigen, parteiisch zu sein, weil ich den Berichten über die Naziverbrechen keinen Raum gewidmet habe. Ich habe sie nicht weggelassen, weil ich etwa Hitlers Verantwortung für die materielle und moralische Verwüstung in Europa und für den Rückgang der westlichen Kultur nicht zu erkennen vermöchte. Der Grund dafür, daß ich nicht die so oft gehörte Erzählung von den Naziverbrechen gegen die Menschlichkeit wiederholt habe, ist, daß sie bereits jedem Amerikaner geläufig ist. Nicht bekannt ist, was wir selbst getan haben, und es scheint mir hohe Zeit zu sein, daß die Sieger anfangen, ihr eigenes Gewissen zu erforschen.

Die Rolle von Unterdrückern und Unterdrückten wechselt mit den Zeiten. Der anmaßende Sieger von gestern ist der Besiegte von heute, und diejenigen, die für die Freiheit kämpften, berauben jetzt andere der Freiheit. Es ist heute so wahr wie damals, als Thukydides seine Geschichte des Peloponnesischen Krieges schrieb: „Recht ist, wie die Welt nun einmal beschaffen ist, nur eine Frage zwischen Gleichberechtigten, während die Starken tun, was sie tun können, und die Schwachen leiden, was sie leiden müssen."

Böses erzeugt Böses, und Ungerechtigkeit bringt mehr Ungerechtigkeit hervor. Vergeltung schafft eine unwiderstehliche Lust nach Wiedervergeltung. Nationen, die ihrer Freiheit beraubt sind, werden krankhaft nationalistisch. Wenn „Europas

nicht endende Kriege", die jetzt die westliche Kultur mit Zerstörung bedrohen, jemals ein Ende finden sollen, und wenn uns nicht der Kommunismus mit seinem Glaubensbekenntnis des Hasses überwältigen soll, so muß dieser Kreislauf unterbrochen werden. Wir müssen endlich dem Glauben abschwören, daß Unrecht und Unrecht Recht ergibt.

Ich möchte freilich den guten Absichten und den beträchtlichen Leistungen der amerikanischen Militärregierung nicht im geringsten Unrecht tun. Der Armee der Vereinigten Staaten ist, glaube ich, noch am wenigsten ein Vorwurf wegen der Unzulänglichkeiten, Irrtümer, Ungerechtigkeiten und Versager zu machen, die in diesem Buch behandelt wurden. Trotz der ihnen ursprünglich von Washington erteilten Befehle, nichts zur Wiederherstellung Deutschlands zu tun, haben die Armeedienststellen zu Anfang der Besetzung einen vollständigen Zusammenbruch abgewandt. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke wurden wieder in Betrieb gesetzt, die Straßen wurden vom Schutt gesäubert, einigen Industrien wurde geholfen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Massenhungersnot und Seuchen wurden, unter Verwendung von Armeefonds, durch Einfuhr von Lebensmitteln und Erleichterung akuter Notstände abgewandt. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Militärregierung nach Übernahme der Verwaltung des von ihr besetzten, in Trümmern liegenden, hungrigen und moralisch zerrütteten Landes eine so aufgeklärte Politik verfolgte, wie es in den von der Washingtoner Regierung gesetzten Grenzen möglich war.

Die amerikanische Militärregierung unter General Clay hatte einen klareren Begriff von der kommunistischen Gefahr als die Regierung. Jeder Armeeoffizier, dem die Sicherheit der Vereinigten Staaten am Herzen liegt und der sich des Ausmaßes der von uns in Europa eingegangenen Verpflichtungen bewußt ist, ist sich auch über die Tatsache im klaren, daß Sowjetrußland uns und unsere westlichen Alliierten mindestens bis an die Pyrenäen jagen kann, wenn nicht das deutsche Volk in den Nordatlantikpakt einbezogen und zu seiner eigenen und zur Verteidigung Europas bewaffnet wird. Aber niemand wagt, öffentlich zu sagen, daß Amerika ohne Deutschland als

unseren vollwertigen Verbündeten entweder Europa dem Kommunismus preisgeben muß, sobald Stalin seine Untertanen zum Kriege vorbereitet hat, oder bereit sein muß, so viele amerikanische Leben zu seiner Verteidigung zu opfern, daß die Verluste des zweiten Weltkrieges dagegen geringfügig erscheinen werden.

Obwohl ich von Geburt Engländerin bin, habe ich die amerikanische Staatsbürgerschaft gewählt, da ich in Amerika mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, weniger nationalistische Vorurteile und mehr Achtung vor den Rechten und Ansprüchen anderer Völker gefunden habe, als irgendwo sonst in der Welt. Tragischerweise werden aber aller guter Wille des amerikanischen Volkes, seine Großzügigkeit und sein aufrichtiger Wunsch, die Wohltaten seiner Zivilisation den weniger glücklichen Nationen mitzuteilen, in weitem Maße durch seinen Mangel an Kenntnis der geschichtlichen Vergangenheit und der gegenwärtigen Verhältnisse in Europa zunichte gemacht.

Amerikas Unkenntnis Deutschlands ist eine gefährliche Sache. Man kann an die Tatsache erinnern, daß beim Einmarsch der alliierten Armeen in Deutschland OWI und andere militärische Dienststellen, die behaupteten, Erfahrung und Kenntnis der deutschen Stimmung zu haben, voraussagten, daß ein Nazi-Heckenschütze hinter jedem Busch, in jedem Keller und Dachboden zu finden sei, und daß Banden von „Werwölfen“ Mordanschläge gegen unsere Besatzungstruppen ausbrüteten. Statt dessen zeigte sich, daß Millionen von Deutschen uns als Befreier begrüßen wollten, daß sie aber zurückgestoßen wurden, und daß zu wenige überzeugte Nazis in Deutschland verblieben waren, um unseren Besatzungstruppen irgendwelche ernsthaften Schwierigkeiten zu bereiten.

Es war eine Tragödie, daß wir die Zusammenarbeit mit den Deutschen ablehnten, die tapfer dem Naziterror widerstanden hatten und fähig gewesen wären, Deutschland eine Neuorientierung zu geben. Statt dessen belebten wir die Naziideologie, indem wir es ablehnten, die Schafe von den Böcken zu sondern, als wir die Regierung unseres Teiles des zerschmetterten Dritten Reiches übernahmen. Heute läßt uns die gleiche Un-

kenntnis der wirklichen Gefühle des deutschen Volkes die Gefahr übersehen, daß Deutschland sein Geschick mit dem Sowjetrußlands verbindet — nicht, weil das deutsche Volk eine angeborene Abneigung gegen die Demokratie hätte, sondern weil viele Deutsche keine Hoffnung mehr haben, daß der Westen ihnen Freiheit, das Recht auf Arbeit und die Möglichkeit der Selbstverteidigung gegen Sowjetrußland gewähren wird.

Die meisten Amerikaner, die durch die Kriegspropaganda davon überzeugt wurden, daß die Deutschen aus Erbanlage angriffslustiger und grausamer seien als andere Völker, können nicht begreifen, daß die Bestrafung des deutschen Volkes nur einer Stärkung des sowjetischen Angreifers dient.

Als bedeutsamster amerikanischer Einfluß zur Förderung kommunistischer Ziele erscheint aber die Weigerung der Anhänger des New Deal, den grundsätzlichen Irrtum der Politik Roosevelts zuzugeben. Sie müssen an dem Glauben festhalten, das deutsche Volk sei die Quelle aller Missetaten und eine dauernde Bedrohung des Weltfriedens, wenn sie ihre Verehrung für den verstorbenen Präsidenten bewahren wollen. Den meisten von ihnen gebricht es an Mut einzugestehen, daß ihr verehrter Führer sich in der Annahme irrte, zur Erreichung eines dauernden Friedens bedürfe es nur der Vernichtung der deutschen Nation, und daß dieses Ziel eine enge Zusammenarbeit mit Stalin rechtfertige. Einige New Dealer oder sogenannte Fortschrittler, wie Henry Wallace, sind selbst heute noch gegenüber den sowjetischen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" so blind wie Roosevelt und seine Gattin während des Krieges. Andere, die zu intelligent oder zu anständig sind, über die Beweise hinwegzusehen, bestehen dennoch auf der Forderung, daß aus dem besiegten Deutschland das volle Pfund Fleisch herausgeschnitten wird. Ihnen allen fehlt der moralische Mut zuzugeben, daß Präsident Roosevelts Politik fundamental falsch war und sich als kolossaler Fehlschlag erwies. Um ihren Glauben an ihren toten Führer aufrechtzuerhalten, verlangen sie weiter die Durchführung seiner deutschen Politik, obwohl sich die Annahmen, auf die sie sich stützte, lange als falsch

erwiesen haben. Sie möchten, daß Deutschland entmannt bleibt, selbst um den Preis, daß Europa damit zur Selbstverteidigung unfähig gemacht wird. Sie nehmen das Risiko auf sich, die Deutschen an die Seite der Russen zu treiben, indem sie ihnen Freiheit und Gleichberechtigung und die Möglichkeit verweigern, ihren Lebensunterhalt auch auf unserer Seite des Eisernen Vorhangs zu verdienen.

In ähnlicher Weise sind auch die Republikaner, die eine Zweiparteien-Außenpolitik unterschrieben haben, Gefangene früherer Irrtümer. Auch sie können den politischen Konsequenzen eines Eingeständnisses ihrer Fehler nicht ins Auge sehen. Mit wenigen Ausnahmen sind die Republikaner der demokratischen Führung gefolgt und haben gutes Geld dem schlechten nachgeworfen, statt die Verluste zu beschneiden und eine neue und aufgeklärte Außenpolitik zu beginnen. Auch sie müssen für das Versagen der Vereinigten Staaten, einen klaren Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen, für schuldig erklärt werden.

Es ist auch nicht leicht für das amerikanische Volk als Ganzes, die traurige Wahrheit zu akzeptieren, daß es zum zweiten Mal in einem Vierteljahrhundert seine Söhne und Männer in einem Krieg außerhalb des Landes für keinen guten Zweck geopfert hat. Weit davon entfernt, „die Welt für die Demokratie reif zu machen“, haben beide Kriege das Gebiet der Freiheit verkleinert, ja, der letzte Krieg hat nur die eine totalitäre Diktatur durch eine andere ersetzt. Aber für diejenigen, die ihre Lieben verloren haben, ist es schwer zuzugeben, daß sie umsonst gestorben sind.

Die Scheu des menschlichen Geistes, bitteren Wahrheiten ins Auge zu sehen, die Unfähigkeit der Politiker, ihre Fehler zuzugeben, die Nachwirkung der Kriegspropaganda und der sündige Stolz, der uns alle inspiriert, arbeiten den Kommunisten in die Hände.

Es ist geistiger Befriedigung und Selbstachtung zuträglich, frühere oder jetzige Feinde als die einzigen Übertreter göttlicher und menschlicher Gesetze anzusehen. Einzugestehen, daß die Fähigkeit zum Bösen der ganzen Menschheit angeboren ist,

würde unser Überlegenheitsgefühl zerstören. So sind wir in der Annahme der Nazitheorie „rassischer“ Unterschiede weitgegangen und haben uns selbst den Rang einer überlegenen Rasse, eines „Herrenvolkes“, beigelegt.

Das Allerschlimmste aber ist, daß wir uns von der nazikommunistischen Theorie zu dem Irrglauben verführen ließen, Gerechtigkeit bedeute die kollektive Bestrafung vieler für die Sünden weniger.

Im 2. Jahrhundert nach Christi hat Kaiser Trajan den Grundsatz verkündet: Es ist besser, daß viele schuldige Personen der Bestrafung entgehen, als daß eine unschuldige Person zu Unrecht verurteilt wird. Die Kommunisten haben diesen Grundsatz in sein Gegenteil verkehrt. Sie sagen, es ist besser, daß tausend Unschuldige verurteilt werden, als daß ein Schuldiger entkommt.

In unserer Behandlung der Deutschen haben wir das Prinzip der Kommunisten statt das der zivilisierten westlichen Welt angenommen.

Wer das ganze deutsche Volk wegen der Verbrechen der Nazis ächtet, stellt sich selbst auf eine Stufe mit den Bolschewiken, die Millionen Menschen wegen des „Verbrechens“ ermordeten, zur „kapitalistischen Rasse“ zu gehören, (zu der die Kommunisten auch die wohlhabenderen Bauern, Kulaken genannt, rechneten), und mit den Nazis, die Millionen Juden und andere „minderwertige“ Rassen wie Polen und Russen auslöschten.

Indem wir alle Deutschen als Verbrecher oder Parias behandeln und sie alle durch unsere Maßnahmen bestrafen, verleugnen wir den wahren Kern sowohl der christlichen Kultur wie des rationalistischen Liberalismus: den Glauben an individuelle Verantwortlichkeit, an die Herrschaft des Rechtes, nicht der Menschen, und an die Gleichheit aller Völker ohne Ansehen der Klasse, Rasse, Staatsangehörigkeit oder des Glaubens.

Während ich dieses Buch abschließe, geht die Schlacht um Berlin zu Ende und der Kampf um Deutschland beginnt. Wenn die Kommunisten, wie es wahrscheinlich ist, gelernt haben, daß

sie Deutschland nicht mit Gewalt und Terror gewinnen können, und wenn sie daraufhin eine Umkehr ihrer Taktik vorbereiten, werden wir nicht länger auf Stalins Grausamkeiten und Fehler rechnen können, um die Deutschen auf unserer Seite zu halten. Es gibt eine Grenze für Ausdauer und gesunden Menschenverstand, wenn es keine Hoffnung mehr gibt. Wenn die Demokratie auch weiter Steine statt Brot darbietet, wird das deutsche Volk noch einmal dazu getrieben werden, sich von der westlichen Kultur abzuwenden. Wenn Sowjetrußland Freiheit bietet und Einheit, die der Westen ihm nicht geben kann oder will, dann könnten die Deutschen sich mit den Russen verbinden, um uns und zugleich sich selbst zu vernichten.

Der Westen hätte Herz und Sinn des deutschen Volkes zu Beginn der Besetzung leicht gewinnen können, wenn er ihm Freiheit, Herrschaft des Rechtes, Hoffnung und Schutz gegen Erneuerung der — diesmal von Rußland aufgezwungenen — totalitären Tyrannei geboten hätte. Statt dessen haben wir die Demokratie verhöhnt, und zwar auf zweifache Weise: wir bestraften alle Deutschen für die Sünden der Nazis und setzten Kommunismus mit Demokratie gleich, bis die Sowjetunion anfing, uns zu bedrohen. Wir verziehen jede früher von Hitler begangene Grausamkeit, wenn sie von Stalin begangen wurde, und zeigten unsere Bereitwilligkeit, mit dem Sowjetdiktator zusammenzugehen, selbst nachdem es offenkundig geworden war, daß er Hitlers Rolle als Geißel Europas übernommen hatte.

Den Deutschen ist es nicht entgangen, daß alle Zugeständnisse, die wir ihren Forderungen auf Arbeit, Nahrung und Selbstregierung gemacht haben, nur das Ergebnis unserer wachsenden Erkenntnis der Bedrohung unserer eigenen Freiheit durch den Kommunismus waren. Sie betrachten unsere Herrschaft gegenüber der des kommunistischen Rußlands als das geringere Übel, aber nur wenige glauben noch, daß wir ihnen je die gleiche Freiheit und das gleiche Recht zugestehen, die wir für uns selbst beanspruchen.

Die meisten Deutschen machen sich keine Illusionen über den Kommunismus. Aber viele von ihnen werden niemals die emp-

fangene brutale und ungerechte Behandlung vergessen, die wir ihnen zuteil werden ließen, bevor wir uns klar wurden, daß Sowjetrußland ebenso unser wie ihr Feind ist. Sie haben keinen Grund, die „Demokratie zu lieben“: nicht die Demokraten, die aus langjährigem Versteck wieder auftauchten oder aus KZs entlassen wurden, nicht die jungen Männer und Frauen, die Hitler in der irrigen, aber ehrlichen Überzeugung gehorcht hatten, daß jeder Patriot seinem Führer folgen müsse, auch nicht die Arbeiter, die in langjähriger Arbeitslosigkeit die Widerstandskraft gegen die demagogische Propaganda der Nazis eingebüßt hatten, und ebensowenig die geschlagenen Männer der deutschen Armee, die keine oder nur eine geringe Verantwortung für die Nazigrausamkeiten hatten und sich nach tapferem Kampf zur Rettung ihres Landes vor kommunistischem Terror von ihren westlichen Eroberern als Verbrecher gebrandmarkt und sich, nicht anders als in Rußland, in Frankreich und England als Sklavenarbeiter zurückgehalten sahen.

Dieses Vermächtnis der Vergangenheit bildet jetzt eine akute Gefahr. Sollte Stalin vorschlagen, daß alle Sieger ihre Truppen aus Deutschland zurückziehen und ihm gestatten, sich zu vereinigen und von der Herrschaft der Besatzungsmächte frei zu werden, so kann er noch immer die Schlacht um Deutschland gewinnen. Die Tatsache, daß die Rote Armee nahe genug steht, um in jedem Moment Rußlands Willen aufzuzwingen, und die Existenz einer gut bewaffneten „Polizeitruppe“ in der Ostzone unter kommunistischer Kontrolle würden eine solche Freiheit zur Fiktion machen. Und die Versuchung wird groß bleiben, solange wir den Deutschen verbieten, bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu produzieren, und ihnen das Recht zu einer Ausfuhr ihrer Güter unter gleichen Bedingungen wie Engländer und Franzosen verweigern, während wir gleichzeitig auf einer einseitigen Abrüstung Westdeutschlands bestehen. Aber nicht genug damit: dank unserer törichten Abkommen von Jalta und Potsdam und unserer kurzsichtigen Strategie kann nur Rußland Deutschland die verlorenen Gebiete zurückerstatten, ihm seine Einheit zurückgeben und ihm die osteuropäischen Märkte öffnen, die für die deutsche Wirtschaft lebenswichtig sind. Wenn

wir weiter Deutschlands Außenhandel im Interesse seiner englischen und französischen Konkurrenten kontrollieren, werden die Deutschen früher oder später unter wirtschaftlichem Zwang stehen, ein Abkommen mit der Sowjetunion zu treffen.

Stalin kann auch versichert bleiben, daß Frankreich ihm weiter in die Hand arbeiten wird. Er kann jetzt ohne Schaden eine Geste machen, um Deutschlands Freundschaft zu erlangen, sicher in dem Bewußtsein, daß der Westen seinen Vorschlag zurückweisen wird, Deutschland zu befreien, und daß wir die Last einer fortdauernden Besetzung auf uns nehmen werden.

Nur der Friede ist von Dauer und der Kriegsopfer wert, der auf Gerechtigkeit gegründet ist. Ehe wir nicht unsere eigenen Übergriffe gegen Recht und Menschlichkeit anerkennen und die Grundsätze zu erfüllen suchen, für die Amerika zweimal in einer Generation zum Kriege schritt, kann es keine Hoffnung auf Rettung der westlichen Kultur geben. Alle Atombomben, die wir herstellen können, werden uns nicht retten, wenn wir unsere Selbstachtung und das Vertrauen und die Achtung der Völker der Welt, einschließlich der besiegten und machtlosen, verlieren.

Die meisten Amerikaner, die im Herzen immer noch Isolationisten sind, hatten das Gefühl, daß einer der Siegespreise die Freiheit war, das ganze deutsche Problem aus ihren Gedanken zu verdrängen. Sie gaben damit der Minderheit von Fanatikern, berufsmäßigen Deutschenfeinden und kommunistischen Mitläufern die Bahn frei, die den Chor des Hasses in den Jahren der vom Kriege erzeugten Spannung und Leidenschaft anführten und mit Erfolg ihren Einfluß aufrechterhalten haben, indem sie die Andersdenkenden mit Schmutz bewarfen. Dieser schädlichen Minderheit ist es gelungen, den Abgrund zu erweitern, der uns von der Nation trennt, für deren Schicksal wir selbst mit unserer Forderung auf bedingungslose Kapitulation die Verantwortung übernahmen.

Erst vor kurzer Zeit ist sich die amerikanische Öffentlichkeit der Tatsache bewußt geworden, daß der totale Sieg die Vereinigten Staaten im Guten wie im Bösen mit der totalen Verantwortung belastet — nicht nur für das Schicksal des deutschen

Volkes, sondern für die Geschicke Europas. Diese unwissend übernommene schreckliche Verantwortung wurde erst erkannt, als Angriffe und Unnachgiebigkeit der Sowjets und Stalins offen erklärte Feindseligkeit gegenüber den Vereinigten Staaten die Amerikaner aus ihren Wunschträumen aufweckten, zu denen Regierungspropaganda und ignorante oder servile Journalisten, die die gleichen Lügen verbreiteten, sie verführt hatten. Das Zauberbild einer UNO, in der Lamm und Löwe beieinander liegen, und die Siegernationen für immer Freunde bleiben würden, hat sich jetzt verflüchtigt. Aber das von den Aposteln des Hasses und der Rache in die Adern des amerikanischen Volkes eingespritzte Gift verzerrt noch immer den Blick und hindert die Amerikaner, die völlig neue Politik zu ergreifen, die allein Sicherheit gibt, daß die Welt — trotz Roosevelts irrigen Urteilen und seiner Preisgabe von Grundsätzen — nicht Stalin unterliegt.

Vielleicht war die Aufgabe, der sich die Vereinigten Staaten in Deutschland unterzogen: ein tüchtiges Volk mit alter Tradition und hoher Kultur zu überreden, den Glauben an die Demokratie und die Einrichtungen ihrer westlichen Eroberer zu übernehmen, in jedem Falle eine unmögliche Aufgabe. Sie erforderte Takt, Verständnis und Sympathie und war sicherlich mit dem den Besatzungstruppen vorgeschriebenen Verhalten unvereinbar. Offensichtlich konnten wir nicht beides zugleich: die Deutschen „Demokratie lehren“ und uns selbst als Eroberer und als „Herrenvolk“ benehmen. Wir hätten nur Erfolge haben können, wenn wir den höheren Prinzipien der amerikanischen Tradition gefolgt wären. Aber diese wurden in Wirklichkeit zusammen mit der Atlantikcharter bei unserer Behandlung des deutschen Volkes verleugnet. Und obwohl wir seitdem ein neues Blatt aufgeschlagen und begonnen haben, die deutsche Wirtschaft wiederherzustellen und dem deutschen Volk einige Hoffnung zu geben, daß es schließlich als gleichberechtigt in eine europäische Föderation aufgenommen werden wird, ermangelt unsere Politik noch immer der Wärme und Menschlichkeit, die notwendig sind, um die Erinnerung an vergangene Unbill und Bitterkeit auf beiden Seiten zu überwinden. Eine frucht-

bare Zusammenarbeit unter Völkern ist ohne Vertrauen, faire Behandlung und Gleichberechtigung unmöglich, und diese erfordern eine völlige Änderung unserer den Deutschen gegenüber angewandte Methode.

Die politischen und militärischen Konsequenzen der Rache können sich als verhängnisvoll für die westliche Welt erweisen. Europa läßt sich militärisch nicht verteidigen und „für Demokratie reif machen", ehe nicht Deutschland als gleichberechtigter Partner in die Gemeinschaft der freien Nationen aufgenommen ist.

Ich bin überzeugt, daß nicht nur die Gebote der Vernunft, des gesunden Menschenverstandes und Selbstinteresses, sondern auch der Ruf des Gewissens und der Glaube an die Gerechtigkeit, die über nationale Grenzen hinwegreicht, eine radikale Änderung in der Politik der Vereinigten Staaten erzwingen werden, sobald dem amerikanischen Volk die Tatsachen zur Kenntnis gebracht sind, die ihm solange vorenthalten wurden.

Schlagwörterverzeichnis

Personenverzeichnis

*) Erst nach Drucklegung erfahren wir, daß der Münchner Architekt nicht Voerzler, sondern Vorhölzer heißt. D. Übers.

Inhalt